

Graduiertenkolleg »Krise und
sozial-ökologische Transformation« (Hg.)

KÄMPFE UM TRANSFORMATION

Kritische Analysen und Interventionen
zur sozial-ökologischen Krise



[transcript] Neue Ökologie

Graduiertenkolleg »Krise und sozial-ökologische Transformation« (Hg.)
Kämpfe um Transformation

Die Herausgabe dieses Sammelbands des Graduiertenkollegs »Krise und sozial-ökologische Transformation« liegt bei Hachtmann, Marianne (Technische Universität Berlin); Heuser, Ali (Universität Wien, Universität Kassel); Korak, Johannes (Friedrich-Schiller-Universität Jena); Niederhauser, Julian (Goethe-Universität Frankfurt); Noever Castelos, Carla (Universität Kassel); Ostermayer, Carla (Universität Innsbruck); Redecker, Sophie von (Universität Kassel); Schlosser, Nina (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Universität Wien); Schoppengerd, Stefan (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin); Spatzier, Ania (Universität Wien); Wiese, Friedemann (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, BTU Cottbus-Senftenberg). Das Graduiertenkolleg »Krise und sozial-ökologische Transformation« wird seit 2021 von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin realisiert. Die Stipendiat*innen, Betreuer*innen, Koordinator*innen und Assoziierten erarbeiten gemeinsam kritisches Wissen für eine notwendige sozial-ökologische Transformation.

Graduiertenkolleg »Krise und sozial-ökologische Transformation« (Hg.)

Kämpfe um Transformation

Kritische Analysen und Interventionen zur sozial-ökologischen Krise

[transcript]

Diese Publikation wurde aus dem Open-Access-Publikationsfonds der Technischen Universität Berlin und dem Open-Access-Publikationsfonds der Universität Kassel unterstützt sowie vom Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit den Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de/> abrufbar.



Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz BY 4.0 lizenziert. Für die ausformulierten Lizenzbedingungen besuchen Sie bitte die URL <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>.

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

2025 © Graduiertenkolleg »Krise und sozial-ökologische Transformation« (Hg.)

transcript Verlag | Hermannstraße 26 | D-33602 Bielefeld | live@transcript-verlag.de

Umschlaggestaltung: Maria Arndt

Umschlagsillustration und Illustrationen: Patu, www.patupatu.com/, instagram: @patuparia. Alle Rechte vorbehalten.

Lektorat: Antke A. Engel

Druck: Elanders Waiblingen GmbH, Waiblingen

<https://doi.org/10.14361/9783839476178>

Print-ISBN: 978-3-8376-7617-4 | PDF-ISBN: 978-3-8394-7617-8

Buchreihen-ISSN: 2569-7900 | Buchreihen-eISSN: 2703-1039

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Vorwort
Marcus Hawel und Markus Wissen 9

Einleitung
Die sozial-ökologische Krise als Terrain gesellschaftlicher Kämpfe
Julian Niederhauser, Nina Schlosser, Sophie von Redecker, Ania Spatzier, Johannes Korak ... 13

Teil I: Rohstoffe

Der Grüne Kapitalismus und sein Außen
Rohstoffkonflikte um die ökologische Modernisierung der Automobilität
Nina Schlosser und Markus Wissen 33

Extraktivistische Biopolitik
Konflikte um Körper und Territorien im südlichen Bergbaukorridor Perus
Ali Heuser und Anna Preiser 49

Teil II: Transformationsprozesse

Grüner Kapitalismus und die Agenda 2030
Eine kritische Diskursanalyse kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien
Sarah Beyer 69

Naturschutzinstrumente und ihre Potenziale für eine suffizienzorientierte, sozial-ökologische Transformation
Eine Perspektive aus der Umweltplanung
Marianne Hachtmann 87

Mobilitätswende unter ökomodernistischen Vorzeichen

Zur Widersprüchlichkeit und Herrschaftsförmigkeit der EU-Transformationsstrategie <i>Mathias Krams</i>	105
---	-----

Emotionen in Fahrt

Zur Rolle von Gefühlen in der Transformation der Mobilität <i>Melissa Büttner und Anke Klaever</i>	121
---	-----

Teil III: Das (anti-)demokratische Potenzial der ökologischen Krise

Krise und Transformation der liberalen Demokratie

Zwischen autoritärer Regression und Demokratisierung <i>Kristina Dietz und Markus Wissen</i>	141
---	-----

Das Phantom des Antiökologismus

Spurensuche nach den Subjekten aktiver Transformationsverweigerung <i>Julian Niederhauser</i>	157
--	-----

Glaube an Technik, die Besiedlung des Mars und Longtermism als regressive Krisenbearbeitung

Eine gesellschaftstheoretische Perspektive auf rechts-libertäre Tech-Milliardäre in der Klimakrise <i>Carla Ostermayer</i>	171
--	-----

Teil IV: Transformation entfalten

Care gegen Anthropozän

Zur Umkämpftheit des Füreinandersorgens <i>Sophie von Redecker und Ania Spatzier mit Christa Wichterich</i>	193
--	-----

Radikale Klimaanpassung statt ökomoderner Angepasstheit

<i>Tom Selje und Paul Strikker</i>	211
--	-----

Die Entdeckung der Langsamkeit

Für einen <i>Labour Turn</i> mit Tiefgang <i>Stefan Schoppengerd</i>	225
---	-----

Wissenschaft im Wandel?

Kritische Reflexionen und Leitfragen transformativen Forschens
Carla Noever Castelos und Friedemann Wiese 241

Autor*inneninfos 261

Vorwort

Marcus Hawel und Markus Wissen

Die Beschäftigung mit der ökologischen Krise hat nicht gerade Hochkonjunktur. Stand sie noch bis vor einigen Jahren weit oben auf der politischen und gesellschaftlichen Tagesordnung, so ist sie seitdem von den vielen anderen Krisenphänomenen – Pandemie, Kriege, Inflation, soziale Ungleichheit – in den Hintergrund gedrängt worden. Die Klimabewegung durchlebt eine Phase der Ratlosigkeit und Neuorientierung, die Ampel-Koalition ist auch am Konflikt um die ökologische Modernisierung der deutschen Wirtschaft zerbrochen, und rechte Klimaleugner haben Oberwasser.

Das Paradoxe daran ist, dass sich all dies in einer Situation ereignet, in der die Klimakrise im Begriff ist, sich auch im globalen Norden von einem Zukunftsszenario, das primär über wissenschaftliche Beschreibungen zugänglich ist, in das zu verwandeln, was sie für viele Menschen im Globalen Süden schon lange bedeutet: eine leidvolle Alltagserfahrung. Unbeeindruckt von gesellschaftlichem Aufmerksamkeitsverlust, rechtem Klimaleugnertum und den Sackgassen, in die sich die staatliche Klimapolitik manövriert hat, schreitet die Krise voran und erschüttert Normalitäten durch Hitzerekorde, Starkregen, Überschwemmungen, Hurrikans oder Brandkatastrophen.

Das nahezu vollständige staatlich-politische Versagen im Angesicht der Katastrophe lässt sich durch soziale Bewegungen und kritische Wissenschaft auf kurze Sicht nicht kompensieren. Was beide gemeinsam aber bewirken können, ist, die Krise zu verstehen, den Zusammenhang verschiedener Krisenphänomene zu verdeutlichen, diesen das Zwangsläufige zu nehmen und die ihnen zugrunde liegenden gesellschaftlichen Verhältnisse transparent zu machen. Das ist nicht wenig. Denn erst dann wird die Veränderbarkeit der Verhältnisse denkbar, eine andere Zukunft wird vorstellbar, die aus den dystopischen Zuständen eine Utopie entstehen lässt.

Das ist zugegebenermaßen keine leichte Aufgabe. Umso wichtiger und höher einzuschätzen ist, dass die Stipendiat*innen und Assoziierten des Graduiertenkollegs »Krise und sozial-ökologische Transformation« seit drei Jahren genau daran arbeiten – im Rahmen ihrer jeweiligen Promotionsvorhaben ebenso wie als Kollektiv, das sich unterschiedliche Arbeitsformate gegeben hat. Dazu gehören regelmäßige Kolloquien, in denen die Zwischenergebnisse der einzelnen Vorhaben zur Diskussi-

on gestellt werden, Workshops zu theoretischen und methodischen Fragen, Konferenzen, die sich auch an eine Kolleg-übergreifende Öffentlichkeit richten, und gemeinsame Publikationsprojekte.

Mit dem Kolleg hat das Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) einen neuen, sehr erfolgreichen Weg eingeschlagen. Dabei wurde ein Standard gesetzt, der weit über den üblichen Rahmen von Kollegs hinausgeht. Das ist vor allem der Selbstorganisation und dem außerordentlichen Engagement der Stipendiat*innen und Assoziierten geschuldet. Hervorzuheben ist auch die Kooperation mit der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR), die eine unter anderem für die Koordinierung des Kollegs zuständige Postdoc-Stelle eingerichtet hat.

Das Studienwerk der RLS vergab sieben Promotionsstipendien, die durch Mittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert und in zwei Kohorten vergeben wurden. Erweitert wird der Diskussionszusammenhang durch die assoziierten Doktorand*innen, die an ähnlichen Themen arbeiten und aus politisch wie wissenschaftlich anschlussfähigen Zusammenhängen stammen. Das hat zahlreiche produktive Synergien hervorgebracht, es entstand ein tragfähiges Netzwerk, das auch über die Laufzeit des Kollegs hinaus Bestand haben wird. Als wertvoll erweist sich zudem der Betreuungspool, der aus über einem Dutzend renommierter Wissenschaftler*innen auf dem Gebiet der sozial-ökologischen Transformation besteht und an verschiedenen Hochschulen im deutschsprachigen Raum verteilt ist.

Mit diesem Buch legen die Stipendiat*innen und Assoziierten ein wichtiges Ergebnis ihrer Arbeit vor. Es resultiert sowohl aus den Einzelarbeiten der Beteiligten als auch aus einem intensiven kollektiven Prozess. Das Buch beinhaltet eine Bestandsaufnahme der umkämpften Transformation, also einer komplexen Krisenkonstellation, in der die Einsicht in die Notwendigkeit eines sozial-ökologischen Wandels mit Konflikten um dessen Tiefe und Reichweite einhergeht und in der sich rechts-autoritäre Kräfte formieren, die die Krise, indem sie sie leugnen, weiter verschärfen. Die eingangs genannten Entwicklungen und Kräfte werden mit Hilfe der Beiträge zu diesem Band und der vielfältigen kritisch-theoretischen Perspektiven, aus denen sie verfasst worden sind, in ihrem Zusammenhang begreifbar.

Vor allem gilt unser Dank Stefan Schoppengerd für die umsichtige Koordination des Kollegs. Den Promotions-Betreuer*innen danken wir dafür, dass sie sich auf das neuartige Kollegformat eingelassen haben, sich in die gemeinsamen Veranstaltungen einbringen und die einzelnen Dissertationen engagiert begleiten.

Unser größter Dank gilt den Stipendiat*innen und Assoziierten für ihr großes, weit über die Arbeit an den einzelnen Promotionsprojekten hinausgehendes Engagement. Sie haben sich das Kolleg als ihren Raum angeeignet und diesen im Sinne kritischer, kollektiver und solidarischer Reflexion gestaltet. Das vorliegende Buch legt davon Zeugnis ab.

Berlin, im November 2024



Einleitung

Die sozial-ökologische Krise als Terrain gesellschaftlicher Kämpfe

Julian Niederhauser, Nina Schlosser, Sophie von Redecker, Ania Spatzier, Johannes Korak

Oktober 2024: Starkregen geht in der spanischen Region Valencia nieder. Muren verwandeln Straßen in braune Flüsse, Autos türmen sich an Straßenecken auf. Erst gegen 20.00 Uhr, als etliche Autofahrer*innen, eingeschlossen in ihren in den Wassermassen treibenden Fahrzeugen, bereits ertrunken sind, erreichen Warnungen des Katastrophenwarndienstes die Bewohner*innen der betroffenen Gemeinden. Die *DANA de 2024 en España* forderte mindestens 230 Menschenleben. Ein Graffito im Stadtteil San Marcelino in Valencia erinnert an die solidarische Weise, mit der hunderte Einwohner*innen dem Katastrophenchaos begegneten. Sie schlossen sich zusammen, um Betroffene mit medizinischer Erstversorgung, Trinkwasser und Lebensmitteln sowie Aufräumarbeiten zu unterstützen. Demgegenüber ist in den betroffenen Regionen die Wut auf staatliche Repräsentant*innen – vom Königspaar über Politiker*innen bis zur Administration – groß. Trauer um Verstorbene mischt sich mit Frust und Zorn – sowohl über die schleppend angelaufene staatliche Hilfe als auch über die fehlende Vorbereitung auf ein solches Starkregenereignis, das angesichts der Klimakrise sicherlich nicht das letzte war. Ein Detail des Katastrophenmanagements erregt besonderen Unmut: Nur wenige Monate vor dem verheerenden Unwetter hatte die rechte Provinzregierung eine Koordinationsstelle für Notfall- und Katastropheneinsätze abgeschafft, weil sie darin eine unnötige Budgetbelastung sah.¹

1 »La alerta que la Generalitat Valenciana envió a los móviles llegó cuando centenares de personas ya estaban atrapadas«, <https://www.eldiario.es> (30.10.2024); »El flujo de voluntarios no decae en el cuarto fin de semana desde la dana«, <https://www.eldiario.es> (23.11.2024); »Lanzan objetos y fango al rey, Sánchez y Mazón a su llegada a Paiporta al grito de ›¡asesinos!«, <https://www.eldiario.es> (03.11.2024); »Qué era la Unidad Valenciana de Emergencias, el servicio de coordinación que Mazón suspendió al llegar al Gobierno«, <https://www.eldiario.es> (31.10.2024).

Die ökologische Krise bricht in den Alltag von Menschen ein, wie diese Flutkatastrophe schauderhaft vor Augen führt. Dies gilt zunehmend auch für den Globalen Norden. Zudem zeigen die Ereignisse in Valencia, wie konfliktuell der Umgang mit derartigen Situationen ist, und dass verschiedene politische und soziale Kräfte unterschiedliche Strategien darin verfolgen. Schlaglichtartig lassen solche Katastrophenereignisse die beständigen, alltäglichen Kämpfe erahnen, die um die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse und einer problemadäquaten Transformation letzterer ausgetragen werden. Besonders deutlich werden Reichweite und Intensität krisenbezogener Auseinandersetzungen aber erst dann, wenn sie im Kontext globaler Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse betrachtet werden. Nicht nur bedingen diese, welchen Katastrophenereignissen überhaupt mediale Aufmerksamkeit zuteil wird. So wurde etwa über die desaströse Flut in Pakistan im Jahr 2022 in Deutschland kaum berichtet. Vielmehr verursachen herrschaftsförmige soziale Verhältnisse, allen voran der Kapitalismus, die ökologische Krise überhaupt erst. Darüber hinaus sind sie ausschlaggebend dafür, wer in welchem Ausmaß die Kosten trägt (Fraser 2022) oder wer im Gegenteil sogar von deren Verschärfung profitiert.

Öl-, Bergbau-, Technologie- oder Autokonzerne ziehen beispielsweise weiter Milliarden Gewinne aus der Produktion von ökologisch schädlichen Gütern. Shell, BP, Chevron, ExxonMobil und TotalEnergies, die fünf größten Ölkonzerne weltweit, erzielten in Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine innerhalb von zwei Jahren Gewinne in Höhe von rund 280 Milliarden US-Dollar (Malm/Carlton 2024: 11).² Nicht zuletzt aufgrund dieser fossilistischen Basis emittierte das reichste ein Prozent der Weltbevölkerung zwischen 1990 und 2019 überproportionale 16,9 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen. Das reichste 0,01 Prozent war im selben Zeitraum sogar für 80 Prozent der Pro-Kopf-Emissionen verantwortlich. Demgegenüber verursachte die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, die außerdem über weniger ökonomische Mittel zur Anpassung an Krisen- und Katastrophenereignisse verfügt, lediglich 11,5 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen (Chancel 2022: 932).

Die Ungleichheit ist global gesehen schon in der Gegenwart eklatant. Allerdings werden Krisen- und Katastrophenereignisse tendenziell noch weiter zunehmen. Denn die im Heute verursachten ökologischen Schäden kommen erst in der Zukunft vollständig zum Tragen. Beispielsweise vergehen oft Jahrzehnte, bis Ozeane in der Vergangenheit ausgestoßenes CO₂ freisetzen, das sich dementsprechend zeitversetzt negativ auf die Atmosphäre auswirkt (Malm/Carlton 2024: 6ff.; Malm 2018: 5ff.). Demnach tragen insbesondere zukünftige Generationen die Kosten der von Profit- und Besitzmotiven angetriebenen kapitalistischen Produktions-

2 »World's largest oil companies have made \$281bn profit since invasion of Ukraine«, <https://www.theguardian.com>, (19.02.2024).

und Lebensweise, einschließlich der Welt(un)ordnung, die sie hervorgebracht hat. Deren Konsequenzen erfährt die Bevölkerungsmehrheit in der Peripherie bereits seit Jahren, streng genommen sogar seit Jahrhunderten (Whyte 2017). Obgleich die Klimakrise in Form von häufiger und intensiver werdenden Katastrophenereignissen immer spürbarer wird, trägt Rob Nixons (2011: 2) Begriff der *slow violence* dazu bei, das zeitliche Auseinanderklaffen von Ursache und Wirkung der ökologischen Destruktion zu fassen. Die Gewaltförmigkeit der sozial-ökologischen Krise liegt demnach darin, dass sie schleichend und teils unbemerkt vonstatten geht. Jedoch ist diese Krise auch maßgeblich räumlich strukturiert. Das Konzept der Externalisierungsgesellschaft (Lessenich 2018) lenkt den Blick auf Gesellschaften des Globalen Nordens, die die negativen Auswirkungen ihrer nicht-nachhaltigen Lebensweise systematisch auf Dritte auslagern und verdrängen, ganz nach dem Motto: »aus dem Auge, aus dem Sinn« (ebd.: 74). Mit Thom Davies (2019) ließe sich kritisch nachfragen: »*Out of sight' to whom?*« Denn entsprechend der hegemonialen »imperialen Lebensweise« (Brand/Wissen 2017) werden die Kosten für Produktion und Konsum in den Zentren höchst ungleich über Menschheit und Natur verteilt – fort von den Verursachenden in ein unspezifisches Außen und letzten Endes zulasten von Existenzgrundlagen und Ökosystemen in anderen Erdteilen. Ohne die Aneignung von Territorien und Ressourcen oder die Ausbeutung von Natur und »billigen« Arbeitskräften vor allem in den Peripherien, wo die Mehrheit der Bevölkerung den destruktiven Auswirkungen der Externalisierungen direkt ins Auge blickt, könnte die imperiale Lebensweise hierzulande nicht (fort-)bestehen (Saito 2023: 41).

Dem inhärenten Zerstörungspotenzial zum Trotz boomt die imperiale Lebensweise und weitet sich global aus, weil sie für aufstrebende Mittelschichten, auch im Globalen Süden, attraktiv erscheint und inzwischen auch erreichbar ist. Den Transfer von Arbeit und Natur in die kapitalistischen Zentrumsländer und andersherum die Aufnahme ausgelagerter Kosten in den Peripherien komplementiert schließlich eine »Internalisierungsgesellschaft« (Graf/Landherr 2019). Sie nimmt die Kosten aus den Zentren auf und erlaubt manchen, eine »periphere imperiale Lebensweise« (ebd.) im Außen zu führen. Dies trifft schon lange auf die besitzende Klasse zu, in deren Eigentum sich Bergbaukonzerne befinden und die von der Ausbeutung nationaler Territorien für die ökologische Modernisierung des Zentrums profitiert. Ausweitung der Mittelschichten heißt aber, dass zusehends auch Teile der Lohnabhängigen, die in die lokale Wirtschaft durch Berufe mit im Vergleich überdurchschnittlichen Löhnen eingebunden sind, Konsumgüter wie Smartphones oder Autos anschaffen können. Wer weltweit betrachtet welchen Beitrag zu Emissionen und Klimakrise leistet, wird sich also künftig verschieben.

Was sich vermutlich nicht ändern wird, ist, dass diejenigen, die am wenigsten Verantwortung für die sozial-ökologischen Krise tragen, das größte Leid erfahren. Strukturen und Prozesse, die auf jahrhundertealten Unterdrückungen, Enteignun-

gen wie Aneignungen und Ausbeutungen beruhen, liegen der existenziellen Problemlage zugrunde, die sich aufgrund ihrer Komplexität kaum mit bisher bekannten Krisensituationen vergleichen lässt.

Mit diesem Sammelband möchten wir den Blick auf die widerstreitenden Kräfte, Interessen und Strategien richten, die in die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse eingelagert sind, im Zuge ihrer Verschärfung immer offener zutage treten und zusehends in Konflikt geraten. Dabei verfolgen wir die These, dass weder der Umgang mit der sozial-ökologischen Krise noch ihre Folgen bereits ausgemacht sind. Auch wenn sich in den vergangenen Jahren eine Ökomodernisierung des globalen Kapitalismus als dominante Bearbeitungsweise herauskristallisiert hat und gegenwärtig fossil-autoritäre Kräfte erstarken, handelt es sich um eine kontingente Situation. Für emanzipatorische Kräfte bestehen weiterhin Interventionsmöglichkeiten. Über das Ob-und-wie der sozial-ökologischen Transformation wird in vielen kleinen Kämpfen in unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen und auf verschiedenen politischen Ebenen entschieden. Eben dieses kleinteilige Ringen um Transformation ist Gegenstand der Analysen dieses Bandes. Wie wir diese Kämpfe theoretisch einordnen, skizzieren wir im Folgenden.

Kämpfe um die Krise, Kämpfe um Transformation

Krisen bringen nicht von sich aus bestimmte Reaktionen oder langfristigen gesellschaftlichen Wandel mit sich. Als Gegenstand, der einer politischen Bearbeitung bzw. politisch-regulatorischer Anpassungen bedarf, treten sie erst dann in Erscheinung, wenn konkrete Verwerfungen als Symptome struktureller Ursachen gedeutet werden (Jessop 2015: 249). In politischer Hinsicht sind Krisen somit keine rein objektiven Angelegenheiten. Vielmehr wohnt ihnen eine Unbestimmtheit inne. Wie eine Krisensituation interpretiert wird, ist maßgeblich dafür, welche Mittel als geeignet erachtet werden, um auf die Situation zu reagieren. Kriseninterpretation und -handeln entscheiden somit nicht nur über den Verlauf einer Krise, sondern auch darüber, ob sie künftig wiederkehren wird (ebd.). Da Akteur*innen, die sich in unterschiedlichen sozialen Lagen befinden und mit entsprechend divergierenden Interessen und Zielvorstellungen auch zu unterschiedlichen Kriseninterpretationen und Bearbeitungsansätzen neigen, ist, so Jessop, der politische Umgang mit einer Krise alles andere als unstrittig (ebd.: 254f.). Analytisch lässt sich eine Krise demnach als »umkämpftes soziales (Kräfte)Verhältnis und Terrain gesellschaftlicher Kämpfe« (Demirović u.a. 2011: 26) greifen.

Auch auf die sozial-ökologische Krise trifft dies zu: Weder über ihre Ursachen und noch viel weniger über die daraus zu ziehenden Konsequenzen herrscht Einigkeit. Umkämpft ist somit auch, ob Maßnahmen einer sozial-ökologischen Transformation vonnöten sind bzw. wie tief diese greifen sollen – eine Ausein-

andersetzung, die sich nicht zuletzt auch auf das Transformationsverständnis selbst erstreckt (Brand 2016; Christ/Sommer 2022). Grob lassen sich drei konkurrierende Interpretationen der Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse und damit einhergehende Transformationsverständnisse unterscheiden:

Erstens, das Bezweifeln: Seit Jahrzehnten torpedieren fossile Konzerne wie ExxonMobil, marktradikale Thinktanks und rechte Agitator*innen systematisch die öffentliche Anerkennung von eindeutigen klimawissenschaftlichen Befunden. Von erheblichen Teilen der Bevölkerung und politischen Entscheidungsträger*innen wird die Krisensituation deshalb als inexistent oder zumindest vernachlässigbar wahrgenommen (Ekberg u.a. 2022). Diesem Deutungsstrang zufolge bedarf es keiner Transformation. Stattdessen werden etwaige Maßnahmen von jenen fossil-kapitalistischen Akteur*innen als Bevormundung von bzw. unnötige Belastungen für Unternehmen und Verbraucher*innen abgetan (Sommer u.a. 2022: 62ff.).

Zweitens, die dominierende Erzählung des Anthropozäns: Diese stellt das vorherrschende gesellschaftliche Naturverhältnis nicht grundlegend infrage, sondern tritt für eine »reflexive Naturbeherrschung« (Görg 2003: 140) ein. Zwar werden diesem Narrativ zufolge die Veränderungen im Erdsystem als problematisch anerkannt, doch wird daraus nicht der Schluss gezogen, dem strukturellen Wachstumszwang kapitalistischer Gesellschaften ein Ende zu bereiten. Der ökologische Kollaps erscheint im Anthropozän-Narrativ als eine unbeabsichtigte Folge industriekapitalistischer Entwicklung, die es unter Rücksicht auf planetare Grenzen zu bändigen gelte (Barca 2020: 15). Auch wenn zweifelhaft ist, ob wirtschaftliches Wachstum längerfristig überhaupt ohne steigende Treibhausgasemissionen und einen wachsenden Ressourcenverbrauch möglich ist (Hickel/Kallis 2020), hält die fortschrittsoptimistische Erzählung vom Anthropozän am ökonomischen Steigerungsimperativ und der Inwertsetzung von Natur fest. Transformation erscheint darin zuvorderst als Suche nach technologischen Lösungen (*technological fix*). Mit dem undifferenzierten Hinweis auf den Anthropos als Krisenverursacher neigt diese Deutung überdies dazu, sowohl Profiteur*innen der bisherigen und künftigen technisch-industriellen Naturaneignung wie auch deren gesellschaftliche Kosten zu verschleiern (Barca 2020: 12f.).

Drittens, herrschaftskritische Krisendeutungen, in die sich auch die Beiträge dieses Bandes einreihen: Anstelle eines Anthropozäns sprechen sie etwa von einem »Kapitalozän« (Moore 2017) oder plädieren für eine Pluralität an Gegenerzählungen (Haraway 2016; Bonneuil/Fressoz 2017). Diese Zugänge erkennen nicht nur an, dass gesellschaftliche Naturverhältnisse herrschaftsförmig verfasst sind. Vielmehr können herrschaftskritische Kriseninterpretationen, indem sie die Systematik des Zusammenwirkens unterschiedlicher Ungleichheitsachsen berücksichtigen, spezifische Akteur*innen sowie soziale Gruppen in ihren jeweiligen Beziehungen zu den Ursachen und Wirkungen der Krise benennen. Sozial-ökologische Transformation bedeutet somit nicht weniger, als die in den multiplen strukturellen Ungleichheits-

beziehungen wurzelnden Ursachen zum Angelpunkt des Krisenhandelns zu machen (I.L.A. Kollektiv 2022: 11ff.).

Kriseninterpretationen sowie Transformationsansätze als umstritten zu begreifen, lenkt die analytische Aufmerksamkeit auf die in ganz unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen ausgetragenen und oft kleinteiligen Kämpfe, in denen um die künftige Ausgestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse gerungen wird. In der deutschsprachigen kritisch-sozialwissenschaftlichen Debatte werden diese Auseinandersetzungen unter der Bezeichnung Transformationskonflikte diskutiert (Dörre u.a. 2020; Graf u.a. 2023; Sommer/Schad 2022). Argumentiert wird, dass konkrete Kämpfe um Transformation sich nur erfassen lassen, wenn sie in übergeordnete soziale – etwa klassenbasierte, hetero-patriarchale, ableistische, rassifizierte und koloniale – Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingebettet werden. Demnach können als Transformationskonflikte verschiedenartige politische, ökonomische, alltagsweltliche und wertbezogene Auseinandersetzungen begriffen werden, die in der Regel nicht durch die ökologische Krise an sich hervorgebracht, durch diese oder die Folgen sozial selektiver Krisenbearbeitung aber überformt oder dynamisiert werden (Graf u.a. 2023: 7). Zumeist verdichten sich in konkreten Kämpfen um Transformation multiple Krisenprozesse. Damit wohnt derartigen Auseinandersetzungen auch das Potenzial inne, eine ganze Konstellation krisenhafter sozialer Verhältnisse in Bewegung zu versetzen (Brand 2016). Wie die Proteste für Klimagerechtigkeit in den Jahren 2018 und 2019 und der daraufhin lancierte *Green Deal* der EU-Kommission (2019) gezeigt haben, sind jedoch auch die Fähigkeiten der herrschenden Kräfte, Widerstände von unten durch selektive Vereinnahmung zu neutralisieren, nicht zu unterschätzen. Antonio Gramsci hat diesen Herrschaftsmechanismus als »passive Revolution« (2012: 1727f.; Candeias 2024) bezeichnet.

Deutlich wird am Beispiel des *Green Deals* der EU-Kommission der zentrale analytische Stellenwert von strategisch einsetzbaren Ressourcen sowie der Mobilisierungsmacht der an den Kämpfen um Transformation beteiligten Akteur*innen. Welche Handlungsoptionen und -mittel den Akteur*innen zur Verfügung stehen, ist abhängig von ihrer strukturellen Position (Dietz/Engels 2014: 82). Auch die Deutung und Bearbeitung von Krisen hängt wesentlich von der Durchsetzungsfähigkeit sozialer Kräfte ab (Jessop 2015: 254). Kämpfe um Transformation sind alles andere als ein fairer Wettstreit. Hochgradig asymmetrisch verteilt sind etwa der Zugang zu Finanzmitteln oder Medien sowie Möglichkeiten, systemisch relevante Entscheidungen zu treffen oder eigene Anliegen mit symbolträchtigen Diskursen zu verknüpfen (Buckel u.a. 2014: 49ff.). Entscheidend ist zudem die Positionierung im »strategische[n] Feld« des Staates (Poulantzas 2002: 170), also die Verankerung von Interessen in Apparaten und Zweigen des Staates. Dies beinhaltet auch informelle Machtressourcen, die in Graubereichen zur Anwendung kommen, in denen sich die herrschenden Kräfte organisieren, korrumpieren sowie lobbyieren, um ihre Position im sozialen Gefüge materiell abzusichern (Landherr/Graf 2017: 572).

Das Kräftefeld, auf dem um den problemadäquaten Umgang mit der sozial-ökologischen Krise und allgemeiner um die Welt von morgen gerungen wird, ist folglich höchst ungleich strukturiert. Die Transformationsstrategien im Interesse mächtiger Kapitalfraktionen und Bevölkerungsgruppen erweisen sich auf diesem Terrain als weitaus durchsetzungsfähiger. Ausdruck findet dieser Umstand neben dem bereits erwähnten *Green Deal* auch in den Transformationspolitiken in Deutschland. Diese sind maßgeblich durch die Interessen eines »grün-kapitalistischen Hegemonieprojekts« geprägt, das sich aus wirtschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zusammensetzt, die das Ziel eint, das deutsche exportorientierte Industriemodell auf der Grundlage der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen zu dekarbonisieren (Sander 2022: 24f.). Dabei verfolgt das grün-kapitalistische Hegemonieprojekt ökomodernistische Transformations-Agenden, beispielsweise die Elektrifizierung der Automobilität oder der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft hierzulande, die die Aneignung von Ressourcen wie Lithium, Kobalt, Wasser oder verfügbaren Flächen andernorts voraussetzen. Anstelle struktureller Veränderungen werden somit nicht nur nicht-nachhaltige nationale, sondern auch extraktivistische Entwicklungsmodelle in Ländern des Globalen Südens erneuert. Bergbaukonzerne und lokale Eliten bezeichnen diese als nachhaltige Zukunftsstrategien (Svampa 2024). In Rahmen dieses »post-fossilen Extraktivismus« (Tittor 2023) werden unter der Überschrift des Ökologischen nicht nur ungleiche Tauschbeziehungen und eine internationale Arbeitsteilung reproduziert, sondern auch Natur fortdauernd kommodifiziert. Ganze Gebiete und Territorien verwandeln sich in *green sacrifice zones*, in denen die sozialen und ökologische Kosten internalisiert und auf lokale Gemeinschaften abgewälzt werden (Zografos/Robbins 2020).

Gegenwärtig wird die anvisierte Ökomodernisierung von rechts in die Defensive gedrängt. Sowohl in Ländern des Globalen Nordens, allen voran den USA, wie auch im Globalen Süden befindet sich die autoritäre Rechte mit ihrer transformationsblockierenden bis -feindlichen Krisenpolitiken in der Offensive (IRGAC 2024; Ekberg u. a. 2022: 69ff.). Ob es sich dabei um einen zwischenzeitlichen fossil-autoritären *Backlash* oder um einen langfristigen Wendepunkt in der herrschenden Umgangsweise mit der sozial-ökologischen Krise handelt, lässt sich derzeit noch nicht ausmachen. Fest steht aber, dass die bislang dominante Strategie der Ökomodernisierung, die das Terrain der gesellschaftlichen Kämpfe um Transformation maßgeblich geprägt hat, eine besondere analytische Aufmerksamkeit verdient. Die Analysen dieses Bandes tragen dazu bei, Inhalte, Reichweite und Widersprüche grün-kapitalistischer Transformationsmaßnahmen zu bestimmen. Anhand konkreter Transformationsprozesse veranschaulichen sie, inwiefern gesellschaftliche Strukturen in Konflikten um das ökologische Modernisierungsprojekt aufgebrochen oder stabilisiert werden. Licht werfen sie dabei auf die unterschiedlichen Gegenkräfte des grünen Kapitalismus. Nicht zuletzt geht es um die Frage, wie

sich angesichts der erörterten Entwicklungen die Aussichten und Bedingungen für emanzipatorisches Handeln verändern. Können diese durch eine erklärtermaßen herrschaftskritische sowie transformative Wissenschaft bestärkt werden? Ein solches Wissenschaftsverständnis möchten wir im folgenden Abschnitt näher erläutern.

Kritisch forschen und solidarisch intervenieren

Als Autor*innen und Herausgeber*innen verorten wir uns in einer kritischen Wissenschaftstradition. Dabei halten wir insbesondere zwei Aspekte für wichtig: Zum einen tragen für uns normative Zugänge und explizit wertende Analysen, die auf macht- und herrschaftskritische Standpunkte rekurrieren, wesentlich dazu bei, gesellschaftliche Prozesse, Mechanismen und Strukturen im Kontext von Transformation umfassend wie auch tiefgreifend zu verstehen und zu erklären (Danermark u.a. 2019: 210ff.; Sayer 2009: 772). Damit zielt diese Herangehensweise nicht nur darauf ab, das vermeintlich Normale und Natürliche an ungerechten Gesellschaftsformationen zu hinterfragen, sondern auch darauf, kritisches Wissen zu bilden. Zum anderen können normativ fundierte Analysen auch darin unterstützen, die Tragweite und Wirkmächtigkeit von emanzipatorischen Alternativen einzuschätzen. Angesichts der zahlreichen Transformationskämpfe, die auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen simultan stattfinden, halten wir wertebasiertes Analysieren und Kritisieren der herrschenden politischen Maßnahmen, unternehmerischen Kalkülen sowie dominanten Diskursen deshalb für notwendig, weil diese das Wohlergehen von Menschen an anderen Orten und zu anderen Zeiten verhindern (Sayer 2009: 774). Zugleich reflektieren wir aus macht- und herrschaftskritischer Perspektive die von uns vertretenen Standpunkte und begründen dementsprechend den normativen Gehalt unseres Verständnisses einer sozial-ökologischen Transformation sowie die Kritik an bestehenden Transformationsprozessen.

Das heißt, gesellschaftskritische Wissenschaft bedeutet für uns auch, das Verhältnis unserer eigenen wissenschaftlichen Praxis – insbesondere hinsichtlich der historisch bedingten Verstrickung von Wissenschaft in Herrschaftsprozesse – zu hegemonialen wie emanzipatorischen Kämpfen zu thematisieren. So verorten wir uns als kritische Wissenschaftler*innen an der Seite von emanzipatorischen sozialen Bewegungen, transformativen Bündnissen und linken Parteien, die sich für eine global gerechte Bearbeitung der ökologischen Krise einsetzen. Darüber hinaus solidarisieren wir uns mit Marginalisierten und jenen Gruppen, die etwa für eine queer-feministische, antifaschistische, antirassistische und egalitär-emanzipierte Gesellschaft kämpfen. Diesem Anspruch versuchen wir durch die Wahl der Forschungsthemen und Verknüpfungen mit den jeweiligen politischen Kämpfen im Forschungsfeld gerecht zu werden. Damit geht aus unserer Sicht

eine kontinuierliche Reflexion über die eigenen Forschungspraxen und Positionalitäten im Forschungsfeld einher. Auch epistemologische Fragen, die den Prozess der Wissensproduktion und die Bedeutung von sowie den Zugang zu Wissen thematisieren, gilt es dabei zu berücksichtigen.

Darüber hinaus weist der vorliegende Sammelband einen weiteren Aspekt unseres Wissenschaftsverständnisses aus. Wir verstehen Wissenschaft auch als kollektive Praxis, die vom gemeinsamen Diskutieren, Schreiben und Lesen lebt. Dies impliziert, damit umzugehen, dass wir uns, trotz der oben skizzierten und von uns geteilten Sichtweise, den globalen und regionalen Kämpfen um Transformation von verschiedenen theoretischen Zugängen aus annähern – ob aus queer-feministischer Perspektive, aus Sicht der kritischen Theorie oder mithilfe einer affektzentrierten Habitustheorie. Dieser theoretischen Vielfalt, die dem Graduiertenkolleg »Krise und sozial-ökologische Transformation« zugrunde liegt, versuchten wir bereits im Zuge der Einwerbung der einzelnen Texte im Winter 2023 Rechnung zu tragen, als wir den Beschluss fassten, die im Kolleg entstandenen Forschungsergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Zunutze machten wir uns die Vielfalt an Perspektiven auch, um zu den einzelnen Texten in verschiedenen Stadien ihrer Entstehung Feedback zu geben. So besprachen die Autor*innen der jeweiligen thematischen Buchteile ihre Beiträge mehrmals untereinander. Intensiv diskutiert wurden Textentwürfe überdies im Rahmen eines Workshops im Herbst 2024. Dabei wurde deutlich, dass wir als Autor*innen und Herausgeber*innen Begriffe wie etwa Macht, Herrschaft oder Natur unterschiedlich akzentuiert gebrauchen, was sich im vorliegenden Band widerspiegelt. Zugleich heißt gemeinschaftlich für uns, in wechselseitiger Anerkennung zu arbeiten, Kompromisse einzugehen, Absprachen zu treffen und sich auf gemeinsame Beschlüsse zu einigen. Freilich ist dies nicht konfliktfrei vonstatten gegangen, doch trotzdem stets respektvoll, wertschätzend und solidarisch. Wir sind stolz auf das gelungene gemeinschaftliche Zusammenarbeiten. Was auf Buchseiten unsichtbar bleiben mag, sind die Beziehungsweisen zwischen uns Mitwirkenden. Kritische Wissenschaft bedeutet für uns schließlich auch, innerhalb des strukturell konkurrenzgetriebenen und prekären Wissenschaftsbetriebes ein kollaboratives Arbeiten zu verfolgen, das sich sowohl durch den Einbezug und die Kombination vieler wissenschaftlicher Erkenntnisse und Erfahrungen auszeichnet, als auch Wert auf ein fürsorgliches Miteinander legt.

Aufbau und Beiträge im Überblick

Die Bearbeitung der Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse ist ein immanent konflikthaftes Unterfangen. Kaum ein Bereich unseres Lebens, Wirtschaftens und politischen Handelns bleibt von diesen Auseinandersetzungen unberührt. Im Rah-

men der vier Teile des vorliegenden Bandes erörtern die einzelnen Beiträge jeweils unterschiedliche Kämpfe um Transformation – und zwar, Kämpfe im Kontext der Mobilitätswende, der Krise liberaler Demokratien, der Arbeitswelt sowie im Bereich der internationalen Rohstoffpolitik.

Teil I behandelt Konflikte um Rohstoffe. *Nina Schlosser* und *Markus Wissen* widmen sich dem konstitutiven Außen eines grünen Kapitalismus, dessen Existenz in ökologischen Modernisierungsdebatten meist unhinterfragt vorausgesetzt wird, das ihn jedoch überhaupt erst ermöglicht. Am Beispiel des Lithium-Extraktivismus in Chile untersuchen sie, wie der Übergang zur Elektro-Automobilität im Globalen Norden neue sozial-ökologische Kosten verursacht, die externalisiert werden. Zudem betrachten sie die Konflikte und die Internalisierung dieser Kosten in einem für die Lithium-Extraktion wichtigen Territorium, dem *Salar de Atacama* im Norden Chiles. Inwiefern die sozial-ökologischen Kosten des *large scale*-Bergbaus von Kupfer – als strategischer Rohstoff der Energiewende – externalisiert werden und sich in Körpern und Territorien manifestieren, untersuchen *Anna Preiser* und *Ali Heuser*. Anhand zweier öko-territorialer Konflikte im peruanischen Bergbau-sektor beleuchten sie die Mechanismen und Auswirkungen der Expansion des Kupferbergbaus als eines bio-extraktivistischen Projekts. Theoretisch-konzeptionell stützt sich der Beitrag auf den Ansatz der extraktivistischen Biopolitik und auf feministische Perspektiven aus Lateinamerika.

Teil II versammelt Analysen gegenwärtiger Transformationsprozesse. So befasst sich *Sarah Beyer* mit der Implementierung der UN *Agenda 2030* in deutschen Großstädten. Der Artikel untersucht, ob und wie Stadtverwaltungen in ihren Nachhaltigkeitsstrategien spezifische Diskurse und Narrative einsetzen, um politische Maßnahmen zu legitimieren, die ein grün-kapitalistisches Hegemonieprojekt festigen. *Marianne Hachtmann* beschäftigt sich mit den Naturschutzinstrumenten der Umweltverträglichkeitsprüfung und der Eingriffsregelung sowie deren Potenzial für eine suffizienzorientierte, sozial-ökologische Transformation. Hierfür betrachtet sie die Zielsetzung dieser Instrumente und führt exemplarisch anhand von Straßenbauprojekten aus, wie sie als Suffizienz-Instrumente wirken. Hachtmanns Schlussfolgerung lautet, dass die Instrumente in ihrer derzeitigen Form nur über ein eingeschränktes Potenzial verfügen, um eine auf Suffizienz ausgerichtete sozial-ökologische Transformation zu stützen. *Mathias Krams* setzt sich mit der Transformationsstrategie der EU-Kommission zu urbanem Verkehr auseinander. Auch Krams analysiert, inwieweit diese verkehrspolitische Strategie dem Paradigma einer grünen Modernisierung entspricht und daher systematisch Hindernisse für eine umfassende Mobilitätswende hervorbringt. Ebenfalls bezogen auf die Thematik der Mobilitätswende nehmen *Melissa Büttner* und *Anke Kläver* die in der Transformationsforschung oftmals wenig beachtete Rolle von Gefühlen in den Blick. Sie schlussfolgern, dass diese ein entscheidendes Hemmnis, aber auch Treibstoff einer sozial-ökologischen Transformation sein können. Anhand einer Analyse ihrer empirischen

Forschungsergebnisse zu verschiedenen Aspekten einer Mobilitätswende zeigen die beiden, welche Rolle Gefühle im Transformationsprozess spielen und wie eben diese Gefühle in Wechselwirkung mit zugrundeliegenden Machtstrukturen stehen.

Teil III nimmt sich dem (anti-)demokratischen Potenzial der ökologischen Krise an. *Kristina Dietz* und *Markus Wissen* beschäftigen sich mit der Transformation der liberalen Demokratie im Kontext dieser Krise. Sie analysieren den Aufstieg der autoritären Rechten unter Berücksichtigung der ökologischen Krise und der vorherrschenden Formen ihrer Bearbeitung. Dabei arbeiten sie heraus, dass die liberale Demokratie als die politische Form, in der sich die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft bearbeiten lassen, aufgrund immanenter institutioneller und struktureller Konflikte zunehmend an ihre Grenzen gerät. Die Alternative besteht aktuell darin, im Sinne der autoritären Rechten hinter ihre Errungenschaften zurückzufallen oder in einem radikaldemokratischen Sinn über die liberale Demokratie hinauszugehen. Ausgehend von der Diagnose, dass vor dem Hintergrund von Rechtsruck und Unzulänglichkeiten herrschender Transformationspolitiken allmählich der öffentliche Klimaschutz-Konsens aufbricht, geht *Julian Niederhauser* im darauffolgenden Artikel dem Einstellungsmuster des transformationsverweigernden Antiökologismus auf den Grund. Weil sie für ein kompromissloses Beibehalten von Etablierten-Vorrechten innerhalb der fossil-kapitalistischen Ungleichheitsordnung steht, ist diese Haltung bis dato moralisch verpönt und daher in der Öffentlichkeit kaum dingfest zu machen. Der Beitrag skizziert, wie sich dem phantomhaften Antiökologismus über die analytische Hintertreppe des vorgeblich Unernstesten empirisch habhaft werden lässt. Im Anschluss betrachtet *Carla Ostermayer*, wie radikal-libertäre Tech-Milliardäre der Klimakrise begegnen. Statt auf die Bekämpfung der Klimakrise setzen diese auf Bunker, technologischen Fortschritt oder die Besiedlung des Mars, um das Überleben einer kleinen Elite zu sichern und der sogenannten normalen Menschheit zu entkommen. Der Artikel analysiert aus einer gesellschaftstheoretischen Perspektive das Verhältnis der Radikallibertären zur Natur und wie sich dieses im Umgang mit der Klimakrise manifestiert.

Teil IV trägt den Titel »Transformation entfalten«. Er wird durch den Beitrag von *Sophie von Redecker* und *Ania Spatzier* zu Care bzw. Fürsorge eröffnet. Die beiden verbinden eine soziologische mit einer ökologischen Landwirtschaftsperspektive, indem sie anhand autobiografischer und queertheoretischer Zugriffe die mangelnde Theoretisierung und Anwendung von Care-Konzepten in der Transformationsforschung adressieren. Sie folgen den Thesen, dass einerseits Care sowohl Grundlage als auch Ziel einer sozial-ökologischen Transformation sein und andererseits Fürsorge auch als ökologisches Paradigma verstanden werden muss. Im Ringen um Antworten bildet ein Gespräch mit der feministischen politischen Ökologin und Ökonomin Christa Wichterich den Kern des Aufsatzes. *Tom Selje* und *Paul Strikker* arbeiten heraus, dass trotz der sich abzeichnenden Unerreichbarkeit des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens Klimaanpassung durchaus

eine Notwendigkeit bleibt. Allerdings bedarf es eines radikalen Gegenentwurfs zu einer ökomodernistischen Klimaanpassung mit einem utopischen Zielrahmen und einer emanzipatorischen Praxis, um eine sozial-ökologische Transformation umzusetzen. Die Autoren machen dabei deutlich, dass eine radikale Klimaanpassung zum einen strategisch unabdingbar und zum anderen ein hoffnungsvoller Anknüpfungspunkt einer umkämpften Transformation ist. Im darauffolgenden Buchbeitrag setzt sich *Stefan Schoppengerd* mit der Möglichkeit eines *Labour Turn* der Klimabewegung auseinander. Die zentrale Bedeutung von Arbeit im gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur, so arbeitet er heraus, macht Initiativen zur ökologischen Politisierung der Arbeitswelt dringend notwendig. Erfolgreich sein werden sie aber nur, wenn dabei auch subjektive Vorstellungen abhängig Beschäftigter als Komponente des kollektiven Handelns bedacht werden. Abschließend beschäftigen sich *Carla Noever Castelos* und *Friedemann Wiese* mit transformativer Wissenschaft und reflektieren dabei ihre eigene Wissenschaftspraxis sowie die Arbeit im Kolleg. Sie werfen Schlaglichter auf ausgewählte Aspekte, um sich nicht nur mit Transformationsthemen auf wissenschaftlicher Ebene auseinanderzusetzen, sondern auch Wissenschaft selbst zu transformieren. Dazu nehmen sie die Beziehung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, die Beziehungen zwischen Feldforschenden und Forschungsteilnehmenden und akademische Beziehungen in den Blick. Der Beitrag greift die umkämpfte Rolle von Wissenschaft in Transformationsprozessen auf.

In der Gesamtschau wird deutlich, dass bisherige Bearbeitungsweisen die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse keineswegs gelöst haben. Technologiefixierte und marktbasierende Krisenpolitiken haben soziale, ökologische sowie demokratiepolitische Missstände nicht beseitigt, sondern vielmehr raumzeitlich verschoben bzw. vertieft. Sie haben dazu beigetragen, einen Nährboden für rechts-autoritäre Kräfte und ihre gleichsam antidemokratische wie auch antiökologische Umgangsweisen mit der Krisensituation zu schaffen. Die Transformation unter ökomodernen Vorzeichen steckt selbst in der Krise, wie sich aus den Analysen dieses Bandes erschließen lässt. Vor diesem Hintergrund finden sich emanzipatorische Akteur*innen auf den ersten Blick in einer strategischen Zwickmühle: Sollen sie, um Schlimmeres zu verhindern, mit Kräften kooperieren, die wesentlich inadäquate Transformationsmaßnahmen verfolgen? Oder ihre radikale Kritik am grün-kapitalistischen Projekt und an den Unzulänglichkeiten westlicher Demokratien fortsetzen? Die Buchbeiträge weisen auf strategische Schlupflöcher aus diesem Dilemma hin: Unscheinbare konkrete Kämpfe bergen das Potenzial, die Gesamtkonstellation zu verrücken, sodass sich Lichtblicke durch das Gefüge bahnen und die Hoffnung auf ein gesellschaftliches Miteinander belebt wird, dessen Kernanliegen darin besteht, Teilhabebarrrieren abzubauen, ungleiche Lebenschancen auszugleichen und die gemeinsamen Lebensgrundlagen pflegend zu erhalten.

Um das Gemeinsame der verschiedenen Analysen herauszustreichen, sind die einzelnen Buchteile auch durch kurze Texte sowie grafische Einschübe miteinander verknüpft. Diese geben zum einen eine prägnante Einführung in die einzelnen thematischen Abschnitte und ermöglichen den Lesenden dadurch, sich im übergreifenden Argumentationsgang des Bandes zu orientieren. Mit diesen Einschüben vollzieht sich zum anderen auch ein Wechsel der Betrachtungsweise: Kämpfe um Transformation erscheinen darin verdichtet in plakativen (Sprach-)Bildern. Mittels einer zugespitzten, die analytische Komplexität der Buchbeiträge bewusst kontrastierenden Ausdrucksform, machen sie die Konflikthaftigkeit der sozial-ökologischen Krise und der Transformation anschaulich.

Zuletzt möchten wir darauf hinweisen, dass diese Publikation nur durch mannigfache Unterstützung von außerhalb des Herausgeber*innen- und Autor*innenkreises zustande kommen konnte. Für die Illustrationen möchten wir uns herzlich bei Patu³ bedanken. Schließlich hätte dieser Sammelband niemals ohne die (im)materielle Unterstützung des Studienwerks der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der TU Berlin sowie der Universität Kassel das Licht der Öffentlichkeit erblickt. Auch ihnen sei an dieser Stelle vielmals gedankt.

Literaturverzeichnis

- Barca, Stefania (2020): *Forces of Reproduction. Notes for a Counter-Hegemonic Anthropocene*. Cambridge.
- Bonneuil, Christophe/Fressoz, Jean-Baptiste (2017): *The Shock of the Anthropocene: The Earth, History and Us*. London.
- Brand, Ulrich (2016): How to Get Out of the Multiple Crisis? Contours of a Critical Theory of Social-Ecological Transformation. In: *Environmental Values* 25(5): 503–25. DOI: <https://doi.org/10.3197/096327116X14703858759017>.
- Brand, Ulrich/Wissen Markus (2017): *Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im Globalen Kapitalismus*. München.
- Buckel, Sonja u.a. (2014): Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung. In: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*. Bielefeld: 15–84.
- Candeias, Mario (2024): *Passive Revolution*. URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/abc/>, Zugriff: 28.12.2024.
- Chancel, Lucas (2022): Global carbon inequality over 1990–2019. In: *Nature Sustainability* 5(11), 931–938. DOI: <https://doi.org/10.1038/s41893-022-00955-z>.

3 <https://www.patupatu.com/> oder <https://www.instagram.com/patuparia/> (04.02.2025)

- Christ, Michaela/Sommer, Bernd (2022): Transformation (sozial-ökologische). In: Gottschlich, Daniela/Hackfort, Sarah/Schmitt, Tobias/Winterfeld, Uta von (Hg.): Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden. Bielefeld: 461–466.
- Danermark, Berth u.a. (2019): Explaining Society: Critical Realism in the Social Sciences. New York.
- Davies, Thom (2019): Slow violence and toxic geographies: ›Out of sight‹ to whom? In: Environment and Planning C 40(2): 409–427.
- Demirović, Alex u.a. (2011): Die multiple Krise. Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.): Vielfachkrise. Im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg: 11–28.
- Dietz, Kristina/Engels, Bettina (2014): Immer (mehr) Ärger wegen der Natur? Für eine gesellschafts- und konflikttheoretische Analyse von Konflikten um Natur. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 43(1): 73–90.
- Dörre, Klaus u.a. (Hg.) (2020): Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität. Frankfurt a.M./New York.
- Ekberg, Kristoffer u.a. (2022): Climate Obstruction. How Denial, Delay and Inaction Are Heating the Planet. New York.
- Europäische Kommission (2019): Der europäische Green Deal. URL: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52019DCo640>, Zugriff: 4.2.2025.
- Fraser, Nancy (2022): Cannibal Capitalism: How our System is Devouring Democracy, Care, and the Planet and What We Can Do About It. London.
- Görg, Christoph (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise. Münster.
- Graf, Jakob u.a. (2023): Editorial: Sozial-ökologische Transformationskonflikte und linke Strategien. In: PROKLA 53(210): 4–12. DOI: 10.32387/prokla.v53i210.2039.
- Graf, Jakob/Landherr, Anna (2019): Über uns die Sintflut. Zu Klassenverhältnissen in der Internalisierungsgesellschaft am Beispiel Chiles. In: PROKLA 49(196): 487–493.
- Gramsci, Antonio (2012 [1929–1935]): Gefängnishefte. 10 Bände. Hamburg/Berlin.
- Haraway, Donna (2016): Staying with the Trouble. Making Kin in the Chthulucene. Durham/London.
- Hickel, Jason/Kallis, Giorgos (2020): Is Green Growth Possible? In: New Political Economy 25(4): 469–86. DOI: <https://doi.org/10.1080/13563467.2019.1598964>.
- I.L.A. Kollektiv (2022): Die Welt auf den Kopf stellen. Strategien für radikale Transformation. München.
- International Research Group on Authoritarianism Counter-Strategies [IRGAC] (Hg.) (2022): Global Authoritarianism. Perspectives and Contestations from the South. Bielefeld.

- Jessop, Bob (2015): The Symptomatology of Crises, Reading Crises and Learning from Them. Some Critical Realist Reflections. In: *Journal of Critical Realism* 15(3): 238–271. DOI: <https://doi.org/10.1179/1572513815Y.0000000001>.
- Landherr, Anna/Graf, Jakob (2017): Neoliberale Kontinuität im politischen Wechselwind: Die Macht der besitzenden Klasse Chiles über die extraktivistische Ausrichtung des Landes. In: *PROKLA* 47(189): 569–585.
- Lessenich, Stephan (2018): *Neben uns die Sintflut. Wie wir auf Kosten anderer leben.* München.
- Malm, Andreas (2018): *The Progress of This Storm. Nature and Society in a Warming World.* London, Brooklyn.
- Malm, Andreas/Carlton, Wim (2024): *Overshoot. How the World Surrendered to Climate Breakdown.* London, Brooklyn.
- Moore, Jason W. (2017): The Capitalocene. Part I: On the Nature and Origins of Our Ecological Crisis. In: *The Journal of Peasant Studies* 44(3): 594–630. DOI: <https://doi.org/10.1080/03066150.2016.1235036>.
- Nixon, Rob (2011): *Slow Violence and the Environmentalism of the Poor.* Cambridge.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie: Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus.* Hamburg.
- Saito, Kohei (2023): *Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus.* München.
- Sander, Hendrik (2022): An der Schwelle zum grünen Kapitalismus? Sozial-ökologische Hegemonieprojekte in Deutschland. ONLINE-Publikation 4/2022 der Rosa-Luxemburg-Stiftung. URL: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Artikel/4-22_Onl-Publ_GruenerKapitalismus_web.pdf, Zugriff: 28.12.2024.
- Sayer, Andrew (2009): Who's Afraid of Critical Social Science? In: *Current Sociology* 57(6), 767–786. DOI: <https://doi.org/10.1177/0011392109342205>.
- Sommer, Bernd/Schad, Miriam (2022): Sozial-ökologische Transformationskonflikte. Konturen eines Forschungsfeldes. In: *Zeitschrift für Politik* 69(4): 451–468. DOI: <https://doi.org/10.5771/0044-3360-2022-4-451>.
- Sommer, Bernd u.a. (2022): *Rechtspopulismus vs. Klimaschutz? Positionen, Einstellungen, Erklärungsansätze.* München.
- Svampa, Maristella (2024): Corporate Energy Transition: The South American Lithium Trainage as a Test Case. In: Lang, Miriam/Manahan, Mary Ann/Bringel, Breno (Hg.): *The Geopolitics of Green Colonialism. Global Justice and Ecosocial Transitions.* London: 40–51.
- Tittor, Anne (2023): Postfossiler Extraktivismus? Die Vervielfältigung sozial-ökologischer Konflikte im Globalen Süden durch Dekarbonisierung. In: *PROKLA* 53(210): 77–98.
- Whyte, Kyle Powys (2017): Our ancestors' dystopia now: Indigenous conservation and the Anthropocene. In: Heise, Ursula/Christensen, Jon/Niemann, Michelle

(Hg.): The Routledge companion to the environmental humanities. London. 222–231.

Zagrafos, Christos/Robbins, Paul (2020): Green Sacrifice Zones, or Why a Green New Deal Cannot Ignore the Cost Shifts of Just Transitions. In: One Earth 3(5): 543–546. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.oneear.2020.10.012>.



Teil I: Rohstoffe

So unverrückbar Routinen und Gewohnheiten im Alltag anmuten, sind sie doch aus der Nähe betrachtet in ständiger Bewegung: aufs Neue wird der Fisch aus der See gezogen, aufs Neue wird das Auto auf dem Heimweg aufgetankt, aufs Neue wird das Erz in den Hochofen geschaufelt, aufs Neue wird die Verwertungsmaschine angeheizt. Die Gleichmäßigkeit der Wiederholung gerinnt zu einem Bild der scheinbaren Unveränderlichkeit. So ist es, so war es immer schon, wie soll es je anders sein? Je gewohnter die Abläufe, je selbstverständlicher die Erwartungen und je eingewurzelter die Erfahrungen, desto mehr treten ihre stofflichen Voraussetzungen in den Hintergrund und verwandeln sich zu Selbstverständlichkeiten. Der Fisch kommt aus dem Tiefkühlregal und der Strom aus der Steckdose. Nicht die Kontinuitäten, sondern das Stocken, nicht das Funktionieren, sondern die Störung erwecken die Aufmerksamkeit. Je augenfälliger die Verwerfungen, umso mehr verliert das Gewohnte seine Selbstverständlichkeit, stehen eingespielte Abläufe zur Disposition, droht der Routine ihre Leichtigkeit abhanden zu kommen und treten zuvor unsichtbare Materialien als Problemursachen oder deren vermeintliche Lösung in Erscheinung. Das Unverrückbare gerät in Bewegung, die Ordnung der Dinge droht ins Wanken zu geraten.

Teil I des Sammelbandes veranschaulicht die gegenwärtige Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse und insbesondere ihre territoriale Umkämpftheit in naturexportierenden Gesellschaften des Globalen Südens. Die darin versammelten Beiträge beleuchten ein zentrales Problem der dominanten Strategien, bestehende Produktionsabläufe und Alltagspraktiken zu dekarbonisieren: Auch ein post-fossiler Kapitalismus benötigt Rohstoffe und diese verfügbar zu machen, ist alles andere als konfliktfrei. Die grüne Modernisierung, wie sie in Ländern des Globalen Nordens sowie insbesondere in China politisch forciert wird, geht mit neuen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnissen zwischen Zentrum und Peripherie sowie geopolitischen Kräfteverschiebungen einher. Vielfach beeinträchtigen sie relativ selbstbestimmte Lebensweisen und zerstören fragile Ökosysteme. Nicht zuletzt deshalb sehen sich Projekte des Abbaus sogenannter kritischer Rohstoffe vor Ort häufig mit lautstarken Widerständen und Widersprüchen konfrontiert.

Der Grüne Kapitalismus und sein Außen

Rohstoffkonflikte um die ökologische Modernisierung der Automobilität¹

Nina Schlosser und Markus Wissen

Die ökologische Modernisierung der kapitalistischen Produktionsweise scheint an Elan verloren zu haben. Die fossilen Beharrungskräfte, die mit dem Erstarken der Klimagerechtigkeitsbewegung und politischen Strategien wie dem *European Green Deal* in die Defensive geraten waren, holen zum Gegenschlag aus. Die Wärmewende stagniert, das Verbrenner-Aus in der EU steht zur Disposition, die Klimakrise wird von konservativen und autoritär-rechten Kräften relativiert oder gar geleugnet. Ist der »grüne Kapitalismus« also am Ende, noch bevor er richtig angefangen hat?

Tatsächlich ist die Sache vertrackter: In der zweiten Hälfte der 2010er Jahre schufen das Pariser Klimaabkommen, die alarmierenden Befunde der Erdsystemwissenschaften und die Klimabewegung ein günstiges gesellschaftliches und politisches Klima für die ökologische Modernisierung der kapitalistischen Produktionsweise. Es öffnete sich gleichsam ein Gelegenheitsfenster, in dem viele grünkapitalistische Projekte angestoßen wurden, darunter die Kreislaufwirtschaft, die Wasserstoffökonomie und die Antriebswende im Verkehrssektor. Was dabei erwartungsgemäß nicht gelang, ist, die institutionellen Bastionen des fossilen Kapitalismus gänzlich zu schleifen. So brach sich die klimapolitische Dynamik etwa an dem im Bundesverkehrsministerium und in zahlreichen Kommunalverwaltungen institutionalisierten fossil-automobilen Konsens. Damit verpufften die Reformimpulse aber nicht einfach. Vielmehr wurden sie kleingearbeitet, bisweilen blockiert, in jedem Fall aber herrschaftsförmigen institutionellen Bearbeitungsmechanismen unterworfen.

Die entscheidende Frage ist daher weniger, *ob* sondern *wie* genau sie weiterwirken. Denn, dass sie in irgendeiner Form weiterwirken, scheint ausgemacht. Dabei spielen nicht allein gesellschaftliche Protestbewegungen, gut kommunizierte wissenschaftliche Befunde, internationale Dynamiken und die institutionellen Spuren,

1 Für hilfreiche Hinweise danken wir Julian Niederhauser, Ali Heuser, Anna Preiser und Carla Ostermayer.

die sie hinterlassen, eine Rolle, sondern auch die technologischen Entwicklungen, die internationale Konkurrenz und die damit verbundene Verschiebung von Kräfteverhältnissen zwischen Kapitalfraktionen.

Im Fall der Automobilität etwa wäre der technologische Entwicklungsstand von Alternativen zum Verbrennungsmotor in Rechnung zu stellen. Vor allem der batterieelektrische Antrieb ist mittlerweile weit gediehen und längst in der Massenproduktion angekommen. Denn der Rede von der »Technologieoffenheit« zum Trotz haben Autokonzerne horrenden Summen, aufgestockt durch staatliche Subventionen, in diese Technologie investiert. Chinesische und US-amerikanische Unternehmen sind Vorreiter und setzen die fossilen *latecomer* der deutschen Autoindustrie nicht mehr nur auf deren Auslands- sondern zunehmend auch auf ihren heimischen Märkten unter Druck (Daum 2022). Unterstützt werden sie dabei durch starke »Unternehmerstaaten« (Mazzucato 2014).

Auch die volkswirtschaftliche Bedeutung sogenannten grüner Technologien und damit die strukturelle Macht der betreffenden Kapitalfraktionen hat zugenommen. Einer Untersuchung der Internationalen Energieagentur (IEA) zufolge arbeitet mittlerweile mehr als die Hälfte der weltweit 65 Millionen Beschäftigten des Energiesektors und der Energie-bezogenen Sektoren im Bereich »saubere Energien« (IEA 2022: 19). Legt man die Verpflichtungen zugrunde, die die Staaten im Rahmen des Pariser Abkommens eingegangen sind, wird das Beschäftigungswachstum in diesem Bereich weitergehen und die Arbeitsplatzverluste in der Versorgung mit fossilen Energien überkompensieren (ebd.: 49; vgl. IRENA/ILO 2022: 74). Graue Industrien wie die großen Energieversorger, die ihre Gewinne in der Vergangenheit mit fossilen Energieträgern erwirtschafteten, geben sich zunehmend ein grünes Antlitz, weiten also etwa ihre Aktivitäten im Bereich erneuerbare Energien aus. Vom Staat erwarten die grünen bzw. grün-gewendeten Branchen die Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen, die für die nötige Investitionssicherheit sorgen.²

Die Versuche neoliberaler, konservativer und rechter Kräfte, in der EU das Verbrenner-Aus zu verschieben, mögen punktuell erfolgreich sein. Eine Rückkehr zum fossilen Status quo ist aber allein schon aus Gründen kapitalistischer Konkurrenz wenig wahrscheinlich. Kurz- bis mittelfristig ist eher eine Verbindung von grünen und fossilen Elementen in einer höchst fragilen und langfristige kaum tragfähigen

2 Siehe etwa die einschlägigen Äußerungen des Präsidenten des Bundesverbands der deutschen Industrie, Siegfried Russwurm, zum Ergebnis der 26. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention im November 2021 in Glasgow (COP 26) laut *Handelsblatt* vom 14.11.2021, URL: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/reaktion-auf-cop26-wo-llen-nicht-unter-die-raeder-kommen-wie-die-industrie-auf-die-ergebnisse-der-klimakonferenz-reagiert/27798646.html>, Zugriff: 20.8.2024.

postneoliberalen kapitalistischen Formation zu erwarten. Ökologisch problemadäquat wäre diese in keiner Weise. Sie liefe auf einen »grünen Katastrophen-Kapitalismus« (Candeias 2023) hinaus, der seine Kosten wie gehabt in Zeit und Raum externalisieren und die internationalen Spannungen um Rohstoffe und CO₂-Senken weiter verschärfen würde.

Wir widmen uns im Folgenden der Konflikthaftigkeit einer solchen Formation, wie sie aus deren Angewiesenheit auf ein »Außen« resultiert. Unser empirischer Schwerpunkt liegt auf den internationalen Dimensionen der Automobilität. Deren ökologische Modernisierung stellt aufgrund der hohen Bedeutung der Autoindustrie für viele hochindustrialisierte Ökonomien ein Kernstück des grünen Kapitalismus dar. Wir analysieren zunächst die diesem innewohnenden Externalisierungstendenzen. Sodann untersuchen wir am Beispiel der Lithium-Extraktion in Chile die Konflikte um die Internalisierung sozial-ökologischer Kosten. Der Analyse liegen qualitative Daten zugrunde, die u. a. im Rahmen von Expert*innen-Interviews während zweier mehrmonatiger Aufenthalte (2022/2023) in der chilenischen Kommune San Pedro de Atacama erhoben wurden. Inspirationen aus Chile leiten den letzten Schritt ein, bei dem es um Ansätze und Voraussetzungen einer progressiven Politisierung des grünen Katastrophen-Kapitalismus in lokalen Kämpfen und durch transnationale Allianzen geht.

Grün-kapitalistische Externalisierung

Wenn man die gegenwärtige Transformation von Schlüsselbranchen der Zentrums-Ökonomien mit zwei Worten beschreiben sollte, dann wären dies die Digitalisierung und die Dekarbonisierung. Beide Erscheinungsformen der Transformation resultieren aus technischen Entwicklungen, Konkurrenzzwängen und umweltpolitischen Vorgaben. In der EU sind sie Teil des Bestrebens um »strategische Autonomie«: Angesichts der Verschärfung der ökologischen Krise, der technologischen Errungenschaften des chinesischen Staatskapitalismus und der massiven Infrastrukturinvestitionen, die die Biden-Administration in den USA mit dem *Inflation Reduction Act* auf den Weg gebracht hat, scheinen sich die EU und ihre Mitgliedstaaten von den neoliberalen Dogmen zu verabschieden, an denen sie jahrzehntelang festgehalten haben, und den Pfad einer aktiven Industriepolitik einzuschlagen (Abels/Bieling 2022). In deren Rahmen werden jene Branchen und Technologien gezielt gefördert, die für die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Klimaneutralität als entscheidend gelten. Dazu gehört auch die europäische Autoindustrie, die in puncto Batterietechnologie und autonomes Fahren weit hinter ihrer US-amerikanischen und chinesischen Konkurrenz zurückhängt.

Die technologische Modernisierung der Automobilität, so die Annahme, ist ein Schlüssel zur Senkung der CO₂-Emissionen des Verkehrssektors. Dort ist der klima-

politische Handlungsbedarf besonders groß: Während im verarbeitenden Gewerbe und Bausektor der EU die CO₂-Emissionen zwischen 1990 und 2022 um 46 Prozent, in der Energiewirtschaft um 40 Prozent und in den privaten Haushalten um 35 Prozent zurückgingen, stiegen sie im Verkehrssektor um 20 Prozent an. Mehr als 70 Prozent der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen entfallen auf den Straßenverkehr. Hier sind die Emissionen zwischen 1990 und 2022 sogar noch stärker gestiegen als im Durchschnitt des Verkehrssektors, nämlich um 24 Prozent. Auch wenn dieser Anstieg primär auf leichte Nutzfahrzeuge, Lkw und Busse zurückzuführen ist, sind Pkw und Motorräder für den größten Teil der Emissionen im Straßenverkehr, nämlich 60 Prozent, verantwortlich.³

Die Anstrengungen zur Reduktion der CO₂-Emissionen im Straßenverkehr nehmen vor allem die Form einer Antriebswende an: Der fossile Verbrennungsmotor soll durch klimafreundliche Alternativen ersetzt werden, unter denen wiederum der batterieelektrische Antrieb als der energieeffizienteste gilt (siehe den Beitrag von Mathias Krams in diesem Band). In der Tat emittieren Elektroautos beim Fahren kein Kohlendioxid. Damit sind sie aber noch längst nicht klimaneutral unterwegs. Denn erstens speist sich der Strommix, mit dem sie angetrieben werden, in den meisten Fällen nicht nur aus erneuerbaren, sondern auch aus fossilen Energien. Zweitens verursachen auch die Produktion von Windkraftanlagen und Solarpanelen sowie die Extraktion und Verarbeitung der dafür nötigen Rohstoffe CO₂-Emissionen. Dazu kommen drittens die CO₂-Emissionen, die bei der Herstellung von Elektroautos anfallen. Vor allem die Batterie-Produktion gilt als sehr energieintensiv (Fritz u.a. 2021: 29f.). Viertens schließlich steigert die zunehmende Ausstattung von Autos mit digitalen Technologien den Energiebedarf.⁴

Zweifellos sind batterieelektrische Pkw im Vergleich zu Verbrennern die klimafreundlichere Alternative. Über ihren gesamten Lebenszyklus betrachtet emittieren sie 69 bis 76 Prozent weniger CO₂ als konventionelle Pkw (ebd.: 5). Die Emissionen und damit die Inanspruchnahme von CO₂-Senken sind allerdings nur das eine. Das andere ist der rohstoffintensive Herstellungsprozess:

Ein Elektroauto benötigt für Kabel, E-Motor und Lithium-Ionen-Batterie durchschnittlich vier Mal so viel Kupfer wie ein mit Verbrennungsmotor betriebenes

3 Statistisches Bundesamt (Destatis) (2024): Kohlendioxidemissionen im Verkehr gegenüber 1990 gestiegen, https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Umwelt-Energie/CO2_Sektoren.html, Zugriff: 19.8.2024; Europäisches Parlament (2023): CO₂-Emissionen von Pkw: Zahlen und Fakten (Infografik), <https://www.europarl.europa.eu/topics/de/article/20190313STO31218/co2-emissionen-von-pkw-zahlen-und-fakten-infografik>, Zugriff: 19.8.2024; Statistisches Bundesamt (Destatis) (2024): Straßenverkehr: EU-weite CO₂-Emissionen seit 1990 um 24 % gestiegen. Pkw verursachen den größten Anteil, https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Umwelt-Energie/CO2_Strassenverkehr.html, Zugriff: 19.8.2024.

4 Zu den ökologischen Dimensionen der Digitalisierung generell siehe Lange/Santarius (2018).

Fahrzeug. Auch wenn es inzwischen recht hohe Recyclingraten gibt, sind die Wirtschaften des globalen Nordens dadurch auf einen stetigen Zufluss an neu gefördertem Kupfer angewiesen. Die Förderung ist aufwändig, energie- und wasserintensiv. Prognosen gehen global von einer jährlichen (!) Zunahme der Produktion von Batterien um 30 Prozent aus. An den Lithium-Ionen-Batterien für Elektroautos – dort kommen sie neben Laptops und Smartphones am stärksten zum Einsatz – lassen sich neu entstehende Abhängigkeiten und Probleme beobachten. Batterien sind die zentralen Komponenten der Elektroautos, die aktuell etwa 20 bis 40 Prozent des Fahrzeugpreises ausmachen. In einer 400 Kilogramm schweren Batterie, die Volkswagen für einen Mittelklassewagen produziert, befinden sich unter anderem 126 Kilogramm Aluminium, 41 Kilogramm Nickel, 22 Kilogramm Kupfer, neun Kilogramm Kobalt und acht Kilogramm Lithium. (Brand/Wissen 2024: 149f.)

Im *Critical Raw Materials Act*, einer im Jahr 2024 in Kraft getretenen EU-Verordnung, werden die für die Elektroautomobilität benötigten Rohstoffe mit dem Attribut »strategisch« versehen. Das heißt, dass sie eine hohe wirtschaftliche Bedeutung haben; vor allem für die Digitalisierung und Dekarbonisierung der europäischen Ökonomien sind sie essenziell. Entsprechend bemüht sich die EU, ihre eigenen Förder-, Verarbeitungs- und Recycling-Kapazitäten auszubauen, die Bezugsquellen zu diversifizieren, Lieferketten krisensicherer zu machen und so genannte *Win-Win*-Partnerschaften mit Nicht-EU-Herkunftsländern zu vereinbaren. Letzteres dürfte besonders wichtig sein. Denn auch, wenn es der EU gelingt, die Extraktion auf ihrem eigenen Territorium zu intensivieren, wird der weitaus größte Teil der strategischen Rohstoffe wegen der steigenden Nachfrage im Rahmen der vorherrschenden Transformationsstrategien weiterhin aus Drittstaaten bezogen werden müssen. Nur zehn Prozent des jährlichen Förderbedarfs, so lautet die Zielmarke für 2030, soll aus europäischen Lagerstätten gedeckt werden.⁵

Beim Zugriff auf die Lagerstätten von Drittstaaten konkurriert die EU mit anderen Ländern wie China, die ebenfalls ihre Dekarbonisierung vorantreiben. Das kann die Verhandlungsposition der Rohstoff-exportierenden Länder unter Umständen stärken, führt aber zu »öko-imperialen Spannungen« (Brand/Wissen 2024) zwischen den Zentrums-Ökonomien. Vor allem aber geht es zu Lasten der Menschen und der Natur in den Regionen, in denen die Rohstoffförderung intensiviert wird. Es handelt sich hierbei um ein altbekanntes koloniales Muster, das den Globalen Süden auf die Rolle des Rohstofflieferanten für den Globalen Norden festlegt. Neu sind allerdings die Rahmung und Rechtfertigung der Kolonialität: Im Unterschied zum klassischen Extraktivismus geht es nicht um die Bereicherung von gesellschaftlichen und politischen Eliten und multinationalen Bergbaukonzernen. Auch ist das

5 Europäische Kommission (o.J.): Europäisches Gesetz zu kritischen Rohstoffen, https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/green-deal-industrial-plan/european-critical-raw-materials-act_de, Zugriff: 20.8.2024.

Ziel nicht wie im Neo-Extraktivismus der *pink tide*, also der linken lateinamerikanischen Regierungen in den frühen 2000er Jahren, primär Exporterlöse zu erwirtschaften, die dann über Sozialprogramme der marginalisierten Bevölkerung zugutekommen sollen.⁶ Der Extraktivismus in seiner neuesten Erscheinungsform wird vielmehr grün gerahmt, die Zerstörung von Natur in den Bergbauregionen dient, zugespitzt formuliert, der Rettung der Welt vor der Klimakatastrophe. Christos Zografos (2022) spricht in diesem Zusammenhang treffend von *green sacrifice zones* und meint damit rohstoffreiche Regionen in den Ländern des Globalen Südens oder an der Peripherie des Globalen Nordens, deren soziale und natürliche Reproduktionsgrundlagen gleichsam auf dem Altar der ökologischen Modernisierung des Kapitalismus geopfert werden.

Dem liegt das Problem zugrunde, dass unter kapitalistischen Vorzeichen eine ökologische Modernisierung nur in Begriffen der Effizienz und der Konsistenz gedacht werden kann: Es geht darum, die gleiche oder gar eine höhere Leistung unter Einsatz von weniger Rohstoffen zu erreichen (etwa durch optimierte Verbrennungsmotoren) bzw. die Herstellung und/oder Nutzung eines Produkts so zu verändern, dass primär erneuerbare Rohstoffe zum Einsatz kommen (durch den Übergang vom Verbrennungsmotor zum batterieelektrischen Antrieb). Die Kreislaufwirtschaftsstrategie der EU ist ganz von diesen Überlegungen geprägt. Die Sinnhaftigkeit des Produkts selbst (des Autos) und die benötigte Anzahl dessen werden dagegen nicht problematisiert. Die Suffizienzfrage wird also gar nicht erst aufgeworfen.

Solange dem aber so ist, werden die Errungenschaften ökologischer Effizienz- und Konsistenzstrategien zwangsläufig durch Mengeneffekte überkompensiert. Das gilt vor allem für Autos, die nicht nur immer mehr, sondern auch größer und schwerer werden, so dass ihr absoluter Energie- und Materialbedarf steigt. Die aus Sicht der Generationen-, der sozialen und der internationalen Gerechtigkeit so dringend nötige Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Rohstoffverbrauch und der Umweltbelastung erweist sich als Illusion (Hickel/Kallis 2020).

Bislang wurde diese Konstellation kaum in Frage gestellt. Vielmehr ist sie gerade im Begriff, sich in ein neues, öko-koloniales Gewand zu kleiden und die Widersprüche einer imperialen Produktions- und Lebensweise auf dem Weg der ökologischen Modernisierung zu bearbeiten. Das ist wesentlich der – in jüngerer Zeit noch verschärften – kapitalistischen Konkurrenz geschuldet, die den in ihr wirkenden Akteuren kaum eine andere Wahl lässt, als die in der Mainstream-Ökonomie so bezeichneten »negativen externen Effekte« zu produzieren und diese auf andere in Raum und Zeit zu verlagern. Allerdings reichen die strukturellen Konkurrenzzwänge allein als Erklärung nicht aus. Denn sie entfalten ihre Wirkung immer vermittelt über soziale Prozesse, in die eine Vielzahl von Akteur*innen auch in den rohstoffreichen Ländern des Globalen Südens involviert ist. Es stellt sich deshalb die Frage

6 Siehe zu diesen Strategien im Einzelnen Svampa (2019).

nach der konflikthaften »Internalisierung« (Graf/Landherr 2019) der externen Effekte grün-kapitalistischer Strategien, nach den gesellschaftlichen Verhältnissen, die die Internalisierung vermitteln, und nach den Konflikten, mittels derer sie sich durchsetzt. Dem gehen wir im nächsten Abschnitt am Beispiel Chiles nach.

Umkämpfte Internalisierung im Salar de Atacama

Im Norden Chiles liegt der Salar de Atacama. Genauer gesagt befindet er sich inmitten der Atacama-Wüste, der trockensten Wüste der Welt. In einer abflusslosen Senke, eingefasst von der Andenkordillere und einer Kette von Vulkanen, fügt sich der Salar als mineralhaltiges Evaporitbecken mit einer Fläche von 3.000 Quadratkilometern nahezu nahtlos ein. Und genau in diesem Becken werden Teile der »grünen Kosten« der Elektro-Automobilität versenkt.⁷ Die EU deckt aus ihm an die 80 Prozent ihres Lithiumbedarfs.⁸

Im grün-kapitalistischen Sinne zeichnet sich der Salar de Atacama durch mindestens drei als günstig angesehene natürliche (Produktions-)Bedingungen aus: Erstens lagern unter seiner harten Salzkruste mit circa 9,3 Millionen Tonnen die mit Abstand weltweit größten Lithiumreserven (USGS 2024: 111). Zweitens ist nirgendwo auf der Welt die Lithiumkonzentration höher als im Salar de Atacama (Schmidt u.a. 2023: 15). Und drittens reduzieren die extrem hohe Sonneneinstrahlung auf über 2.300 Metern über dem Meeresspiegel, die in der Regel täglich den Höchstwert auf einer Skala von eins bis elf erreicht, und der normalerweise ausbleibende Regen, der die lithiumhaltige Sole unter freiem Himmel verwässern könnte, die Produktionskosten.⁹ Allein diese drei Faktoren verwandeln den Salar in Zeiten steigender Lithiumbedarfe des klimakrisengeschüttelten kapitalistischen

7 Riofrancos (2019): What green costs, <https://logicmag.io/nature/what-green-costs/#:~:text=What%20Green%20Costs>, Zugriff: 4.9.2024.

8 Europäische Kommission (2024): The EU-Chile agreement explained, https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/chile/eu-chile-agreement/agreement-explained_en#AdvantageChile, Zugriff: 2.9.2024.

9 Die Lithiumproduktion erfolgt im Norden Chiles in zwei Phasen, und zwar in der Extraktionsphase und der anschließenden chemischen Weiterverarbeitung. Zur Entnahme der lithiumhaltigen Sole bohren die Unternehmen mit schweren Maschinen in den »Nukleus«, den Kern des Salars, bis auf eine Tiefe von etwa 50 Metern. Von dort pumpen sie (SQM: 1.500 l/s; Albemarle: 442 l/s, jeweils täglich) die Sole an die Oberfläche und lagern diese in Verdunstungsbecken, die gegenwärtig circa 40 Quadratkilometer einnehmen. Dort lagert die Flüssigkeit bis zu 18 Monate unter freiem Himmel. Aufgrund der hohen Sonneneinstrahlung verdunstet das in der Sole gebundene Wasser, infolgedessen sich die Lithium-Konzentration von 0,2 Prozent auf etwa sechs Prozent steigert. Zum Ende dieser Phase werden die Residuen zu den Chemieanlagen im Salar de Carmen (SQM) und in La Negra (Albemarle) unweit des Hafens von Antofagasta transportiert. Dort findet die chemische Weiterverarbeitung, insbesondere

Weltmarkts buchstäblich für all jene in eine Goldgrube, die die Lizenz zum Graben besitzen – die aber in lokalen Konflikten immer wieder zur Disposition steht.

In Chile erteilt der Staat diese Genehmigungen, die gegenwärtig zwei global operierende Unternehmen besitzen: das US-amerikanische Chemieunternehmen *Albemarle* und der chilenische Lithiumkonzern *Sociedad Química y Minera* (SQM). Während ihnen die nahezu idealen naturräumlichen Gegebenheiten zugutekommen, trägt die hier lebende Bevölkerung die Kosten für die ökologische Modernisierung der kapitalistischen Welt(un)ordnung: SQM beispielsweise pumpt täglich an die 1.500 Liter lithiumhaltige Sole pro Sekunde aus dem Salar (Poveda Bonilla 2020: 67), fördert jährlich 180.000 Tonnen und hat auf dieser Grundlage im Jahr 2022 mit 10,7 Milliarden US-Dollar die höchsten Einnahmen seiner etwa 30-jährigen Konzerngeschichte eingefahren (SQM 2022: 4).

Vom sogenannten weißen Gold profitierten die Gemeinden kaum. Ganz im Gegenteil, der Abbau bedroht sogar ihre Lebensweise. Um eine Tonne des Leichtmetalls herzustellen, extrahieren SQM und Albemarle zusammen täglich mehrere Millionen Liter Sole, in der auch Wasser gebunden ist, aus dem Untergrund des trockenen Wüstenbodens. Mittlerweile beobachten die dort lebenden Menschen ein Absinken des Grundwasserspiegels (Marazuela u.a. 2019). Die ohnehin geringen Wasserreserven sind bereits teilweise versiegt, sodass die Böden zunehmend versalzen (Jerez u.a. 2021) und die Biodiversität abnimmt (Gutiérrez u.a. 2022; Liu u.a. 2019).

Die Veränderungen des Ökosystems beeinträchtigen die lokale (semi-)subsistenzwirtschaftliche Produktionsweise (Liu/Agusdinata 2020), deren materielle Grundlage Wasser bildet (Olmos Herrera 2019). Die mehrheitlich indigen geprägten Gemeinden bauen nicht Lithium ab, sondern kultivieren Getreide wie Quinoa. Auch heute noch halten Wanderweidewirt*innen Tiere wie Schafe oder Alpakas, deren Fleisch sie entweder selbst konsumieren oder gegen andere Waren tauschen. Aus der Wolle fertigen sie ihre Kleidung an oder verkaufen sie an Tourist*innen auf den lokalen Märkten (Schlosser 2024). Unter den extremen naturräumlichen Bedingungen, innerhalb der systemischen Strukturen und aufgrund der dominanten Kräfteverhältnisse ist die Fortführung dieser Lebensweise so herausfordernd wie voraussetzungsvoll. Sie bedarf des Zugangs zu Land, einschließlich der natürlichen Ressourcen wie Wasser – und im neoliberalen Chile: Macht.

Der Mehrheitsbevölkerung auf territorialer Ebene mangelt es an letzterer und folglich an Wasser, das in Chile als einzigem Land der Welt beinahe vollständig privatisiert ist. 70 Prozent der Wasserkonzessionen in der lithiumreichen Region halten die Bergbauunternehmen (Olmos Herrera 2019). Einige der Menschen haben Anteile ihrer Rechte an dem wertvollen Gut, als die Wasserkrise noch nicht derart eklatant war, sogar an die Lithiumkonzerne veräußert, berichtet eine Chilenin

zu Lithiumkarbonat, anteilig auch -hydroxid und -chlorid, statt, auf die wir in diesem Beitrag jedoch nicht vertieft eingehen.

während einer Unterhaltung in San Pedro (Interview 1, 16.3.2023, Übers. NSc.). Sie brauchten das Geld unter anderem, um die hohen Ausgaben in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Altersvorsorge, für die Mobilität und mittlerweile auch für Lebensmittel und Wasser zu stemmen, die seit der Diktatur (1973–1990) mehrheitlich marktförmig organisiert sind (Solimano 2012). Eine öffentliche Trinkwasserversorgung gibt es in Atacama nicht, dafür fehlten der Lokalregierung die Mittel, erklärt der kommunale Bürgermeister etwas frustriert im Gespräch (Interview 2, 30.3.2023). Bislang liefern Tanklaster das Wasser in der Regel täglich in die Wüste. Wenn sie mal nicht kommen oder den privaten Haushalten das Geld ausgeht, sitzen viele Menschen auf dem Trockenen.

Die Erneuerung der Verträge beider Lithiumkonzerne (2016: Albemarle; 2018: SQM), mittels derer die Verdreifachung der Produktionskapazitäten im Salar beschlossen wurde, hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Dabei gewährte der Staat den betroffenen Gruppen weder den Zugang zu institutionellen Entscheidungsräumen noch eine Beteiligung an den (Vor-)Vertragsverhandlungen. Genauso wenig hatten die Unternehmen die 18 Gemeinden über die geplanten Aktivitäten oder möglichen Auswirkungen auf ihre Gebiete in Kenntnis gesetzt. Die indigenen *Lickanantay* skandalisierten die Verletzung ihres Rechts auf *Free, Prior and Informed Consent* (Jerez u.a. 2021). Bäuer*innen befürchteten, zukünftig weder ihre Felder bewässern noch ihre Tiere tränken zu können oder selbst ausreichend sauberes Trinkwasser zu haben, das schon vor den neuen Vertragsabschlüssen für viele Mangelware war. Vor diesem Hintergrund hatten sich lokale und indigene Gruppen miteinander und gegen die Konzerne sowie den Staat verbündet (ebd.; Lorca u.a. 2022).

Diese Konstellation, ließe sich mit Maristella Svampa (2019) argumentieren, ist bei Rohstoffkonflikten fast schon als typisch anzusehen. Svampa zieht die allgemeine Konfliktlinie zwischen einer privat-öffentlichen Koalition aus Bergbauunternehmen und dem Staat wie jenem in Atacama. Mit letzterem hatten sich auch urbane Organisationen wie die Beobachtungsstelle für Umweltkonflikte (*Observatorio Latinoamericano de Conflictos Ambientales*) solidarisiert. Unterstützt wurde der Widerstand in San Pedro auch durch soziale Bewegungen aus der nächstgelegenen Stadt Calama, die in einem vom Kupferbergbau geprägten Territorium liegt. Sie wollten den Widerstand mit ihren Erfahrungen und ihrer Energie unterstützen, ausweiten und aufrechterhalten. Dieses multiskalare Protestbündnis verlieh seinen Forderungen nach dem Erhalt des Ökosystems, einem Recht auf Wasser, der Wahrung indigener Rechte und der Selbst- und Mitbestimmung betroffener Gemeinden aktivwiderständig Nachdruck: Es blockierte zeitweise die einzige Zugangsstraße zu den Anlagen im Salar, die von den lithiumbeladenen Lastwagen täglich zum Abtransport des Rohstoffs Richtung Antofagasta passiert werden muss. Stattdessen eignete sich eine medienwirksame Protestkarawane diesen extraktivistischen Pfad an und wagte sich 2019 bis auf die Straßen der über 1.500 Kilometer entfernten Hauptstadt

Santiago vor. Sie forderte den Staat – unter der Regierung des rechts-konservativen Präsidenten Sebastián Piñera – auf, den Lithiumabbau umgehend zu stoppen. Er grabe ihnen das wenige Wasser ab (Jerez u.a. 2021).

Grün-extraktivistische Strategien

Doch die Lithiumausbeutung wurde nicht gestoppt. Lithium im Boden zu lassen, sei zwar eine von zwei Optionen, aber der Wohlstand der Chilen*innen sei die bessere,¹⁰ lautete die Rechtfertigung der kaum kompromissbereiten Regierung für die extraktivistische Expansion im Norden. Allerdings nahmen die Konzerne Teile der Forderungen des Widerstandsbündnisses dennoch von unten auf und machten materielle Zugeständnisse, damit die Gemeinden ihren ausbeuterischen Aktivitäten zustimmten. Diese Zugeständnisse lassen sich vier strategischen Segmenten zuordnen, die jeweils als Internalisierungsmechanismus fungieren (Olarte-Sánchez u.a. 2022; Schlosser 2024): Den Forderungen nach Teilhabe begegneten die Unternehmen – erstens – in Form von *Geldzahlungen* (Partizipation an Profiten) sowie – zweitens – durch die Bildung eines *Dialogformats* (Beteiligung an Entscheidungsprozessen, ohne entscheiden zu können). Unter Bezugnahme auf die ILO-Konvention 169 gewähren SQM und Albemarle den Zugang zu beidem lediglich indigenen Menschen (insgesamt 52 Prozent der 10.929 Menschen umfassenden Bevölkerung in San Pedro)¹¹ (SQM 2022: 151) und von ihnen auch nur 28 Prozent der insgesamt etwas über 5.680 Indigenen in dem Territorium (Interview 3, 28.2.2023). Ansprüche auf Kompensationszahlungen können ausschließlich gesetzlich anerkannte Indigene rechtlich geltend machen. Offiziell transferieren beide Konzerne jährlich an die 20 Millionen US-Dollar in die Lithiumregion (Poveda Bonilla 2020: 67), die dann an das knappe Drittel der berechtigten Indigenen verteilt werden. Von dieser autorisierten Gruppe sitzen einige zudem mit den Konzernen zusammen am *mesa multi-actor* (Multiakteur-Tisch).¹² An diesem Tisch, koordiniert von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, sitzen zwar unterschiedliche Akteure,

10 24Horas: Piñera respalda licitación al litio: »O lo dejamos bajo tierra o lo usamos en beneficio de los chilenos« (7.1.2022), [https://www.24horas.cl/politica/pinera-respalda-licitacion-al-litio-o-lo-dejamos-bajo-tierra-o-lo-usamos-en-beneficio-de-los-chilenos-5136204#:text=Vienes%207%20de%20enero](https://www.24horas.cl/politica/pinera-respalda-licitacion-al-litio-o-lo-dejamos-bajo-tierra-o-lo-usamos-en-beneficio-de-los-chilenos-5136204#:text=Vienes%207%20de%20enero,Zugriff: 2.9.2024), Zugriff: 2.9.2024.

11 Biblioteca del Congreso Nacional de Chile (2023): San Pedro de Atacama, Reporte Comunal 2023, <https://www.bcn.cl/siit/reportescomunales/repordf.html?anno=2023&idcom=2203>, Zugriff: 4.9.2024.

12 Zu den Akteuren gehören darüber hinaus die staatliche Institution für Wirtschaftsförderung (*Corporación de Fomento de la Producción*, CORFO), die Lokalregierung, die *Universidad Católica del Norte* (Katholische Universität Nordchiles), einige indigene Gemeinden und Kulturvereine, <https://www.mesamultiactor.cl/participantes-2/>, Zugriff: 4.9.2024.

aber nicht alle Gruppen, die von Lithiumabbau betroffen sind. In diesem exklusiven Raum wird nicht mehr diskutiert, *ob* der Lithium-Extraktivismus weitergeführt wird, sondern lediglich ausgehandelt, *wie*, also unter welchen materiellen Voraussetzungen, dies geschehen soll. Zu den Zugeständnissen gehören weiterhin – drittens – *Infrastrukturmaßnahmen* wie der Bau von Straßen, Schulen, Apotheken sowie – viertens – *Entwicklungsprojekte* in den Bereichen Gesundheit, Bildung oder Landwirtschaft. Auch an letzteren dürfen ausschließlich Indigene teilhaben. Von der lokalen Infrastruktur profitieren jedoch alle. Und dies erweist sich zusammen mit den anderen Unternehmensleistungen als wirkmächtiger Internalisierungshebel, da es der Lokalregierung dafür an Ressourcen im zentralisierten Chile mangelt, die Unternehmen diese hingegen zur Verfügung stellen können. Und dieser Hebel wirkt gleichzeitig spaltend, denn er trennt rechtlich anerkannte Indigene, die restlichen Indigenen und Nicht-Indigene (Menschen u. a. aus Chile, Bolivien, Peru) voneinander. Letztere werden vom Bürgermeister auch als »*afuerinos*« bezeichnet (»Außen-seiter«, hier: Zugezogene, Nicht-*Atacameños*; Interview 2, 30.3.2023).¹³

Die Spaltung zieht mindestens zwei Entwicklungen nach sich: Zum einen hat sich offenbar eine neue soziale Gruppe herausgebildet, die »*Lukanantay*« (Olarte-Sánchez u. a. 2022: 92). Sie sind ein Teil der indigenen *Lickanantay*, der jedoch – im Unterschied zur Mehrheit – materiell von der Lithium-Ausbeutung profitiert. *Lukanantay* ist dabei keine Selbstbezeichnung, da sie vor allem von Opponenten der Konzerne, die die korporatistisch-extraktivistischen Strategien kritisieren und mehrheitlich von den Profiten sowie Entscheidungsräumen ausgeschlossen sind, geprägt wurde. Angelehnt an den 1.000-Peso-Geldschein, der in Chile umgangssprachlich *Luka* genannt wird, stellt die Bezeichnung *Lukanantay* einen Ausdruck der Geringschätzung dar, die die kleine Gruppe als geldgierig diffamiert und gleichzeitig sozial distanzierend wirkt.

Zum anderen tritt in diesem sich auftuendem sozialen Spalt ein »Innen im Außen« zutage. Den Unternehmen scheint es gelungen zu sein, eine Lithium-Allianz mit den *Lukanantay* zu schließen. Sie bilden einen integralen Bestandteil der Internalisierungsgesellschaft in der Lithiumsenke. Denn ihre Einbindung ermöglicht die vorerst störungsfreie Aufnahme der Kosten des grünen Katastrophen-Kapitalismus in Atacama, die dort ungleich verteilt werden. Noch absorbiert der viergliedrige Internalisierungsmechanismus – stabilisiert durch rassifizierte Geldzahlungen, individuell-eurozentristisch geformte Entwicklung, gesellschaftliche Infrastruktur, exklusiven Dialog – und lenkt aktive Widerstände gegen die Lithiumausbeutung (Lorca u. a. 2022) zu einem »Lithium-Konsens« (Schlosser 2024) um, der nichtsdestotrotz brüchig bleibt.

13 In Chile herrschen zwei Bezeichnungen vor, die sich auf dasselbe – vom Staat rechtlich anerkannte – indigene Volk beziehen und synonym verwendet werden: *Atacameños* und *Lickanantay*.

Der Staat organisiert den Konsens zwischen den subalternen Klassen und Klassenfraktionen sowie den herrschenden Kräften und versucht mittels grüner Narrative, die Risse im Machtblock zu kitten. Staatsoberhäupter kooperieren im Rahmen von sogenannten Rohstoffpartnerschaften auf Augenhöhe – miteinander und mit Unternehmen. Dabei versprechen sie Wohlstand, Wachstum und Chancen, die sie mit einem grünen Siegel versehen.

In Chile wird von einem nachhaltigen Lithiumabbau gesprochen. Zwar sieht der Bürgermeister von San Pedro die Lithiumextraktion weiterhin kritisch, wäre aber damit einverstanden, sofern sie ökologisch wäre (Interview 2, 30.3.2023). Und genau das suggerieren SQM und Albemarle gleichermaßen, die angeblich »grünes Lithium« produzieren.¹⁴ Beide Unternehmen erklären die Lithiumförderung – auch dank des ariden Klimas in Atacama – zu einem quasi natürlichen Prozess und argumentieren, eigentlich noch mehr Lithium produzieren zu müssen, um der globalen Klimakrise zu begegnen.¹⁵ Die progressive Regierung Gabriel Boric‘ stimmt mittlerweile in diesen grün-kapitalistischen Chor ein, wenn sie argumentiert, Chiles immenser Lithiumreichtum könne genutzt werden, um den Klimawandel einzudämmen, zu dem Chile zwar wenig beigetragen habe, der das Land aber hart treffe. Und »je mehr wir wachsen«, hofft Boric, »desto mehr können wir umverteilen« (eigene Aufnahme, 11.6.2024, FES Berlin).

Solidarität, Sozialisierung und Suffizienz

Die vorgeblich partnerschaftlichen Bündnisse und Verträge zur als nachhaltig deklarierten Lithiumversorgung, mittels derer die ökologische Modernisierung der Automobilität im Besonderen und der kapitalistischen (Un-)Ordnung im Allgemeinen gewährleistet werden sollen, verursachen neue sozial-ökologische und kulturelle Kosten, die in diesem Fall nach Chile ausgelagert werden. Dominante Gruppen wie die Lithiumkonzerne, der kapitalistische Staat, auch unter einer linken Regierung, und Teile der Bevölkerung absorbieren die Kosten.

Dabei existieren in Chile und im weiter gefassten Andenraum, um in Lateinamerika zu bleiben, bereits gelebte Gegenvorschläge zur kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die sich gegen die Kommodifizierung und Zerstörung von Natur sperren und die etwa im Konflikt um Wasser immer wieder sichtbar werden (siehe Beitrag von Ali Heuser und Anna Preiser in diesem Band).

14 SQM (o.J.): Producción Verde del Litio, <https://sqlmlitio.cl/nosotros/produccion-sustentable/>, Zugriff: 6.9.2024.

15 Albemarle (2024): La nueva era del litio, <https://www.albemarlelitio.cl/products/la-nueva-era-del-litio>, Zugriff: 6.9.2024.

Eine indigene Frau erklärt im Gespräch in San Pedro, dass Wasser für sie Leben bedeute, dass Wasser selbst lebt. Unweit unseres Treffpunkts kleben auf einer kargen Wand in der Nähe des Rathauses der Gemeinde anti-extraktivistische Protestplakate, deren Aufschriften eine ähnlich radikal-alternative Perspektive eröffnen: »Durst oder kein Durst« und »Wir trinken kein Lithium«. Solche Zeichen des manifesten Widerstands lassen sich im öffentlichen Raum hier und da aufspüren. Sie stehen für das *buen vivir*, das gute Leben, das eurozentristische und kapitalistische Kategorien wie Wachstum und Entwicklung zurückweist (Acosta 2015) – auch unter grünem Vorzeichen.

Massimo De Angelis (2023: 136) skizziert in seinem »Lexikon des Guten Lebens für alle« eine radikale, also an die Wurzel des Systems gehende Transformation, die auf dem Konzept der *commons* basiert. Darunter versteht De Angelis

soziale Systeme, die aus drei grundlegenden, miteinander verbundenen Elementen bestehen: (1) ein Gemeinschaftsgut (*commonwealth*), das heisst eine Reihe von Ressourcen, die gemeinsam genutzt und verwaltet werden, (2) eine Gemeinschaft von Gemeingutnutzer*innen (*commoners*), die sich (3) in der Praxis des *Commoning* engagieren, oder des gemeinsamen Tuns, das ihr gemeinsames Leben und das ihres Gemeinschaftsguts reproduziert (ebd.).

Im Salar de Atacama beispielsweise wäre Wasser ein Gemeinschaftsgut, das lokale Gruppen nutzen und sorgend schützen könnten. Das setzt jedoch ein demokratisch organisiertes und verwaltetes Gemeinschaftseigentum (*commons*) voraus, das jenseits des kapitalistischen Staats und der kapitalistischen Ökonomie verortet wäre. Im Licht der Beispiele dieses Beitrags hieße dies, die europäische Auto- und Zuliefererindustrie sowie die Lithiumindustrie Chiles, einschließlich des Salar de Atacama zu vergesellschaften: Weder Einzelpersonen noch einflussreiche Familien halten das Eigentum an Unternehmen und Produktionsmitteln in ihrer Hand, noch tun dies kapitalistische Staaten. Stattdessen entscheiden solidarische Gesellschaften gemeinsam.

Dabei stellen sich sowohl die Eigentums- und Demokratie- als auch die Suffizienzfrage. Das heißt, die Bevölkerung, betroffene Gesellschaftsgruppen und Beschäftigte entscheiden idealerweise gemeinsam und unter Berücksichtigung sozial-ökologischer Restriktionen, was und wie (viel) produziert wird: In Atacama ginge es zum Beispiel um die Frage, ob und wenn ja, welche Mengen Lithium abgebaut und exportiert werden; und in Deutschland darum, wie ein soziales und ökologisches Mobilitätssystem zu gestalten wäre.

So gesehen stellen sich im Sinne *glokaler* Gerechtigkeit eine Reihe grundsätzlicher Fragen: Was brauchen Gesellschaften wirklich? Welches *commonwealth* wollen *commoners* wie gemeinschaftlich nutzen und re-produzieren, damit es »genug für alle statt immer mehr für wenige« gibt (I.L.A. Kollektiv 2019: 21)? Welche Waren

und Dienstleistungen sind unbedingt notwendig, und welche Wege müssten sie und Menschen auf welche Art und Weise zurücklegen können, um gut miteinander und mit der Natur zu leben? Diese und weitere Probleme könnten in offenen Gemeinschaftsräumen diskutiert werden, in denen auch interne Widersprüche produktiv bearbeitet werden, um an Schnittstellen zusammenzuwachsen. Solche Orte wären raumzeitlich auszubauen und gleichzeitig mittels solidarischer Begrenzungen vor Angriffen zu schützen.

Literatur

- Abels, Joscha/Bieling, Hans-Jürgen (2022): Jenseits des Marktliberalismus? Europäische Industrie- und Infrastrukturpolitik im Zeichen neuer globaler Rivalitäten. In: PROKLA 208 52(3): 429–449. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v52i208.2004>.
- Acosta, Alberto (2015): *Buen Vivir: Vom Recht auf ein gutes Leben*. München.
- Angelis, Massimo de (2023): Commons. In: Kothari, Ashish u.a. (Hg.): *Pluriversum. Ein Lexikon des Guten Lebens für alle*. Neu-Ulm: 136–138.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2024): *Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven*. München.
- Candeias, Mario (2023): Wir leben in keiner offenen Situation mehr Thesen zum Ende des Interregnums und warum es gerade jetzt einen Neustart der LINKEN braucht. In: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis.
- Daum, Timo (2022): Die Zukunft des Autos kommt aus China. Die deutschen Autohersteller stehen vor drei strukturellen und möglicherweise existenzbedrohenden Problemen. In: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis.
- Fritz, David u.a. (2021): Die Ökobilanz von Personenkraftwagen. Bewertung alternativer Antriebskonzepte hinsichtlich CO₂-Reduktionspotential und Energieeinsparung. Wien.
- Furnaro, Andrea (2019): Hegemony and passivity in mining regions: Containing dissent in north-central Chile. In: *The Extractive Industries and Society* 6(1): 215–222. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.exis.2018.07.009>.
- Graf, Jakob/Landherr, Anna (2019): Über uns die Sintflut. Zu Klassenverhältnissen in der Internalisierungsgesellschaft am Beispiel Chiles. In: PROKLA 196 49(3): 487–493. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v49i196.1839>.
- Gutiérrez, Jorge S. u.a. (2022): Climate change and lithium mining influence flamingo abundance in the Lithium Triangle. In: *Proceedings. Biological Sciences* 289(1970): 20212388. DOI: <https://doi.org/10.1098/rspb.2021.2388>.
- Hickel, Jason/Kallis, Giorgos (2020): Is green growth possible? In: *New Political Economy* 25(4): 469–486. DOI: <https://doi.org/10.1080/13563467.2019.1598964>.
- IEA (2022): *World Energy Employment*. Paris.

- IRENA/ILO (2022): Renewable Energy and Jobs. Annual Review 2022. Abu Dhabi/ Geneva.
- Jerez, Bárbara u.a. (2021): Lithium extractivism and water injustices in the Salar de Atacama, Chile: The colonial shadow of green electromobility. In: *Political Geography* 87: 102382. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2021.102382>.
- Lange, Steffen/Santarius, Tilman (2018): *Smarte grüne Welt? Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit*. München. DOI: <https://doi.org/10.14512/9783962384449>.
- Liu, Wenjuan/Agusdinata, Datu B. (2020): Interdependencies of lithium mining and communities sustainability in Salar de Atacama, Chile. In: *Journal of Cleaner Production* 260: 120838. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2020.120838>.
- Liu, Wenjuan u.a. (2019): Spatiotemporal patterns of lithium mining and environmental degradation in the Atacama Salt Flat, Chile. In: *International Journal of Applied Earth Observation and Geoinformation* 80: 145–156. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.jag.2019.04.016>.
- Lorca, Mauricio u.a. (2022): Mining indigenous territories: Consensus, tensions and ambivalences in the Salar de Atacama. In: *The Extractive Industries and Society* 9: 101047. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.exis.2022.101047>.
- Marazuela, M. A. u.a. (2019): The effect of brine pumping on the natural hydrodynamics of the Salar de Atacama: The damping capacity of salt flats. In: *The Science of the Total Environment* 654: 1118–1131. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.scitotenv.2018.11.196>.
- Mazzucato, Mariana (2014): *Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum*. München.
- Olarte-Sánchez, Lorena u.a. (2022): Reproducing the Imperial Mode of Living in Times of Climate Crisis. Green(ing) Extractivisms and Eco-territorial Conflicts in the Chilean, Mexican and Peruvian Mining Sector. In: *forum for inter-american research (fiar)*: 85–105.
- Olmos Herrera, Cristián (2019): Autonomía en tiempos de complicidad económica. Expansión minera y prácticas del agua en el norte de Chile. In: Bohoslavsky, Juan Pablo u.a. (Hg.): *Complicidad económica con la dictadura chilena. Un país desigual a la fuerza*. Santiago: 353–368.
- Poveda Bonilla, Rafael (2020): *Estudio de caso sobre la gobernanza del litio en Chile*. Santiago.
- Schlosser, Nina (2024): Corporate Strategies on »Sustainable« Lithium Extractivism. The Emergence of a Lithium Consensus in the Salar de Atacama (?). In: Kaltmeier, Olaf u.a. (Hg.): *Environments of Inequality. Crises, Conflicts, Comparisons*. Bielefeld: 145–163.
- Schmidt, Michael u.a. (2023): *Rohstoffrisikobewertung – Lithium*. Berlin. DOI: <https://doi.org/13109>

Solimano, Andrés (2012): *Capitalismo à la Chilena y las Prosperidades de las Élités*. Santiago.

SQM (2022): *Annual Report*. Santiago.

Svampa, Maristella (2019): *Neo-extractivism in Latin America*. Cambridge. DOI: <https://doi.org/10.1017/9781108752589>.

U.S. Geological Survey (2024): *Mineral commodity summaries 2024*. DOI: <https://doi.org/10.3133/mcs2024>.

Zografos, Christos (2022): The contradictions of Green New Deals: green sacrifice and colonialism. In: *Soundings* (80): 37–50. DOI: <https://doi.org/10.3898/SOUND.80.03.2022>.

Extraktivistische Biopolitik

Konflikte um Körper und Territorien im südlichen Bergbaukorridor Perus

Ali Heuser und Anna Preiser¹

Der Export großer Mengen unverarbeiteter metallischer Rohstoffe stellt seit der Kolonialzeit einen integralen Pfeiler der Wirtschaft Perus dar. Die Ausbeutung von Rohstoffen – beruhend auf einem extraktivistischen Entwicklungsmodell – setzt sich bis heute fort. Kupfererz ist mit einem Anteil von 22,7 Prozent das wichtigste Exportprodukt Perus (OEC 2021). Nach Chile liegt dort der weltweite Schwerpunkt der Kupferförderung (Müller 2022). Gleichzeitig wird Kupfer seit 2023 von der Europäischen Kommission (2023) als strategischer Rohstoff für die Mobilitäts- und Energiewende eingestuft (siehe Beitrag von Mathias Krams in diesem Band). Angesichts des prognostizierten Anstiegs der Nachfrage von 51 Prozent bis 2050 werden geopolitische Fragen um den Zugang zentral (Gregoir 2022). Der Abbau von Kupfer führt jedoch zu territorialen Eingriffen mit sozio-ökologischen Auswirkungen – Aspekte, die in geopolitischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen oftmals ausgeblendet werden.

In diesem Beitrag beleuchten wir daher anhand zweier Fallbeispiele im südlichen Bergbaukorridor Perus die Mechanismen der Ausweitung des Kupferbergbaus und die daraus resultierenden öko-territorialen Konflikte. Wir vertreten die These, dass sich der Bergbauextraktivismus als biopolitisches Projekt in Körper und Territorien einschreibt und dabei das soziale Leben (inkludierend die Geschlechterverhältnisse) tiefgreifend verändert. Theoretisch-konzeptionell stützt sich unsere Analyse auf die Ansätze der extraktivistischen Biopolitik (Hoetmer 2013) und der Körper-Territorien der kommunitären Feminismen aus Lateinamerika (Paredes 2017). Wir machen dabei eine geschlechtersensible Perspektive in der Analyse von Konflikten stark, die die Verteidigung des Lebens in den Vordergrund stellt.

Die extraktivistische Biopolitik stellt einen wirkmächtigen Internalisierungsmechanismus für sozio-ökologische Kosten dar, der allerdings umkämpft bleibt

1 Für kritisches und hilfreiches Feedback danken wir Felix Dorn, Michelle Hutterer, Carla Ostermayer, Nina Schlosser, Markus Wissen sowie anderen Autor*innen dieses Bandes.

(siehe Beitrag von Nina Schlosser und Markus Wissen in diesem Band). Sie schafft die notwendigen Rahmenbedingungen für den Rohstoffabbau als Voraussetzung der angestrebten Energiewende. Die damit einhergehende tiefgreifende Transformation verunmöglicht nach Hoetmer (2013) Alternativen zum extraktivistischen Modell und ist insbesondere auf lokaler Ebene von Widerständen geprägt. Eine multiskalare Perspektive auf Körper und Territorien nimmt globale, nationale und lokale Dynamiken sowie alltägliche und soziale Beziehungen in den Blick. So ermöglicht sie es, differenzierte Facetten umkämpfter Transformationen in öko-territorialen Konflikten zu erfassen. Empirische Grundlage sind qualitative Daten, die wir von 2019 bis 2024 in Form von teilstrukturierten Interviews und Beobachtungsprotokollen im südlichen Bergbaukorridor Perus erhoben haben. Hier situieren sich die industriellen Kupferbergbauprojekte Tia María und La Tapada im Tambotal (Region Arequipa) sowie Tintaya-Antapaccay in der Provinz Espinar (Region Cusco).

Im nächsten Abschnitt nehmen wir eine historisch-politische Kontextualisierung von Bergbaukonflikten in Peru vor. Daran anknüpfend stellen wir die Konzepte der extraktivistischen Biopolitik und des Körper-Territoriums vor. In der Analyse greifen wir zentrale Mechanismen der extraktivistischen Biopolitik auf und arbeiten anhand der Fälle heraus, wie sich diese empirisch niederschlagen. Abschließend betten wir öko-territoriale Konflikte um den Kupferbergbau in geopolitische Machtverhältnisse ein und befragen die Umkämpftheit territorialer Transformationsprozesse mit Bezug auf die Energiewende.

Öko-territoriale Konflikte um Bergbau in Peru

Beeinflusst von internationalen Wirtschaftszyklen und politischen Dynamiken schwankte die Bergbauförderung in Peru im Laufe der Jahre. Auf die Verstaatlichung vieler Bergbauunternehmen Ende der 1960er Jahre, die Stagnation der Investitionen in den Bergbausektor sowie die tiefe Wirtschaftskrise der 1980er folgte in den 1990er Jahren unter dem autoritären Regime Fujimoris eine Privatisierungsoffensive (Torres-Zorrilla 2000: 7). Im Rahmen neoliberaler Strukturanpassungen wurden vorteilhafte Rahmenbedingungen geschaffen, um den Bergbau mithilfe internationalen Kapitals auszuweiten (Ruiz Torres 2005: 203). Der Rohstoffboom ab den 2000ern förderte das Wirtschaftswachstum und führte zu einer Reduktion der Armutsquote von 58,7 auf 20,2 Prozent (Worldbank 2024a, Worldbank 2024b). Gleichzeitig erreichte die territoriale Expansion des Bergbaus neue Dimensionen, die Ökosysteme und lokale Gemeinschaften zusehends unter Druck setzen. Die Folgen umfassen Landvertreibung, Umweltverschmutzung, die Verletzung von Menschenrechten und internationalen Abkommen wie der ILO-Konvention 169 sowie einen Anstieg an Gewalt in den Abbauregionen. Die Verteilung von Kosten

und Nutzen sind entlang intersektionaler Kategorien von Gender, Ethnizität und Alter ungleich verteilt. Geschlechtsspezifische Auswirkungen manifestieren sich etwa in zunehmenden ökonomischen Abhängigkeiten, dem politischen Ausschluss von Frauen² sowie einer Intensivierung feminisierter Sorgearbeit, weshalb auch von einer Maskulinisierung der Territorien gesprochen wird (García-Torres u.a. 2020, Silva Santisteban 2017).

Aufgrund der komplexen Auswirkungen begreifen wir Konflikte um Bergbau als relational (Dietz/Engels 2018) und öko-territorial (Svampa 2020). Dies bedeutet, dass ökologische, soziale oder ökonomische Auswirkungen des Bergbauextraktivismus in Wechselwirkung zueinander stehen. Des Weiteren beeinflusst Bergbau die vielfältigen kulturellen, menschlichen und nicht-menschlichen Beziehungen, die von den geografischen Gegebenheiten beeinflusst werden und die Territorien prägen (Fini 2016). Wie sich Bergbau als extraktivistisches Entwicklungsmodell trotz der hohen Zahl an Konflikten – die sich aktuell auf 59 beläuft (Ombudsbüro 2025: 26) – durchsetzt, verdeutlichen wir im Folgenden anhand der Mechanismen der extraktivistischen Biopolitik. Dabei erachten wir es als zentral, die konkrete Erfahrung sozio-territorialer Konflikte aus einer polit-ökologischen feministischen Perspektive sichtbar zu machen, die Körper und Territorien in den Blick nehmen.

Theoretische Konzeptualisierung: Körper und Territorien in der extraktivistischen Biopolitik

Das Konzept des Körper-Territoriums, das in Lateinamerika aus feministischer Perspektive eingebracht worden ist, setzt patriarchale, koloniale und kapitalistische Formen von Gewalt zueinander ins Verhältnis (Paredes 2017, Cabnal 2010).³ Es betont den Körper als erstes Territorium in der kollektiven Verteidigung des Lebens (ebd.). Hierbei verstehen autonome Feminismen den Körper als Subjekt, d.h. nicht nur betroffen von den negativen Auswirkungen des Extraktivismus, sondern als Subjekt des Widerstands. Paredes (2017: 129) legt dar: »Unsere Körper sind der Ort, an dem Machtverhältnisse uns für das Leben prägen wollen, aber unsere Körper sind auch der Ort der Freiheit und nicht der Unterdrückung.«⁴ Von den Territorien ausgehend wird die Verwertung menschlicher und nichtmenschlicher Wesen als Objekte der extraktivistischen Produktion kritisiert.

2 Frauen/Männer verweist hier und im Folgenden auf ein gesellschaftlich zugewiesenes binäres Geschlecht unabhängig von den durch die Akteur*innen gewählten Geschlechtsidentitäten, die auch im non-binären/trans Spektrum liegen können.

3 Zur Übersicht über diverse Ansätze der Feministischen Umweltforschung siehe Dietz u.a. (2021).

4 Alle Zitate wurden von den Autor*innen vom Spanischen ins Deutsche übersetzt.

Während der Begriff des Körper-Territoriums von alltäglichen körperlichen Erfahrungen und Widerständen der lokalen Bevölkerung ausgeht, wird mit dem Begriff der extraktivistischen Biopolitik die strukturelle Macht und die gewaltvolle Durchsetzung des extraktivistischen Modells deutlich. Hoetmer (2013: 5) verweist damit auf eine materielle, institutionelle und symbolische Produktion von Bedingungen, die nicht-extraktivistische Lebens-, Organisations- und Wirtschaftsformen verunmöglichen. Der Begriff der Biopolitik geht auf Foucaults (1976) Konzeptualisierung der biopolitischen Macht zurück. Diese bezieht sich auf eine Regulierung der Bevölkerungen durch Gesundheits-, Sicherheits- und Sozialpolitik. Der Begriff wird auch herangezogen, um zu verdeutlichen, wie durch die Umsetzung extraktiver Projekte die Existenzbedingungen des Lebens reguliert werden (Rossi 2017). Machado (2013: 140) spricht von einem »ganzheitlichen System der Beherrschung, Kontrolle und Verfügung« über das gesellschaftliche Leben, das materielle sowie sozio-institutionelle Reproduktionsbedingungen umfasst. Biopolitische Auswirkungen auf Körper umfassen negative gesundheitliche Folgen der Schwermetallbelastung, physische Gewalt bei gewaltvoller Repression von Protesten und einen Anstieg an familiärer und sexualisierter Gewalt in Bergbauregionen (Heuser 2025). Die Verteidigung des Körpers als Territorium des Lebens wird daher zu einer zentralen Komponente im territorialen Verteidigungsprozess gegen die extraktivistische Biopolitik.

Mit Rückgriff auf Hoetmer (2013) stellen wir in unserer Analyse Mechanismen einer extraktivistischen Biopolitik heraus, die sowohl Voraussetzung als auch Konsequenzen der Ausweitung des Bergbaus sind. Zentral ist 1) die Konfiguration eines extraktivistischen Staates. Unter dem Stichwort *state capture* wird gefasst, wie sich die Interessen der ökonomischen Eliten in Institutionen und Gesetze einschreiben und vorteilhafte Rahmenbedingungen für die Ausweitung des Bergbaus schaffen (Durand 2019). Dabei spielt sowohl eine Rolle, dass der peruanische Staat durch seine abhängige Position als Rohstofflieferant vom Weltmarkt bedingt wird (Thwaites Rey/Ouvina 2015), als auch, dass politische Entscheidungen zentralisiert in Lima getroffen werden – fernab der Territorien, in denen Bergbau stattfindet (Ramiro 2015). Ein weiterer Mechanismus ist 2) die Veränderung ökonomischer Strukturen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Durch die Monetarisierung von Wirtschaftsweisen und steigende Lebenshaltungskosten entstehen neue Abhängigkeiten wie auch Arbeitsmöglichkeiten. Es kommt zu einer Maskulinisierung formalisierter, entlohnter Arbeitsplätze im Tagebau bei gleichzeitiger Intensivierung feminisierter Sorgearbeit (z.B. durch erschwerten Zugang zu Trinkwasser). Feministische Autor*innen verdeutlichen dabei, dass Sorgearbeit eine Voraussetzung für die alltägliche Reproduktion von Arbeitskraft ist, auf der die globale Bergbau-Wertschöpfungskette beruht (Pérez u.a. 2019). In extraktivistischen Kontexten verstärken sich bereits bestehende soziale Ungleichheiten und patriarchale Machtverhältnisse. Eng damit verbunden ist 3) eine Transformation alltäglicher, familiärer und

intimer Beziehungen. In Abhängigkeit von der Kosten- und Nutzenverteilung entstehen widerstreitende Interessenlagen, die sich in sozialen Konflikten niederschlagen. Ein weiteres Merkmal ist 4) die radikale Veränderung gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Diese geht einher mit der Verschlechterung landwirtschaftlicher Produktionsbedingungen und der Zerstörung von Beziehungen zu nicht-menschlichen Wesen (de Echave u.a. 2022). Die extraktivistische Biopolitik operiert zudem 5) über die Kriminalisierung der Dissidenz. Das Schaffen repressiver Konditionen zielt nicht nur darauf ab, spezifische Protestaktionen und organisierten Widerstand zu zerschlagen, sondern jegliche Positionierung gegen das extraktivistische System zu delegitimieren, indem eine alltägliche Situation der Angst vor Repression geschaffen wird (ebd.: 84). Des Weiteren ist 6) eine Geopolitik des Wissens Teil der extraktivistischen Biopolitik. Dies wird als »epistemische Gewalt« (Spivak 1988) kritisiert, da lokale Wissensformen wie andine Kosmovisionen durch technisches Wissen überschrieben werden. Die Geopolitik des Wissens reproduziert damit eine historische und eurozentrische Kolonialität des Wissens (Quijano 2016).

Ergänzend zum dargelegten Verständnis einer extraktivistischen Biopolitik von Hoetmer (2013) erachten wir des Weiteren Narrative der (De-)Legitimierung als zentralen Mechanismus. Trotz vielfältiger Konflikte führt das Narrativ des Bergbaus als wichtiger Treiber von Entwicklung nicht nur unter den ökonomischen und politischen Eliten zu einem Konsens, sondern auch innerhalb breiter Gesellschaftsschichten. Während strukturelle Ungleichheiten naturalisiert werden, wird Bergbau über gesellschaftliche Narrative politisch und sozial legitimiert (Damonte 2014: 38f.). Konflikte um Bergbau werden im dominanten Diskurs hingegen vereinheitlicht, delegitimiert oder auf ökonomische Forderungen reduziert. Auch Narrative um Geschlechterverhältnisse sind wirkmächtig, um die Teilhabe von Frauen in Verhandlungs- und Entscheidungsräumen zu delegitimieren.

Konflikte und Widerstände im Tambotal und in Espinar

Im südlichen Bergbaukorridor, der die Regionen Apurímac, Cusco und Arequipa umfasst, konzentriert sich etwa 40 Prozent des nationalen Kupferabbaus (Maquet u.a. 2024: 15). Gleichzeitig ist die Region stark von Bergbaukonflikten geprägt, wie sich auch im Tambotal und in Espinar durch wiederkehrende, oftmals gewaltvoll unterdrückte Mobilisierungen der lokalen Bevölkerung zeigt (de Echave u.a. 2022). Während der industrielle Bergbau in Espinar durch das Projekt Tintaya-Antapaccay bereits seit Jahrzehnten entscheidend zur nationalen Kupferproduktion beiträgt, findet im Tambotal bisher kein aktiver Abbau statt. Die Konflikte unterscheiden sich zudem durch ihre geografischen und ökonomischen Bedingungen, die Ausgestaltung aneztraler Beziehungen zum Territorium sowie in den Beweggründen und dem Grad der Mobilisierung (Paredes 2022).

Die Kupfermine Tintaya-Antapaccay – betrieben vom Schweizer Bergbaukonzern *Glencore* – ist seit 1985 in Betrieb und soll durch den geplanten Tagebau Corocohuayco weiter ausgeweitet werden. Espinar verzeichnet eine lange Konflikt- und Protestgeschichte. Gründe dafür sind u.a. ökonomische Forderungen nach Gewinnbeteiligung, eine unzureichende Gesundheitsversorgung und die Schwermetallbelastung der Umwelt. 2023, ein Jahrzehnt nachdem Klagen gegen die Umweltauswirkungen laut wurden, hat eine technische Studie der Umweltbehörde *Organismo de Evaluación y Fiscalización Ambiental* (OEFA) die Kausalität zwischen der Bergbauaktivität, Schwermetallbelastung und den gesundheitlichen Auswirkungen belegt (CooperAcción 2024). Dennoch weist das Unternehmen *Glencore* die Verantwortung von sich. Errungenschaften des Widerstandes sind das 2003 durchgesetzte Rahmenabkommen *convenio marco*, das Verantwortlichkeiten und finanzielle Aspekte regelt (Cuadros 2011), sowie das Errichten von Dialogräumen zwischen Vertreter*innen des Staates, des Unternehmens und der Zivilgesellschaft. Ein Großteil der Abkommen mit lokalen Gemeinschaften wurde jedoch bis heute nicht umgesetzt und Formen der Gewinnbeteiligung sind entsprechend einer weitreichenden sozialen Fragmentierung der Gesellschaft ungleich aufgeteilt. Lokale Akteur*innen verhandeln weiterhin die Bedingungen des Bergbaus und fordern mehr Mitbestimmungsrecht. Aufgrund einer gewissen positiven Erwartungshaltung positionieren sie sich dabei nicht per se gegen den Bergbau (Paredes 2022).

Im Tambotal, wo sich die geplanten Projekte Tia Maria und La Tapada befinden, ist bisher ein erfolgreicher Widerstand gegen den Bergbau zu verzeichnen. Dabei identifizieren sich lokale Akteur*innen nicht als Bergbaugegner*innen, sondern verteidigen ihre Territorien unter Verweis auf die Landwirtschaft als Lebensgrundlage eines Großteils der Bevölkerung. Die Landwirtschaft beeinflusst das gesellschaftliche Leben und hat für die lokale Wirtschaft und die nationale Nahrungsmittelsouveränität einen wichtigen Stellenwert (de Echave u.a. 2022). Bereits seit 2009, mit wochenlang anhaltenden Protesten 2011, 2015 und 2019, leistete ein großer Teil der Bevölkerung Widerstand gegen den Beginn der Projekte. Trotz offizieller Genehmigung der Umweltverträglichkeitsprüfung sowie der Lizenz zum Bau der Infrastruktur wurden die Projekte bisher nicht umgesetzt. Während das Unternehmen *Southern Copper Corporation* und Befürworter*innen des Projekts die harmonische Koexistenz von Bergbau und Landwirtschaft versprechen, bringt die dem Bergbau kritisch gegenüberstehende Bevölkerung mit dem Slogan »Landwirtschaft ja, Bergbau nein!« ihr Misstrauen zum Ausdruck (Olarte u.a. 2022).

Analyse der extraktivistischen Biopolitik im südlichen Bergbaukorridor

Zur Analyse der Auswirkungen der extraktivistischen Biopolitik auf Körper und Territorien haben wir zwei empirische Fallbeispiele gewählt, die sich in ihrer Tempo-

ralität unterscheiden. Ausgehend vom Framing der Forderungen und dem lokalen Mobilisierungsgrad handelt es sich im Tambotal um einen Konflikt des Widerstandes gegen Bergbau, während Espinar einen Konflikt der (ökonomischen) Abhängigkeit darstellt (Paredes 2022: 3, 6f.). Wie wir im Folgenden darlegen, greifen im Tambotal dennoch ähnliche Mechanismen wie in Espinar, obwohl die Projekte Tía Maria und La Tapada bisher nicht umgesetzt wurden.

Konfiguration eines extraktivistischen Staates

Ein Mechanismus des *extraktivistischen Staates*, den wir im Folgenden herausstellen, ist seine ambivalente Umweltpolitik. Die peruanische Umweltpolitik hat sich im Zuge der Strukturanpassungsprogramme und der internationalen Forderung nach höheren Umweltstandards weiterentwickelt und unterliegt strengen Auflagen. Im Tambotal wird die technische Umweltverträglichkeitsprüfung als Legitimierung des Projekts herangezogen. Die lokale Bevölkerung kritisiert jedoch, dass wichtige Informationen fehlen und ihre Beobachtungen nicht berücksichtigt wurden (Ta.-IN 24.07.2019)⁵. Zudem ist die technische Sprache auch in Hinblick auf die Umweltstudie der OEFA in Espinar für nicht-Expert*innen nur schwer verständlich. Beide Fälle sind Ausdruck einer Hierarchisierung von Wissen, die die lokale Bevölkerung von wichtigen Entscheidungen ausschließt. Umstritten bleibt auch, welche Kriterien in der Umweltverträglichkeitsprüfung berücksichtigt werden, welche Akteur*innen diese definieren und welches Naturverständnis dem zugrunde liegt. Problematisch ist zudem, dass in technischen, als apolitisch dargestellten Studien kulturelle und territoriale Aspekte der andinen Kosmovision vernachlässigt werden.

Die Erfahrungen im Tambotal verdeutlichen, wie der extraktivistische Staat versucht, sich über die Interessen der lokalen Bevölkerung sowie der Regionalregierung hinwegzusetzen. Obwohl das Unternehmen vorgeschriebene Partizipationsräume einräumte, in denen projektbezogene Informationen und Zweifel geteilt wurden, erhielt die lokale Bevölkerung keine Möglichkeit, über die Projektkonditionen mitzuentcheiden. 2009 stimmten in einer Bürger*innenbefragung über 90 Prozent gegen das Bergbauprojekt (Sullivan 2015). Da offizielle Voraussetzungen allerdings erfüllt wurden, hat sich der Staat hinsichtlich des Investitionsschutzes verpflichtet, die Umsetzung des Projektes zu ermöglichen. Der Mangel an Partizipationsmöglichkeiten steht im gesamten Bergbaukorridor im Fokus der Kritik (zur Demokratiefrage in der sozial-ökologischen Krisenbearbeitung siehe Kristina Dietz und Markus Wissen in diesem Beitrag). In Espinar fehlen Partizipationsräume insbesondere auch für Frauen, die bei kommunalen Versammlungen

5 Von den Autor*innen erhobene Interviews (IN) und Feldnotizen (FN) kennzeichnen wir mit Datum und Ort, auf den sich diese beziehen (Ta. für Tambotal, Es. für Espinar).

oftmals »assistieren, aber nicht teilnehmen dürfen« (Es.-IN, 20.05.2024). Ihr fehlendes Mitentscheidungsrecht ist eng verwoben mit struktureller Diskriminierung aufgrund fehlender Landtitel, eine wesentliche Voraussetzung für kommunales Mitspracherecht (Es.-IN, 04.09.2024). Eine patriarchale Verhandlungs- und Entscheidungslogik setzt sich durch, indem Abkommen unter Ausschluss von Frauen getroffen werden. De Assis (2016) und Silva Santisteban (2017) ordnen diese Logik des patriarchalen Pakts zwischen Männern als eine Kontinuität kolonialer und patriarchaler Gewalt ein.

Auch die vermeintliche *Abwesenheit des Staates* im Sinne eines »Mangel[s] an rechtlichen und administrativen Kapazitäten zur Überwachung der Bergbauaktivitäten« (de Echave u. a. 2022: 209) verstehen wir als Ausdruck einer extraktivistischen Biopolitik. In vielen Bergbauregionen übernehmen Unternehmen staatliche Aufgaben wie die Bereitstellung von sozialen Infrastrukturen und legitimieren darüber ihre Präsenz. Entsprechend versuchte bereits vor Beginn der Bergbauaktivitäten das Unternehmen im Tambotal soziale Legitimität zu erreichen, indem Dienstleistungen bereitgestellt und lokale Unternehmen gefördert wurden. In Espinar zeigt sich jedoch, dass wichtige Dienstleistungen, wie ein funktionierendes Gesundheitswesen und asphaltierte Straßen, auch nach 40 Jahren des industriellen Bergbaus weiterhin fehlen. Der erhöhte Pflegebedarf durch die Umweltbelastung wird zudem nicht kompensiert, sondern fällt größtenteils auf Frauen zurück, die sich um erkrankte Familienmitglieder kümmern. Zudem ist der *convenio marco* immer wieder Gegenstand von Konflikten. In Espinar klassifizieren wir den Staat als teilweise abwesend. Zwar richtet er Dialogräume wie die *mesas de dialogo* ein, zeigt sich jedoch unfähig, den Konflikt zu lösen. Gleichzeitig ist der zentralistische Staat auf eine bestimmte Weise anwesend: politische und wirtschaftliche Interessen werden von Lima aus durchgesetzt und ebnen den Weg für extraktive Projekte. Auch durch die finanziellen Abgaben des *Canon Minero* – der Umverteilung eines Teils der Einnahmen aus dem Bergbau an die Anbauregionen – wird der Handlungsspielraum der Lokalregierung gestärkt. Zudem zeigt sich die Präsenz des Staates in der gewaltvollen Repression aktiver Mobilisierungen. Aufgrund der widersprüchlichen Gleichzeitigkeit sprechen wir daher nicht von einer absoluten, sondern von einer vermeintlichen Abwesenheit des Staates.

Transformation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse

Durch die staatliche Enteignung des Territoriums der lokalen Gemeinschaft von Antaycama in Espinar kam es in der Provinz ab 1981 zu tiefgreifenden territorialen Veränderungen. Die lokale Bevölkerung verlor infolgedessen Zugang zu kommunalem Land (Cáceres/Rojas 2013: 39ff.). Dies interpretieren wir als eine Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Das Untergraben der Beziehungen zum Territorium durch Zwangsumsiedlungen hat dabei einen sozio-kulturellen Charakter, wie

eine Menschenrechtsaktivistin in Arequipa betont: »Wenn sie dir dein Territorium wegnehmen, nehmen sie dir nicht nur dein Haus weg, einen physischen Raum, in dem du leben und schlafen kannst, sondern sie nehmen dir auch deine Kultur, deinen Lebensraum« (Ta.-IN, 2019/2). Deutlich wird hier, dass Bergbau häufig mit der Zerstörung territorialer Beziehungen einhergeht und nicht nur einen gewaltvollen Akt gegen Menschen, sondern ebenso gegen nicht-menschliche Wesen darstellt.

Auch mit der Verschmutzung von Luft, Wasser und Böden durch die Schwermetallbelastung transformieren sich in ruralen Regionen alltägliche und gesellschaftliche Naturbeziehungen. In unmittelbarer Nähe zum Tagebau in Espinar zeigt sich durch das häufige Erkranken menschlicher und nicht-menschlicher Körper eine durch den Extraktivismus hervorgerufene *inviabilidad* (dt. Verunmöglichung) der Land- und Viehwirtschaft. Die Lebensbedingungen in räumlicher Nähe zum Tagebau sind geprägt von Wasserverschmutzung, kontaminierten Lebensmitteln sowie konstanter Lärm- und Staubbelastung, doch ist dies im Alltagsverständnis der Bewohner*innen der Provinz Espinar zu einem hohen Grad normalisiert (Es.-FN, 04.07.2024). Eine solche Entwicklung wird auch im Tambotal befürchtet. Umso mehr, da das Unternehmen für Umweltverschmutzungen bekannt ist. Die Landwirtschaft ist abhängig vom Zugang zu fruchtbaren Böden und der lokalen Organisation der Wasserverteilung über die *junta de usuarios* (dt. Wassernutzungskollektive). Sie konkurriert mit dem Bergbau um knappe Wasserressourcen. Während Bergbauunternehmen hinsichtlich Wasserzugang rechtlich privilegiert werden, herrscht in lokalen Gemeinschaften in räumlicher Nähe zum Tagebau in Espinar Wasserknappheit (Es.-FN, 17.06.2024).

Radikale Transformation lokaler Ökonomien und alltäglicher Beziehungen

Die extraktivistische Biopolitik entfaltet sich nicht nur als politisches Projekt, sondern transformiert kommunitäre Organisationsweisen in Richtung einer Monetarisierung ökonomischer und sozialer Beziehungen. Im Tambotal ist die Agrarwirtschaft seit Generationen die wichtigste Einkommensquelle. Derzeit sind über 45 Prozent der lokalen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig (Aste 2020). Sie sorgt für fünfmal mehr lokale Arbeitsplätze als vom Bergbauunternehmen versprochen wird. Die vergleichsweise hohen Löhne der Erntehelfer*innen sind Bestandteil einer Wirtschaft, die bereits seit vielen Jahren monetarisiert ist. Es handelt sich um eine großflächige, nicht-industrialisierte Nahrungsmittelproduktion. Hier ist es wichtig, den Unterschied zu Espinar hervorzuheben, wo die Monetarisierung erst mit dem Beginn des Bergbaus einsetzte (de Echave u.a. 2022: 189). Für das alltägliche Leben bedeutete diese Entwicklung einen erheblichen Anstieg der Lebenshaltungskosten bei gleichzeitiger ökonomischer Abhängigkeit. Während Viehzucht weiterhin eine wichtige ökonomische Aktivität darstellt, wurden neben dem Ausbau des Bergbaus als zentralem wirtschaftlichem Pfeiler

kaum staatliche Investitionen in andere ökonomische Bereiche getätigt. Zudem ist ein Prozess der Individualisierung gemeinschaftlicher Organisations- und Wirtschaftsweisen zu verzeichnen. Wie eine Bewohnerin aus *Alto Huarca*, einer lokalen Gemeinschaft in der Nähe des Tagebaus, berichtet, arbeitet heute im Gegensatz zu früheren kommunitären Organisationsweisen »jede Familie für sich« (Es.-FN, 04.07.2024). Ein solcher Individualisierungsprozess führt zu einer Spaltung der Gesellschaft. Die Befürwortung oder Ablehnung des Bergbaus ist außerdem eng verknüpft mit persönlichen ökonomischen Gewinnaussichten. Ein hoher Grad an sozialer Konfliktivität, Korruption und gegenseitigem Misstrauen zwischen lokalen Akteur*innen ist in beiden Fällen erkennbar.

Kriminalisierung der Dissidenz und soziale Stigmatisierung

Die oftmals verzeichnete gewaltvolle Unterdrückung von Anti-Bergbau-Protesten und die Kriminalisierung jeglicher Dissidenz zum hegemonialen extraktivistischen Staat stellt einen weiteren zentralen Mechanismus der extraktivistischen Biopolitik dar. Bei Protesten im südlichen Bergbaukorridor erfolgt häufig eine Ausrufung des politischen Ausnahmezustands (de Echave u.a. 2022: 207). Dieser räumt den staatlichen Sicherheitskräften Sonderrechte ein und hat oftmals eine Militarisierung der Region zur Folge. Die im peruanischen Gesetz Nr. 30151 verankerte sogenannte »Lizenz zum Töten«, die Polizist*innen, die während ihres Dienstes Gewalt anwenden, vor einer Strafverfolgung schützt (Neyra 2018: 6), verdeutlicht den repressiven Charakter. Während der Proteste 2011 und 2015 im Tambotal setzte die Polizei Tränengasbomben ein. Acht Personen wurden getötet (de Echave u.a. 2022: 184). Auch in Espinar forderte die gewaltvolle Repression sozialer Proteste im Jahr 2012 Todesopfer und Verletzte. Aus Angst vor politischer Verfolgung und sozialer Stigmatisierung (im Falle geschlechtsspezifischer Gewalt) wird Gewaltanwendung von Seiten der Polizei oft nicht angezeigt und/oder Protestakteur*innen lassen ihre Verletzungen nicht im Krankenhaus behandeln, um einer namentlichen Registrierung zu entgehen (Ta.-IN 20.07.2019, Es.-IN, 26.04.2024). Die Kriminalisierung der Protestierenden hört nicht mit dem Abflauen der Proteste auf. Neben der gewaltvollen Repression während der Proteste werden die Anführer*innen sozialer Organisationen und Protesteinheiten auch im Nachklang mit jahrelangen juristischen Prozessen und Haftstrafen konfrontiert (Ta.-IN 07.01.2022). Insbesondere bergbaukritische Persönlichkeiten wie der Bürgermeister Oscar Mollohuanca, eine zentrale Figur des territorialen Verteidigungsprozesses in Espinar, sind der Gefahr einer Kriminalisierung ausgesetzt. Im Tambotal wird daher mittlerweile davon abgesehen, offizielle Anführer*innen zu benennen (Ta.-IN, 20.07.2019).

Die Bergbauunternehmen entwickeln eigene Strategien zur Durchsetzung ihrer Interessen. Während *Glencore* in Espinar zunächst eine repressive Strategie verfolgt, setzt es heute insbesondere auf die soziale Spaltung der Gesellschaft durch Diffa-

mierungskampagnen in den sozialen Medien und regionalen Radios. Zudem werden Interessensvertreter*innen des Unternehmens in soziale und politische Institutionen eingeschleust. Nach Jahrzehnten des Konflikts ist das Bergbauprojekt Tinaya-Antapaccay Teil des Alltags der lokalen Bevölkerung geworden, dieses ist nicht nur »physisch in Form des Tagebaus« sondern auch »im sozialen Leben der Menschen« präsent (Es.-IN, 13.05.2024). Auch im Tambotal wird über Diffamierungskampagnen und Korruptionsvorwürfe Misstrauen unter der Bevölkerung geschürt (Ta.-IN 20.07.2019).

Geopolitik des Wissens und Narrative der De-/Legitimierung

Eine Geopolitik des Wissens drückt sich in der unter den politischen Eliten verbreiteten Überzeugung aus, dass lokale Akteur*innen nicht über genügend technisches Wissen und Organisationskapazität verfügen, um über die »Zukunft ihrer Leben, Körper und Territorien« (Hoetmer 2013) zu entscheiden. Der interne Rassismus gegen die andine Bevölkerung, von dem diese Auffassung zeugt, wird auch durch unsere Analysen bestätigt, die zeigen, dass sich in der Zu- und Absprache von Wissen intersektionale Ungleichheiten entlang von Ethnizität und Gender verknüpfen. So erfahren in politischen Versammlungen insbesondere quechuasprechende Frauen Diskriminierung, indem ihnen Bildung, Führungsqualitäten und sprachliche Kompetenz abgesprochen wird (Es.-IN, 04.09.2024). Patriarchale Strukturen finden sich sowohl in kommunitären Organisationsweisen als auch in Verhandlungsräumen mit den Bergbauunternehmen und staatlichen Akteur*innen wieder. Wie in Espinar deutlich zu beobachten ist, sind Frauen, die sich politisch engagieren, einer starken sozialen Stigmatisierung ausgesetzt. Neben sexistischen Beleidigungen, der Infragestellung ihrer Paarbeziehungen, sozialer Ausgrenzung und dem Vorwurf, Geld von ausländischen NGOs zu erhalten, wird ihnen vorgeworfen, die ihnen zugeschriebene (heteronormative) familiäre Rolle aufgrund ihres gesellschaftspolitischen Engagements nicht zur Genüge zu erfüllen (Es.-IN, 05.04.2024). Um Vorwürfen des institutionalisierten *machismo* zu begegnen, verweisen Männer auf die Integration von Frauen in die Lokalregierung: Espinar wird derzeit von einer Bürgermeisterin regiert. Zugleich werden jedoch die politischen Führungsqualitäten von Frauen konstant in Frage gestellt. Um der Stigmatisierung zu begegnen, entwickeln Umweltverteidigerinnen eigene Strategien. Beispielsweise treten sie gezielt mit anderen Frauen und Kindern auf, um der Unterstellung außerehelicher Beziehungen entgegenzuwirken. Sie gründen eigene Frauen-Organisationen oder verschaffen sich in gemischten Organisationen Gehör, indem sie Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit mit der ihnen zugewiesenen Rolle als Sorgetragende für das Wohlergehen der Kinder und der Familien verknüpfen (Es.-IN, 12.07.2024). Gleichzeitig kritisieren sie den *machismo* innerhalb sozialer Organisationen. Sie

machen damit deutlich, dass die Überwindung einer extraktivistischen Biopolitik notwendigerweise ein anti-patriarchaler Kampf sein muss.

Die Geopolitik des Wissens wird in den von uns erhobenen empirischen Studien sichtbar: Während die Umsetzung von Bergbauprojekten als »technisch« und »offiziell« durch die Erfüllung bürokratischer Anforderungen legitimiert wird, wird Kritik als technisch unbegründet zurückgewiesen. Über solche Narrative werden Widerstände als politisch motiviert und entwicklungsfeindlich verunglimpft (Es.-IN, 04.07.2024). Protestierende werden zudem als *terroristas* (dt. Terrorist*innen) denunziert (Es.-IN, 05.04.2024, Ta.-IN 2019/1). Mit dieser Bezeichnung wird die gesellschaftliche Gewalterfahrung durch den bewaffneten internen Konflikt in Peru instrumentalisiert, der von linksextremen Organisationen ausging und vom autoritären Regime Fujimoris in den frühen 1990er Jahren gewaltsam bekämpft wurde (Henriquez 2022). Des Weiteren ist das Narrativ vom Bergbau als Antrieb von Entwicklung weiterhin präsent und wird verwendet, um entsprechende Bergbauprojekte gesellschaftlich und politisch zu legitimieren. Die Bevölkerung wird zudem als arm, ineffizient und ohne ökonomisches Kalkül bezeichnet. Der Vorwurf lautet, Entwicklungsmöglichkeiten und gute Arbeitsplätze würden der zukünftigen Generation vorenthalten (Ta.-IN 2019/1). Narrative stellen einen wirkmächtigen Mechanismus dar, um trotz der Konflikthaftigkeit einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit von Bergbau für Entwicklung herzustellen. Auch wird darüber eine Durchsetzung von Bergbauprojekten gegen lokale Widerstände legitimiert.

Ergebnis und Ausblick

Im vorliegenden Beitrag haben wir am Beispiel des Kupferbergbaus zwei öko-territoriale Konflikte im südlichen Bergbaukorridor Perus vor dem Hintergrund der extraktivistischen Biopolitik und des Körper-Territoriums analysiert. Ziel war, die Bedingungen und die Umkämpftheit lokaler territorialer Transformationsprozesse sichtbar zu machen. Unsere Analyse zeigt anhand verschiedener Mechanismen die strukturelle Gewalt gegen Körper und Territorien. In diese schreiben sich, vermittelt über staatliche Institutionen und die lokalen Abbaunternehmen, Dynamiken des internationalen Marktes ein. Bestehende soziale Ungleichheiten vertiefen sich entlang von Gender als intersektionaler Kategorie.

Trotz unterschiedlicher Temporalitäten, Forderungen und Mobilisierungen lassen sich Parallelen der Ausgestaltung der extraktivistischen Biopolitik in den beiden Regionen Espinar und Tambotal beobachten. Als besonders zentral erachten wir die Mechanismen des extraktivistischen Staates, welcher die nötigen Rahmenbedingungen für den Bergbau schafft und repressiv auf öko-territoriale Konflikte reagiert. In beiden Fällen ist zudem eine radikale Veränderung der gesell-

schaftlichen Naturverhältnisse sowie eine Verschiebung ökonomischer Strukturen erkennbar. Während die sozialen und ökologischen Implikationen dieser Entwicklungen in Espinar deutlich zu Tage treten, handelt es sich im Tambotal um eine Besorgnis möglicher zukünftiger Auswirkungen. Ein weiterer Aspekt, der sich über langjährige Konflikte in beiden Fällen herauskristallisiert hat, ist die Transformation sozialer Beziehungen, wesentlich angetrieben durch Strategien der Unternehmen, den Zusammenhalt der lokalen Bevölkerung zu schwächen. Dabei sticht eine Kriminalisierung der sozialen Proteste und der Dissidenz sozialer Akteur*innen hervor. In Espinar berichten Umweltverteidiger*innen, dass sich neben der allgemeinen Kriminalisierung ihres Protestes eine soziale Stigmatisierung vollzieht, durch die sich patriarchale Strukturen reproduzieren. Obgleich Frauen von Verhandlungs- und Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden, leisten sie einen entscheidenden Beitrag zu den Protesten und in der Konstruktion alltäglicher Alternativen, die ein Überleben trotz den Bedingungen der *inviabilidad* ermöglichen. Als Ergänzung zum Konzept der extraktivistischen Biopolitik haben wir Narrative als zentralen Mechanismus herausgearbeitet, die zur Legitimierung von Bergbau und Delegitimierung des Widerstands dagegen beitragen.

Mit Verweis auf die Energiewende und den weltweit steigenden Bedarf an Kupfer halten wir es für zentral, über die Analyse der Mechanismen der extraktivistischen Biopolitik die öko-territorialen Auswirkungen des Kupferabbaus kritisch zu hinterfragen. Nicht zuletzt wird damit deutlich, wie das extraktivistische System abgesichert und soziale Ungleichheiten im Kontext der Energiewende reproduziert werden. Die extraktivistische Biopolitik kann als wirkmächtiger Mechanismus verstanden werden, der die Internalisierung der sozio-ökologischen Kosten der Energiewende ermöglicht. Territoriale Transformationsprozesse mit Bezug auf die Energiewende bleiben dabei lokal und global umkämpft.

Literaturverzeichnis

- Aste Daffós, Juan (2020): Riesgos y Potenciales Del Valle de Tambo En Tiempos de La COVID-19 y Reactivación Económica. Lima.
- Cabnal, Lorena (2010): Feminista siempre. Feminismos diversos: el feminismo comunitario. Madrid.
- Cáceres, Eduardo/Rojas, Jaime (2013): Minería, Desarrollo y Gestión municipal en Espinar. Lima.
- CooperAcción (2024): Contaminación en Espinar: Causalidad comprobada. Documento de socialización sobre los resultados de los informes de OEFA. Cusco.
- Cuadros, Pablo O'Brien (2021): Los fondos sociales y convenios marco en el Corredor Minero del Sur. Diagnóstico y lecciones aprendidas. Lima.

- Damonte, Gerardo (2014): El Modelo Extractivo Peruano: Discursos, Políticas y la Reproducción de Desigualdades Sociales. In: Göbel, Barbara/Ulloa, Astrid (Hg.): *Extractivismo Minero en Colombia y América Latina*. Bogotá/Berlin: 37–73.
- Dietz, Kristina/Engels, Bettina (2018): Field of Conflict. Ein relationaler Ansatz zur Analyse von Konflikten um Land. In: GLOCON Working Paper, No. 1, Berlin. DOI: <http://dx.doi.org/10.17169/refubium-2775>.
- Dietz, Kristina u.a. (2021): Gender, Nature, Body – Ecological Crises and Conflicts over Nature from Feminist Perspectives. In: *TrAndes Material Docente*, No. 19, Berlin. DOI: <http://dx.doi.org/10.17169/refubium-30511>.
- Durand, Francisco (2019): La captura corporativa del Estado en América Latina. *trAndes Working Paper Series* 8. Berlin. DOI: <http://dx.doi.org/10.17169/refubium-4004>.
- de Echave, José u.a. (2022): ¿Cómo volver a vivir tranquilos? Biopolítica extractivista y posestallido de los conflictos ecoterritoriales. Lima.
- Europäische Kommission (2023): Study on the Critical Raw Materials for the EU 2023 – Final Report. Brüssel. URL: <https://data.europa.eu/doi/10.2873/725585>, Zugriff: 19.3.2025.
- Fini, Daniele (2016): Territorio como paradigma en las luchas sociales contemporáneas. In: Navarro Trujillo, Mina Lorena/Fini, Daniele (Hg.): *Despojo capitalista y luchas comunitarias en defensa de la vida en México*. Mexiko-Stadt: 93–110.
- Foucault, Michel (1977): *Sexualität und Wahrheit. Der Wille zum Wissen*. Frankfurt a.M.
- Gregoir, Liesbet (2022): Metals for Clean Energy. Pathways to solving Europe's raw materials challenge. Leuven.
- Henriquez, Narda (2022): Violencia política, cuestiones de género y memorias en disputa en el Perú. In: Arias, Enrique/González Arana, Roberto/Kemner, Jochen/Peters, Stefens (Hg.), *Violencias y resistencias: América Latina entre la historia y la memoria*. Madrid: Ediciones Doce Calles, 209–232.
- Hoetmer, Raphael (2013): »Esta democracia ya no es democracia ...«. Siete hipótesis exploratorias sobre biopolítica extractivista, la criminalización de la disidencia y alternativas. URL: http://economiassolidarias.unmsm.edu.pe/sites/default/files/Hoetmer_Biopol%C3%ADtica%20Per%C3%BA.pdf, Zugriff: 27.11.2024.
- Heuser, Alina (2025): Geschlechterverhältnisse in Konflikten um Kupferbergbau in Peru. In: Burchhardt, Hans-Jürgen u.a. (Hg.): *Grüne Energiewende in Lateinamerika. Reihe Studien zu Lateinamerika*. Baden-Baden: 163–180.
- International Energy Agency IEA (2021): Net Zero by 2050 – A Roadmap for the Global Energy Sector. URL: <https://www.iea.org/reports/net-zero-by-2050>, Zugriff: 28.11.2024.
- Machado, Horacio (2013): Crisis ecológica, conflictos socioambientales y orden neocolonial: Las paradojas de Nuestra América en las fronteras del extractivismo. In: *Revista Brasileira de Estudos Latino-Americanos*, 3(1): 118–155.

- Maquet, Paul u.a. (2024): *Transición justa: El cobre para la transición energética y el corredor del sur andino*. Lima.
- Müller, Melanie u.a. (2022): *Von der Rohstoffkonkurrenz zur nachhaltigen Rohstoff- außenpolitik*. Berlin. DOI: <https://doi.org/10.18449/2022S13>.
- Neyra, Raquel (2018): *Conflictos socioambientales en el Perú, extractivismo, colonialidad y violencia: La colonialidad como elemento vector del extractivismo*. In: *trAndeS Working Paper Series 4*, Berlin.
- Olarte-Sánchez, Lorena u.a. (2022): *Reproducing the Imperial Mode of Living in Times of Climate Crisis: Green(ing) Extractivisms and Eco-territorial Conflicts in the Chilean, Mexican and Peruvian Mining Sector*. In: *Forum for inter-american research (fiar)*, 15 (2): 85–105.
- Ombudsbüro (2025): *Reporte de conflictos sociales*, Nr. 251. Enero 2025. URL: <https://www.defensoria.gob.pe/wp-content/uploads/2025/02/Reporte-Mensual-de-Conflictos-Sociales-N-251-Enero-2025.pdf>, Zugriff: 12.2.2025
- OEC (2021): *The Observatory of Economic Complexity*. Peru. URL: <https://oec.world/en/profile/country/per>, Zugriff 27.08.2024.
- Paredes, Julieta (2017): *Hilando fino desde el feminismo comunitario*. In: de Santiago Guzmán, Alejandra u.a. (Hg.): *Mujeres intelectuales. Feminismos y liberación en América Latina y el Caribe*. Buenos Aires: 111–140.
- Paredes, Maritza (2022): *One industry, different conflicts: A typology of mining mobilization*. In: *The Extractive Industries and Society* 9(101052), 1–9. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.exis.2022.101052>.
- Pérez, Leda M. u.a. (2019): *Las cuidadoras de los mineros: género y gran minería en Cotabambas*. Lima. DOI: <http://dx.doi.org/10.21678/978-9972-57-431-3>.
- Quijano, Aníbal (2016): *Kolonialität der Macht, Eurozentrismus und Lateinamerika*. Wien, Berlin.
- Ramiro, Franklin Miranda Valdivia (2015): *La descentralización centralista en el Perú: entre la crisis y el crecimiento 1970–2014*. In: *Investigaciones Sociales*, 19 (34): 153–167. DOI: <https://doi.org/10.15381/is.v19i34.11758>.
- Rossi, Leonardo (2017): *Agronegocios y megaminería, modelos biopolíticos en territorio argentino*. In: *Crítica y Resistencias. Revista de conflictos sociales latino-americanos*, (4): 50–66.
- Ruiz Torres, Guillerma (2005): *Neoliberalism under Crossfire in Peru: Implementing the Washington Consensus*. In: Soederberg, Susanne u.a. (Hg.): *Internalizing Globalization. The Rise of Neoliberalism and the Decline of National Varieties of Capitalism*. New York. DOI: https://doi.org/10.1057/9780230524439_11.
- Silva Santisteban, Rocio (2017): *Mujeres y conflictos ecoterritoriales. Impactos, estrategias, resistencias*. Lima.
- Svampa, Maristella (2020): *Die Grenzen der Rohstoffausbeutung Umweltkonflikte und ökoterritoriale Wende in Lateinamerika*. Bielefeld.

- Sullivan, Lynda (2015): Peru's Tia Maria Mining Conflict: Another Mega Imposition (11.06.2025). URL: <https://upsidedownworld.org>, Zugriff 11.6.2015.
- Torres-Zorrilla, Jorge (2000): Una estrategia de desarrollo basada en recursos naturales: análisis ›cluster‹ del complejo de cobre de la Southern Perú. URL: <https://idl-bnc-idrc.dspacedirect.org/items/3664c64d-35bc-4809-9920-460dc6283774>, Zugriff: 28.11.2024.
- Thwaites Rey, Mabel/Ouvina, Hernán (2015): Staatlichkeit in Lateinamerika revidiert. Die Dimension des Widerspruchs. In: Jenss, Alke/Pimmer, Stefan (Hg.): Der Staat in Lateinamerika. Kolonialität, Gewalt, Transformation. Münster: 59–84.
- Worldbank 2024a: GDP growth (annual %) – Peru. URL: <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG?locations=PE>, Zugriff 15.2.2024.
- Worldbank 2024b: Poverty headcount ratio at national poverty lines (% of population) – Peru. URL: <https://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.NAHC?locations=PE>, Zugriff: 15.2.2024.



Teil II: Transformationsprozesse

Wie die Fortführung des Gewohnten, nur eben besser, weil grüner, soll sich die nachhaltige Gesellschaft anfühlen. Zumindest, wenn man denen Glauben schenkt, die den Ton angeben. Die Ordnung der Dinge auf einem neuen stofflichen Fundament zu stabilisieren, ohne die Verfahrensordnung dabei in allzu große Unordnung zu bringen, stellt sich aber zusehends als kaum zu bewältigendes Unterfangen dar. Unantastbare Maximen und starre Abläufe kanalisieren die angestrebte Veränderung in gewohnte Bahnen. Was als präziser technischer Eingriff beabsichtigt war, droht zunehmend außer Kontrolle zu geraten und unvorhergesehene Dynamiken in Gesellschaft sowie Natur in Gang zu setzen. Getanes bleibt hinter Versprochenem zurück, neue Kräfte mischen sich ein, alte fassen neuen Mut.

Teil II widmet sich gegenwärtigen Versuchen, sozial-ökologische Krisen zu bearbeiten. Die Beiträge untersuchen Praxen, Abläufe und Mechanismen hinsichtlich ihres transformativen Gehalts auf verschiedenen politischen Ebenen. Sie nehmen in den Blick, in welche institutionellen Rahmenbedingungen bestehende Transformationsprozesse eingebettet sind, welche Pfadabhängigkeiten sie prägen und welche Widersprüche, Blockadeeffekte sowie Konflikte sich daraus ergeben. Dem politisch-normativen Anspruch dieses Sammelbandes entsprechend, deuten sie aber auch auf Stellschrauben hin, an denen gedreht werden könnte und müsste, um grundlegende Veränderungen einzuleiten.

Grüner Kapitalismus und die Agenda 2030

Eine kritische Diskursanalyse kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien

Sarah Beyer

Mit der Agenda 2030 wird aktuell global auf verschiedenen politisch-administrativen Ebenen ein ökomodernistisches Rahmenwerk implementiert, welches den multiplen sozial-ökologischen Krisen begegnen und eine weltweite Transformation vorantreiben soll. Sie wurde 2015 von den Vereinten Nationen (UN) verabschiedet und gilt als der bis dato umfassendste politische Vorstoß zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung (Eisenmenger u.a. 2020). Grundlage der UN-Resolution ist ein Ergebnisdokument mit dem Titel »Transformation unserer Welt: Die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung« (Vereinte Nationen 2015). Kern der Agenda sind die 17 Sustainable Development Goals bzw. nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs), welche bis 2030 erreicht werden sollen und neben ökologischen Zielen wie »Maßnahmen zum Klimaschutz« (SDG 13) und sozialen Vorgaben wie »Keine Armut« (SDG 1) auch explizit wachstumsorientierte Zielsetzungen wie »Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum« (SDG 8) beinhalten. Aufgrund der wachstumsorientierten Ziele wird die Agenda 2030 in diesem Beitrag als Bestandteil, bzw. politisches Projekt, eines grün-kapitalistischen Hegemonieprojekts aufgefasst.

Mit SDG 11 »Nachhaltige Städte und Gemeinden« rückt zudem die lokale Ebene als zentraler Handlungsraum der Agenda 2030 in den Vordergrund. Dies reiht sich ein in eine Momentum, in dem Städte zunehmend als Schlüsselorte für die Umsetzung einer nachhaltigeren Zukunft betrachtet werden (Angelo/Wachsmuth 2020; siehe Beitrag von Melissa Büttner und Anke Kläver in diesem Band). Auch in Deutschland wird die Agenda 2030 auf kommunaler Ebene durch Stadt- und Gemeinderatsbeschlüsse aufgegriffen und implementiert. Im Mittelpunkt dieser Prozesse steht die Entwicklung und Umsetzung lokal angepasster Nachhaltigkeitsstrategien, die auf eine Umsetzung und Erreichung der SDGs abzielen. Mit welchen Diskursen und Narrativen diese kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien gefüllt werden, beeinflusst nicht nur die städtischen Transformationsvorhaben, sondern wirkt sich – so die Argumentation dieses Artikels – auf die Ausgestaltung und mög-

liche Verfestigung eines grün-kapitalistischen Hegemonieprojekts aus. Vor diesem Hintergrund wird untersucht, wie staatliche Akteure, und hier im Besonderen Stadtverwaltungen und -politik, die sozial-ökologische Krise aktuell interpretieren und welche Lösungsmöglichkeiten sie sehen. Dabei soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit Städte und Kommunen über die Implementierung der Agenda 2030 zur Verfestigung eines grün-kapitalistischen Hegemonieprojekts beitragen. Das zentrale Ziel dieser Arbeit ist zu verstehen, ob und wie Stadtverwaltungen und -politik versuchen, spezifische Krisen- und Lösungsnarrative zu etablieren, hegemonial zu verankern und darüber spezifische Transformationsstrategien zu legitimieren. Hierfür wurden die Nachhaltigkeitsstrategien von 27 deutschen Großstädten analysiert. Methodisch stützt sich die Untersuchung auf die Cultural Political Economy (CPE) in Kombination mit einer kritischen Diskursanalyse (CDA) (Fairclough 2013b).

Krise, Staat und Transformation

Die sozial-ökologische Krise wird zunehmend gravierender. Klimawandel, der Verlust an Biodiversität und wachsende Ungleichheiten führen zu einer Häufung von Krisenphänomenen, die den politischen Handlungsdruck kontinuierlich erhöhen (Dörre 2022). Krisen zeichnen sich durch eine Verdichtung und Diskontinuität verschiedener, teilweise widersprüchlicher Dynamiken und Entwicklungen aus (Pichler 2023). Sie verschärfen sich, wenn etablierte Muster zur Bewältigung struktureller Widersprüche und Krisentendenzen nicht mehr in der erwarteten Weise wirksam sind (Jessop/Oosterlynck 2008). Gleichzeitig bergen Krisen das Potenzial, bestehende Spannungen in der hegemonialen Ordnung zu vertiefen (Kalt 2024). In diesem Kontext können sie diskursive Räume für die Verhandlung radikalerer Veränderungsoptionen eröffnen (Jessop/Sum 2023). Dadurch schaffen Krisen die Bedingungen für das Entstehen von Kämpfen um Hegemonie (Kalt 2024), welche mit Konflikten über angemessene Strategien zur Bewältigung der Krise einhergehen (Jessop/Sum 2023).

Konkurrierende Krisennarrative und -lösungen ringen dabei um Deutungshoheit, welche sich wiederum unterschiedlichen Hegemonieprojekten zuschreiben lassen. »Als Hegemonieprojekte gelten Arrangements bestimmter Forderungen, Praktiken, Identitätsangebote, Deutungsrahmen und Gemeinwohlvorstellungen, die über einen gewissen Zeitraum miteinander verknüpft und wiederholt artikuliert werden« (Krüger 2022: 379). »Ein Projekt hat dann Hegemonie erreicht, wenn es den gesellschaftlichen Konsens prägt und die in ihm eingeschriebenen Partikularinteressen als Allgemeininteresse der Gesellschaft gelten« (ebd.). In diesem Prozess spielen staatliche Institutionen eine zentrale und eigenständige Rolle, sowohl auf gesellschaftlich-politischer als auch auf administrativer Ebene. Indem durch

strategische Selektivitäten bestimmte Wissensnarrative und Visionen und somit Krisen- bzw. Transformationsverständnisse ein- oder ausgeschlossen werden (Jessop 2016), können hegemoniale Strukturen gestützt oder in Frage gestellt werden (Blythe u.a. 2018). Gleichzeitig führen die Verflechtung und Ko-Existenz demokratischer Staaten mit kapitalistischen Strukturen dazu, dass staatliches Handeln mit hegemonialen Praktiken, Werten und Diskursen verknüpft bleibt, welche die vom Kapitalismus geprägten gesellschaftlichen Naturverhältnisse aufrechterhalten (Görg u.a. 2017). Essenziell sind zudem die Mobilisierung von Unterstützung und die Einbindung der Zivilgesellschaft in Hegemonieprojekte, um durch eine organisierte Zustimmung einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens zu erreichen (Jessop 2024; Fonseca 2024).

Aktuell zeichnen sich Konflikte zwischen verschiedenen Hegemonieprojekten ab, welche auf konkurrierende Transformationspfade setzen und von reaktionären Projekten über ein Beharren auf dem Status quo bis hin zu emanzipatorischen Ansätzen reichen (Sander 2022). Ein möglicher Pfad ist dabei auch eine Modernisierung des Kapitalismus in Form eines grün-kapitalistischen Hegemonieprojekts (ebd.), wobei dessen Ausgestaltung beziehungsweise Reichweite auf unterschiedlichen Maßstabsebenen ebenfalls von gesellschaftlichen Machtverhältnissen und Aushandlungsprozessen um Transformation geprägt ist (siehe Beitrag von Nina Schlosser und Markus Wissen in diesem Band). In diesem Zusammenhang hat sich auch der Begriff Transformation von einer ursprünglich wissenschaftlichen und dabei ebenfalls durchaus kontrovers diskutierten und nicht einheitlich definierten Bezeichnung zu einem zentralen politischen Schlagwort gewandelt, das vielfältige gesellschaftliche Interessen und Machtkämpfe bündelt (Blythe u.a. 2018). Damit ein Hegemonieprojekt an Einfluss gewinnen kann, muss es zudem erfolgreich in der Umsetzung einer Reihe konkreter politischer Projekte sein. Diese politischen Projekte bilden das »politisch-strategische Terrain« (Kannankulam/Georgi 2012: 35), auf dem sich Hegemonieprojekte verdichten können. Aktuell wird das grün-kapitalistische Hegemonieprojekt unter anderem durch ökomodernistische Ansätze vorangetrieben, die in verschiedenen politischen Projekten der internationalen Umweltpolitik und der EU-Umweltpolitik verankert sind (Hamilton/Ramcilovic-Suominen 2023).

Ökomodernistische Ansätze zielen darauf ab, wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz durch technologische Innovationen und marktkonforme Instrumente zu harmonisieren, ohne die grundlegenden Strukturen des Kapitalismus wie Akkumulationsprozesse oder Externalisierungsmechanismen infrage zu stellen (Hausknost 2020). Dabei wird die Entkopplung von Wachstum und Umweltschäden durch technische Lösungen wie Effizienz- und Produktivitätssteigerungen angestrebt (Scerri/Holden 2014). Wirtschaftliches Wachstum und Ökologie widersprechen sich dabei nicht, vielmehr wird von einer positiven Wechselbeziehung ausgegangen. Ökologische Forderungen werden dabei zwar in den Diskurs in-

tegiert, jedoch ohne deren systemkritische Aspekte zu übernehmen (Krüger 2022). Bis heute haben ökomodernistische Ansätze sowie die damit verbundenen Bestrebungen einer weltweiten absoluten Entkopplung des Energie- und Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum keine ausreichende Wirkung erzielt (Hickel/Kallis 2020; Vadén u. a. 2020).

Auch die Agenda 2030 lässt sich als politisches Projekt des grün-kapitalistischen Hegemonieprojekts auffassen, welches von Stadt- bzw. Gemeinderäten und Verwaltungen bevorzugt und selektiv ausgewählt wird. Sie beruht auf einem ökomodernistischen Paradigma, welches durch SDG 8 Wirtschaftswachstum in den Fokus rückt, auf Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen setzt, sowie die Inwertsetzung von natürlichen Ressourcen fordert (Weber/Weber 2020). Unterziel 8.2. soll beispielsweise eine »höhere wirtschaftliche Produktivität durch Diversifizierung, technologische Modernisierung und Innovation erreichen«, Unterziel 8.4. »die weltweite Ressourceneffizienz in Konsum und Produktion Schritt für Schritt verbessern und die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung anstreben« (Vereinte Nationen 2015: 21).

Forschungsfrage und Methodik

Um die Verschränkung des ökomodernistischen Ansatzes der Agenda 2030 mit dem grün-kapitalistischen Hegemonieprojekt nachzuvollziehen, wird die Analyse der durch kommunale Nachhaltigkeitsstrategien vermittelten Diskurse als Zugang gewählt. Konkret stellt sich die Frage, welche Krisen- und Lösungsnarrative sowie Transformationsverständnisse im Rahmen dieses Ansatzes geformt und verdichtet werden und wie diese sich in den Strategien und Politiken staatlicher Akteure, hier der Stadt- und Kommunalverwaltungen, ausdrücken. Methodisch basiert die Analyse auf einer Kombination der Cultural Political Economy (CPE) und der kritischen Diskursanalyse (CDA) (Fairclough 2013a, 2013b; Jessop 2024; Jessop/Sum 2023). Beide bieten einen Rahmen, um sowohl Krisen- und Lösungsnarrative als auch die diskursive Konstruktion der Hegemoniebildung spezifischer Transformationsnarrative zu erfassen (Fairclough 2013b).

Die Analyse im Rahmen der CPE erfolgt in Hinblick auf die narrative Plausibilität und die pragmatische Korrektheit der Krisenkonstruktionen (Jessop/Sum 2023). Narrative Plausibilität bezieht sich darauf, wie die Identifizierung und Erklärung der Symptome einer Krise von relevanten Kräften konstruiert wird. Die narrative Plausibilität basiert dabei stärker auf »persuasiven Elementen als auf apodiktischer Wahrheit« (ebd.: 44, eigene Übersetzung), wobei Fakten so ausgewählt oder selektiert werden, dass sie einer Gesamterzählung Glaubwürdigkeit verleihen und unbequeme Details ausblenden können (ebd.). Im Anschluss daran beschreibt pragmatische Korrektheit, wie über diese Konstruktionen mögliche

Zukünfte antizipiert und Handlungen angeleitet werden, die das vorliegende Problem konsequent und effektiv transformieren sollen (Jessop 2024). Auch in diesen Diskursen spielen strategische Selektivitäten eine Rolle. Beispielsweise gesetzte Zuständigkeiten und Handlungsgrenzen oder die Vermittelbarkeit an relevante Zielgruppen, welche sich wiederum auf die Fähigkeit auswirkt, Hegemonie zu erlangen (Jessop/Sum 2023). Die CDA ergänzt und erweitert diesen Ansatz, indem sie die diskursiven Prozesse der Hegemoniebildung hervorhebt. Laut Fairclough (2013b) entsteht Hegemonie, wenn Diskurse unter anderem durch Rekontextualisierung und Institutionalisierung zu neuen Selbstverständlichkeiten werden. Dies umfasst die selektive Wahl, Aneignung, zunehmende Reartikulation und somit »Verbreitung von sich abzeichnenden hegemonialen Diskursen über strukturelle Grenzen (e.g. zwischen Organisationen) und skalare Grenzen (e.g. von der lokalen zur nationalen oder internationalen Ebene oder umgekehrt)« (ebd.: 367, eigene Übersetzung).

Insgesamt wurden die kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien von 27 deutschen Großstädten analysiert. Sie wurden zwischen 2018 und 2023 durch Beschlüsse verabschiedet und veröffentlicht, wobei von einzelnen Städten mehrere Berichte mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten publiziert wurden. Alle Nachhaltigkeitsstrategien wurden im Rahmen der Agenda 2030 Prozesse erarbeitet oder an diese angepasst und fortgeschrieben. Strategien der Stadtstaaten wurden ausgenommen, da diese gleichzeitig die Funktion von Bundesländern erfüllen. Zudem wurden nur die aktuellsten Strategien in die Analyse einbezogen. Für die Auswertung wurde mit einem codierenden Verfahren gearbeitet, welches sich hauptsächlich auf die Analyse von (lemmatisierten) Schlüsselwörtern (e.g. »Transformation«, »Krise« oder »Herausforderung«) und einen Fokus auf spezifische Textstellen (e.g. Absätze, die sich mit der Krisenkonzeption oder dem Nachhaltigkeitsverständnis befassen) stützte (Schröter 2008). Für die Codierung wurde MAXQDA 24 verwendet.¹

Krisennarrativ und Transformationsverständnis

In den kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien wird sich auf vielfältige Herausforderungen, Krisen und Katastrophen bezogen. Dabei erfolgt eine grundlegende Unterscheidung zwischen Herausforderungen einerseits und akut auftretenden Kri-

1 Folgende Städte und ihre kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien wurden untersucht: Bielefeld, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Erlangen, Essen, Frankfurt a.M., Freiburg i.Br., Fürth, Hagen, Hannover, Heidelberg, Heilbronn, Herne, Ingolstadt, Karlsruhe, Kiel, Köln, Leverkusen, Mannheim, München, Münster, Nürnberg, Osnabrück, Remscheid, Solingen und Stuttgart. Eine detaillierte Übersicht der analysierten Strategien findet sich in Tabelle 1 im Anhang.

senerscheinungen andererseits. Als Herausforderungen werden insbesondere der Klimawandel, aber auch der Verlust der Biodiversität, Armut und soziale Ungleichheit, Flucht und Migration und der Umgang mit natürlichen Ressourcen thematisiert (vgl. Heilbronn 2020: 9; Köln 2022: 27; Remscheid 2021: 28). Hierbei erfolgt in den Strategien meistens eine simple Aneinanderreihung kommunaler Problemlagen, ohne differenzierter auf die Ursachen, Wechselwirkungen, Dringlichkeiten oder ungleichen Auswirkungen – insbesondere auf vulnerable Bevölkerungsgruppen innerhalb oder außerhalb der Kommune – einzugehen. Die Herausforderungen werden dabei in sich selbst begründet und losgelöst von Ursprüngen, Verursachungen oder systemischen Kontexten dargestellt. Des Weiteren werden die meisten Herausforderungen nicht als (akute) Krisen im engeren Sinne eingestuft. Als solche gelten vielmehr die Covid-19-Pandemie und der Ukrainekrieg sowie die daraus resultierende Wirtschafts- und Energiekrise (vgl. Hannover 2020b: 7; Heidelberg 2023: 6). Sozioökonomische Krisenerscheinungen werden in den Strategien in den Fokus gerückt, während ökologische Krisenerscheinungen kaum explizit als solche benannt werden. Einzig der Klimawandel wird von drei Städten explizit als Krise eingestuft (vgl. Stuttgart 2023; Frankfurt 2020; München 2022). Zudem sehen einzelne Städte eine Gefahr, dass durch die akuten Krisen »die Gefahren des Klimawandels und die ökologischen Krisen [...] in den Hintergrund [geraten]« (Mannheim 2022: 4). Trotz einzelner Verweise auf Zusammenhänge zeigt die Analyse, dass ähnlich wie bei den Herausforderungen Krisenerscheinungen wenig aufeinander bezogen oder in einen Zusammenhang gerückt werden.

Gleichzeitig werden die Herausforderungen und Krisen als weltweit gleichermaßen auftretende Erscheinungen und darüber als ein universelles Problem konstruiert (vgl. e.g. Hannover 2020a: 10; Dortmund 2022: 4). Basierend auf dieser Wahrnehmung als ein die Weltgemeinschaft betreffendes Problem wird auch die Problembewältigung konsequent als eine Aufgabe dargestellt, die »nur gemeinsam lösbar [sei]« (Osnabrück 2020: 5) und für die »alle einen Beitrag leisten [müssen]« (Kiel 2022: 59). Entsprechend vermag es »kein Kontinent und keine Nation [...] allein, diesen Herausforderungen zu begegnen« (Mannheim 2021: 4). An dieser Stelle wird die Agenda 2030 in den kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien als zentraler Lösungsansatz für die globalen Krisen und Herausforderungen positioniert, welcher die erforderlichen Nachhaltigkeitsbestrebungen fördere und strukturiere (vgl. Bielefeld 2021: 10; Karlsruhe 2021: 3). Sie diene »vor dem Hintergrund multipler globaler Krisen« (Kiel 2022: 8) »als Grundlage und Orientierung für ein nachhaltiges Leben und Wirtschaften« (Ingolstadt 2021: 10). Entsprechend nutzen »weltweit und bundesweit [...] immer mehr Kommunen die Agenda 2030 nicht nur als Instrument für ihre strategische Stadtentwicklungsplanung, [sondern] auch zur Bewältigung aktueller Herausforderungen« (Stuttgart 2023: 251). Insofern unterstreicht die Verabschiedung der Agenda 2030 nicht nur »die Erkenntnis, dass sich die globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösen lassen« (Nürnberg 2020: 5), vielmehr

ließe sich durch die Umsetzung der SDGs einer »globalen Verantwortung« (Essen 2021: 43; Leverkusen 2021: 5) gerecht werden.

Mit der Implementierung der Agenda 2030 als Antwort auf die vielfältigen Herausforderungen und Krisen wird zudem Transformation als Leitprinzip in den Vordergrund gestellt, welches »weltweit« (Kiel 2022: 8) vorangebracht werden soll. Dabei wird der Transformationsgedanke als zentrales Element verankert und von der Agenda 2030 getragen, welche »mit ihren nachvollziehbaren, anschlussfähigen Zielen« (Stuttgart 2023: 258) als universelles Rahmenwerk ebendiese »weltweite Transformation in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung« (Solingen 2018: 7) anstoßen soll. Die SDGs dienen als Kompass, der »den globalen gesellschaftlichen Transformationsprozess in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung weist« (Nürnberg 2020: 7). Dabei hängt das »Gelingen einer nachhaltigen globalen Transformation« maßgeblich von der konsequenten Umsetzung der SDGs auf kommunaler Ebene ab, wobei »die lokale Umsetzung der SDGs in ihrer Gesamtheit [...] über die Tragfähigkeit der Veränderung« entscheidet (Nürnberg 2020: 7).

In diesem Zusammenhang werden zudem die Notwendigkeit und Bedeutung von Partnerschaften mit einer Vielzahl von lokalen und bundesweiten Akteuren wie auch internationaler Kooperationen betont, um die Ziele der Agenda 2030 und somit eine Transformation zu erreichen. Diese sei nur über ein Zusammenwirken und eine »gemeinsame [...] Anstrengung« zu erzielen, wobei »jede und jeder Einzelne [...] seinen Beitrag leisten [müsse]« (Düsseldorf 2022: 2). Dieses »konstruktive Zusammenspiel« (Freiburg i.Br. 2022: 7) soll die nachhaltige Transformation beschleunigen. Entsprechend setzen sich die Städte »aktiv für die Vernetzung und Mobilisierung der verschiedenen Akteure« (Stuttgart 2023: 258) ein, denn nur so könne »eine nachhaltige Transformation unserer Städte gelingen« (Bonn 2022: 5).

Die Umsetzung der SDGs in ihrer Gesamtheit umfasst zwangsläufig auch die Ziele und Unterziele die eine Transformation vor allem über Wirtschaftswachstum – und nicht beispielsweise über Umverteilung – fokussieren. »Wirtschaftliches Wachstum gilt als eines der Hauptziele staatlicher Wirtschaftspolitik« (Bonn 2022: 96). Dabei trage Wirtschaftswachstum nicht nur »maßgeblich zur Bekämpfung von Armut bei« (Frankfurt 2022: 79), sondern sichere die »dauerhafte Handlungsfähigkeit der Kommune« (Ingolstadt 2021: 42). Entsprechend habe auch das »zukünftige Wirtschaftswachstum [...] im Sinne der Generationengerechtigkeit eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz« (Erlangen 2020: 70).

Gleichzeitig erkennt ein Teil der Städte, dass ein »unendliches, unbegrenztes materielles Wachstum [...] auf unserem Planeten mit seinen begrenzten Ressourcen nicht möglich [ist]« (München 2022: 2). Vielmehr ist »Wirtschaftswachstum [...] hauptverantwortlich für globale Umweltveränderungen« (Münster 2018: 63). Entsprechend stehen die »unterschiedlichen SDGs [...] teilweise untereinander in einem Spannungsverhältnis, [...] beispielsweise SDG 8/9 (Wirtschaftswachstum und Ausbau der Infrastruktur) und SDG 11 (Verringerung von Umweltbelastungen

in Städten)« (Nürnberg 2018: 135). Im Zuge dessen wird die Frage in den Raum gestellt, wie Städte »ein qualitatives Wirtschaftswachstum unter Minimierung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbeeinträchtigung sowie unter Berücksichtigung sozialer Aspekte erzielen [können]« (Münster 2018: 32). Als Antwort darauf, und um dem Zielkonflikt zu begegnen, wird hierbei ausschließlich auf die »Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung« (Stuttgart 2023: 125) gesetzt. Diese Entkopplung soll u.a. durch »Ressourceneffizienz in Konsum und Produktion« (Erlangen 2020: 32) bzw. »durch die Verbesserung der Ressourcennutzung« (Fürth 2022: 36) wie auch durch nicht genauer definierte »wirtschaftspolitische Strategien und Maßnahmen« (Nürnberg 2018: 71) gelingen. Dabei soll das »Wirtschaftswachstum [...] langfristig die Entwicklung sparsamer Technologien an[kurbeln]«, auch wenn dies »kurzfristig [...] für höhere Emissionen [sorge]« (Münster 2018: 57). Diesem Ansatz folgend konzentrieren sich die Städte vorwiegend auf die Modernisierung spezifischer Sektoren (insbesondere in den Bereichen Verkehr, Energie und Stadtentwicklung). Des Weiteren wird auf marktkonforme Instrumente, bzw. marktbasierende Lösungen, beispielsweise im Rahmen fairer Beschaffung gesetzt. Dabei verfüge die öffentliche Hand »über eine starke Marktmacht, welche sie nutzen kann, um umweltpolitische Ziele oder faire Arbeitsbedingungen zu fördern« (Hannover 2020c: 51).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die untersuchten Städte ein weitgehend ähnliches Verständnis von Krisen (bzw. Herausforderungen) und Transformation aufweisen. Sie versuchen durch die lokale Umsetzung der Agenda 2030 den weltweiten Krisen und Herausforderungen zu begegnen und einer globalen Verantwortung gerecht zu werden. Unterschiede zeigen sich teilweise in Bezug auf die Auseinandersetzung mit wirtschaftlichem Wachstum: Während ein Teil der Kommunen dieses nicht grundsätzlich infrage stellt, erkennen andere Städte die Problematik unbegrenzten Wachstums an. Dennoch fokussiert auch dieser Teil ausschließlich die Optimierung des Wachstums durch eine Entkopplung von Umweltbelastungen.

Krisenkonstruktion und Lösungskonzeption

Ausgangspunkt der Analyse war die Frage, welche Krisen- und Lösungsnarrative sowie Transformationsverständnisse im Rahmen des ökomodernistischen Ansatzes der Agenda 2030 geformt und verdichtet werden. Die folgende Interpretation im Rahmen der CPE konzentriert sich auf die narrative Plausibilität und pragmatische Korrektheit, die als zentrale Konzepte dienen, um die Krisenkonstruktion und die daraus abgeleiteten Handlungslogiken nachzuvollziehen. Ergänzt wird dieser Ansatz durch die CDA, welche die Rekontextualisierung und Institutionalisierung von Diskursen als Mechanismen der Hegemoniebildung hervorhebt.

Hinsichtlich der narrativen Plausibilität der Krisenkonstruktion, das heißt der Identifizierung und Erklärung von Krisensymptomen durch Stadtverwaltungen und -politik, zeigt sich, dass unbequeme Details wie lokale und globale Ungleichheiten in Bezug auf Verursachung oder Betroffenheit sowie strukturelle Ursachen der Krisen weitgehend und systematisch ausgeblendet werden. Dazu zählen insbesondere die Rolle des kapitalistischen Wirtschaftssystems und seine inhärenten Wachstums- und Akkumulationsprozesse, die sich nicht innerhalb planetarer Grenzen verwirklichen lassen, sowie damit einhergehende Externalisierungsmechanismen (Lessenich 2016). Die Analyse der Ursachen und Symptome lokaler und globaler Herausforderungen erfolgt entsprechend isoliert, ohne ihre sozio-ökonomische Einbettung oder die gesellschaftlichen Naturverhältnisse ausreichend zu berücksichtigen. Infolgedessen fehlt es den Strategien an einem umfassenden Verständnis der sozial-ökologischen Krise. Somit wird auch die Notwendigkeit tiefgreifender struktureller Veränderungen in den Hintergrund gedrängt. Stattdessen wird selektiv benannt, was als akute Krise (e.g. die Covid-19-Pandemie) und was als schlichte Herausforderung (e.g. der Verlust von Biodiversität) gilt, wobei dem Ausmaß ökologischer Krisenerscheinungen und der Dringlichkeit zur Bewältigung ebendieser nur wenig Rechnung getragen wird.

Ein plausibles Narrativ zieht sich hier insofern weiter durch, als dass die Verantwortung für die Bewältigung der Problemlagen nicht nur auf die gesamte Stadtgesellschaft, sondern auf eine globale Weltgemeinschaft übertragen wird und letztendlich ebenso externalisiert wird. In Bezug auf die Verantwortung der gesamten Stadtgesellschaft wird ein Wir konstruiert, welches lokale Vulnerabilitäten und Handlungsmöglichkeiten selektiv ausblendet (vgl. Essletzbichler u.a. 2023). Die Darstellung der Krisen und Herausforderungen als primär globales und damit gemeinsames Problem verschleiert zudem, dass sowohl die Verursachung und Verantwortung als auch die Auswirkungen und Betroffenheit weltweit höchst unterschiedlich verteilt und ausgeprägt sind (Ngcamu 2023). Infolgedessen bleiben diesbezüglich bestehende globale Ungleichheiten weitgehend unberücksichtigt, was letztendlich erst ermöglicht, ebendiese Krisen und Herausforderungen als globales und somit gemeinsames Problem zu konstruieren. In diesem Zuge wird, ebenfalls im Sinne der narrativen Plausibilität, die Agenda 2030 überzeugend und nachvollziehbar als »der« Lösungsansatz und »die« Krisenbewältigungsstrategie positioniert, welche aufgrund ihres universellen Ansatzes den weltweiten Krisen und Herausforderungen begegnen könne.

Die pragmatische Korrektheit der Lösungskonzeption – also die Fähigkeit dieser Konstruktionen, mögliche Zukünfte zu antizipieren und Handlungen anzuleiten – wird in den Strategien insofern sichtbar, als dass diese mit und durch die Umsetzung der SDGs Lösungen und Handlungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Zukunft präsentieren. Die Strategien fungieren als Grundlage und Rechtfertigung für stadtpolitische Maßnahmen, welche die sozialen und ökologischen Herausforde-

rungen und Krisen wirksam adressieren sollen. Die Agenda soll, so die Hoffnung, die vorliegenden Probleme, beispielsweise durch die Entkopplung von Wachstum und Umweltbelastung, effektiv transformieren.

Dies führt dazu, dass der Transformationsbegriff nicht explizit definiert, sondern durch die Inhalte und Zielsetzungen der Agenda 2030 selbst bestimmt und begründet beziehungsweise mit genau diesen Bedeutungen gefüllt wird. Somit beschreiben letztendlich die Ziele und Inhalte der Agenda 2030 – inklusive ihres Fokus auf Wirtschaftswachstum und Entkopplung –, was unter Transformation verstanden wird. Darüber wird das Transformationsverständnis direkt an die SDGs gebunden und über deren Inhalte – und die darin enthaltenen Ziele – operationalisiert. Der Transformationsbegriff verflacht in den kommunalen Strategien somit zu einem Leitprinzip, welches Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit nicht ausschließt, keine Analyse der strukturellen Ursachen zulässt oder tiefgreifende Veränderungen fokussiert. Blythe u.a. (2018) haben auf die Gefahr einer solchen Bedeutungsverschiebung hingewiesen, bei der der Transformationsbegriff durch seine Einbindung in Policydiskurse seine radikale Dimension verliert. Die analysierten städtischen Nachhaltigkeitsstrategien verdeutlichen diese Problematik: Statt eine gesamtgesellschaftliche Problemanalyse zuzulassen und grundlegende Lösungen zu adressieren, konzentrieren sich die Strategien vorwiegend auf die Modernisierung spezifischer Sektoren und marktkonforme Instrumente. Transformation kann in diesem Kontext entsprechend nicht im Sinne eines radikalen Wandels verstanden werden.

Die pragmatische Korrektheit der Lösungskonzeption zeigt sich zudem in den lokal gesetzten Zuständigkeiten und der Vermittelbarkeit des Transformationsverständnisses bzw. der SDGs an relevante Zielgruppen. Dabei wird nicht nur die Verantwortung der Umsetzung auf die gesamte Stadtgesellschaft übertragen, sondern durch die Ansprache bzw. Appelle und die Benennung bestehender sowie anvisierter Einbindungen ebendieser ein breit getragener Konsens angestrebt. Netzwerke und strategische Partnerschaften werden als Möglichkeiten beschrieben, durch welche die anschlussfähigen Ziele der Agenda 2030 sowie das ihr zugrunde liegende Nachhaltigkeitsverständnis vermittelt werden können. Hier sollen nicht-staatliche Akteure in die Reproduktion und Verbreitung des ökomodernistischen politischen Projekts und seiner Diskurse eingebunden werden. Diese Ansprache und anvisierte Einbeziehung privater und zivilgesellschaftlicher Akteure zielt auf eine organisierte Zustimmung ab, bei der die SDGs als gemeinsames Anliegen vermittelt werden. Das in den kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien konstruierte Transformationsverständnis soll so in der Zivilgesellschaft verankert und eine grün-kapitalistische Ordnung gestärkt und legitimiert werden.

Die zeitgleiche Implementierung der Agenda 2030 in verschiedenen Städten und die damit einhergehende Rekontextualisierung und Institutionalisierung der Diskurse über administrative Grenzen hinweg trägt zur Verbreitung eines spezi-

fischen, von seinen strukturellen Ursachen losgelösten Krisenverständnisses und einem an die Agenda 2030 angepassten Transformationsbegriffs bei. So wird der ökomodernistische Ansatz, welcher in der Agenda 2030 verankert ist und von den Kommunen selektiv ausgewählt wird, durch seine wiederholte Verwendung zu einer neuen Selbstverständlichkeit in der kommunalen Praxis und trägt darüber zur Festigung eines grün-kapitalistischen Hegemonieprojekts bei.

Einfluss der Agenda 2030 auf das grün-kapitalistische Hegemonieprojekt

Ziel dieser Arbeit war zu untersuchen, wie staatliche Akteure, insbesondere Stadtverwaltungen und -politik, die sozial-ökologische Krise in ihren Nachhaltigkeitsstrategien interpretieren und welche Lösungsansätze sie verfolgen. Im Fokus stand die Frage, ob Städte und Kommunen über ihre Agenda 2030 Prozesse und kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien zur Verfestigung eines grün-kapitalistischen Hegemonieprojekts beitragen. Dabei wurde aufgezeigt, wie spezifische Krisen- und Lösungsnarrative konstruiert und etabliert und spezifische Transformationsstrategien legitimiert werden.

Die Analyse zeigt, dass Stadtverwaltungen und -politik durch selektive Adaption und Implementierung der Agenda 2030 auf lokaler Ebene ein Transformationsverständnis fördern, welches auf eine Modernisierung des Kapitalismus setzt. Entsprechend spielen diese staatlichen Akteure eine zentrale Rolle bei der Verfestigung eines grün-kapitalistischen Hegemonieprojekts. Sie vermitteln und prägen durch ihren Bezug auf die Agenda 2030 eine bestimmte Vorstellung von Transformation, welche sich nicht nur in das öffentliche Handeln einschreibt, sondern in den Stadtgesellschaften verankert werden soll.

So wie globale und nationale Debatten und Strategien zunehmend an den Zielen der Agenda 2030 ausgerichtet werden (Biermann u.a. 2022), formt sich auf lokaler Ebene und städteübergreifend ein vereinheitlichter Diskurs, der das ökomodernistische Narrativ vielfach verankert. Diskurse entfalten besondere Macht, wenn sie sich über mehrere Ebenen und Standorte erstrecken und damit in ein umfassenderes Hegemonieprojekt integrieren (Jessop/Oosterlynck 2008). Die Agenda 2030 dient dabei als Orientierungspunkt, der explizit ökomodernistische und gleichzeitig international anerkannte Ziele setzt, welche die Nachhaltigkeitsstrategien auf lokaler Ebene strukturieren und legitimieren. Dabei fungiert sie als globaler Rahmen, der die Herausforderungen und Krisen als weltweite bzw. universelle Probleme darstellt und die Verantwortung zur Bewältigung kollektiviert.

Dies entspricht einem (internationalen) Hegemonieprojekt, welches darauf ausgerichtet ist, den gesellschaftlichen Konsens zu prägen und die ihm eingeschriebenen Partikularinteressen als Allgemeininteresse einer (globalen) Gesellschaft geltend zu machen. Hier zeigt sich die besondere Fähigkeit internationaler

Organisationen (wie der UN), bestimmten Hegemonieprojekten Vorschub zu leisten bzw. diese zu stärken, indem sie »eine systemweite Perspektive einnehmen, die nicht mit den Interessen eines bestimmten Staates oder bestimmter privater kapitalistischer Interessen identisch ist« (Cammack 2003 zitiert in Brand u.a. 2011: 164, eigene Übersetzung). Ein solcher Mechanismus ist bei der Lokalisierung der Agenda 2030 zu beobachten. Dabei fungiert die Agenda 2030 einerseits als Ansatz, dessen Inhalte lokal operationalisiert werden können, was den Städten ermöglicht, eine eigene, ihren Interessen entsprechende Form der Transformation umzusetzen. Andererseits liefert sie technische und marktkonforme Lösungen, Zielvorgaben und Narrative, die den vorherrschenden Strukturen entgegenkommen. Auf diese Weise wird der Begriff der Transformation auf eine Anpassung reduziert, die zwar radikal klingt, letztlich aber in erster Linie zu einer Modernisierung des Kapitalismus beiträgt (Hamilton/Ramcilovic-Suominen 2023; Telleria/Garcia-Arias 2022). Transformation wird somit nicht als systemische Neuausrichtung verstanden, sondern als Justierung des Bestehenden.

Wenn Städte ihrer Rolle als Schlüsselorte der Transformation gerecht werden sollen, ist eine kritische Auseinandersetzung mit der Agenda 2030 und ihrem Transformationsbegriff unabdingbar. Zugleich müssen Stadtverwaltungen und -politik Wege jenseits des ökomodernistischen bzw. grün-kapitalistischen Paradigmas finden. Dies könnte Ansätze umfassen, die auf Umweltgerechtigkeit, Suffizienz, Dekommodifizierung, Demokratisierung und somit tatsächliche systemische Veränderungen abzielen. Nur durch eine solche Neuorientierung kann eine tiefgreifende, sozial gerechte und nachhaltige Transformation erreicht werden, die den strukturellen Ursachen der sozial-ökologischen Krise wirksam begegnet.

Literatur

- Angelo, Hillary/Wachsmuth, David (2020): Why does everyone think cities can save the planet? In: *Urban Studies* 57(11): 2201–2221. DOI: <https://doi.org/10.1177/0042098020919081>.
- Biermann, Frank u.a. (2022): Scientific evidence on the political impact of the Sustainable Development Goals. In: *Nature Sustainability* 5(9): 795–800. DOI: <https://doi.org/10.1038/s41893-022-00909-5>.
- Blythe, Jessica u.a. (2018): The Dark Side of Transformation: Latent Risks in Contemporary Sustainability Discourse. In: *Antipode* 50(5): 1206–1223. DOI: <https://doi.org/10.1111/anti.12405>.
- Brand, Ulrich u.a. (2011): Second-Order Condensations of Societal Power Relations: Environmental Politics and the Internationalization of the State from a Neopoulantzian Perspective 1. In: *Antipode* 43(1): 149–175. DOI: <https://doi.org/10.1111/j.1467-8330.2010.00815.x>.

- Cammack, Paul (2003): The Governance of Global Capitalism: A New Materialist Perspective. In: *Historical Materialism* 11(2): 37–59. DOI: <https://doi.org/10.1163/156920603768311228>.
- Dörre, Klaus (2022): Alle reden vom Klima (14.1.2022). URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/green-new-deals-2022/345723/alle-reden-vom-klima/>, Zugriff: 26.1.2025.
- Eisenmenger, Nina u.a. (2020): The Sustainable Development Goals prioritize economic growth over sustainable resource use: a critical reflection on the SDGs from a socio-ecological perspective. In: *Sustainability Science* 15(4): 1101–1110. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11625-020-00813-x>.
- Essletzbichler, Jürgen u.a. (2023): Kapitel 17. Soziale und räumliche Ungleichheit. In: Görg, Christoph u.a. (Hg.): *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben*. Berlin, Heidelberg: 481–497. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-662-66497-1_21.
- Fairclough, Norman (2013a): Critical Discourse Analysis. DOI: <https://doi.org/10.4324/9781315834368>.
- Fairclough, Norman (2013b): Critical discourse analysis and critical policy studies. In: *Critical Policy Studies* 7(2): 177–197. DOI: <https://doi.org/10.1080/19460171.2013.798239>.
- Fonseca, Marco (2024): State, capital and civil society. In: Carroll, William K. (Hg.): *The Elgar Companion to Antonio Gramsci*: 136–151. DOI: <https://doi.org/10.4337/9781802208603.00015>.
- Görg, Christoph u.a. (2017): Challenges for Social-Ecological Transformations: Contributions from Social and Political Ecology. In: *Sustainability* 9(7): 1045. DOI: <https://doi.org/10.3390/su9071045>.
- Hamilton, Rachel Tome Valencia/Ramcilovic-Suominen, Sabaheta (2023): From hegemony-reinforcing to hegemony-transcending transformations: horizons of possibility and strategies of escape. In: *Sustainability Science* 18(2): 737–748. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11625-022-01257-1>.
- Hausknost, Daniel (2020): The environmental state and the glass ceiling of transformation. In: *Environmental Politics* 29(1): 17–37. DOI: <https://doi.org/10.1080/09644016.2019.1680062>.
- Hickel, Jason/Kallis, Giorgos (2020): Is Green Growth Possible? In: *New Political Economy* 25(4): 469–486. DOI: <https://doi.org/10.1080/13563467.2019.1598964>.
- Jessop, Bob (2016): *The State. Past, Present, Future*. Cambridge, UK/Malden, MA, USA.
- Jessop, Bob (2024): Hegemonic projects and cultural political economy. In: Carroll, William K. (Hg.): *The Elgar Companion to Antonio Gramsci*: 261–278. DOI: <https://doi.org/10.4337/9781802208603.00024>.

- Jessop, Bob/Oosterlynck, Stijn (2008): Cultural political economy: On making the cultural turn without falling into soft economic sociology. In: *Geoforum* 39(3): 1155–1169. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2006.12.008>.
- Jessop, Bob/Sum, Ngai-Ling (2023): The cultural political economy approach to public policy. In: Scherrer, Christoph u. a. (Hg.): *Handbook on Critical Political Economy and Public Policy*: 36–48. DOI: <https://doi.org/10.4337/9781800373785.00011>.
- Kalt, Tobias (2024): Transition conflicts: A Gramscian political ecology perspective on the contested nature of sustainability transitions. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 50: 100812. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.eist.2024.100812>.
- Kannankulam, John/Georgi, Fabian (2012): Die Europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Hegemonieprojekte im Kampf um das »Staatsprojekt Europa«. Marburg.
- Krüger, Timmo (2022): Hegemonie. In: Gottschlich, Daniela u. a. (Hg.): *Handbuch Politische Ökologie*: 377–384. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783839456279-035>.
- Lessenich, Stephan (2016): *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. München.
- Ngcamu, Bethuel Sibongiseni (2023): Climate change effects on vulnerable populations in the Global South: a systematic review. In: *Natural Hazards* 118(2): 977–991. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11069-023-06070-2>.
- Pichler, Melanie (2023): Political dimensions of social-ecological transformations: polity, politics, policy. In: *Sustainability: Science, Practice and Policy* 19(1). DOI: <https://doi.org/10.1080/15487733.2023.2222612>.
- Sander, Hendrik (2022): *Auf der Schwelle zum grünen Kapitalismus? Sozial-ökologische Hegemonieprojekte in Deutschland*. Berlin.
- Scerri, Andy/Holden, Meg (2014): Ecological Modernization or Sustainable Development? Vancouver's Greenest City Action Plan: The City as »manager« of Ecological Restructuring. In: *Journal of Environmental Policy & Planning* 16(2): 261–279. DOI: <https://doi.org/10.1080/1523908X.2013.836962>.
- Schröter, Melani (2008): Discourse in a Nutshell: Key Words in Public Discourse and Lexicography. In: *GFL German as a foreign language* (2): 42–57.
- Telleria, Juan/Garcia-Arias, Jorge (2022): The fantasmatic narrative of »sustainable development«. A political analysis of the 2030 Global Development Agenda. In: *Environment and Planning C: Politics and Space* 40(1): 241–259. DOI: <https://doi.org/10.1177/23996544211018214>.
- Vadén, T. u. a. (2020): Decoupling for ecological sustainability: A categorisation and review of research literature. In: *Environmental Science & Policy* 112: 236–244. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.envsci.2020.06.016>.

Vereinte Nationen (2015): Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015.

Weber, Heloise/Weber, Martin (2020): When means of implementation meet Ecological Modernization Theory: A critical frame for thinking about the Sustainable Development Goals initiative. In: World Development 136: 105129. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.worlddev.2020.105129>.

Anhang

Tabelle 1: Korpus – Kommunale Nachhaltigkeitsstrategien

Stadt	Jahr	Titel der kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie	Referenz
Bielefeld	2021	Nachhaltigkeitsstrategie Stadt Bielefeld	Bielefeld 2021
Bonn	2022	Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Bonn nach dem Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune. Agenda 2030 auf der lokalen Ebene	Bonn 2022
Dortmund	2022	Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Dortmund 2022 nach dem Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune (BNK) im Kontext der Agenda 2030	Dortmund 2022
Düsseldorf	2022	Nachhaltigkeitsbericht 2022 – Düsseldorf – Nähe trifft Freiheit	Düsseldorf 2022
Erlangen	2020	Global Denken Lokal Handel. Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Erlangen.	Erlangen 2020
Essen	2021	Essener Nachhaltigkeitsstrategie	Essen 2021
Frankfurt a.M.	2020	Stadt Frankfurt a.M. – Nachhaltigkeitsbericht 2020	Frankfurt a.M. 2020
Freiburg i.Br.	2022	5. Freiburger Nachhaltigkeitsbericht 2022. Informations- und Steuerungsgrundlage für Entscheidungsträger_innen	Freiburg i.Br. 2022
Freiburg i.Br.	2022	Nachhaltigkeit in Freiburg. Ziele, Taten, Ideen. Nachhaltigkeitsbericht für Bürger_innen	
Fürth	2022	Nachhaltigkeitsstrategie Stadt Fürth	Fürth 2022
Hagen	2021	Nachhaltigkeitsstrategie Stadt Hagen	

Hannover	2020	Nachhaltigkeitsbericht 2020 – Überblick und Ausblick – Band 1	Hannover 2020a
Hannover	2020	Nachhaltigkeitsbericht 2020 – Dimension Ökologie – Band 2	
Hannover	2020	Nachhaltigkeitsbericht 2020 – Dimension Ökonomie – Band 3	Hannover 2020b
Hannover	2020	Nachhaltigkeitsbericht 2020 – Dimension Soziales – Band 4	
Hannover	2020	Nachhaltigkeitsbericht 2020 – Dimension Kultur – Band 5	
Hannover	2020	Nachhaltigkeitsbericht 2020 – Dimension Governance – Band 6	Hannover 2020c
Heidelberg	2023	Statusbericht Stadtentwicklungskonzept 2035	Heidelberg 2023
Heilbronn	2020	Bericht zur nachhaltigen Entwicklung von Heilbronn	Heilbronn 2020
Herne	2021	Nachhaltigkeitsstrategie Stadt Herne	
Ingolstadt	2021	Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Ingolstadt	Ingolstadt 2021
Karlsruhe	2021	Karlsruher Nachhaltigkeitsbericht 2021. Global denken, lokal handeln – eine Bestandsaufnahme	Karlsruhe 2021
Kiel	2022	Voluntary Local Review Kiel 2022	Kiel 2022
Köln	2022	Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Köln 2022 nach dem Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune (BNK) im Kontext der Agenda 2030	Köln 2022
Leverkusen	2021	Stadt Leverkusen Nachhaltigkeitsstrategie	Leverkusen 2021
Mannheim	2021	Leitbild Mannheim 2030	Mannheim 2021
Mannheim	2022	Jahresbericht 2022 der Stadt Mannheim	Mannheim 2022
München	2022	Nachhaltigkeitsbericht München 2022 – Indikatoren, Herausforderungen und Handlungspotentiale	München 2022
Münster	2018	Nachhaltigkeitsstrategie Münster 2030	Münster 2018
Nürnberg	2018	Nürnberg nachhaltig. 4. Bericht zur nachhaltigen Entwicklung der Stadt Nürnberg (2015–2017)	Nürnberg 2018
Nürnberg	2020	Nürnberg nachhaltig. So setzen wir die SDGs in der Stadtverwaltung um.	Nürnberg 2020

Osnabrück	2020	Agenda 2030 vor Ort. Stadt Osnabrück. Auf dem Weg zu einer Global Nachhaltigen Kommune	Osnabrück 2020
Osnabrück	2020	Strategische Ziele der Stadt Osnabrück 2021 bis 2030	
Remscheid	2021	Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Remscheid	Remscheid 2021
Solingen	2018	Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Solingen	Solingen 2018
Stuttgart	2023	Lebenswertes Stuttgart – Die globale Agenda 2030 auf lokaler Ebene. 3. Bestandsaufnahme auf Grundlage von Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals (SDGs).	Stuttgart 2023

Naturschutzinstrumente und ihre Potenziale für eine suffizienzorientierte, sozial-ökologische Transformation

Eine Perspektive aus der Umweltplanung

Marianne Hachtmann

Betrachtet man die weltweiten Veränderungen der Biodiversität, zeigt sich ein düsteres Bild: Laut der *Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services* (IPBES) sind die Wirbeltierpopulationen seit 1970 um mehr als ein Drittel zurückgegangen und es droht das Aussterben von etwa einer Million Pflanzen- und Tierarten (IPBES 2019). Als Hauptursachen gelten Veränderungen der Nutzung von Land und Meer, einschließlich des Verlusts und der Verschlechterung von Habitaten sowie Übernutzung, Verschmutzung, invasive Arten und der Klimawandel (IPBES 2019; WWF 2020). Diese Ursachen lassen sich wiederum zu einem Großteil auf Produktions- und Konsummuster im Globalen Norden zurückführen, wie zum Beispiel Herstellung, Verzehr bzw. Nutzung und Entsorgung von ressourcenintensiven und/oder -schädigenden Produkten wie Fleisch und Fisch, Textilien oder Autos. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die soziale Schichtzugehörigkeit Konsumentscheidungen und -möglichkeiten maßgeblich beeinflusst (Dhakal u. a. 2022). Die sozialen Folgen des Biodiversitätsverlustes sind aufgrund des komplexen Zusammenwirkens von Arten, Ökosystemen und Gesellschaften schwer vorhersehbar. Zu den möglichen und bereits beobachteten Auswirkungen zählen die Gefährdung der Nahrungssicherheit, Einkommenseinbußen, ein erhöhtes Risiko des Ausbrechens von Bränden sowie die Gefahr der Ausbreitung von Krankheiten (Henderson 2022; Chapin III 2000).

Die negative Entwicklung der Biodiversität, die begrenzten Erfolge der bisherigen Naturschutzbemühungen, aber auch die Forschungsergebnisse zu den Treibern des Biodiversitätsverlustes und möglichen Folgen für menschliches Leben führen in Fachkreisen zu einer Debatte über die Dringlichkeit und die Formen einer grundlegenden sozial-ökologischen Transformation (Berger u. a. 2024; Tedesco u. a. 2023). Umkämpft ist hierbei die Frage, was unter Transformation zu verstehen ist, wie weitreichend also die damit einhergehenden gesellschaftlichen Veränderungen sein müssen (siehe auch die Einleitung von Julian Niederhauser, Nina Schlosser, Sophie

von Redecker, Ania Spatzier und Johannes Korak in diesem Band; BMUB 2016; Berger u.a. 2024). Eine Strategie, die innerhalb dieser Debatte immer wieder Erwähnung findet und eine zentrale Rolle einnehmen könnte, ist ›Suffizienz‹ (Berger u.a. 2024; Lünenbürger u.a. 2023). In der Literatur wird Suffizienz unterschiedlich definiert (Fischer/Grießhammer 2013; Lage 2022; SRU 2024). Der *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) beschreibt Suffizienz-Politiken beispielsweise als eine Reihe von Maßnahmen und Alltagspraktiken, die die Nachfrage nach Energie, Materialien, Land und Wasser vermeiden und gleichzeitig menschliches Wohlergehen für alle innerhalb der planetaren Grenzen¹ ermöglichen (IPCC 2022:31).

In diesem Beitrag definiere ich Suffizienz, zunächst in Anlehnung an die Definition des IPCC, als eine Strategie, die eine Verminderung der Ressourcennutzung und -verbräuche² anstrebt. Ziel ist es, hierdurch innerhalb der Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit der Erde zu bleiben und gleichzeitig eine ausreichende Ressourcenversorgung aller jetzt lebenden Menschen und ebenso zukünftiger Generationen sicherzustellen. Entsprechend umfasst Suffizienz nicht nur den Ressourcenverbrauch, sondern darüber hinaus auch eine Veränderung von Lebensweisen, insbesondere im Globalen Norden bzw. in der globalen Ober- und Mittelschicht. Diese Definition wähle ich aus drei Gründen: Erstens wird durch sie, im Gegensatz zu der Definition des IPCC, der Fokus nicht auf ›Nachfrage‹ gelegt, welche das Ansetzen beim individuellen Verbrauch nahelegt. In Anbetracht der Einbettung von Konsumverhalten in die imperiale Lebensweise greift dies jedoch zu kurz (Brand/Wissen 2017). Zweitens ist es meiner Einschätzung nach wichtig, den Blick nicht, wie nach der Definition des IPCC, ausschließlich auf Energie, Materialien, Land und Wasser zu beschränken, sondern auch natürliche Ressourcen wie biologische Vielfalt zu betrachten. Drittens ist Suffizienz nach dieser Definition eine Strategie, die durch eine Reduzierung des Ressourcenverbrauchs sowohl zum Erhalt von Biodiversität beiträgt als auch eine integrative Betrachtung von Gerechtigkeitsaspekten in Bezug auf Ressourcen(-zugangs-)verteilung im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation ermöglicht.

Mögliche Ansatzpunkte für eine sozial-ökologische, suffizienzorientierte Transformation könnten Naturschutzinstrumente³ bieten, da diese bereits die Aufgabe haben, ›ökologische‹ Interessen zu verfolgen, also Natur und Umwelt zu schützen. Nachfolgend soll daher die Integration von Suffizienz – mit besonderem

1 Der Begriff *Planetare Grenzen* wurde von Rockström u.a. geprägt und steht für Schwellenwerte innerhalb der Umweltsysteme der Erde, die den sicheren Handlungsspielraum für die Menschheit definieren (Rockström u.a. 2009, 2023).

2 Unter Ressourcen werden hier zum einen Rohstoffe, beispielsweise Lithium, Erdöl oder Holz, aber auch Energie und natürliche Ressourcen wie z.B. (laut Anhang 4 des UVPG) Boden, Fläche, Wasser und biologische Vielfalt verstanden.

3 Naturschutzinstrumente wird hier als Begriff für Natur- und Umweltschutzinstrumente verwendet.

Fokus auf die Reduktion des Ressourcenverbrauchs – in Naturschutzinstrumente untersucht werden. Die Naturschutzinstrumente, die hierbei betrachtet werden, sind die *Eingriffsregelung* und die *Umweltverträglichkeitsprüfung*. Ausgangspunkte der Untersuchung sind die Betrachtung der gesetzlichen Ziele dieser Instrumente sowie die begründete Annahme, dass der Suffizienz-Gedanke bereits in den jeweiligen Fachgesetzen verankert ist, auch wenn dieser Begriff in den Gesetzen selbst bislang keine Verwendung findet. Zentrale Fragen für die hieran anknüpfende Analyse sind: Wie kann Suffizienz durch diese Instrumente umgesetzt werden? Geschieht dies tatsächlich? Und: Inwieweit können die genannten Instrumente einen Beitrag zu einer suffizienzorientierten, sozial-ökologischen Transformation leisten?

Die Naturschutzinstrumente *Eingriffsregelung* und *Umweltverträglichkeitsprüfung* sind im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) bzw. im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) verankert. Beide sind projektbezogene Prüfinstrumente zur Bewertung der Umweltverträglichkeit, die im Rahmen von Genehmigungsverfahren⁴ zur Anwendung kommen. Sie unterscheiden sich jedoch in den Prüfinhalten und in ihrer rechtlichen Wirksamkeit.

Eingriffsregelung

Die Eingriffsregelung nach §§ 13ff. des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) legt fest, dass *vermeidbare* Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft, die durch einen Eingriff entstehen, vom Verursacher unterlassen werden *müssen*. Unter ›Eingriff‹ werden Veränderungen der Gestalt oder der Nutzung von Flächen, des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des jeweiligen Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes verstanden. Ein Eingriff wäre beispielsweise der Bau einer Stromleitung oder einer Brücke. Als ›vermeidbar‹ gelten Beeinträchtigungen dann, wenn ›zumutbare‹ Alternativen den verfolgten Zweck am gleichen Ort ohne oder mit geringeren Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft erlauben (§ 15, Abs. 1 Satz 2 BNatSchG).

Sofern Beeinträchtigungen als nicht vermeidbar gelten, müssen sie durch Maßnahmen ›ausgeglichen‹ werden, oder es ist ›Ersatz‹ zu leisten. Ausgleich bedeutet hier, dass beeinträchtigte Funktionen des Naturhaushaltes oder das durch Veränderungen beeinträchtigte ursprüngliche Landschaftsbild in *gleichartiger* Weise

4 Für unterschiedliche Projekte müssen nach verschiedenen Fachgesetzen Genehmigungsverfahren durchgeführt werden. So bedürfen etwa Windparks mit mehr als 20 Anlagen einer Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) (siehe hierzu auch die vierte Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes).

wiederherzustellen sind. Werden also beispielsweise Alleebäume beim Ausbau einer Straße gefällt, können diese an derselben Straße neu gepflanzt werden. Als »ersetzt« gelten Beeinträchtigungen, wenn im gleichen Naturraum das Landschaftsbild oder die Naturhaushaltsfunktionen in gleichwertiger Weise wiederhergestellt sind (§ 15 BNatSchG). Eine Ersatzmaßnahme könnte also beispielsweise bei Waldverlust durch den Bau einer Autobahn eine Wiederaufforstung in einem 15 Kilometer entfernten Gebiet oder Maßnahmen zur Wiederherstellung eines Feuchtbiotops sein.

Der *Landschaftspflegerische Begleitplan* (LBP) ist das Fachgutachten, in dem im Genehmigungsverfahren dargelegt wird, welche Maßnahmen notwendig sind, um die Vorgaben der Eingriffsregelung zu erfüllen. Im LBP werden die Auswirkungen des Eingriffs beschrieben und es wird dargestellt, wie diese Auswirkungen durch Maßnahmen vermieden, vermindert, ausgeglichen und ersetzt werden. Dabei ist wichtig, dass die Eingriffsregelung im Gegensatz zur Umweltverträglichkeitsprüfung ganz *unmittelbare Anforderungen* an die *materielle Zulässigkeit und Folgebewältigung* des Projekts stellt (Lambrech u. a. 2007). Die im LBP festgelegten Maßnahmen werden also Teil der Genehmigung/Zulassung. Sie sind somit verbindlich umzusetzen und einklagbar. Sollte im LBP festgestellt werden, dass die Beeinträchtigungen der Natur und Landschaft nicht vollständig ersetzt werden können, muss eine Abwägung der Interessen von Natur und Landschaft gegenüber anderen Interessen erfolgen. Wird bei dieser Abwägung festgestellt, dass die Interessen von Natur und Landschaft überwiegen, ist das avisierte Projekt nicht zulässig. Überwiegen hingegen andere Interessen, muss dies begründet werden.

Die Ziele »Vermeidung von Beeinträchtigung« und »Erhalt der Funktionen des Naturhaushalts« (§§ 13ff. BNatSchG) implizieren, dass insgesamt eine Reduktion des Verbrauchs der Naturgüter angestrebt wird. Betrachtet man nunmehr die Naturgüter (Boden, Wasser, Luft usw.) als natürliche Ressourcen und versteht unter Suffizienz eine Verminderung des Ressourcenverbrauchs, lässt sich hieraus die Annahme ableiten, dass der Suffizienz-Gedanke in den Zielen der Eingriffsregelung bereits verankert ist.

Umweltverträglichkeitsprüfung

Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist Teil behördlicher Verfahren, die der Entscheidung über die Zulassung von Projekten dienen (§ 4 UVPG). Sie umfasst die Ermittlung, Beschreibung und Bewertung erheblicher Auswirkungen des Projekts auf die Schutzgüter Mensch (insbesondere die menschliche Gesundheit), Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft, kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter sowie die Wechselwirkungen zwischen diesen (§ 2f. UVPG). Die Pflicht zur UVP besteht nur für bestimmte Projekte, bei-

spielsweise Anlagen zur Intensivtierhaltung, Abfalldeponien, Verkehrsvorhaben oder Kraftwerke, und meist erst ab einer bestimmten Größe oder Leistung (UVPG, Anlage 1). So müssen etwa neue vier- oder mehrstreifige Bundesstraßen von mehr als 5 Kilometern Länge und vorhandene Bundesstraßen, die zu vier- oder mehrstreifigen Bundesstraßen auf 10 Kilometern Länge ausgebaut werden, immer einer UVP unterzogen werden. Für kleinere Projekte hingegen erfolgt eine Vorprüfung, um festzustellen, ob eine UVP-Pflicht besteht, oder es muss keine UVP stattfinden.

Zentrale Bestandteile der UVP sind die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Erstellung des UVP-Berichts (§§ 16ff. UVPG und Anlage 4 UVPG). Zu den Inhalten des UVP-Berichts gehört die Beschreibung des Vorhabens und der Umwelt im Einwirkungsbereich des Vorhabens, die Vorhabensmerkmale und Maßnahmen mit denen das Auftreten erheblich nachteiliger Umweltauswirkungen ausgeschlossen, vermindert oder ausgeglichen werden soll. Darüber hinaus umfasst der Bericht eine Beschreibung der zu erwartenden erheblichen Umweltauswirkungen, kumulativer Wirkungen und eine nichttechnische, also allgemeinverständliche, Zusammenfassung. Ferner muss der UVP-Bericht – im Gegensatz zum LBP – eine dezidierte Beschreibung geprüfter Alternativen umfassen, einschließlich der Angabe der wesentlichen Gründe für die ausgewählte Alternative unter Berücksichtigung der jeweiligen Umweltauswirkungen (§ 16 UVPG).

Die Ergebnisse der UVP sind bei behördlichen Entscheidungen über das Projekt zu *berücksichtigen*. Das heißt, dass die UVP – im Gegensatz zur Eingriffsregelung – keine unmittelbaren Anforderungen an die Zulässigkeit eines Projektes stellt. Ihre Ergebnisse sind also lediglich Gegenstand des planungsrechtlichen Abwägungsprozesses. Hierdurch können sie Einfluss auf die Planungsentscheidung haben. Auch können sich Mängel der UVP nachteilig auf das Verfahren und die Rechtssicherheit der behördlichen Entscheidung über ein Projekt auswirken (EuGH 2013).

Umweltprüfungen – also auch die UVP – umfassen »die Ermittlung, Beschreibung und Bewertung der erheblichen Auswirkungen eines Vorhabens oder eines Plans oder Programms auf die Schutzgüter [und] dienen einer wirksamen Umweltvorsorge« (§ 3 UVPG). Umweltvorsorge (auch *Vorsorgeprinzip* genannt) beinhaltet den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen wie Wasser, Luft und Boden, um diese langfristig und im Interesse zukünftiger Generationen zu sichern (Cal-liess 2019; Faßbender 2023). Da natürliche Ressourcen besonders dann geschont werden, wenn sie nicht bzw. so wenig wie möglich in Anspruch genommen werden, kann dieses Ziel implizit Suffizienz fördern.

Analytisches Vorgehen

Die Untersuchung und Diskussion der zu Beginn dieses Beitrags formulierten Forschungsfragen ›Wie kann Suffizienz durch diese Instrumente umgesetzt werden?‹ und ›Geschieht dies tatsächlich?‹ erfolgt in zwei Schritten:

Im *ersten* Schritt werden die Eingriffsregelung und die UVP den von Jürschik (2023) und Reese (2023) entwickelten Kategorien für Suffizienzinstrumente bzw. -ansätze zugeordnet. Beide Kategoriensysteme resultieren aus einer Auseinandersetzung mit der Frage, mit welchen Rechtsinstrumenten auf eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs hingewirkt werden kann. Sie unterscheiden sich jedoch insofern, als dass Reese (2023) Rechtsinstrumente der Suffizienzpolitik beschreibt, wohingegen Jürschik (2023) verschiedene Suffizienzansätze im Recht betrachtet. Reese (2023) unterscheidet entsprechend zwischen Instrumenten der Ressourcenbewirtschaftung und Instrumenten der Verbrauchsminimierung (44ff.). Jürschik (2023) wiederum differenziert zwischen sieben Suffizienzansätzen: Mengensteuerung (I-III), Bedarfsplanung sowie Alternativenprüfung (I-III) (87ff.). In diesem Beitrag werden beide Kategorisierungen für die Analyse genutzt, um möglichst umfassend zu ermitteln, ob und auf welche Weise UVP und Eingriffsregelung zur Erreichung von Suffizienz, bzw. zur Reduktion von Ressourcenverbrauch, beitragen können und was die konkreten Suffizienz-Hebel dieser Instrumente sind.

Im *zweiten* Schritt werden die Suffizienz-Hebel der UVP und der Eingriffsregelung, die zuvor identifiziert wurden, an Praxisbeispielen näher betrachtet. Hierfür werden zufällig ausgewählte *Landschaftspflegerische Begleitpläne* (Fachdokumente der Eingriffsregelung) und *UVP-Berichte* ermittelt⁵ und diese dann mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2018) ausgewertet. Die Inhaltsanalyse selbst beschränkt sich auf jene Textabschnitte der Dokumente, die die Maßnahmen (Eingriffsregelung) und die Alternativenprüfung (Umweltverträglichkeitsprüfung) behandeln. Diese Eingrenzung erfolgt, da hier die größten Möglichkeiten zur Integration von Suffizienz entsprechend den Kategorien von Jürschik (2023) und Reese (2023) bestehen dürften. Die hierbei betrachteten Maßnahmen und Alternativen werden nach induktiv gebildeten – also aus dem Material abgeleiteten – Kategorien strukturiert.

5 Für die Ermittlung der Praxisbeispiele wurden vier Bundesländer ausgewählt: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Brandenburg. Die Auswahl umfasst damit drei Flächenländer, darunter ein ostdeutsches Bundesland, sowie einen Stadtstaat. Je Bundesland wurde das jeweils erste Straßenbauamt alphabetisch ausgewählt; auf dessen Internetseiten wurden aktuelle Planverfahren oder, falls dort nicht vorhanden, die drei als erstes aufgeführten Verfahren untersucht. Die darin enthaltenen UVP- und LBP-Unterlagen sind Gegenstand der Inhaltsanalyse. Da UVP-Berichte aufgrund ihrer Beschränkung auf größere Projekte seltener sind, wurden für eine gleichmäßige Anzahl an UVP-Berichten je Bundesland zusätzliche Planungsverfahren einbezogen.

Als Projekttyp wurden Straßenbauvorhaben gewählt, da die Automobilität ein zentrales Konfliktthema der sozial-ökologischen Transformation ist und diese zudem in anderen Beiträgen dieses Bandes thematisiert wird (siehe Beiträge von Matthias Krams, Melissa Büttner und Anke Kläver in diesem Band).

Bestehende Integration von Suffizienz

Wie dargestellt, ist der Suffizienz-Gedanken in den Zielsetzungen von BNatSchG und UVPG für Eingriffsregelung und UVP implizit enthalten. Doch durch welche Mechanismen wird Suffizienz, also die verminderte Nutzung bzw. der verminderte Verbrauch von Ressourcen, ermöglicht und wie sieht die tatsächliche Umsetzung in der Praxis aus?

Um einen analytischen Zugang zu gewinnen, der ermöglicht, die Suffizienzwirkung zu beurteilen, werden nachfolgend die Instrumente den von Reese (2023) und Jürschik (2023) entwickelten Kategorien zugeordnet.

Suffizienz in der Eingriffsregelung nach Jürschik und Reese

Betrachtet man die Suffizienzansätze, wie sie von Jürschik (2023) beschrieben werden, scheint die Eingriffsregelung dem Ansatz der Mengensteuerung⁶ (III, relative Mengensteuerung durch Progressivität und Minimierungsgebote) zu entsprechen, da Jürschik hierunter auch Regelungen fasst, die auf eine »Vermeidung und Verminderung von Umwelteinwirkungen bzw. sparsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen« (Jürschik 2023: 99) zielen. Diese Instrumente bewirken eine Mengensteuerung durch Anforderungen, Bepreisung oder Minimierungs- und Sparsamkeitsgebote, ohne Festlegung einer Obergrenze. Ein Beispiel hierfür wären höhere Energieeffizienzanforderungen für größere Pkw als für kleinere.

Nach Reese (2023) kann »die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung [...] als ein auf ›no-net-loss‹ zielender Ansatz der Ressourcenbewirtschaftung betrachtet« (Reese 2023: 45) werden. *No-net-loss* bedeutet den Erhalt einer gleich hohen Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes trotz der Durchführung eines Projekts. Entsprechende Instrumente streben also an, »die Nutzung der Umweltressourcen entlang der jeweiligen Tragekapazitäten zu begrenzen und die verbleibenden Nutzungsmöglichkeiten entweder durch Zuteilungs- oder Handelssysteme zu verteilen« (Reese 2023: 35). Sie bezwecken also nicht zwangsläufig eine Reduzierung der Inanspruchnahme von Ressourcen, sondern vor allem einen Erhalt der Funktionen von Ressourcen auf einem gleich hohen Niveau. Entsprechend

6 Mengensteuerung umfasst nach Jürschik (2023) die Steuerung verschiedener ›Mengen‹ wie beispielsweise Emissionen, aber auch Produkte oder Fläche.

ist *no-net-loss* durch Substitution – also Ausgleich oder Ersatz – möglich. Jedoch wird durch den Ansatz keine Verbesserung des Zustands von Natur(/natürlichen Ressourcen) bewirkt. Ob *no-net-loss*, d.h. Ressourcensubstitution, tatsächlich als Form von Suffizienz angesehen werden kann, scheint fragwürdig und wird im Abschnitt ›Schlussfolgerung‹ kritisch diskutiert. Zunächst werden jedoch Vermeidung, Verminderung und *no-net-loss* als potenzielle Suffizienz-Hebel untersucht.

Die von Jürschik (2023) beschriebene (Suffizienz-)Mengensteuerung durch Vermeidung und Verminderung sowie die durch Reese (2023) beschriebene Suffizienzwirkung durch *no-net-loss* werden bei der Eingriffsregelung maßgeblich durch Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erreicht. Aus diesem Grund liegt der Fokus im nächsten Schritt auf der Analyse der Maßnahmen in *Landschaftspflegerischen Begleitplänen*.

Suffizienz in der Umweltverträglichkeitsprüfung nach Jürschik und Reese

Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ähnelt der Eingriffsregelung in ihren Grundzügen. Aus diesem Grund wird sie hier den gleichen Kategorien zugeordnet. Im Gegensatz zur Eingriffsregelung beinhaltet die UVP allerdings eine explizite Prüfung von Alternativen, deren Bedeutung als Suffizienzansatzpunkt sowohl von Jürschik als auch von Reese hervorgehoben wird: Jürschik (2023) nennt die Alternativenprüfung ein zentrales Instrument im Zusammenhang mit Bedarfsplanungen. Dies gelte aber nur dann, wenn dadurch »für schädliche menschliche Aktivitäten Alternativen erwogen werden, die die menschliche Aktivität selbst verändern« (Jürschik 2023: 102). Ähnlich ist es bei der Typisierung durch Reese (2023). Hier wird die Alternativenprüfung in Verbindung mit Bedarfsplanung als ›Instrument der Verbrauchsminimierung‹ verstanden, wenn durch sie Standort- und Modalalternativen⁷ geprüft werden. An anderer Stelle schreibt Reese (2023) jedoch, dass »Bedarfs- und Alternativenprüfungen, Haftungs- und Kompensationspflichten und Instrumente zur Kreislaufwirtschaft [...] [darüber hinaus] eine absolute Minimierung des Ressourcenverbrauchs maßgeblich fördern [können]« (Reese 2023: 36). Hier scheint Reese (2023) also Alternativenprüfungen unabhängig von Bedarfsprüfungen als Suffizienzinstrumente (Instrumente der Verbrauchsminimierung) zu verstehen. Bei der nachfolgenden Inhaltsanalyse der UVP-Berichte liegt das Augenmerk entsprechend auf der Alternativenprüfung. Dabei werden sowohl die Art der Alternative als auch die Kriterien der Alternativenprüfung betrachtet.

7 Der Begriff Modalalternative wird von Reese nicht definiert. Ich gehe davon aus, dass es sich um einen Begriff handelt, der synonym zu Konzeptalternative oder Systemalternative verwendet werden kann (Peters u.a. 2020). Dies sind alternative Lösungskonzepte für das gleiche Projektziel (siehe Köppel u.a. 2004a: 124).

Suffizienz durch Maßnahmen der Landschaftspflegerischen Begleitpläne

Wie oben erklärt, wirkt die Eingriffsregelung insbesondere durch Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen als Suffizienzinstrument. Dies soll im Folgenden anhand konkreter *Landschaftspflegerischer Begleitpläne* (LPBs) nachvollzogen werden. In den zwölf hier exemplarisch untersuchten LPBs zu Straßenbauprojekten werden insgesamt 340 Maßnahmen aufgeführt. Die induktiv abgeleiteten 18 Maßnahmenkategorien können grob in zwei Maßnahmengruppen gegliedert werden:

1. Maßnahmengruppe: Maßnahmen, die vor allem während der Bauzeit ergriffen werden; bei ihnen handelt es sich überwiegend – aber nicht ausschließlich – um *Vermeidungsmaßnahmen*. Die Maßnahmenkategorien, die unter diese Maßnahmengruppe gefasst werden, sind: Baufeldeinschränkende Maßnahmen, Baufeldrekultivierung, Bauzeitenregelungen, Ökologische Baubegleitung, Bodenschutzmaßnahmen, Bodendenkmalschutz, Wasserschutzmaßnahmen und Faunaschutzmaßnahmen.

2. Maßnahmengruppe: Maßnahmen, die nicht die verminderte Nutzung von Ressourcen bei der Projektrealisierung zum Ziel haben, sondern die Verbesserung des Zustands der Naturgüter an anderer Stelle. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich fast ausschließlich um *Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen*. Sie umfassen folgende Maßnahmenkategorien: Rückbaumaßnahmen, Extensivierung, Maßnahmen zur Schaffung von Habitaten, Pflanzungen und Aussaaten, (natürliche) Sukzession, Renaturierung, Waldumbau und monetäre Kompensation.

Die Maßnahmenkategorien ›Biotopvernetzung‹ und ›Sonstige‹ ließen sich keiner dieser Gruppen zuordnen.

Wie dargelegt, ist die Eingriffsregelung nach Jürschik (2023) und Reese (2023) ein Instrument der Ressourcenbewirtschaftung bzw. der Relativen *Mengensteuerung durch Progressivität* und *Minimierungsgebote* und hat *no-net-loss* zum Ziel. Als Suffizienzinstrument wirkt es also dadurch, dass Maßnahmen den Ressourcenverbrauch mindern oder ausgleichen bzw. ersetzen. Der Verlust von Boden, Flächen oder Habitaten wird beispielsweise durch Maßnahmen wie Entsiegelung (Rückbaumaßnahme), die Umwandlung eines Ackers in ein schonend bewirtschaftetes Grünland (Extensivierung) oder durch Baumpflanzungen (Pflanzungen und Aussaaten) in gleichartiger oder gleichwertiger Weise ausgeglichen bzw. durch das Anbringen von Biotopschutzzäunen (baufeldeinschränkende Maßnahmen) vermieden.

Suffizienz durch Alternativenprüfung in den UVP-Berichten

In zehn der zwölf untersuchten UVP-Berichte von Straßenbauprojekten werden insgesamt 65 technische Varianten und/oder Standortalternativen untersucht. In zwei Berichten erfolgt lediglich ein Verweis auf bereits erfolgte Variantenvergleiche und deren Darstellung in anderen Dokumenten.

Bereits die Verwendung des Begriffs ›Variante‹ deutet darauf hin, dass verschiedene technische und räumliche Projektgestaltungen verglichen werden (vgl. Köppel u.a. 2004b). Unter ›Alternativen‹ werden hingegen alle Ansätze zum Erreichen desselben Projektziels verstanden. Der Begriff umfasst mithin sowohl technische Varianten als auch räumliche Varianten (auch Standortalternativen genannt) und kann auch Systemalternativen⁸ umfassen – sofern das Projektziel dies zulässt (vgl. Peters u.a. 2020). Häufig schränkt das Projektziel jedoch die Wahl möglicher Alternativen ein. So heißt es in einem der betrachteten UVP-Berichte:

»Eine Variantenuntersuchung widerspricht eigentlich dem Projektziel des Landkreises Emmendingen. Der Landkreis Emmendingen verfolgt als Vorhabenträger das Ziel, die bereits vorhandene Kreisstraße verkehrssicher auszubauen und zu sanieren. Der Vorhabenträger definiert Gegenstand und Ziel des Projekts. Hieran sind die behördlichen Verfahren, wie die Umweltverträglichkeitsprüfung, gebunden. Der Neubau einer Straße an anderer Stelle oder die Ertüchtigung eines anderen Weges für den Straßenverkehr stellen völlig andere, eigenständige Projekte dar, die der Vorhabenträger ausdrücklich nicht verfolgt. Es handelt sich hierbei in rechtlicher Hinsicht nicht um Alternativen« (Landschaftsökologie + Planung 2023: 15).

Entsprechend ist es nicht erstaunlich, dass in den Berichten vorwiegend lediglich Standortalternativen und technische Varianten, wie z.B. Trassenverläufe und Kreuzungs- oder Fahrradwegausgestaltungen beschrieben werden.

Die Nullvariante, welche die Nicht-Durchführung eines Projekts beschreibt, wird in zwei Berichten dargestellt. Daneben werden in zwei Berichten ›Nullvarianten‹ dargestellt, die nicht auf den gänzlichen Verzicht auf ein Projekt hinauslaufen, sondern kleinere baulichen Veränderungen oder Sperrungen umfassen. Dies, wie auch der Umstand, dass keine der Nullvarianten als Vorzugsvariante gilt, weisen darauf hin, dass die Nicht-Durchführung eines Projektes in Umweltverträglichkeitsprüfungen normalerweise keine Option darstellt.

Dafür, wie die verschiedenen Varianten oder Alternativen bewertet werden sollen, gibt es keine gesetzlich fixierten Kriterien. Im UVPG heißt es lediglich, dass die wesentlichen Gründe für die jeweilige Wahl der Alternativen unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Umwelt darzulegen sind (Anlage 4 Abs. 2 UVPG). Als Kriterien für die Bewertung oder die Wahl der Varianten werden in den untersuchten UVP-Berichten ›Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt‹ und ›wirtschaftliche Gründe (Kosten)‹ am häufigsten angeführt. Weitere häufig genannte Kriterien sind ›Beeinträchtigungen von Boden und Fläche‹ wie auch des ›Landschaftsbildes‹

8 Eine Systemalternative für das Projektziel ›verkehrliche Erreichbarkeit herstellen‹ könnte zum Beispiel eine Verbesserung der Bus- und Bahnanbindung statt des Baus einer Umgehungsstraße sein.

sowie des ›Menschen, einschließlich menschlicher Gesundheit‹. In fünf UVP-Berichten wurden die Umweltauswirkungen auf alle Schutzgüter durch die Varianten betrachtet. Nur in zwei UVP-Berichten (Landschaftsökologie + Planung 2017; Nolda u.a. 2005) war der Variantenvergleich zentraler Untersuchungsgegenstand im Bericht. D.h., er wurde nicht nur in einem Kapitel behandelt, sondern bei der Betrachtung der Umweltauswirkungen aller Schutzgüter (Klima, Luft, Wasser etc.) einbezogen. Neben der Berücksichtigung verschiedener Kriterien unterscheiden sich die Berichte also auch hinsichtlich des Betrachtungsumfangs (von wenigen Absätzen bis mehrere Kapitel).

Wie bereits beschrieben, müssen die Ergebnisse der UVP – einschließlich der Ergebnisse des Alternativenvergleichs – bei der Entscheidung über ein Projekt berücksichtigt werden. In Abhängigkeit davon, wie dieser Vergleich erfolgt, können die Ergebnisse zu einer Verminderung der Beanspruchung von Ressourcen führen. Die hier vorgenommene Betrachtung der Kriterien für den Variantenvergleich in zwölf UVP-Berichten zeigt, dass die Projektfolgen der Varianten/Alternativen für bestimmte Ressourcen – hier vor allem Arten und Biotope – Teil des Alternativenvergleichs und damit ein Kriterium sind. Andererseits wird in den UVP-Berichten eine ganze Reihe weiterer Kriterien aufgeführt, die für den Schutz natürlicher Ressourcen nicht oder wenig relevant sind, wie etwa Kosten (z.B. durch Grunderwerb). Zudem werden die Alternativenprüfung bzw. die Bewertung potenzieller Alternativen als ›vernünftig‹ erheblich durch das Projektziel selbst bestimmt – und damit eingeschränkt.

Schlussfolgerung

Anknüpfend an die Ergebnisse der Inhaltsanalyse werden nachfolgend drei Aspekte aufgegriffen, die meiner Einschätzung nach besonders relevant für das geringe Transformationspotenzial der Instrumente sind: die (nahezu fehlende) Verhinderungswirkung von UVP und Eingriffsregelung, *no-net-loss* als Suffizienzansatz sowie der Ressourcenfokus der Instrumente. Abschließend erfolgt eine kurze Reflexion zur UVP und zur Eingriffsregelung als Instrumente für eine sozial-ökologische Transformation.

Fehlende Verhinderungswirkung und Grenzen des *No-net-loss*-Ansatzes

UVP und Eingriffsregelung haben nicht zum Ziel, Projekte zu verhindern. Vielmehr geht es darum, zu prüfen, ob die Projektwirkungen sich innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Grenzen bewegen bzw. wie Auswirkungen vermieden werden oder Ausgleich und Ersatz erfolgen können.

Um Suffizienzinstrumente handelt es sich also nur insofern, als dass ohne sie die Beeinträchtigung natürlicher Ressourcen durch die Projekte erheblicher wäre. Sie können entsprechend als Instrumente zur »suffizienzorientiertere[n] Gestaltung einer nicht suffizienten Praktik« (siehe hierzu auch Lage u.a. 2023: 374 zu suffizienzorientierter Stadtentwicklung) verstanden werden. Gleichzeitig ist fraglich, ob das *No-net-loss*-Prinzip der Eingriffsregelung tatsächlich als Suffizienz angesehen werden kann. Denn dieser Ansatz zielt lediglich darauf, dass es in der Summe keinen Funktionsverlust gibt. Es kann also – ohne dass dies mit dem Ansatz im Widerspruch stünde – ein Hektar Wald gerodet werden, wenn diese Rodung im ausreichenden Umfang anderswo ausgeglichen oder ersetzt wird. Zudem ist trotz Ausgleich und Ersatz der vollständige Funktionserhalt – wenngleich vielleicht rechtlich – in aller Regel faktisch nicht gegeben: So wird z.B. nicht im gleichen Maße entsiegelt, wie versiegelt wird (Umweltgutachten der Planungsgruppe Landschaft und Umwelt 2017: 53; UBA 2024). Darüber hinaus haben die hier betrachteten Straßenbauprojekte, aber auch viele weitere Eingriffsregelungs- und UVP-pflichtige Projekte meist nicht vermeidbare oder ausgleichbare Folgen (im nicht-rechtlichen Sinn), wie etwa die Fragmentierung von Lebensräumen (Danzinger u.a. 2024).

Auch wenn die Instrumente das Ziel haben, einen Abwägungsprozess der Belange des Natur- und Umweltschutzes gegenüber anderen Interessen zu ermöglichen und somit prinzipiell auch ein Projekt in Frage stellen könnten, scheint in der Praxis keine tatsächliche Infragestellung der Durchführung eines Projekts stattzufinden (siehe auch Enríquez-de-Salamanca 2021). Es ist also zu schlussfolgern, dass – zumindest in ihrer derzeitigen Ausgestaltung – keine Infragestellung von (wirtschaftlichem) Wachstum erfolgt. Vielmehr wird Wachstum lediglich reduziert bzw. werden die Folgen von Wachstum auf die Umwelt durch die UVP und die Eingriffsregelung abgemildert. Dennoch sind die Prüfinstrumente, insbesondere die UVP, insofern Suffizienzinstrumente, als dass sie die Einhaltung absoluter Begrenzungen des Niveaus der Umwelteinanspruchnahme kontrollieren (Reese 2023).

Enger Fokus auf Ressourcen vor Ort

Die Eingriffsregelung beinhaltet also durchaus Aspekte von Suffizienz. Jedoch stehen bei den hier untersuchten Maßnahmen in *Landschaftspflegerischen Begleitplänen* lediglich Ressourcenverbrauch bzw. -nutzung vor Ort im Fokus. Keine Rolle spielen hingegen die Verminderung des Einsatzes von Baumaterialien (Sand, Kies etc.) sowie die Folgen der für die Baumaterialien notwendigen Abbau-, Produktions- und Transportvorgänge (zu den Auswirkungen von Rohstoffabbau siehe Beitrag von Ali Heuser und Anna Preiser in diesem Band).

Für die untersuchten Alternativenprüfungen in UVP-Berichten zu Straßenbauprojekten ergibt sich ein ähnliches Bild: Auch hier wurden diese Aspekte allenfalls beiläufig aufgegriffen. So werden etwa in einem UVP-Bericht Probleme bei der Ent-

sorgung von Teer erwähnt (Landschaftsökologie + Planung 2023). Laut Anlage 4 des UVPG sollen UVP-Berichte jedoch eine »Beschreibung der wichtigsten Merkmale der Betriebsphase des Vorhabens« (Anlage 4 Abs. 1c UVPG) umfassen. Zu dieser Beschreibung gehören Angaben zum Energiebedarf, Energieverbrauch, zur Menge und Art der verwendeten Rohstoffe und natürlichen Ressourcen sowie zu den zu erwartenden Rückständen, Emissionen und Abfällen. Diese Angaben müssen im UVP-Bericht allerdings nur gemacht werden, wenn sie für das Vorhaben »von Bedeutung« (§ 16 Abs. 3 UVPG) sind. Ob diese Angaben in der Praxis gemacht werden und einen Einfluss auf die Beschreibung der Umweltwirkungen eines Projekts im UVP-Bericht haben, wurde hier – außer in Bezug auf die Alternativenprüfung – nicht untersucht. Dies könnte aber Ausgangspunkt für eine weitere Untersuchung sein.

Potenziale von UVP und Eingriffsregelung als Instrumente für eine sozial-ökologische, suffizienzorientierte Transformation

Wenngleich ich den Prüfinstrumenten ihre Bedeutung für den Natur- und Umweltschutz nicht absprechen möchte, verfügen sie in ihrer derzeitigen Form nur über ein eingeschränktes Potenzial, eine auf Suffizienz ausgerichtete sozial-ökologische Transformation zu stützen. Um ihre Wirkung zu stärken, wären weitere (gesetzliche) Begrenzungen des Niveaus der Umweltinanspruchnahme nötig. Darüber hinaus wäre eine Spezifizierung der Prüfkriterien für Alternativen möglich. So könnten Prüfkriterien auch den Verbrauch an Material des Projekts umfassen und die Prüfung der Auswirkungen der Alternativen auf alle Schutzgüter festgelegt werden. In Bezug auf die UVP wäre zudem die reguläre Betrachtung der Nullalternative eine Möglichkeit, das Projekt (und Wachstum) tatsächlich zu hinterfragen. Eine Prüfung derselben ist in Anlage 4 des UVP angelegt, in der es heißt, dass die UVP eine »Beschreibung des aktuellen Zustands der Umwelt [und der] voraussichtliche[n] Entwicklung der Umwelt bei Nichtdurchführung des Vorhabens« umfassen soll. Diese Angaben müssen jedoch nur gemacht werden, wenn sie für das Vorhaben »von Bedeutung« (§ 16 Abs. 3 UVPG) sind. Zudem scheinen sie nicht notwendigerweise Teil der Alternativenprüfung zu sein, d.h., die Betrachtung der voraussichtlichen Entwicklung der Umwelt bei Nichtdurchführung des Projekts wird nicht zwingend als »Nullalternative« bezeichnet und erfolgt nicht unbedingt im Kapitel zur Alternativenprüfung, sondern an anderer Stelle im UVP-Bericht.

Wenn es jedoch um Suffizienz geht und darum, den Verbrauch von Ressourcen tatsächlich drastisch zu reduzieren, erscheint es mir von zentraler Bedeutung, bei den Bedarfsplanungen anzusetzen, also an der Stelle, an der über die Notwendigkeit von Projekten entschieden wird. Die hier betrachteten Prüfinstrumente greifen hingegen erst bei Projekten, die sich bereits in konkreter Planung befinden: Sie

ermöglichen oder fördern (im besten Fall) lediglich deren Umsetzung in einem für Umwelt und Natur möglichst schonenden Maß.

Deshalb vertrete ich die Ansicht, dass der *Strategischen Umweltprüfung* eine entscheidende Rolle zukommt, weil diese prüft, inwieweit konkreten Projekten vorgelegte Planungen (z. B. Bundesverkehrswegeplanung) zur Erreichung von Umweltzielen beitragen (siehe z. B. Peters u. a. 2020). Gleichzeitig müsste jedoch auch die Einhaltung von (Suffizienz-)Umweltzielen, etwa in Bezug auf Flächenverbräuche, verbindlicher werden, um zu verhindern, dass diese Ziele – wie es mit dem jetzigen Bundesverkehrswegeplan der Fall ist – aufgrund der Pläne nicht erreicht werden können (Reese 2023; UBA 2016). Darüber hinaus wäre für eine Abwägung von Verteilungs-, d. h. Gerechtigkeitsaspekten, eine separate Prüfung wie etwa durch ein *Social Impact Assessment* denkbar. Dieses Instrument dient der Ermittlung sozialer Wirkungen auf die lokale Bevölkerung, birgt jedoch – ähnlich wie andere Prüfverfahren – die Gefahr des *Greenwashings* (Vanclay 2019). Ein Ansatzpunkt für die Integration von sozialen Belangen in die Umweltverträglichkeitsprüfung könnte das Schutzgut ›Bevölkerung‹ darstellen, wie es auch in der europäischen UVP-Änderungsrichtlinie (2014/52/EU) genannt wird.

Bei all diesen Überlegungen ist jedoch klar, dass sowohl die Ausgestaltung der Instrumente als auch die tatsächlichen Entscheidungen über Projekte, Pläne, Programme und Policies politisch – und Ausdruck von Macht- und Herrschaftsverhältnissen sind (Brand 2013). In anderen Worten und mit Blick auf die einleitend erwähnte Biodiversitätskrise: Diese Krise ist Ergebnis der Durchsetzung hegemonialer Interessen und der imperialen Lebensweisen und lässt sich nur durch eine Überwindung derselben bewältigen. Diese Zusammenhänge einerseits zu verstehen, zu erklären und die eigene Position darin zu reflektieren sowie andererseits Wege für eine sozial-ökologische Transformation zu finden, verstehe ich als Aufgabe von Forschung; um nicht etwa bei der suffizienten Gestaltung nicht-suffizienter Praktiken stehenzubleiben, sondern die sozial-ökologische Transformation (mit) zu gestalten.

Danksagung

Insbesondere bei Stefan Heiland und Gesa Geißler möchte ich mich für ihr kritisches und sehr hilfreiches Feedback bedanken. Mein besonderer Dank gilt zudem Rüdiger Hachtmann und Johannes Schorling sowie Kolleg*innen und den anderen Autor*innen des Bandes, mit denen ich den Beitrag intensiv diskutieren durfte.

Literaturverzeichnis

- Berger, Lars u.a. (2024): Naturschutz und Transformativer Wandel. Die Rolle des Naturschutzes in der Sozial-Ökologischen Transformation. Bonn. DOI: <https://doi.org/10.19217/pos241>.
- BMUB (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) (2018): Den ökologischen Wandel gestalten. Integriertes Umweltprogramm 2030. Berlin.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise: zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München.
- Brand, Ulrich (2013): The role of the state and public policies in processes of transformation. In: Permanent Working Group on Alternatives to Development (Hg.): Beyond Development. Alternative visions from Latin America. Quito: 105–115.
- Calliess, Christian (2019): Vorsorgeprinzip. In: Grunwald, Armin/Hillerbrand, Raffaela (Hg.): Handbuch Technikethik. Berlin: 437–442. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-476-04901-8>.
- Chapin III, F. Stuart u.a. (2000): Consequences of changing biodiversity. In: Nature 405: 234–242. DOI: <https://doi.org/10.1038/35012241>.
- Danzinger, Florian u.a. (2024): Zukunftssteife Verkehrsinfrastrukturplanung. Fachlicher Beitrag für eine zielorientierte Bedarfsplanüberprüfung des BVWP 2030. REP-0906. Wien.
- Dhakal, Shobhakar u.a. (2022): Emissions Trends and Drivers. In: IPCC (Hg.): Climate Change 2022: Mitigation of Climate Change. Contribution of Working Group III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge/New York: 215–294. DOI: <https://doi.org/10.1017/9781009157926.004>.
- Enríquez-de-Salamanca, Álvaro (2021): Project justification and EIA: Anything goes? In: Environmental Impact Assessment Review (21): 1–4. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.eiar.2020.106540>.
- EuGH (Europäischer Gerichtshof) (2013): Urteil des Gerichtshofs (Zweite Kammer) vom 7. November 2013. Vorabentscheidungsersuchen – Umwelt – Richtlinie 85/337/EWG – Umweltverträglichkeitsprüfung – Übereinkommen von Aarhus – Richtlinie 2003/35/EG – Recht zur Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen eine Genehmigungsentscheidung – Zeitliche Geltung – Vor Ablauf der Frist für die Umsetzung der Richtlinie 2003/35/EG eingeleitetes Genehmigungsverfahren – Danach erlassene Entscheidung – Zulässigkeitsvoraussetzungen der Klage – Rechtsverletzung – Art des Verfahrensfehlers, der geltend gemacht werden kann – Umfang der Nachprüfung.
- Faßbender, Kurt (2023): Das Vorsorgeprinzip in ausgewählten Bereichen: Stand und Entwicklungsperspektiven der Ressourcenvorsorge. In: Köck, Wolfgang u.a.

- (Hg.): *Zukunftsfähiges Umweltrecht I*. Baden-Baden: 185–236. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748941521-185>.
- Fischer, Corinna/Grießhammer, Rainer (2013): Mehr als nur weniger: Suffizienz: Begriff, Begründung und Potenziale. Öko-Institut Working Paper 2.
- Henderson, Kirsten (2022): Feedbacks Between Biodiversity and Society. In: Loreau, Michel u. a. (Hg.): *The Ecological and Societal Consequences of Biodiversity Loss*. Hoboken/London: 305–324. DOI: <https://doi.org/10.1002/9781119902911.ch14>.
- IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services) (2019) *Global assessment report on biodiversity and ecosystem services*. Bonn. DOI: <https://doi.org/10.5281/zenodo.3831673>.
- IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) (2022): *Climate change 2022 – Mitigation of climate change*. Geneva. DOI: <https://doi.org/10.1017/9781009157926>.
- Jürschik, Ulrike (2023): Steuerungsstrategien und Rechtsinstrumente der Suffizienzpolitik. In: Reese, Moritz u. a. (Hg.): *Zukunftsfähiges Umweltrecht II: Suffizienz im Recht. Erfordernisse, Ansätze und Instrumente zur Begrenzung des gesamten Ressourcenverbrauchs*. Baden-Baden: 87–118. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748915379>.
- Köppel, Johann u. a. (2004a): Anforderungen der SUP-Richtlinie an Bundesverkehrswegeplanung und Verkehrsentwicklungsplanung der Länder. Forschungsbericht. Berlin.
- Köppel, Johann u. a. (2004b): Eingriffsregelung Umweltverträglichkeitsprüfung FFH-Verträglichkeitsprüfung. Stuttgart.
- Kuckartz, Udo (2018): *Qualitative Inhaltsanalyse: Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. Weinheim.
- Lage, Jonas (2022): Sufficiency and transformation – A semi-systematic literature review of notions of social change in different concepts of sufficiency. In: *Frontiers in Sustainability* 3: 1–21. DOI: <https://doi.org/10.3389/frsus.2022.954660>.
- Lage, Jonas u. a. (2023): Wie kann Suffizienzpolitik gelingen? Planung und Umsetzung suffizienzorientierter Stadtentwicklung durch kommunale Verwaltungen. In: *GAIA* 32(4): 368–376. DOI: <https://doi.org/10.14512/gaia.32.4.8>.
- Lambrecht, Heiner u. a. (2007): Bestimmung des Verhältnisses von Eingriffsregelung, FFH-VP, UVP und SUP im Vorhabensbereich. Endbericht. Bonn/Bad Godesberg.
- Landschaftsökologie + Planung/Gaeder und Gilcher Partnergesellschaft (2017): B 34 Beseitigung des schienengleichen BÜ bei Espasingen. UVP-Bericht. Mai 2017. URL: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpf/abt2/ref24/planfeststellung/b34-beseitigung-bahnuebergang-espasingen/>, Zugriff: 15.8.2024.
- Landschaftsökologie + Planung/Gaeder und Gilcher Partnergesellschaft (2023): Ausbau der Kreisstraße K 5138 Sonnenziel – Tennenbach 1. Bauabschnitt Unterlage 19.1 UVP-Bericht. Überarbeitung Januar 2023. URL: <https://rp.baden>

- wuerttemberg.de/rpf/abt2/ref24/planfeststellung/k5138-ausbau-sonnenziel-tennenbach/, Zugriff: 15. 8. 2024.
- Lünenbürger, Benjamin u. a. (2023): Ambitionierter Klimaschutz: Fallstricke und Bedingungen des Gelingens. Forschungsbericht. Dessau-Roßlau.
- Nolda, Ute u. a. (2005): B 10, Neubau 2. Rheinbrücke Karlsruhe/Wörth. Umweltverträglichkeitsstudie Teil II – Auswirkungsprognose und Variantenvergleich. Umweltverträglichkeitsstudie. Speyer.
- Peters, Wolfgang u. a. (2020): Die Alternativenprüfung in der Strategischen Umweltprüfung und der Umweltverträglichkeitsprüfung. Abschlussbericht. Dessau-Roßlau.
- Planungsgruppe Landschaft und Umwelt (2017): Landschaftspflegerischer Begleitplan. Unterlage 19.2. B33 3-Streifiger Ausbau zwischen Steinach und Haslach/ West. Erläuterungsbericht. URL: <https://cloud.landbw.de/index.php/s/3K8fX4n3Pxqsyk2>, Zugriff: 15.8.2024.
- Reese, Moritz (2023): Suffizienz – Rechtliche Aspekte und Perspektiven. In: Reese, Moritz u. a. (Hg.): Zukunftsfähiges Umweltrecht II: Suffizienz im Recht. Erfordernisse, Ansätze und Instrumente zur Begrenzung des gesamten Ressourcenverbrauchs. Baden-Baden: 10–63. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748915379>.
- Rockström, Johan u. a. (2023): Safe and just Earth system boundaries. In: *Nature*, 619(7968): 102–111. DOI: <https://doi.org/10.1038/s41586-023-06083-8>.
- Rockström, Johan u. a. (2009): Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity. In: *Ecology and Society* 14(2): 32. DOI: <https://doi.org/10.5751/ES-03180-140232>.
- SRU (Sachverständigenrat für Umweltfragen) (2024): Suffizienz als »Strategie des Genug«: Eine Einladung zur Diskussion: Diskussionspapier. März 2024. Berlin.
- Tedesco, Anazélia M. u. a. (2023): Beyond Ecology: Ecosystem Restoration as a Process for Social-Ecological Transformation. In: *Trends in Ecology & Evolution* 38(7): 643–53. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.tree.2023.02.007>.
- UBA (Umweltbundesamt) (2016): Anlage. Stellungnahme des Umweltbundesamtes zum Entwurf des BVWP 2030 mit Umweltbericht (29.04.2016). URL: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/dokumente/stellungnahme_des_umweltbundesamtes_zum_entwurf_des_bundesverkehrswegeplans_2030_mit_umweltbericht.pdf, Zugriff: 27.8.2024.
- UBA (Umweltbundesamt) (2024): Bodenversiegelung (23.1.2024). URL: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-boden-land-oekosysteme/boden/bodenversiegelung>, Zugriff: 24.8.2024.
- Vanclay, Frank (2019): Reflections on Social Impact Assessment in the 21st Century. In: *Impact Assessment and Project Appraisal* 38(2): 126–31. DOI: <https://doi.org/10.1080/14615517.2019.1685807>.
- WWF (World Wide Fund For Nature) (2020): Living Planet Report 2020: Bending the Curve of Biodiversity Loss. Gland.

Gesetze, Verordnungen und Richtlinien

- Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225, Nr. 340) geändert worden ist.
- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151) geändert worden ist.
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240) geändert worden ist.
- Richtlinie 2014/52/EU des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 16. April 2014 zur Änderung der Richtlinie 2011/92/EU über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten.
- Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. November 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 355) geändert worden ist.

Mobilitätswende unter ökomodernistischen Vorzeichen

Zur Widersprüchlichkeit und Herrschaftsförmigkeit der EU-Transformationsstrategie¹

Mathias Krams

Die Realisierung einer umfassenden Mobilitätswende² ist eine der zentralen Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation. Während in anderen Sektoren im Laufe der letzten Jahre Reduktionen der Treibhausgas-Emissionen erreicht werden konnten, stiegen sie im Bereich Verkehr lange weiter an und stagnieren derzeit auf hohem Niveau. Auch im urbanen Raum, der wegen der hohen Bevölkerungsdichte und der vorhandenen öffentlichen Verkehrsinfrastruktur besonders gute Ausgangsbedingungen für die Umsetzung einer umfassenden Mobilitätswende bietet, verharrt der Anteil von mit dem Auto zurückgelegten Alltagswegen weit über den oftmals ausgegebenen Mobilitätszielen.³ Auch bleiben die mit einem autozentrierten Mobilitätssystem verknüpften Ungleichheiten, etwa bezüglich der Betroffenheit durch Gesundheitsbelastungen oder des Zugangs zu Mobilitätsangeboten, weitestgehend unbearbeitet.

Dieser Beitrag widmet sich der Rolle der Europäischen Kommission in der Bearbeitung der Herausforderungen im Bereich urbaner Mobilität. Zwar ist das Policy-Feld der urbanen Mobilität vorrangig auf städtischer Ebene angesiedelt, auf der die primäre Verantwortung für die Umsetzung einer urbanen Mobilitätswende liegt. Doch auch die Europäische Union (EU) hat sich des Themas – trotz eingeschränkter formaler Kompetenzen – seit geraumer Zeit angenommen, um Städte in ihrem Handeln zu unterstützen: Erstmals erschien das Thema urbane Mobilität

-
- 1 Der Beitrag basiert auf meiner bislang unveröffentlichten Dissertation: Krams, Mathias (2024). Die Metagovernance urbaner Mobilität auf Ebene der EU, univ. Diss., Universität Wien.
 - 2 Der Begriff ›umfassende Mobilitätswende‹ beschreibt hier Veränderungen, die über eine rein technische Antriebswende hinausgehen und neben dem Wechsel von Verkehrsmodi etwa auch den Wandel von räumlichen Strukturen, Mobilitätsbedürfnissen und Bedeutungszuschreibungen mit einbeziehen (vgl. Manderscheid 2020: 38f.)
 - 3 Zu Ursachen des Scheiterns der Mobilitätswende mit Blick auf die herrschaftliche Einbettung von Gefühlen siehe Beitrag von Melissa Büttner und Anke Klaever in diesem Band.

im Rahmen des Grünbuchs der Kommission zum Thema Bürgernetze im Jahre 1995 auf der politischen Agenda der EU (Halpern 2013: 2530). Darin werden die negativen Auswirkungen eines autozentrierten Verkehrssystems wie »Staus, Schadstoffbelastung und Unfälle« (Europäische Kommission 1995: 16) thematisiert und der Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs im Rahmen einer integrierten Verkehrsplanung gefordert: »Pkw-Benutzern muß die Möglichkeit eingeräumt werden, ihren Pkw stehen zu lassen, und für Personen ohne eigenen Pkw müssen zusätzliche alternative Verkehrsträger geschaffen werden« (ebd.). Ein weiteres Schlüsselereignis war die Initiierung des CIVITAS-Programms durch die europäische Kommission im Jahr 2002. CIVITAS dient als Netzwerk zum Thema intelligente und nachhaltige Mobilität, das Städte und Expert*innen zusammenbringt und den Erfahrungsaustausch fördert (CIVITAS 2021). Die weitere Ausarbeitung einer Strategie der EU-Kommission zu urbaner Mobilität begann 2007 mit dem Grünbuch *Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt* (Europäische Kommission 2007). Der 2011 verabschiedete *Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum* (Europäische Kommission 2011) war dann das erste Verkehrs-Weißbuch der EU-Kommission, in dem städtischer Verkehr unter dem Stichwort »integrierte urbane Mobilität« prominent Erwähnung fand und Vorschläge für eine urbane Mobilitätswende formuliert wurden. Weitere Schlüsseldokumente waren das *Urban Mobility Package* aus dem Jahr 2013 (Europäische Kommission 2013), in dem die EU-Kommission ihren Ansatz zu einer stärkeren Unterstützung lokaler Mobilitätswende-Maßnahmen skizziert, sowie 2018 der daraus hervorgehenden *Final Action Plan* der in die Urban Agenda der EU eingebetteten *Partnership for Urban Mobility* (Partnership for Urban Mobility 2018). Im Jahr 2020 veröffentlichte die EU-Kommission dann die *Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität* (Europäische Kommission 2020) sowie 2021 schließlich den *Neuen Rahmen für urbane Mobilität* (Europäische Kommission 2021a). Dieser *Neue Rahmen* stellt ein an die veränderten Kontextbedingungen angepasstes Update zum 2013 veröffentlichten *Urban Mobility Package* dar und baut auf einer Evaluierung der bisherigen EU-Maßnahmen im Bereich urbane Mobilität auf. Durch die Verabschiedung dieser Papiere und durch sie angestoßene Prozesse entwickelte sich auf EU-Ebene ein Policy-Raum zu urbaner Mobilität, der aus diversen Netzwerken, Foren und Institutionen besteht (Werland 2020).

Die Maßnahmen der EU-Kommission im Bereich urbane Mobilität sollen einen zentralen Beitrag zur Erreichung der EU-Nachhaltigkeitsziele leisten, wie sie etwa im europäischen *Green Deal* festgehalten wurden. Sie sollen gewährleisten, »dass die positiven Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum maximiert und die negativen Auswirkungen auf die Umwelt minimiert werden« (Europäische Kommission 2011: 5). Die strategische Orientierung der EU-Kommission im Bereich urbane Mobilität entspricht damit dem Paradigma einer ökologischen Modernisierung (siehe Einleitung in diesem Band). Doch konnten, wie der europäische Rechnungshof in

seiner Evaluation bisheriger Maßnahmen 2020 festhielt, mit der gewählten Strategie die selbst gesteckten Ziele nicht erreicht werden:

Sechs Jahre, nachdem die Kommission einen grundlegenden Wandel forderte, [gibt es] keine eindeutigen Anzeichen dafür, dass Städte ihre Ansätze [in Hinblick auf nachhaltige urbane Mobilität] wesentlich ändern. Insbesondere ist kein eindeutiger Trend hin zu nachhaltigeren Verkehrsträgern festzustellen. Obwohl die Städte eine Reihe von Initiativen ergriffen haben, um die Qualität und Quantität des öffentlichen Nahverkehrs zu erhöhen, ist die Pkw-Nutzung nicht signifikant zurückgegangen. (Europäischer Rechnungshof 2020: 5)

Angesichts dieses vorläufigen Scheiterns der Kommissions-Strategie, nimmt dieses Kapitel das EU-Projekt einer ökologischen Modernisierung des urbanen Verkehrs näher in den Blick. Dabei wird den Fragen nachgegangen, welche Widersprüche aktuellen Bestrebungen der EU zur Forcierung einer ökologischen Modernisierung im Bereich (urbaner) Verkehr zugrunde liegen, wie Machtverhältnisse in der Mobilitätsstrategie der Kommission zum Ausdruck kommen und welche Rückschlüsse sich daraus für die Realisierung einer umfassenden urbanen Mobilitätswende ziehen lassen.

Methodisch wird zur Beantwortung dieser Fragen auf eine Analyse der Argumentation nach Fairclough/Fairclough (2012) zurückgegriffen. Sie geht aus der von ihnen verfolgten *Critical Discourse Analysis* (CDA) hervor, welche sich darauf fokussiert, wie Macht mittels politischer Diskurse reproduziert oder aber herausgefordert wird (ebd.: 17). Die Analyse der Argumentation schlagen sie als konkreten Ansatz für die Analyse des politischen Diskurses vor. Unter ›praktischer Argumentation‹ verstehen sie dabei:

Practical argumentation is argumentation about what to do in response to practical problems (and practical arguments are often problem–solution arguments). The conclusion of a practical argument is a practical claim or judgement about what we should do, what it would be good to do, or what the right course of action is. (Ebd.: 11)

Die Analyse dieser praktischen Argumentation zielt auf Folgendes ab: »[I]dentifying within an argument its premises and its conclusion and the relations between them« (ebd.: 11). Sie unterscheiden dabei vier Typen von Prämissen: Problematisierungen (*circumstantial premise*), Ziele (*goal premise*), Werte (*value premise*) und Annahmen zur Zielerreichung (*means-goal premise*). Ebenfalls in meiner Analyse aufgreifen werde ich die von ihnen vorgeschlagene Kategorie der Abgrenzung von Gegennarrativen (*counter-claim*). Mit diesem Analyseansatz soll anhand von drei der zuvor genannten Strategiepapiere, die zentrale Meilensteine für die Herausbildung des Policy-Feldes

darstellen, die urbane Mobilitätsstrategie der EU-Kommission rekonstruiert und einer Kritik unterzogen werden: das Weißbuch von 2011, das *Urban Mobility Package* aus dem Jahr 2013 sowie der *Neue europäische Rahmen für urbane Mobilität* von 2021.

Die Krisenstrategie der EU

Nachfolgend rekonstruiere ich entlang der vorgestellten Analysekatégorien und auf Basis der drei genannten Strategiepapiere die praktische Argumentation der EU-Kommission, mit der sie auf die multiple Mobilitätskrise in den Städten reagiert. Ich nehme also in den Blick, was als praktisches Problem dargestellt wird, das Handeln erforderlich macht; was die Ziele und dahinterliegenden Werte sind, an denen sich das Handeln orientiert; mit welchen Maßnahmen die Ziele erreicht werden sollen und welche Annahmen dem zugrunde liegen; sowie von welchen Handlungsansätzen sich abgegrenzt wird. Im Vordergrund stehen dabei Gemeinsamkeiten in der Argumentation zwischen den drei Strategiepapieren, benannt werden jedoch auch Verschiebungen in der strategischen Orientierung. Anschließend wird die praktische Argumentation einer Kritik unterzogen, die auf Widersprüche sowie Leerstellen verweist und erlaubt, Transformationshindernisse und wirkende Machtverhältnisse zu identifizieren.

Rekonstruktion der Mobilitätsstrategie

Als Kernelemente der *Problematisierungen* der Ausgangssituation lassen sich in den EU-Strategiepapieren eine defizitäre Verkehrsinfrastruktur (TEN-V – Transeuropäische Verkehrsnetze), die Belastung von Städten durch die hohen Kosten des Verkehrs und seine negativen Auswirkungen in Form von Staus, Luftverschmutzung, Lärm, Verkehrstoten und hohen CO₂-Emissionen sowie die Überforderung lokaler Behörden mit der Bearbeitung der Probleme ausmachen. Daneben finden sich Aspekte wie globaler Wettbewerb und Defizite in der Erhebung von Mobilitätsdaten, die in einzelnen Papieren besonders hervorgehoben werden.

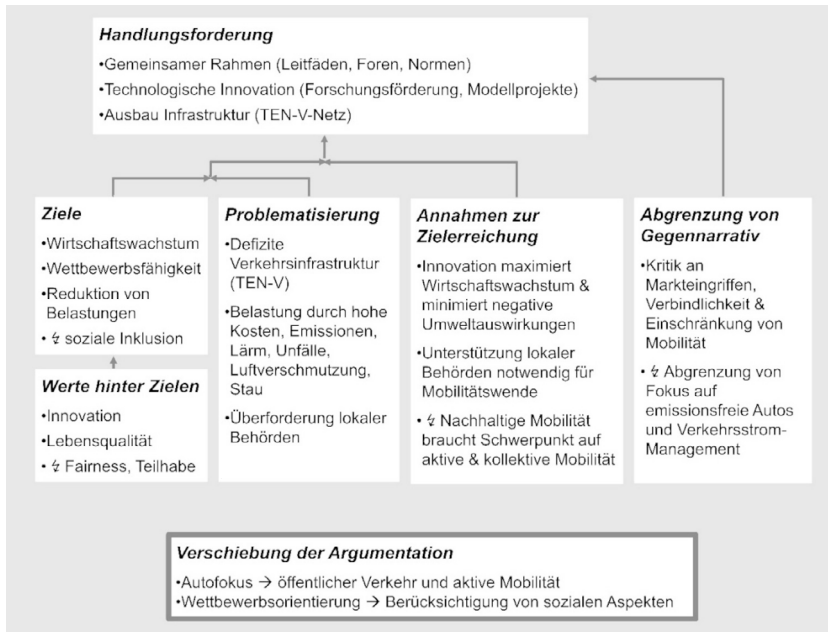
Die übergeordneten *Ziele*, auf die die EU-Kommission mit ihrem Engagement im Bereich (urbaner) Verkehr hinarbeitet, sind die Förderung von Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Reduktion der in der Problematisierung aufgeführten Belastungen durch eine ressourceneffiziente Mobilität. Auffällig ist, dass Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu früheren Strategiepapieren in der überarbeiteten Strategie von 2021 weniger prominent aufgeführt werden und dafür erstmals auch soziale Aspekte, wie sozialer Zusammenhalt und Inklusion, als Ziele Erwähnung finden.

Deutlich zutage tritt diese Verschiebung auch durch die – zum Teil mit den Zielen deckungsgleichen – *Werte*. Waren diese im Weißbuch 2011 stark an wirtschaftli-

chen Interessen ausgerichtet (Wachstum, Marktorientierung, Innovation, Arbeitsplätze) und ansonsten unter dem Schlagwort Lebensqualität recht diffus adressiert, stehen im *Neuen Rahmen* von 2021 soziale Aspekte im Vordergrund (Fairness, Teilhabe, Inklusion, Gesundheit). Ein wesentlicher Grund dafür sind unterschiedliche machtpolitische Interessenskonstellationen in den Policy-Räumen, aus denen die Strategiepapiere hervorgehen: Der Teilbereich urbane Mobilität ist stark von den Interessen der Städte geprägt und weist eine große Offenheit für Erkenntnisse aus der Mobilitätsforschung auf. Die Gesamtverkehrspolitik der EU-Kommission ist hingegen primär als Industriepolitik zu verstehen und wird entsprechend stark von Industrievertreter*innen beeinflusst: insbesondere durch die Autoindustrie, die ihre Interessen im Dachverband *European Automobile Manufacturers' Association* (ACEA) bündelt, aber auch über Lobbyist*innen einzelner Hersteller, die auf den Policy-Prozess einwirken (Haas/Sander 2019).

Die *Maßnahmenpakete*, für die in den Argumentationen der einzelnen Strategiepapiere plädiert wird, sind wiederum weitestgehend deckungsgleich. Stark geprägt sind die vorgeschlagenen Maßnahmen durch die eingeschränkten formalen Kompetenzen der EU im Bereich urbane Mobilität. Daher wird insbesondere versucht, mittels dreier Stoßrichtungen die Handlungskompetenz lokaler Behörden bei der Umsetzung einer Mobilitätswende zu stärken – und dabei zugleich die eigene Legitimität als Krisenbearbeiterin zu untermauern: 1) die Schaffung eines gemeinsamen Rahmens durch die Förderung von Austausch, die Erstellung von Leitlinien wie den SUMP-Guidelines und in eingeschränktem Maße die Verabschiedung von Rechtsnormen (Abgasgrenzwerte; TEN-V); 2) die Förderung technologischer Innovation durch Forschungsförderung und Modellprojekte; sowie 3) den Ausbau der Infrastruktur mittels des TEN-V. Hierbei werden die Kompetenzen im Bereich der transeuropäischen Netze genutzt, um ansonsten schwer mögliche verbindliche Vorgaben zu setzen – ein sehr umkämpftes und konfliktives Vorhaben. Die nachfolgend thematisierten Vorgaben zur Erstellung von nachhaltigen urbanen Mobilitätsplänen (SUMPs – *sustainable urban mobility plans*) sind hierfür ein Beispiel. Eine Fokusverschiebung zwischen den Strategiepapieren ist lediglich dahingehend zu bemerken, dass in den spezifisch zu urbaner Mobilität formulierten Strategien statt der Förderung ›umweltfreundlicher Fahrzeuge‹ der öffentliche Verkehr und aktive Mobilität klar im Zentrum der Argumentation standen. Zuletzt zeigt sich in den drei analysierten Strategiepapieren auch eine Verschiebung in der *Abgrenzung von Gegenarrativen*. Statt einer Kritik an Markteingriffen, Verbindlichkeit und Einschränkung von Mobilität wie im Weißbuch Verkehr von 2011, wird sich im Papier von 2021 von der anfänglichen Fokussierung auf emissionsfreie Autos und einem bloßen Management von Verkehrsströmen abgegrenzt.

Abbildung 1: Rekonstruktion der urbanen Mobilitätsstrategie der EU [Blitz-Symbol verweist auf Differenzen zwischen den untersuchten Strategiepapieren] (eigene Darstellung)



Zusammenfassend unternimmt die urbane Mobilitätsstrategie der EU entsprechend dem Paradigma einer ökologischen Modernisierung den Versuch, die Reduktion negativer Umwelt- und Klimaauswirkungen mit einer Wachstumsstrategie zu kombinieren (Halpern 2013: 2523). Dafür wird neben der Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes durch Infrastrukturen wie TEN-V, einer stärkeren Wettbewerbsorientierung und der Angleichung von Rechtsnormen vor allem auf technologische Innovation als Lösungsstrategie gesetzt, die durch Forschungsfinanzierung und Modellprojekte gefördert wird. Der zuletzt stärkere Fokus auf soziale Aspekte und die Förderung des Umweltverbundes bis hin zu vereinzelt zutage tretenden Bezügen auf die Reduktion von Verkehrsaufkommen verweisen jedoch auf den heterogenen und umkämpften Charakter der EU-Strategie und die widerstreitenden Interessen, die bei ihrer Formulierung eine Rolle spielen.

Kritische Evaluation der Strategie

Eine kritische Evaluation dieser strategischen Argumentation ermöglicht, nach ihrem transformativen Gehalt zu fragen, Rückschlüsse auf institutionelle Rahmenbedingungen und Pfadabhängigkeiten zu ziehen sowie Widersprüche und Konflikte

zu identifizieren. Es geht also um die Potenziale und Fallstricke der EU-Strategie für eine sozial-ökologische urbane Mobilitätswende. Für diese Evaluation greife ich drei von Fairclough/Fairclough (2012) vorgeschlagene Analyse-Dimensionen auf: 1) eine kritische Evaluation der Problemendarstellung, 2) eine Evaluation der Gültigkeit der Argumentation, sowie 3) ein Hinterfragen der Schlussfolgerung der Argumentation.

Wird die Problemlage adäquat dargestellt?

Eine kritische Evaluation der Problemendarstellung fragt danach, ob der Handlungskontext und das zu bearbeitende Problem adäquat dargestellt werden. Um dies zu beurteilen, habe ich in den Blick genommen, ob sich Problemlagen, die in Stellungnahmen zentraler Interessensgruppen genannte werden, auch in der Problematisierung der EU-Kommission widerspiegeln. Diese Stellungnahmen wurden im Rahmen des öffentlichen Konsultationsprozesses zum *Neuen europäischen Rahmen für urbane Mobilität 2021* abgegeben (Europäische Kommission 2021b). Es wurden insbesondere Stellungnahmen von Verbänden berücksichtigt, da in ihnen Einzelinteressen bereits in gebündelter, kompromisshaft verdichteter Form zum Ausdruck kommen (Brad u.a. 2024: 4). Sie repräsentieren Interessen aus dem Straßenverkehr (International Road Transport Union, Association for Emissions Control by Catalysts, European Automobile Manufacturers' Association, European Association of Motorcycle Manufacturers) genauso wie aus dem Umweltverbund (European Cyclists' Federation, Joint Stakeholder Statement – inkl. Polis, European Rail Industry, Walk21 u.a.), aus den Bereichen Gesundheit (European Public Health Alliance), Inklusion (European Disability Forum) und Umwelt (als Einzelorganisationen: Deutsche Umwelthilfe, Greenpeace Belgien) sowie von Gewerkschaften (European Transport Workers' Federation) und Städtenetzwerken (Eurocities).

Die Evaluation der Problemendarstellungen in den drei untersuchten Policy-Papieren zeigt, dass die EU-Kommission durch das Einholen von Stellungnahmen im Zuge des Policy-Prozesses viele Problem-Aspekte, die von Stakeholdern geäußert wurden und in den vorherrschenden Handlungsansatz integrierbar waren, in die überarbeitete Strategie von 2021 aufgenommen hat. Dazu gehören insbesondere die Probleme der fehlenden Verpflichtung zur Erstellung von Plänen für nachhaltige urbane Mobilität sowie der fehlenden einheitlichen Indikatoren zur Erhebung und Auswertung von Mobilitätsdaten. Auch wurden entsprechend der Kritik soziale Probleme des autozentrierten Verkehrssystems wie Zugänglichkeit und Teilhabe in der Problemendarstellung des Papiers von 2021 berücksichtigt sowie der Vorrang von öffentlicher und aktiver Mobilität deutlicher herausgearbeitet. Nur begrenzt als Problematik aufgegriffen wurden hingegen Autobesitz in Städten und die Notwendigkeit der Änderung von Mobilitätsroutinen, um eine umfassende Mobilitätswende zu realisieren.

Gänzlich abwesend in der Problematisierung der drei untersuchten Strategiepapiere ist jedoch der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum, steigendem Verkehrsaufkommen und dem Verfehlen der Emissions-Reduktion im Verkehrssektor. Dabei ist diese Problematik Policymakern auf EU-Ebene durchaus bewusst, wie ein Blick in frühere Strategiepapiere zeigt. So hielt die EU-Kommission in ihrem Verkehrsplan von 2001 noch explizit fest, dass »Wirtschaftswachstum fast automatisch zu einem höheren Verkehrsbedarf führen« werde, und plädierte für eine Entkopplung von Verkehrswachstum und Wirtschaftswachstum (Europäische Kommission 2001: 11). Nachdem diese Entkopplung in den darauffolgenden Jahren misslang und technische Effizienzmaßnahmen den Anstieg der Verkehrsemissionen lediglich verlangsamen, verschwand die Thematik von der politischen Agenda. In den untersuchten Strategiepapieren von 2011 bis 2021 fehlen daher Maßnahmen, die eine Reduktion des Verkehrsaufkommens ermöglichen könnten. Erklären lässt sich die Ausklammerung dieses Themas durch die Priorisierung von Wirtschaftswachstum auch im Verkehrssektor, die mit der industriepolitischen Orientierung der EU-Verkehrspolitik in Zusammenhang steht. Sie blockiert »Eingriffe, die besonders an den Ursachen für die Verkehrsentstehung ansetzen«, und über die von der EU-Kommission präferierten marktorientierten Ansätze, wie eine Autobahn-Maut, hinausgehen (Enquete-Kommission »Schutz der Erdatmosphäre« 1994: 602).⁴ Im Unterschied dazu wurde im Rahmen der Enquete-Kommission des Bundestags zum Schutz der Erdatmosphäre schon 1994 für eine »grundsätzliche Vermeidung von Güter- bzw. Personenverkehr durch weniger Fahrten« plädiert: etwa durch eine Raumplanung für eine Stadt der kurzen Wege sowie durch eine »Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe«, um dem mit der Internationalisierung von Produktionsprozessen einhergehenden Verkehrszuwachs entgegenzuwirken (ebd.: 598f.).

Daraus kann geschlussfolgert werden, dass, weil ein so zentraler Aspekt wie steigendes Verkehrsaufkommen keine ausreichende Berücksichtigung in der Problematisierung der untersuchten EU-Strategien findet, diese somit auf einer verzerrten, dem Problem nicht adäquaten Darstellung des Handlungskontextes aufbauen.

Ist die Argumentation stichhaltig?

Eine Evaluation der Gültigkeit der Argumentation fragt danach, ob diese stichhaltig und gut begründet ist. Erscheinen ihre Annahmen über den Zusammenhang von vorgeschlagenen Maßnahmen und Zielerreichung glaubwürdig oder gäbe es womöglich effektivere Handlungsstrategien? Im Zentrum des EU-Maßnahmenpakets zu urbanem Verkehr steht aufgrund der beschränkten Handlungskompetenzen die

4 Siehe Beitrag von Marianne Hachtmann in diesem Band, der sich mit Suffizienz-Strategien in der Umweltplanung auseinandersetzt.

Förderung von Austausch und die Erstellung von Leitfäden. Diese Maßnahmen können zwar als notwendig, jedoch nicht als hinreichend zum Gelingen einer urbanen Mobilitätswende und zum Erreichen der selbstgesteckten Ziele angesehen werden. Zudem stehen die positiven Impulse, welche die EU-Kommission setzt, im Widerspruch zu parallel angestoßenen Entwicklungen.

Das Forcieren von Wirtschaftswachstum führte zu einer deutlichen Ausweitung des Güter- und Personenverkehrs, was dem Ziel, Verkehrsbelastungen zu reduzieren, entgegensteht. Wegen diesem gesteigerten Verkehrsaufkommens wurde – trotz Effizienzsteigerungen in der fossilen Antriebstechnologie – auch keine absolute Reduktion von Verkehrsemissionen erreicht. Des Weiteren verfestigt die Fokussierung auf technologische Innovation, die auch in der *Horizon Europe*-Forschungsförderung zum Ausdruck kommt, tendenziell den politischen Einfluss der Autoindustrie und trägt kaum zur Erreichung der in der Strategie festgehaltenen sozialen Ziele – Fairness, Teilhabe und Steigerung der Lebensqualität – bei. Auch lässt sie Verhaltensänderungen und sofort umsetzbare Maßnahmen zur Reduktion der Belastung durch den Autoverkehr – wie Temporeduktion und Umverteilung des Straßenraums – oftmals in den Hintergrund treten. Die Evaluation der Gültigkeit der Argumentation verweist außerdem darauf, dass es statt unverbindlicher Anreize vielmehr verbindliche Vorgaben bezüglich Luftverschmutzung und Lärm, das Verbot fossiler Technologien wie dem Verbrennungsmotor und Einschränkungen des Autoverkehrs durch ambitionierte Stadtregierungen waren, welche der Erreichung der Mobilitätsziele besonders zuträglich sind. Zu diesem Schluss kommt auch die EU-Kommission in ihrer Evaluation des *Urban Mobility Packages* (UMP):

It may well be that it is other pieces of EU legislation operating in tandem with the UMP that have had the more tangible effects due to their characteristics as hard forms of legislation and binding measures. This is particularly the case of the Ambient Air Quality Directives, the Clean Vehicles Directive and the Intelligent Transport Systems Directive. (Europäische Kommission 2021c: 71)

Nach jahrelangen politischen Auseinandersetzungen gelang es der EU-Kommission 2024 zwar mittels einer Aktualisierung der Leitlinien für das europäische Verkehrsnetz (TEN-V), die Erstellung von Plänen für nachhaltige urbane Mobilität (SUMP) für EU-Großstädte verpflichtend zu machen. Doch die konkreten Verkehrsziele bleiben unbestimmt. So fordern Stakeholder einer urbanen Mobilitätswende etwa verbindliche Ziele für die Reduktion von Emissionen, Verkehrstoten und des städtischen Autoverkehrs ebenso wie für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und der Infrastruktur für aktive Mobilität, wie Fahrradfahren und Zufußgehen.

Die Evaluation der bisherigen Maßnahmen der EU zu nachhaltiger urbaner Mobilität legt nahe, dass der Fokus auf Wachstum, technologische Innovation und un-

verbindliche Anreize nicht geeignet ist, um eine umfassende Mobilitätswende zu erreichen, die den Ressourcenverbrauch und gesundheitliche Belastungen deutlich reduziert sowie Mobilitätsbarrieren abbaut. Es kann daher angezweifelt werden, dass der von der EU gewählte Handlungsansatz der effektivste Weg zur Zielerreichung ist. Vielmehr hat er sich behauptet, da er den Weg mit den geringsten Widerständen darstellt. Denn Akteur*innen auf lokaler und nationaler Ebene pochten frühzeitig auf ein strenges Verständnis von Subsidiarität in der *urban mobility governance* und schoben damit einer stärker regulierenden Rolle der EU einen Riegel vor (Halpern 2013: 2537).

Von welchen Folgen ist auszugehen?

Das Hinterfragen der Schlussfolgerung der Argumentation setzt sich mit den realen und potenziellen Folgen der vorgeschlagenen Handlungen auseinander. In Bezug auf die EU-Strategie für eine urbane Mobilitätswende, kann – trotz zahlreicher auch positiver Impulse – bezweifelt werden, dass diese tatsächlich auf strukturelle Veränderungen im Sinne der angestrebten Ziele hinwirkt. Zwar besitzen die diversen Handlungsansätze der EU-Kommission das Potenzial, zu einer Verschiebung lokaler Macht-Arrangements zugunsten einer nachhaltigen Mobilitätswende beizutragen, indem sie etwa Wissenstransfer, Kompetenzaufbau, Vernetzung ermöglichen, Sichtbarkeit verschaffen oder Fördermittel bereitstellen. Doch in vielen Bereichen scheint es trotz anderslautender Argumentation zu einer Reproduktion der autozentrierten Verkehrspolitik zu kommen, die auch darauf abzielt, die Autoindustrie als EU-Schlüsselindustrie zu erhalten.

So heißt es zwar im Vorschlag der EU-Kommission zur Überarbeitung der TEN-V-Richtlinien: »Insbesondere sollen die Anteile von Schienenverkehr, Kurzstreckenseeverkehr und Binnenwasserstraßen mit Blick auf eine nachhaltigere Zusammensetzung der Verkehrsträger des Verkehrssystems erhöht und folglich dessen nachteilige externe Auswirkungen verringert werden.« (Europäische Kommission 2021d: 1)

Eine deutliche Trendwende bei den Investitionen in Auto-Infrastruktur und -Forschung war bisher jedoch nicht zu erkennen. Im Zeitraum von 2007 bis 2020 investierte die EU schätzungsweise 62 Milliarden Euro in das Schienennetz, während 82,5 Milliarden für die Straßeninfrastruktur ausgegeben wurden. Zugleich reduzierte sich die Länge des europäischen Schienennetzes seit 2008 um 3300 Kilometer, während das Autobahnnetz weiter anwuchs (Schmidt 2021). Allerdings wurde in der jüngsten Förderankündigung der EU für Infrastrukturinvestitionen in TEN-V aus Mitteln der *Connecting Europe Facility* (CEF) vom Sommer 2024 ein deutlicher Fokus auf grenzüberschreitende Bahnprojekte gelegt. Wie sich die Fördermittel insgesamt in der noch bis 2027 laufenden Förderperiode zwischen den Verkehrsträgern verteilen, bleibt abzuwarten. Auch in der Forschungsfinanzierung im

Rahmen von *Horizon Europe* ist keine grundlegende Abkehr von einer Fokussierung auf das Auto erkennbar. Im Mittelpunkt der geförderten Projekte stehen zumeist die Elektrifizierung von Autos, alternative Treibstoffe und smarte Steuerung. In der ebenfalls über *Horizon Europe* finanzierten EU-Mission *Climate-Neutral and Smart Cities* werden hingegen u.a. auch Mobilitätsmaßnahmen erprobt, die über einen engen Technik- und Autofokus hinausgehen (Nationale Kontaktstelle Klima, Energie, Mobilität 2021).

Für eine Trendwende hin zu einer nachhaltigen urbanen Verkehrspolitik wären eine höhere Kohärenz in der Politikgestaltung und eine Überwindung der Fragmentierung des Policy-Feldes notwendig. Dies könnte durch ein Mainstreaming nachhaltiger Verkehrsplanung und eine Priorisierung aktiver und kollektiver Mobilität in allen Policy-Räumen erreicht werden – wie sie laut Strategiepapieren eigentlich auch vorgesehen ist. Zielen wie der Reduktion des Verkehrsaufkommens oder der Verschiebung des Modalsplits⁵ müsste mehr Gewicht eingeräumt werden als technologischer Innovation oder Wirtschaftswachstum. So einer Trendwende stehen jedoch die industriepolitische Orientierung der Gesamtverkehrspolitik und die entsprechende Interessenskonstellation in vielen Policy-Räumen auf Ebene der EU im Weg. Einflussreiche Interessensgruppen wie der Europäische Automobilherstellerverband (ACEA) lobbyieren weiterhin für eine »key role of cars [...] in cities« und argumentieren wider alle Fakten, dass »no mode of transport is consistently ›more sustainable‹ per se« (European Automobile Manufacturers' Association 2022: 2).

Schlussbetrachtung: Potentiale und Fallstricke der EU-Governance

Dieser Beitrag hat die praktische Argumentation einer Akteurin des Konflikts um die urbane Mobilitätswende näher in den Blick genommen: die der EU-Kommission. Die Transformationsstrategie der EU-Kommission besteht entsprechend der Logik einer ökologischen Modernisierung darin, die Reduktion negativer Umwelt- und Klimaauswirkungen mit einer Wachstumsstrategie zu kombinieren. Dafür wird neben der Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes durch Infrastrukturen wie die TEN-V-Netze, stärkere Wettbewerbsorientierung und die Angleichung von Rechtsnormen, vor allem auf technologische Innovation als Lösungsstrategie gesetzt, die durch Forschungsfinanzierung und Modellprojekte gefördert wird. Daneben liegt ein Fokus auf dem Ausbau von Handlungskompetenz auf lokaler Ebene, etwa durch die Verbreitung der SUMP-Guidelines und die Förderung diverser Austauschformate.

5 Der Modalsplit bezeichnet den prozentualen Anteil einzelner Verkehrsmittel an den zurückgelegten Wegen.

Die kritische Evaluation zeigte auf, dass trotz des Bestrebens der EU-Kommission, auch unter Berücksichtigung der Stellungnahmen zentraler Stakeholder die Effektivität ihrer Mobilitätsstrategie kontinuierlich zu optimieren, zentrale Problemaspekte ausgeklammert werden und unbearbeitet bleiben. Dies betrifft insbesondere die Problematik eines ungebrochenen Trends zu mehr Verkehrsaufkommen, der bisherige Effizienzsteigerungen überkompensiert und eng mit der Orientierung der EU-Kommission an Wirtschaftswachstum verbunden ist. Besonders sichtbar werden in die Strategie eingeschriebene Interessen an zwei weiteren Punkten: Zum Ersten an den Handlungsansätzen, von denen sich in der Argumentation abgegrenzt wird, so im Weißbuch Verkehr vom »Aufzwingen neuer Mobilitätskonzepte« sowie von Einschränkungen der »Technologieoffenheit« und des Verkehrswachstums (Europäische Kommission 2011). Zum Zweiten werden eingeschriebene Interessen anhand von Widersprüchen greifbar, die in der Strategie zum Ausdruck kommen, etwa zwischen der diskursiven Priorisierung des Umweltverbundes einer- und den anhaltend hohen Investitionen in das System Auto andererseits. Durch die Analyse der Argumentation mehrerer Strategiepapiere, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten erschienen und abweichende inhaltliche Schwerpunkte aufweisen, lassen sich zudem Policy-Raum-spezifische Variationen in den Machtverhältnissen ablesen. So tritt im Weißbuch Verkehr von 2011, das die gesamte Verkehrspolitik der EU abdeckt, eine Priorisierung von Industrieinteressen, Wachstums- und Marktorientierung deutlich klarer hervor, als dies in späteren Strategiepapieren mit alleinigem Fokus auf urbanen Verkehr der Fall ist. In Letzteren werden auch soziale Anliegen selektiv aufgegriffen, eine Autozentriertheit gar kritisiert und selbst verbindliche Maßnahmen in Hinblick auf nachhaltige Verkehrsplanung angestrebt. Hintergrund dieser Verschiebung auf argumentativer Ebene ist unter anderem, dass sowohl Erkenntnisse aus der Mobilitätsforschung als auch Interessen auf urbaner Ebene in den neu geschaffenen Policy-Räumen zur urbanen Mobilität mehr Gewicht erhielten und damit auch die Belastungen durch das autozentrierte Verkehrssystem stärker im Fokus stehen. Der Blick auf diese Widersprüchlichkeiten innerhalb der EU-Strategie sowie auf die Fragmentierung der EU-Verkehrspolitik ist eine wichtige Grundlage für Überlegungen zu angemessenen Handlungsansätzen zur Unterstützung einer umfassenden urbanen Mobilitätswende.

Auch wenn die Verkehrsstrategien der EU-Kommission an das politische Projekt einer wachstumsorientierten, ökologischen Modernisierung rückgebunden bleibt, gilt sie im Vergleich zur nationalstaatlichen Ebene oftmals als zukunfts- und nachhaltigkeitsorientierter und setzt im Themenfeld urbane Mobilität durch Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Wissenstransfer immer wieder wichtige Impulse. Sie bietet damit wichtige Anknüpfungspunkte für Akteur*innen der Transformation auf lokaler Ebene. Deren Handlungsmacht kann durch den von der EU geförderten Transfer nachhaltiger Planungsansätze und Mobilitätsmaßnah-

men und die begleitende Öffentlichkeitsarbeit gestärkt werden. Darüber hinaus bieten Foren zu nachhaltiger Mobilität auf EU-Ebene Möglichkeiten der Vernetzung und Organisation, was sich – wie die Entwicklung des Politikfeldes zu urbaner Mobilität zeigt – auch in eine größere Durchsetzungsfähigkeit in der Strategieformulierung übersetzen kann. Nicht zuletzt werden durch Abgasvorschriften und hinsichtlich der Erstellung nachhaltiger Mobilitätspläne vereinzelt auch äußerst umkämpfte, aber verbindliche Rahmenbedingungen gesetzt, welche die Mobilitätswende auf lokaler Ebene unterstützen können.

Auch wenn sich unter der aktuellen, durch Rechtsverschiebung und fossilen Backlash gekennzeichneten politischen Konjunktur die Vorzeichen für ambitionierte Mobilitätswende-Bestrebungen deutlich verschlechtert haben (Candeias 2024): Das Policy-Feld urbane Mobilität auf Ebene der EU bietet die Gelegenheit, um wichtige Rahmenbedingungen zu ringen und Widersprüchlichkeiten wie die Orientierung an fortlaufendem Verkehrswachstum zu politisieren. Eingeschränkt wird der Handlungsspielraum jedoch durch die vor allem in der Gesamtverkehrspolitik vorherrschende Autohegemonie. Diese kommt im starken Einfluss der Autolobby, in autozentrierten Planungsrationalitäten, aber auch in Infrastrukturinvestitionen und Forschungsschwerpunkten zum Ausdruck. Zur Schwächung der Autohegemonie braucht es neben institutionalisierten Auseinandersetzungen im EU-Policy-Feld daher auch das Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure und sozialer Bewegungen, um »[Auto-]Konzerne und ihr Produkt Auto zunächst massiv zu delegitimieren, um in einem nächsten Schritt ihre materielle Machtbasis angreifen zu können« (Haas/Sander 2019: 27). Aktuell strauchelt die deutsche Autoindustrie hingegen vielmehr aufgrund unbearbeiteter struktureller Probleme, die sich in zahlreichen Werksschließungen und Massentlassungen niederschlagen (Daum 2024). Die Schwächung der materiellen Basis der Autoindustrie – ob mittels transformativer Industriepolitik *by design* (siehe Beitrag von Stefan Schoppengerd in diesem Band) oder wie derzeit krisenhaft *by disaster* – ist Voraussetzung dafür, »die Autolobby auf dem umkämpften Terrain der europäischen Staatsapparate [und darüber hinaus] zurückzudrängen« (Haas/Sander 2019: 26), den vorherrschenden Autokonsens herauszufordern, neue Mobilitätsnormen zu verbreiten und perspektivisch eine ausreichend machtvolle soziale Basis für das politische Projekt einer umfassenden urbanen Mobilitätswende aufzubauen.

Literatur

- Brad, Alina u. a. (2024): Whose negative emissions? Exploring emergent perspectives on CDR from the EU's hard to abate and fossil industries. In: *Frontiers in Climate* 5: 1–18. DOI: <https://doi.org/10.3389/fclim.2023.1268736>.
- Candeias, Mario (2024): Monster verstehen. Wechselwirkung von Faschisierung und blockierter Transformation. In: Becker, Lia/Candeias, Mario (Hg.): *Vom Horror zur Hoffnung*. Berlin: 7–41. URL: <https://www.rosalux.de/publikation/id/52656/vom-horror-zur-hoffnung>, Zugriff: 2.12.2024.
- CIVITAS (2021): *Introducing CIVITAS. Sustainable and Smart Mobility for All*. URL: <https://civitas.eu/resources/civitas-2030-booklet>, Zugriff: 6.2.2024.
- Daum, Timo (2024): Die deutsche Autoindustrie ist nicht mehr zu retten (6.11.2024). URL: <https://jacobin.de/artikel/autoindustrie-elektro-auto-e-mobilitaet-vw-werkschliessung>, Zugriff: 2.12.2024.
- Enquete-Kommission »Schutz der Erdatmosphäre« (1994): *Mehr Zukunft für die Erde. Nachhaltige Energiepolitik für dauerhaften Klimaschutz*. URL: <https://dser.ver.bundestag.de/btd/12/086/1208600.pdf>, Zugriff: 8.2.2024.
- Europäische Kommission (1995): *Das Bürgernetz. Wege zur Nutzung des Potentials öffentlichen Verkehrs in Europa*. URL: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:51995DC0601&from=EN>, Zugriff: 31.1.2024.
- Europäische Kommission (2001): *Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft*. URL: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52001DC0370&from=da>, Zugriff: 8.2.2024.
- Europäische Kommission (2007): *Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt*. URL: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A52007DC055>, Zugriff: 31.1.2024.
- Europäische Kommission (2011): *Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem*. URL: <https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/bfaa7afd-7d56-4a8d-b44d-2d1630448855>, Zugriff: 31.1.2024.
- Europäische Kommission (2013): *Gemeinsam für eine wettbewerbsfähige und ressourceneffiziente Mobilität in der Stadt*. URL: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex%3A52013DC0913>, Zugriff: 31.1.2024.
- Europäische Kommission (2020): *Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität: Den Verkehr in Europa auf Zukunftskurs bringen*. URL: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52020DC0789>, Zugriff: 8.2.2024.
- Europäische Kommission (2021a): *Der neue europäische Rahmen für urbane Mobilität*. URL: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52021DC0811>, Zugriff: 31.1.2024.

- Europäische Kommission (2021b): Öffentlicher Konsultation. Neuer politischer Rahmen für die Mobilität in der Stadt. URL: https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12916-Nachhaltiger-Verkehr-neuer-politischer-Rahmen-fur-die-Mobilitat-in-der-Stadt_de, Zugriff: 7.2.2024.
- Europäische Kommission (2021c): Evaluation of the 2013 Urban Mobility Package. URL: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/en/TXT/?uri=CELEX%3A52021SC0047>, Zugriff: 6.2.2024.
- Europäische Kommission (2021d): Leitlinien der Union für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes. URL: https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:7b299e69-5dc8-11ec-9c6c-01aa75ed71a1.0010.02/DOC_1&format=PDF, Zugriff: 8.2.2024.
- Europäischer Rechnungshof (2020): Nachhaltige urbane Mobilität in der EU: Ohne das Engagement der Mitgliedstaaten sind keine wesentlichen Verbesserungen möglich. 06/2020. URL: www.eca.europa.eu/de/Pages/Report.aspx?did=53246&TermStoreId=8935807f-8495-4a93-a302-f4b76776d8ea&TermSetId=172d3e3c-ae5e-4a25-82c7-8d37334fcfe2&TermId=5f6589a2-5a2e-4ae8-8cc6-e05bf544b71f, Zugriff: 31.1.2024.
- European Automobile Manufacturers' Association (2022): Stellungnahme zur öffentlichen Konsultation. Neuer politischer Rahmen für die Mobilität in der Stadt. URL: <https://www.acea.auto/publication/position-paper-the-new-eu-urban-mobility-framework/>, Zugriff: 8.2.2024.
- Fairclough, Isabela/Fairclough, Norman (2012): Political Discourse Analysis: A Method for Advanced Students. London. DOI: <https://doi.org/10.4324/9780203137888>.
- Haas, Tobias/Sander, Hendrik (2019): Die europäische Autolobby. Eine kritische Analyse zum Einfluss der Industrie. URL: <https://www.rosalux.de/publikation/id/40898/die-europaeische-autolobby>, Zugriff: 8.2.2024.
- Halpern, Halpern (2013): Urban Mobility: What Role for the European Union? Explaining Dynamics of European Union Policy Design Since 1995. In: *European planning studies* 22 (12): 2526–2541. DOI: <https://doi.org/10.1080/09654313.2013.844775>.
- Manderscheid, Katharina (2020): Antriebs-, Verkehrs- oder Mobilitätswende? Zur Elektrifizierung des Automobilitätsdispositivs. In: Brunnengräber, Achim/Haas, Tobias (Hg.): *Baustelle Elektromobilität*. Bielefeld: 37–68. DOI: <https://doi.org/10.14361/9783839451656>.
- Nationale Kontaktstelle Klima, Energie, Mobilität (2021): Das Thema Mobilität in Horizont Europa. URL: <https://www.nks-kem.de/mobilitaet/mobilitaet-in-horizont-europa>, Zugriff: 9.12.2024.
- Partnership for Urban Mobility (2018): Final Action Plan. URL: <https://futurium.ec.europa.eu/en/urban-agenda/urban-mobility/action-plan/final-action-plan-urban-mobility-partnership-available?language=de>, Zugriff: 31.1.2024.

- Schmidt, Nico (2021): Data Analysis: Trains remain underfunded in Europe (19.11.2021). URL: <https://www.investigate-europe.eu/posts/despote-public-support-for-rail-trains-remain-underfunded-in-europe>, Zugriff: 9.12.2024.
- Werland, Stefan (2020): Diffusing Sustainable Urban Mobility Planning in the EU. In: Sustainability 12 (20): 8436. DOI: <https://doi.org/10.3390/su12208436>.

Emotionen in Fahrt

Zur Rolle von Gefühlen in der Transformation der Mobilität

Melissa Büttner und Anke Klaever

Der Verkehrssektor stellt eine zentrale Herausforderung für die sozial-ökologische Transformation dar. Denn aufgrund der Dominanz des privaten Pkw trägt er nach wie vor massiv zur Verschärfung der Klimakrise sowie diverser sozialer und ökologischer Krisen bei. Allerdings werden mittlerweile – wenn auch oftmals nur auf diskursiver Ebene – auch Anzeichen des Wandels sichtbar. Die EU beispielsweise hat sich der Herausforderung angenommen und versucht durch neue Policies die sozial-ökologischen Kosten des Verkehrssektors zu reduzieren (siehe Beitrag von Mathias Krams in diesem Band). Umkämpft jedoch ist die Frage, wie tief die Transformation gehen soll. Drei zentrale Konzepte dominieren die Debatte: die Antriebswende, die Verkehrswende und die Mobilitätswende. Die Antriebswende konzentriert sich auf den Wechsel von fossilen zu alternativen Antriebsformen, um die Verkehrsemissionen zu reduzieren. Die Verkehrswende zielt darauf ab, den privaten Autoverkehr durch den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, die Förderung aktiver Mobilitätsoptionen und Mobility-as-a-Service zu verringern. Die Mobilitätswende geht noch einen Schritt weiter: Sie nimmt nicht nur die zurückgelegten Wege, sondern auch die Zwänge und Treiber von Mobilität in den Blick (Manderscheid 2020).

Unabhängig von der Zielvorstellung bringt der Wandel von Verkehr und Mobilität bereits jetzt und auch zukünftig Widersprüche, Interessenskonflikte und Ungerechtigkeiten mit sich und ist damit nur ein Beispiel der umkämpften Verhältnisse in liberalen Demokratien (siehe Beitrag von Kristina Dietz und Markus Wissen in diesem Band). Denn die Transformationsprozesse sind keine rein technologischen Veränderungsprozesse, sondern gehen gerade aufgrund des Dispositivcharakters der Automobilität (Manderscheid 2012) mit lebensweltlichen Veränderungen für Individuen einher.

Für eine Analyse der Persistenz des Privat-Pkws – und damit der Schwierigkeit (Auto-)Mobilität zu transformieren – vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Machtstrukturen, verstehen wir Automobilität als Dispositiv und nicht nur als Summe aller Autos (Manderscheid 2012, 2020). Automobilität als aktuell dominante Form der Fortbewegung ist ein Vergesellschaftungsmodus, ein Ensemble

aus Wissensordnungen, Praktiken, Technologien und materiellen Artefakten sowie Schauplatz einer spezifischen Subjektivierung. Das »automobile Normal-subjekt« (Manderscheid 2013: 108) ist ein Effekt von Machtverhältnissen, die seine Praxismuster, Denkweisen, Moralorientierungen, Begehrensstrukturen und Empfindungsweisen prägen. Eine Transformation des Automobilitätsdispositivs betrifft somit nicht nur Subjekte in ihrer automobilen Praxis, sondern auch in ihrer Emotionalität. Herrschende Muster des Fühlens – etwa die Begeisterung für Beschleunigung oder die Sehnsucht nach dem sicheren Rückzugsraum des Autos – sind ebenso Gegenstand der Kämpfe um Transformation wie die Praktiken, in die sie eingebettet sind. Gefühle sind ein konstitutiver Bestandteil der hegemonialen automobilen Ordnung und essenziell für die Analyse der Persistenz der Automobilität, wie die Mobilitätssoziologin Mimi Sheller betont: »emotional investments in the car go beyond any economic calculation of costs and benefits, and outweigh any reasoned arguments about the public good or the future of the planet« (Sheller 2004: 236). Für ein umfassendes Verständnis der Transformationskonflikte rund um Automobilität ist es demnach wesentlich, mobile Subjekte nicht als rational Entscheidende zu betrachten, sondern auch ihre Gefühlswelten mit ihren Ambivalenzen in den Blick zu nehmen.

Deshalb zielen wir mit unserem Beitrag darauf ab, erste Erkenntnisse über die Wechselwirkungen zwischen Emotionen und den verschiedenen Transformationsperspektiven empirisch darzulegen und in ein theoretisches Modell einzubetten. Aufbauend auf qualitativen Interviews mit E-Autofahrenden (Antriebswende) und Anwohnenden von Straßenraumumgestaltungen (eine Maßnahme der Mobilitätswende) diskutieren wir, wie diese Transformationsprozesse emotional erlebt werden. Inwiefern stellen die Emotionen ein Anzeichen für das sich stabilisierende oder gar verändernde Automobilitätsdispositiv dar?

Gefühle im Automobilitätsdispositiv

Um die Wechselwirkungen zwischen Emotionen¹ bezüglich unterschiedlicher Transformationsperspektiven im Mobilitätssektor und der diesen zugrundeliegenden Machtstrukturen zu untersuchen, scheinen bisherige psychologische Theoriemodelle von Emotionen im Zusammenhang mit Automobilität (z.B. Steg

1 In der Emotionsphilosophie (z.B. Massumi 2002) wie auch in der Psychologie (z.B. Schachter 1964) wird oftmals zwischen Affekt und Emotion unterschieden, wobei Affekte als prä-reflexiv, prä-sozial sowie physiologisch und Emotion als kognitive, subjektive, oftmals versprachlichte Bewertung dieser Affekte definiert werden. In Anlehnung an Ahmed (2004) sowie dem poststrukturalistischen Gedanken folgend, dass auch der Körper stets sozial geprägt oder diszipliniert ist, argumentieren wir, dass diese Trennung zwischen Kognition und Physis nicht zielführend ist. Die Begriffe Affekt, Emotion und Gefühl nutzen wir deshalb synonym.

2005) nur bedingt Antworten zu liefern. Denn dieser Blickwinkel ist vor allem deskriptiv und fragt nach einzelnen Empfindungen bezüglich bestimmter Mobilitätsformen. Dabei wird außer Acht gelassen, in welchen gesellschaftlichen Verhältnissen ein bestimmtes Fühlen erst möglich wird. Außerdem wird nicht berücksichtigt, inwiefern bestehende Gefühlswelten von Machtverhältnissen geprägt sind und wie sich Strukturen des Fühlens verändern könn(t)en. Deshalb schlagen wir ein soziologisches, poststrukturalistisches Verständnis von Emotionen vor, das Gefühle als konstitutiven Bestandteil des Automobilitätsdispositivs begreift (vgl. Manderscheid 2012, 2020).²

Gefühle sind geformt von der sozialen Welt, in der wir leben. Sheller beschreibt die Ambiguität der Körperlichkeit und Sozialität von Gefühlen im Kontext von Mobilität wie folgt: »Emotions are felt in and through the body, but are constituted by relational settings and affective cultures; they are shared, public and collective cultural conventions and dispositions« (Sheller 2004: 226). Für Sheller basieren Emotionen auf kulturspezifischen, inkorporierten Dispositionen des Fühlens. Um die sozialen Konflikte rund um Mobilität und die unterschiedlichen emotionalen Reaktionen auf ihre Transformation (Fritz/Eversberg 2024) besser zu begreifen, schlagen wir in Rekurs auf Bourdieu (1982), Scheer (2019), von Maur (2018) sowie Räsänen und Kauppinen (2020) vor, diese emotionalen Dispositionen als affektive Dimension des Habitus zu verstehen. Dies bedeutet, sie als milieuspezifische, durch die soziale Position geprägte Muster des Fühlens zu begreifen. Es geht darum zu erfassen, wie Emotionen wahrgenommen, verhandelt, bewertet, reguliert und ausgedrückt werden. Emotionale Dispositionen drücken sich in bestimmten emotionalen Praktiken aus, etwa dem echauffierten Sprechen über Straßenraumumgestaltung oder das eigene Auto, der Mimik und Gestik beim Fahren und Gehen, dem Posten von Social-Media-Beiträgen oder der sozialen Interaktion auf den Straßen. Das Fühlen selbst ist aus dieser Perspektive eine kultur- und milieuspezifische Praxis.

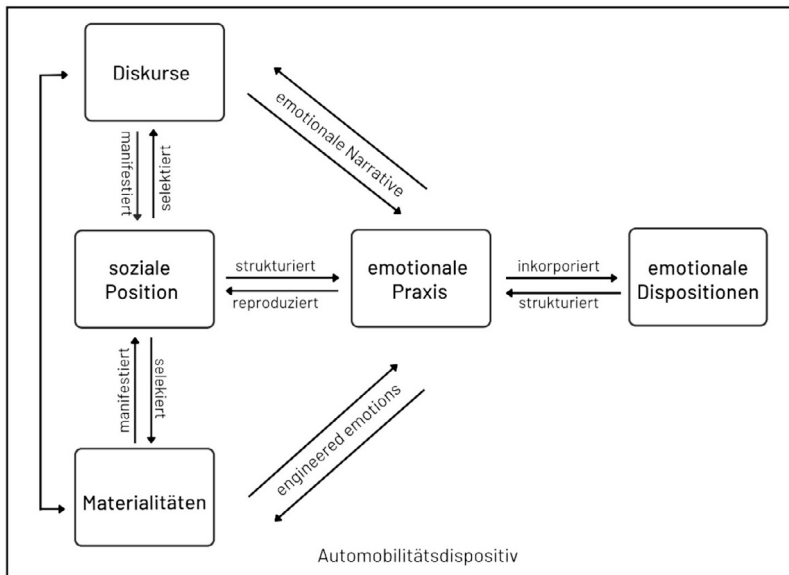
Doch wie genau verändern sich diese – eigentlich zur Persistenz neigenden – Dispositionen im Zuge der Antriebs- bzw. Mobilitätswende? Bettet man dieses praxistheoretische Verständnis von Emotionen in den Theorierahmen eines Foucault'schen Dispositivs ein (siehe Abb. 1),³ so lassen sich Transformationen als Prozess des Hegemonieverlustes des Automobilitätsdispositivs begreifen (Manderscheid 2012). Denn im Zuge der Maßnahmen der Antriebs- bzw. Mobilitätswende ändert sich auch das Dispositiv; zunächst die Diskurse, die Mobilität umgeben, sowie meist später die Materialitäten – etwa die Infrastrukturen und genutzten

2 Das im Folgenden dargestellte Theoriemodell ist im Rahmen des Promotionsprojektes von Melissa Büttner entstanden.

3 Für eine ausführliche Diskussion der Kompatibilität der Bourdieu'schen und der Foucault'schen Theorien, insbesondere bezüglich der emotionalen Strukturierung von Subjekten, siehe Reckwitz 2011.

Verkehrsmittel sowie deren Antriebe. Doch diese Veränderungen sind nicht für alle Menschen gleichermaßen erlebbar, sondern unterscheiden sich erneut zwischen sozialen Milieus: So werden mediale Diskurse über Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit von Straßenraumumgestaltungen in unterschiedlichen Milieus auf verschiedene Weise wahrgenommen, aufgegriffen und prägen mobile Subjekte somit auf unterschiedliche Weise. Zudem ist auch der Zugang zu veränderten Materialitäten – etwa Elektroautos – häufig ungleich verteilt und deren Nutzung milieuspezifisch. Dies betrifft auch die oftmals weniger versprachlichten *engineered emotions*, also jene Empfindungen, die in der Interaktion mit der Materialität entstehen. Denn in den meisten Fällen sind Materialitäten so designt, dass sie ein bestimmtes Fühlen hervorrufen *sollen* (was allerdings nicht immer gelingt). So ist ein Oberklasse-SUV so gestaltet, dass die fahrende Person sich recht wahrscheinlich sicher und überlegen fühlt. Die verkehrsberuhigte Zone begünstigt hingegen ein Empfinden von Entspannung und Sicherheit für Fußgänger*innen. Die Möglichkeit dessen, was erlebbar und fühlbar ist, ist somit von jenen Machtstrukturen vorgegeben, die die Ausgestaltung der Materialitäten prägen.

Abbildung 1: Theorierahmen von Gefühlen im Automobilitätsdispositiv (eigene Darstellung)



Ebenso wie die Materialitäten prägen auch sich verändernde Diskurse das Fühlen, denn sie (re-)produzieren bestimmte emotionale Narrative, also sozial geteilte Erzählungen von Empfindungen oder Schablonen des Fühlens, wie beispielsweise

das Narrativ der automobilen Freiheit. Ebenso wie beim Begriff der *engineered emotions* ist mit emotionalen Narrativen nicht das Phänomen des Fühlens selbst gemeint, sondern das, was das Fühlen prägt, also eine analytische Kategorie, die beschreibt, durch welche Mechanismen das scheinbar individuelle Fühlen sozial geformt ist. Die Unterscheidung zwischen emotionalen Narrativen und *engineered emotions* ist dabei eine primär heuristische. Da Diskurse und Materialitäten sich wechselseitig bedingen, sind ebenso die emotionalen Narrative eng verbunden mit den entsprechenden Materialitäten und deren *engineered emotions* und vice versa.

Gefühle empirisch greifbar machen

Wie verändern sich nun emotionale Praktiken und emotionale Narrative im Zuge unterschiedlicher Transformationsperspektiven und was bedeutet dies für das Dispositiv der Automobilität? Um diesen Fragen nachzugehen, analysieren wir vergleichend Material aus zwei Forschungsprojekten: erstens einer Studie zum Wandel automobiler Emotionen im Zuge der Elektrifizierung und zweitens der Begleitforschung zu zwei Straßenraumumgestaltungen im Berliner Innenstadtbereich (Tabelle 1). Während die Studie zu Elektroautomobilität einer Antriebswende zugeordnet werden kann, die auf individuellen Konsum- und Mobilitätspraxen fußt, sind die Maßnahmen der Straßenraumumgestaltung in Berlin als Teil einer umfassenden Mobilitätswende anzusehen. Denn bei letzteren geht es nicht nur um die ökologischere Verkehrsgestaltung, sondern auch darum, die Mobilitätswänge zu reduzieren, indem der Ort vor der Haustür als angenehmer Aufenthalts- und Begegnungsort gestaltet wird. Beide Projekte sollen kurz skizziert werden.

Das Material zur Antriebswende umfasst zehn Interviews mit Elektroautofahrenden aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands. Da das zugrunde liegende und aktuell noch andauernde Projekt an die Methodologie der Grounded Theory (Strauss/Corbin 2015) angelehnt ist, folgte die Fallauswahl Überlegungen des theoretischen Samplings, insbesondere der Herstellung maximaler Kontraste. So ist das Sample bewusst heterogen bezüglich des Wohnortes und dessen Siedlungsstruktur, des Alters und Familienstands, des Bildungshintergrunds und des Berufs der Interviewten. Faktisch ist im Sample die soziale Heterogenität durch die sozial spezifische Verteilung von E-Autos eingeschränkt, da der E-Auto-Besitz von finanziellen Ressourcen und Gegebenheiten des Wohnortes abhängt sowie von einer milieuspezifischen Offenheit bzw. Ablehnung der Nutzung von technischen Innovationen und »grünen« Technologien (Hardman u.a. 2016). Folglich setzt sich das Sample vorwiegend aus Angehörigen der tendenziell pro-ökologischen, in gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Fragen progressiv geneigten Milieus der sozio-ökonomischen Mitte zusammen. Zudem gibt es drei Fälle, die ökologisch indifferenten, besitzindividualistisch geneigten Milieus der unteren Mitte zuzurechnen sind. Die

Interviews wurden zwischen Februar und August 2023 geführt. Alle Interviewten besitzen zum Zeitpunkt des Gesprächs seit mindestens einem halben Jahr ein E-Auto, das einen Pkw mit Verbrennungsmotor abgelöst hat. Verändert haben sich dadurch sowohl die Materialität des eigenen Autos und der genutzten Ladeinfrastruktur als auch die Wahrnehmung von und Eingebundenheit in automobile und nachhaltigkeitsbezogene Diskurse, insbesondere die Debatten über den Sinn und Unsinn von Elektroautos (siehe Beitrag von Nina Schlosser und Markus Wissen in diesem Band).

Das Material zur Mobilitätswende besteht aus zwei Datensätzen zu Straßenraumumgestaltungen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Der erste Datensatz umfasst 18 semi-strukturierte Interviews mit Anwohnenden einer im Jahr 2021 neu eingerichteten Fußgänger*innenzone (Klaever/Verlinghieri 2024.). Im Rahmen dieser Umgestaltung wurden alle Parkplätze zu Flächen für urbanes Grün und Sitzgelegenheiten umgewidmet sowie die Straßen für Fußgänger*innen geöffnet und für den Pkw-Verkehr größtenteils gesperrt. Die Interviews wurden ein Jahr nach Beginn der ersten, aber noch fortdauernden Umbaumaßnahmen geführt. Das Sample enthält Befürworter*innen, Unentschlossene und Gegner*innen der Maßnahme und weist eine große sozio-ökonomische Vielfalt in Bezug auf Alter, Familienstand, Bildungsniveau, Beschäftigung und Einkommen auf.

Der zweite Datensatz zur Mobilitätswende enthält zwei Fokusgruppen: eine mit mobilitätseingeschränkten Menschen (FG1) und eine mit Frauen aus einer Wohnsiedlung (FG2), die laut Berliner Umweltgerechtigkeitsatlas besonders stark von Luft- und Lärmbelastung betroffen ist (Klaever u.a. 2024). In der Gruppe FG1 nahmen acht Personen teil, die nach Selbstauskunft entweder aufgrund einer körperlichen Behinderung oder ihres Alters mobilitätseingeschränkt sind. Die zweite Fokusgruppe umfasste neun mehrsprachige Teilnehmerinnen unterschiedlichen Alters, einige von ihnen nehmen Sozialleistungen in Anspruch. Alle Teilnehmenden der Fokusgruppen wohnen in einer Nachbar*innenschaft, in der im Jahr 2023 zwei Straßenzüge umgestaltet wurden. Auch wenn der Durchgangsverkehr dort weiterhin gestattet ist, wurden Parkplätze in Flächen für geteilte Mobilitätsangebote, Kiezterrassen, Lieferzonen und urbanes Grün umgewandelt. Die Fokusgruppen wurden leicht versetzt, aber unmittelbar nach der Umgestaltung durchgeführt. Unabhängig von der konkreten Straßenraumumgestaltung, bei der sich die Anwohnenden aktiv in die Gestaltung der neu gewonnenen Flächen einbringen konnten, haben sich für alle Befragten die Materialität und der Diskurs der (Auto-)Mobilität verändert.

Tabelle 1: Übersicht der Forschungsprojekte

	Projekt 1	Projekt 2
Transformationsvision	Antriebswende	Mobilitätswende
Maßnahme	Individueller Umstieg von Pkw mit Verbrennungsmotor auf E-Auto	Straßenraumgestaltung von automobilen Flächen hin zu Flächen für aktive Mobilität, Klimaschutzanpassung und Aufenthaltsqualität
Einbindung	Individuelle Entscheidung	Top-down-Prozess mit Partizipationsmöglichkeiten
Ort	Deutschlandweit, städtisch und ländlich	Berlin, Lausitzer Platz; Berlin, Graefekiez
Anzahl der Befragten	n=10	n=35
Soziale Positionen der Befragten	Unterschiedliche Milieus der sozio-ökonomischen Mitte	Sehr heterogen

Die beiden Forschungsprojekte eignen sich gut, um vergleichend aufzuzeigen, wie sich mit einer Antriebswende und einer Straßenraumgestaltung das Fühlen verändert. Da die Datenerhebung im Forschungsprojekt zur Antriebswende noch nicht abgeschlossen ist, ist das Sample hier deutlich kleiner und umfasst nur Menschen, die selbst aktiv Teil der Veränderung sind. Kritik an und negative Emotionen gegenüber den E-Autos, die es sowohl in stark konservativen als auch in links-grünen Milieus gibt, kommen hier nicht zur Sprache. Beide Interviewsets wurden deduktiv-induktiv analysiert, und zwar mit den Leitfragen, welche emotionalen Praktiken im Zuge der Veränderung aufkamen, welche emotionalen Narrative bezüglich Mobilität und Transformation dem zugrunde liegen und wie sie mit *engineered emotions* verknüpft sind. Die entsprechenden Kategorien des Theoriegerüsts sind induktiv aus dem Projekt zu E-Autos entstanden und wurden für eine deduktive Analyse des Materials zu Straßenraumgestaltung genutzt. Die spezifischen emotionalen Narrative wurden für beide Datensets induktiv rekonstruiert.

Gefühle in Transformationsprozessen

Antriebswende: Neue e-automobile Emotionen

Wie verändert sich das Fühlen im Zuge des Wechsels vom Verbrenner auf ein Elektroauto? Die materielle Beschaffenheit des Elektromotors, insbesondere das hohe Drehmoment, hat zur Folge, dass die Beschleunigung unmittelbar und zugleich ge-

räuscharm vonstatten geht. Das Beschleunigungsgefühl, das als *engineered emotion* verstanden werden kann, unterscheidet sich deutlich vom gewohnten Empfinden von Geschwindigkeit in einem Fahrzeug mit Verbrennungsmotor. So wird die erste Fahrt im E-Auto oft als »Aha-Erlebnis« (Interview 3, 17.5.2023) und Auslöser für eine Rekonfiguration der Haltung zu (E-)Autos beschrieben. Eine befragte Person formuliert es so: »Dann hat er mal Gas gegeben und das hat mein Leben schon ein bisschen umgekrempelt« (Interview 4, 8.8.2023). Das neue Fahrerlebnis löst bei vielen eine Welle intensiver Gefühle aus: Man sei nun »angesteckt« mit dem »E-Auto Fieber« (Interview 4, 8.8.2023); man sei nun, wie es in der Online-Community oft heißt, elektrifiziert. Dies ruft Abneigung gegen den eigenen alten Verbrenner hervor: »[D]as fühlte sich einfach komplett falsch an. Ich dachte nein, der geht einfach nicht mehr« (Interview 3, 17.5.2023) und zugleich Begeisterung und ein Verlangen nach dem Besitz eines eigenen E-Autos.

Dies ist insofern bemerkenswert, als dass dieses Narrativ auch und besonders von jenen Interviewten, die sich in pro-ökologische, eher progressive Milieus verorten lassen, reproduziert wird. Das milieutypische ökologisch-moralisch fundierte Desinteresse am Auto, die deutliche Abgrenzung von »Autofans«, die ostentative Betonung des Autos als »Gebrauchsgegenstand« (Interview 10, 7.8.2023), das »nur ein Nutzfahrzeug« (Interview 6, 29.6.2023) sei, habe sich mit dem Umstieg aufs E-Auto in verhaltene bis euphorische Begeisterung gewandelt. Bisherige Routinen des Fühlens gegenüber dem eigenen Auto werden auf den Kopf gestellt. Dass nun ein elektrisch angetriebener Kleinstwagen einen Sportwagen mit Leichtigkeit überholen kann, kehrt zudem die gewohnten Hierarchien auf den Straßen um und affirmiert dabei das Dominanzverhalten und die Lust an Beschleunigung, von der sich zuvor abgegrenzt wurde. Automobile Begeisterung und Überlegenheitsgefühle entstehen, wo vorher keine waren. Dass dieses Zusammenspiel aus Adrenalin und Endorphinen im Moment der Beschleunigung in den meisten Fällen als Überraschung und Rausch im positiven Sinne und nicht als Stress empfunden wird, liegt an der emotionalen Sozialisierung innerhalb einer automobilen Gesellschaft. Es ist ein sozial erlernter Genuss. Wie häufig dieses Gefühl gezielt durch extreme Beschleunigung aufgesucht wird, variiert und folgt dabei oftmals vergeschlechtlichten und insbesondere altersspezifischen Mustern. Dies zeigt, dass Körperlichkeit und Sozialität beim Fühlen kaum voneinander zu trennen sind und dass selbst der vermeintlich rein körperliche Geschwindigkeitsrausch ein erlerntes lustvolles Empfinden darstellt. Auch die Bedeutung, die dem Beschleunigungsgefühl in der Alltagspraxis, aber auch bei der Kaufentscheidung zugeschrieben wird, variiert, und zwar in diesen Falle stark milieuspezifisch: Je bildungsbürgerlicher und pro-ökologischer das Milieu, desto größer ist die Abgrenzung davon, dass man sich vom Reiz des Beschleunigungsgefühls habe lenken lassen, während ein unproblematisches Anerkennen der Bedeutung des Fahrspaßes in besitzorientierten Mitte-Milieus stärker ausgeprägt zu sein scheint.

Doch auch die emotionalen Narrative um das Auto unterliegen im Zuge der Antriebswende einem Wandel, der die normative Grundlage und Voraussetzung für den Genuss dieser *engineered emotions* in pro-ökologischen Milieus ist. Denn mit der Elektrifizierung wird nicht nur der Antrieb gewechselt, sondern auch um die Symbolik und das Wissen über E-Autos gerungen. Das Narrativ, das als latente Sinnstruktur insbesondere jene Interviewten, die sich (moderat) pro-ökologischen Milieus zuordnen lassen, durchzieht, ist eine Erzählung des Stolzes auf die eigene Fortschrittlichkeit, die moralische Integrität und den eigenen Mut. Es handelt sich um den Mut, sich selbstbestimmt gegen die gesellschaftliche Norm und die eigene Gewohnheit des Verbrenners entschieden zu haben. Im Bewältigen der ersten Ladeprobleme und dem Vertrautmachen mit der neuen Laderoutine vermengt sich mit diesem Stolz zudem ein Gefühl der Selbstwirksamkeit und der Freude darüber, neue technische und alltagspraktische Herausforderungen meistern zu können und damit den E-Auto-Kritiker*innen, die behaupten, dass dieses ja nicht alltagstauglich sei, zu trotzen. Performativ hervorgebracht wird dieses Fühlen etwa in Posts und Blogs in sozialen Medien über die ersten Langstreckenfahrten und Urlaubsreisen mit dem neuen E-Auto: Hier werden der Stolz und die Freude in Bild, Text, Emoji und Video ausgedrückt, durch Likes von anderen sozial bestätigt und verstärkt. In Rekurs auf den in E-automobilen Kreisen dominanten Diskurs, dass E-Autos *die* Autos der Zukunft seien, und dem unerschütterlichen Glauben daran, dass es nur noch eine Frage der Zeit sei, bis auch der*die letzte Verbrennerfahrer*in dies einsehen werde, festigt sich das Gefühl, Vorreiter*in zu sein. Durch die eigene Praxis und das dabei angesammelte Erfahrungs- und Fachwissen fühlt man sich dem Rest der automobilen Bevölkerung einen Schritt voraus und überlegen. Es kristallisiert sich ein emotionales Narrativ heraus, das als »Pioniergefühl« beschrieben werden kann: Das e-automobile Subjekt fühlt sich als stolze*r Wegbereiter*in einer neuen, besseren Zukunft. Das Pioniergefühl ist damit eingebettet in die größere Erzählung einer gesellschaftlichen Transformation vom fossilen Zeitalter hin zur »grünen« Elektroautomobilität. In modernen kapitalistischen Gesellschaften, in denen Fortschritt und Innovation als positive Werte gelten, ist der*die Pionier*in – als Sozialfigur, die den Wandel vorantreibt und für andere »Pionierarbeit« (Interview 8, 6.8.2023 & Interview 6, 29.6.2023) leistet – bereits an sich eine positiv besetzte Figur. Verbindet sich dies noch mit dem moralischen Argument der CO₂-Reduktion und dem Beitrag zur Bearbeitung der ökologischen Krise, so wird dies zusätzlich moralisch untermauert. Im Narrativ der Pioniergefühle verschmilzt in pro-ökologischen Milieus der Stolz auf die eigene Fortschrittlichkeit mit dem guten grünen Gewissen, Teil einer Veränderung in die richtige Richtung zu sein, dem Gefühl, »auf der richtigen Seite der Geschichte« (Interview 6, 29.6.2023) zu stehen, und dem Empfinden moralischer Erleichterung, durch die eigene Mobilität nun endlich nicht mehr so viele Emissionen zu verursachen. Dieses Empfinden wird auch durch alltagspraktische Erfahrungen reproduziert und verstärkt: Denn beim

alltäglichen Konkurrenzkampf um Geschwindigkeit »gewinnt« der*die E-Mobilist*in den allermeisten Fällen. So wird aus der sprichwörtlichen Fortschrittlichkeit auch eine praktisch erlebbare. Das E-Auto verheißt nicht nur ein neues körperliches Fahrgefühl, sondern bietet auch ein neues Identifikations- und Subjektivierungsangebot als Fortschrittstreiber*in und moderne*r, moralisch rechtschaffene*r, ja grünere*r Autofahrer*in – was für eben jene bürgerlichen, moderat pro-ökologisch orientieren Milieus besonders anschlussfähig ist.

Mobilitätswende: vielschichtige Emotionen

Die mit der Mobilitätswende einhergehende Straßenraumgestaltung hat zur Folge, dass sich die Wahrnehmung und das Empfinden des Raums und der eigenen Bewegung darin verändert. Da der öffentliche Raum gezielt durch Sitzgelegenheiten, Begrünung etc. so gestaltet wird, dass sich die Aufenthaltsqualität verbessern und man sich auf der Straße nun wohlfühlen soll, kann auch hier von *engineered emotions* gesprochen werden.

Die durch diese Transformationsperspektive evozierten Aufenthalts- und Bewegungsgefühle unterscheiden sich maßgeblich davon, wie Menschen gewöhnt sind, sich in einem automobilgeprägten Raum zu bewegen und zu sein. Dabei zeigt sich aber, dass das *emotional engineering* nicht immer im Sinne der Planer*innen gelingt.

Das Bewegen und Sein im neu gestalteten Raum wird häufig als entspannter und als erfrischende Neuerfahrung beschrieben, die in starkem Kontrast zu den früheren, vom Auto dominierten Verhältnissen stehe. Diese neue Aufenthaltsqualität weckt eine Vielzahl positiver Gefühle: Die Befragten berichten, dass sie sich in den grüneren und ruhigeren Umgebungen deutlich entspannter fühlen. Zudem wird der Blick nicht mehr von zahlreichen parkenden Autos verstellt, was neue Freiheitsgefühle in Bezug auf die Sicht und die Bewegung im Raum ermöglicht. Auch beschreibt eine interviewte Person, dass sie nun ein »totales sicheres Gefühl, so ein richtiges Freiheitsgefühl« (Datensatz 1, Interview 14, 12.6.2023) bei Bewegung im Raum empfinde. Diese Veränderungen lösen Begeisterung und Euphorie aus und stellen das bisherige Empfinden in Frage. Dass nun ein entspanntes Verweilen und fast erholsames Bewegen im Raum möglich ist, kehrt zudem das bislang gewohnte Gefühl von Anspannung und Stress in diesem Raum um.

Auf der anderen Seite wird das Bewegen und Sein im neugestalteten Raum von einigen Interviewten auch mit einer Vielzahl negativer Gefühle besetzt, da die neue Materialität das vorherige Gefühl der Vertrautheit erodiert. Diese empfundene Entfremdung entstehe vor allem dadurch, dass die wahrgenommene gesteigerte Aufenthaltsqualität mehr Menschen und Tourist*innen anziehe, was den ohnehin existierenden Gentrifizierungsprozess weiter beschleunige. Vor der Umgestaltung kannte man die Menschen, konnte die Kinder unbesorgt draußen spielen lassen, da die Nachbar*innen auf sie achteten, und man saß gern in den Cafés, Restaurants

und Kneipen, weil man die anderen Menschen dort kannte – man fühlte sich also insgesamt vertraut. Die »Amüsier- und Party-Meile« (Datensatz 2, FG1, 24.8.2023), als welche die umgestaltete Straße empfunden wird, erschwere gar die Bewegung im Raum. Gefühle von Sorge, Angst und Genervtheit gegenüber der Veränderung lassen der alten Materialität eine neue Wertschätzung zukommen – sie scheint gar eine emotionale Renaissance zu erleben.

Diese positiven und negativen Gefühle variieren und folgen dabei oftmals altersspezifischen und sozio-ökonomischen Mustern. Insbesondere scheint die Wahrnehmung und Bewertung von Mobilität und Raum in hohem Maße milieuspezifischen Faktoren zu unterliegen: In bildungsbürgerlichen und ökologisch orientierten Milieus wird das Erleben des neuen Raums tendenziell positiver bewertet. Diese positive Bewertung kann aber erheblich komplexer werden, wenn innerhalb dieser Milieus Diskriminierungsebenen wie etwa Mobilitätseinschränkungen vorliegen, die mit einem Zwang zur Automobilität einhergehen. In solchen Fällen berichten Interviewte zwar von einer positiven Wahrnehmung des Raumes, jedoch von einer negativen Empfindung hinsichtlich der Bewegung. So beschreibt eine Person: »Ich bin auf das Auto angewiesen [...] Ich kann maximal gut 200 Meter laufen. Das [Projekt] macht das Viertel für mich unbewohnbar« (Datensatz 2; FG 1, 24.8.2023). Eine weitere Abweichung der doch eher klassischen milieuspezifischen Empfindung entsteht auch in Abhängigkeit von ökonomischem Kapital. Wenn aufgrund mangelnder finanzieller Ressourcen der Alltag bereits seit Jahren ohne Auto bestritten wird, ist die Empfindung in Bezug auf die Bewegung zwar positiv, aber in Bezug auf den Raum eher negativ, weil Angst vor Gentrifizierung besteht. Das Viertel werde »immer mehr zu Kneipenviertel« und es gebe »immer weniger so normale Läden« – so die Befürchtung (Datensatz 2, FG 1, 24.8.2023).

Ähnlich umkämpft wie die beiden zuvor beschriebenen *engineered emotions* sind auch die emotionalen Narrative, die im Zuge der Mobilitätswende einen Wandel erleben. Denn mit der Umgestaltung des Raums wird auch um die Deutungshoheit im Diskurs über die Zukunft der Mobilität und insbesondere das gute Leben in der Stadt gerungen. So scheinen sich die emotionalen Narrative insbesondere am Empfinden über den Diskurs der urbanen, sozial-ökologischen Nachhaltigkeit zu entfachen. In diesem Diskurs wird die Notwendigkeit verhandelt, die Klimakrise im urbanen Kontext zu adressieren. Er wird derzeit von dem Wissen dominiert, dass Automobilität mit ökologischen und sozialen Problemen einhergeht und entsprechend angegangen werden sollte. Wenig verwunderlich ist daher, dass die Umgestaltung des Straßenraums innerhalb dieses Diskurses als eine Maßnahme zur Förderung einer nachhaltigeren und gerechteren Gesellschaft angesehen wird. Mit dieser diskursiven Verschiebung gehen jedoch widersprüchliche emotionale Narrative einher.

So können sich einige Interviewte mit dem Diskurs und der daraus entstehenden neuen Subjektformierung des multimodalen autofreien Subjektes gut identi-

fizieren. Sie verstehen sich als Treiber*innen dieser Veränderung, von der ja letztlich alle profitierten. Es entsteht ein Gefühl der moralischen Rechtschaffenheit aufgrund der eigenen Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit – man fühlt sich nahezu überlegen gegenüber denjenigen, die sich nicht für eine nachhaltigere Zukunft des eigenen Kiezes einsetzen. Hier in der Nachbar*innenschaft sei man nun in der Lage, besser mit den Folgen des Klimawandels umzugehen. Damit geht auch ein gewisser Stolz einher, da hier ein Bewusstsein für die richtigen und wichtigen Maßnahmen für eine nachhaltige Zukunft vorhanden sei. Man hat nun Freude am Gärtnern auf den umgestalteten Flächen, den skeptischen Blicken trotzt man und auf neugierige Nachfragen antwortet man gern. Wenn dann die Maßnahmen der nachhaltigeren Zukunft, für die man sich gemeinsam eingesetzt hat, umgesetzt werden, entsteht ein Gefühl der (politischen) Selbstwirksamkeit und Euphorie. Das Engagement trägt Früchte. So empfinden die Interviewten nun Freude, wenn sie durch die umgestalteten Straßen laufen, Menschen auf den Bänken sitzen und Kinder auf der Straße spielen sehen. Gleichzeitig gehen den Interviewten schon neue Gedanken durch den Kopf, wie es noch schöner werden könnte. In ihrem Zusammenspiel ergeben diese positiven Arten des Fühlens ein neues emotionales Narrativ, nämlich Transformationsstolz, der Neckels Konzept der »ökologischen Distinktion« nicht unähnlich ist (Neckel 2018).

Andere wiederum können sich mit dem Diskurs um urbane Nachhaltigkeit und damit auch mit den Umgestaltungsmaßnahmen nicht identifizieren. Das ist wenig überraschend, da durch die diskursive Verschiebung nun das automobilen Subjekt nicht mehr das »Normalsubjekt« ist, sondern die Abweichung. Zudem wird die Umgestaltung als eine Art Elitenprojekt wahrgenommen, das von einer privilegierten, »jungen, gesunden« Gruppe (Datensatz 2, FG 1, 24.8.2023) vorgebracht werde, der man selbst eben nicht angehöre. Dieses Gefühl des Nicht-Dazugehörens, löst nicht nur Reaktanz und Aggression gegenüber der Straßenraumumgestaltung aus, sondern auch gegenüber den Gruppen, die diese diskursive und materielle Verschiebung vorantreiben. Dabei kann diese Reaktanz mit ganz unterschiedlichen und fluktuierenden Gefühlen einhergehen, die von Traurigkeit und Angst bis hin zu Trotz und Wut reichen, denn schließlich werde man selbst und die eigene Lebensrealität ja nicht gesehen. Es zeigt sich ein emotionales Muster des Sich-abgehängt-Fühlens und des Frusts über das Nicht-gehört-Werden, das für prekäre Milieus und besitzorientierte Milieus der sozio-ökonomischen unteren Mitte nicht untypisch ist (Mau u.a. 2023). Diese intensive emotionale Gemengelage entsteht, weil »die Politiker da oben« und »die Grünen« vermeintlich den Menschen ihre Vorstellungen überstülpten (Datensatz 2, FG 2, 30.10.2023). Nicht nur werde einem die Vorstellung, wie man selbst hier in der Nachbar*innenschaft zu leben habe, aufgedrückt, man fühlt sich auch bevormundet. Denn anscheinend wisse man ja selbst nicht mehr, was gut und richtig für einen ist, obwohl man selbst die Gentrifizierung am eigenen Leibe erlebe und Angst vor weiterer Entfremdung habe.

Das hier dominante emotionale Narrativ kreist um das Empfinden des Abgehängt-Werdens und führt ebenfalls zu einer emotionalen Praxis. So wird dem Gefühl zum einen durch Protestaktionen Form verliehen, unter anderem durch Graffiti oder öffentliche Beleidigungen. Zum anderen wird durch die Initiierung einer öffentlichen Gegenbewegung versucht, Diskurshoheit zurückzuerlangen.

Gefühle als Hemmnis und Treibstoff sozial-ökologischer Transformation

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus diesen Ergebnissen nun in Bezug auf den hegemonialen Status der Automobilität ziehen? Insbesondere in bürgerlichen, (moderat) pro-ökologisch orientierten Milieus kommt es durch den E-Antrieb zu einer Entdämonisierung des eigenen Autos. Auch wenn soziale und ökologische Probleme der E-Automobilität anerkannt werden, wird gern hervorgehoben, dass es im Vergleich zu den Verbrennern immerhin lokal emissionsfrei sei, nicht lärme und nicht stinke. Das vorherige (latente) schlechte Gewissen kann erfolgreich beiseitegeschoben werden, es wird nun überlagert vom Stolz auf den eigenen Beitrag zu einer Veränderung in die richtige Richtung. Die oben beschriebenen Pioniergefühle von E-Autofahrenden sind eine emotionale Schablone, ein Narrativ, das – plakativ gesprochen – »die Liebe zum Automobil« (Sachs 1990) auch in Zeiten der Klimakrise weiterträgt. Dieses Narrativ macht das Auto nun für gesellschaftliche Milieus anschlussfähig, die ihm eigentlich distanziert bis kritisch gegenüberstanden. Zudem gewinnt es auch im öffentlichen automobilen Diskurs abseits pro-ökologischer Milieus zunehmend an Bedeutung. Das auflagenstarke Magazin *Auto Bild* schreibt beispielsweise, dass einer der wichtigsten Gründe für ein E-Auto »ein grünes Gewissen und die Gewissheit, schon zum Teil mit grüner Energie unterwegs zu sein« sei (Brügge 2024). Auch wenn dieses emotionale Narrativ nicht in allen gesellschaftlichen Milieus anschlussfähig ist und um die Elektro-Automobilität etwa in fossil-affinen subalternen Milieus sich auch diverse negative Narrative etablieren (siehe Beitrag von Julian Niederhauser in diesem Band), zeigt sich, dass der moralische Konsens über Klimaschutz auch das Automobilitätsdispositiv beeinflusst. Durch den Nexus aus Nachhaltigkeit und Fortschrittlichkeit, der sich im Narrativ der Pioniergefühle abzeichnet, werden das Auto und das automobile Subjekt nicht nur entdämonisiert, sondern auch in ein positives Licht gerückt. Das Autofahren erlangt etwas von seinem Pioniergeist, seiner Abenteuerlust und Unschuld aus den Anfangszeiten der Automobilität zurück. Das Automobilitätsdispositiv wird dadurch letztlich konsolidiert und unter grünem Vorzeichen stabilisiert.

Dass das Automobilitätsdispositiv starke Beharrungskräfte aufweist, zeigt sich auch im negativen Empfinden gegenüber den beiden untersuchten Straßenraumumgestaltungen. Denn durch diesen Angriff auf die Vormachtstellung des PrivatPkws zeigt sich, wie groß der Widerstand dagegen sein kann, das Gewohnte, wel-

ches Sicherheit in der Alltagsbewältigung vermittelt, hinter sich zu lassen. Der antizipierte Lebenswandel, der mit dieser Transformation einhergeht, wird als Verlust eigener (Entscheidungs-)Freiheit, Sicherheit und gar Gerechtigkeit empfunden – zumindest von jenen, die in ihrem Alltag stark abhängig vom Auto sind und/oder sich so wahrnehmen.

Der infrastrukturelle Lock-in der Automobilität übersetzt sich auch in eine emotionale Festgefahrenheit: Es zeigt sich die Schwierigkeit, Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit in einer Mobilität abseits des Privat-Pkws zu empfinden und damit neue Routinen des Fühlens zu erlernen.

Gleichzeitig wird deutlich, dass mit der Umgestaltung des vormals automobil-dominierten Raums – was ja bereits ein deutliches Anzeichen für das Wanken des Automobilitätsdispositivs zumindest in urbanen Räumen ist – auch neue emotionale Narrative entstehen, die wiederum jenen Pioniergefühlen der E-Autofahrenden nicht unähnlich sind: der Stolz darauf, Teil einer Transformation zu sein, und die Freude und Selbstwirksamkeit, die entsteht, wenn die Transformation im umgestalteten Raum auch erlebbar und spürbar wird. Sich als Subjekt durch eigene Alltagspraxen oder durch Beteiligung an Gestaltungsprozessen als Teil einer Transformation zu sehen, die sowohl moralisch notwendig als auch alltagspraktisch von Nutzen ist und mit der man sich identifizieren kann, geht einher mit einem positiven Fühlen und neuen emotionalen Narrativen bezüglich des öffentlichen Raums und der (Auto-)Mobilität.

Aber dieses Fühlen ist ein voraussetzungsreiches emotionales Muster: Es ist vor allem in jenen Milieus bereits erprobt und Teil der emotionalen Dispositionen, die aufgrund der eigenen Ressourcenausstattung, der eigenen Absicherung und des dadurch größeren Gestaltungsspielraums für das eigene Leben, Veränderungen nicht mit Verunsicherung und Sorge, sondern mit Offenheit begegnen können. Es scheint sich zu bestätigen, dass Veränderungsaversion und -erschöpfung milieuspezifisch sind (vgl. Mau u.a. 2023). So betonen auch Kohler und Manderscheid:

[I]t must be acknowledged above all that participation in a real-world experiment, which intervenes so deeply in everyday life, required a high level of mental and temporal resources. Especially the pandemic exhausted many people and dimmed enthusiasm to try something new. Against the background of multiple, ongoing crises, continuity, absence of change and perpetuation of the normal give the feeling of stability and security. (Kohler/Manderscheid 2024: 12)

Mit unserem Beitrag haben wir aufgezeigt, wie wichtig die Rolle von Gefühlen in Transformationsprozessen ist und, dass sie sowohl in wissenschaftlichen als auch in praktischen und politischen Kontexten stärkere Berücksichtigung erfahren sollten. Denn Gefühle können Hemmnis, aber auch Treibstoff einer sozial-ökologischen Transformation sein. Um dieses Zusammenspiel zu analysieren, ist

es sinnvoll, Fühlen nicht nur als biologisch bestimmte, sondern als sozial erlernte Praxis in einem machtförmig strukturierten Raum zu verstehen. Die Begriffe der emotionalen Narrative und der *engineered emotions* liefern sinnvolle Konzepte für das Zusammenspiel von Macht und Gefühl, die es anhand weiterer empirischer Forschung zu schärfen gilt. Zudem haben wir gezeigt, dass die Gefühls-Brille in Transformationsprozessen hilft, um die damit verbundenen Konflikte analytisch besser zu begreifen. Es scheint nicht auszureichen, der sozial-ökologischen Transformation rational zu begegnen; vielmehr ist die Anerkennung der Emotionalität aller Transformationsprozesse von Nöten. Sich die Emotionalität der sozial-ökologischen Transformationen zu eigen zu machen, bedeutet zu reflektieren, welche neuen emotionalen Narrative für wen (nicht) anschlussfähig sind und welche Konsequenzen dies hat. So zeigt sich, dass Scham- und Schuldzuweisungen bezüglich bestimmten Alltagshandelns selten zu Verhaltensänderungen, sondern eher zu Reaktanz und Ohnmachtsgefühlen führen. Möglichkeiten für Selbstwirksamkeitserfahrungen hingegen können eine Identifikation mit Transformationsprozessen unterstützen, sofern sie anschlussfähig an bestehende emotionale Dispositionen sind.

Literatur

- Ahmed, Sara (2004): *The Cultural Politics of Emotion*. Edinburgh.
- Bourdieu, Pierre (1982): *Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt a.M.
- Brügge, Matthias (2024): Was sind die Vorteile, Was sind die Nachteile von Elektroautos? (11. 05 2024). URL: <https://www.autobild.de/artikel/elektroauto-pro-und-kontra-e-auto-1263896.html> – -67310330, Zugriff: 17.7.2024.
- Corbin, Juliet/Strauss, Anselm (2008): *Basics of Qualitative Research: Techniques and Procedures for Developing Grounded Theory*. Los Angeles.
- Fritz, Martin/Eversberg, Dennis (2024): Mentalities, classes and the four lines of conflict in the social-ecological transformation. In: *European Political Science* 23(1): 39–55.
- Gössling, Stefan u.a. (2016): Urban Space Distribution and Sustainable Transport. In: *Transport Reviews* 36(5): 659–679. DOI: <https://doi.org/10.1080/01441647.2016.1147101>.
- Hardman, Scott u.a. (2016): Comparing high-end and low-end early adopters of battery electric vehicles. In: *Transportation Research Part A: Policy and Practice* 88: 40–57. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.tra.2016.03.010>.
- Klaever, Anke u.a. (2024): Lived Expertise of structurally disadvantaged: Towards a more just participatory transport planning process. In: *Mobilities*: 1–18. DOI: <https://doi.org/10.1080/17450101.2024.2426554>.

- Klaever, Anke/Verlinghieri, Ersilia (2024): Who is (not) in the room? An epistemic justice perspective on low-carbon transport transitions. In: *Journal of Environmental Policy & Planning*: 1–16. DOI: <https://doi.org/10.1080/1523908X.2024.2422842>.
- Kohler, Martin/Manderscheid, Katharina (2024): Who do we mobilise? Applied transformative mobilities research in a real-world laboratory. In: *Applied Mobilities* 9(2): 187–205. DOI: <https://doi.org/10.1080/23800127.2024.2345981>.
- Manderscheid, Katharina (2012): Automobilität als raumkonstituierendes Dispositiv der Moderne. In: Füller, Henning/Michel, Boris (Hg.): *Die Ordnung der Räume*. Münster, 145–178.
- Manderscheid, Katharina (2013): Automobile Subjekte. In: Scheiner, Joachim u.a. (Hg.): *Mobilitäten und Immobilitäten*. Essen, 105–120.
- Manderscheid, Katharina (2020): Antriebs-, Verkehrs- oder Mobilitätswende? Zur Elektrifizierung des Automobilitätsdispositivs. In: Brunnengräber, Achim/Haas, Tobias (Hg.): *Baustelle Elektromobilität*. Bielefeld, 37–67.
- Massumi, Brian (2002): *Parables for the Virtual. Movement, Affect, Sensation*. Durham/London.
- Mau, Steffen u.a. (2023): *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin.
- Maur, Imke von (2018): *Die epistemische Relevanz des Fühlens: habitualisierte affektive Intentionalität im Verstehensprozess*, Universität Osnabrück.
- Neckel, Sighart (2018): Ökologische Distinktion. In: Neckel, Sighart u.a. (Hg.): *Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit: Umrisse eines Forschungsprogramms*. Bielefeld, 59–76.
- Nielsen, Kristian Steensen u.a. (2021): How psychology can help limit climate change. In: *American Psychologist* 76(1): 130–144. DOI: <https://psycnet.apa.org/doi/10.1037/amp0000624>.
- Räsänen, Keijo/Kauppinen, Ilkka (2020): Moody habitus: Bourdieu with existential feelings. In: *Journal for the Theory of Social Behaviour* 50(3): 282–300. DOI: <https://doi.org/10.1111/jtsb.12234>.
- Reckwitz, Andreas (2011): Habitus oder Subjektivierung? Subjektanalyse nach Bourdieu und Foucault. In: Šuber, Daniel u.a. (Hg.): *Pierre Bourdieu und die Kulturwissenschaften. Zur Aktualität eines undisziplinierten Denkens*. Konstanz, 41–62.
- Sachs, Wolfgang (1990): *Die Liebe zum Automobil. Ein Rückblick in die Geschichte unserer Wünsche*. Reinbek bei Hamburg.
- Schachter, Stanley (1964): The interaction of cognitive and physiological determinants of emotional state. In: *Advances in experimental social psychology* 1: 49–80. DOI: [https://doi.org/10.1016/S0065-2601\(08\)60048-9](https://doi.org/10.1016/S0065-2601(08)60048-9).
- Scheer, Monique (2019): *Emotion als kulturelle Praxis*. In: Kappelhoff, Hermann u.a. (Hg.): *Emotionen. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Berlin, 352–362.

- Sheller, Mimi (2004): Automotive Emotions: Feeling the Car. In: *Theory, Culture & Society* 21(4-5): 221–242. DOI: <https://doi.org/10.1177/0263276404046068>.
- Steg, Linda (2005): Car use: lust and must. Instrumental, symbolic and affective motives for car use. In: *Transportation Research Part A: Policy and Practice* 39(2-3): 147–162. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.tra.2004.07.001>.



Teil III: Das (anti-)demokratische Potenzial der ökologischen Krise

Im Dienst des materiellen Wohlstands und einer zum selbstverständlichen Anspruch geronnenen Gewohnheit hierzulande wird an verschiedenen Ecken gewendet und gewandelt. Eingeführt wird das verheißungsvolle neue Alte, ausgeführt werden die alten Versprechen. Sie haben sich zwar auch bisher nur für einige wenige erfüllt, werden nun aber dennoch neu verpackt. Auch das geht vielen schon zu weit. Sie wollen auch in Zukunft das gute Alte – und zwar ganz verlässlich, am besten ganz ohne Verhandlung. Neuerungen wirklich nur dann, wenn sie Komfort und Entscheidungsfreiheit maximieren. »Solange es für uns hier passt, passt es«, lautet das Motto der einen wie der anderen. Also Hände hoch und rüber mit dem Stoff! Und unter keinen Umständen von der Stelle rühren! Womöglich ginge es auch anders: auf Augenhöhe, miteinander und füreinander. Einige sind sich dessen sogar gewiss. Aber die Macht der Gewohnheit, die Hüterin der Ordnung der (alten und neuen) Dinge auf Geheiß der gewohnten Mächtigen winkt ab. Um ihre Ordnung zu wahren, scheint sie gar bereit, kollektive Errungenschaften preiszugeben.

Teil III lotet die Auswirkungen der Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse auf Demokratie aus. Eine Lösung der Krise, so wurde in Teil II ersichtlich, setzt nicht nur parallele Transformationsprozesse auf sämtlichen politischen Handlungsebenen voraus. Sie bedarf darüber hinaus einer globalen Koordinierung und damit einer gegenseitigen Verständigung über umfassende Veränderungen. Und zwar in zweifacher Hinsicht: Zum einen als Abstimmung der Zielsetzungen sowie etwaiger negativer Folgen einzelner Transformationsinitiativen; zum anderen als Abstimmung der vielfältigen Betroffenheiten, Bedürfnisse und Interessen der Bewohnenden eines heißer werdenden Planeten in ihren diversen sozialen Lagen wie auch raumzeitlichen Sphären. Zwar ist die Krise mitnichten das Werk aller, die Transformation sollte es dafür aber umso mehr sein. Demokratiepoltisch stellt sich dieser Gerechtigkeitsanspruch als noch nie dagewesene Herausforderung dar. Zumindest theoretisch motiviert die Krise dazu, über die begrenzte liberale Demokratie hinauszugehen und neuartige Formen kollektiver Verständigung sowie Mitbestimmung in globalem Maßstab zu erlernen und dauerhaft einzurichten.

Krise und Transformation der liberalen Demokratie

Zwischen autoritärer Regression und Demokratisierung

Kristina Dietz und Markus Wissen

In ihrer Rede auf der Demonstration gegen rechts vor der Europawahl am 8. Juni 2024 in Berlin argumentierte die Publizistin Carolin Emcke: Angesichts der großen Herausforderungen unserer Zeit, vor allem der sozial-ökologischen Transformation und der Friedenssicherung, könnten wir es uns eigentlich nicht leisten, uns um die autoritären Rechte zu kümmern. Diese habe keinerlei Antworten auf die drängenden Fragen; der Kampf gegen sie koste wertvolle Zeit, die wir für die Lösung der von ihr negierten Probleme benötigen. Dennoch sei der Kampf gegen rechts natürlich zentral, denn mit einer Rechten in der Regierung verschlechterten sich die Möglichkeiten, den großen Herausforderungen zu begegnen, immens. Wir stimmen Carolin Emcke vor allem im letzten Punkt zu, möchten ihr Argument aber modifizieren und weiterentwickeln. Beim Aufstieg der autoritären Rechten handelt es sich nicht um ein Problem, das auf die eigentlichen Herausforderungen aufgesattelt wird und dessen wir uns entledigen müssten, um uns diesen zuwenden zu können. Vielmehr sind die verschiedenen Herausforderungen konstitutiv miteinander verbunden. Der Aufstieg der autoritären Rechten ist auch ein Produkt der multiplen Krisen des Kapitalismus und ihrer unzureichenden politischen Bearbeitung: der Klimakrise, der Biodiversitätskrise, der wachsenden sozialen Ungleichheit, der ungleichen globalen Lebensverhältnisse, der sozialen Reproduktionskrisen. In all diesen Krisen und den Formen ihrer Bearbeitung manifestiert sich eine fundamentale Krise der liberalen Demokratie als der den kapitalistischen Gesellschaften des globalen Nordens lange Zeit adäquaten Regierungsform.¹

Unter liberaldemokratischen Vorzeichen, so unsere These, lassen sich die multiplen Krisen und existenziellen Herausforderungen nicht bearbeiten. Vielmehr stehen liberaldemokratisch verfasste Gesellschaften vor der Alternative eines Rückfalls hinter die liberale Demokratie oder einer Demokratisierung derselben. Wir

1 Unter liberaler Demokratie verstehen wir jene Regierungsform, die allen Staatsangehörigen ab einem bestimmten Alter politische Rechte gewährt, also formal politische Gleichheit gewährleistet, und gleichzeitig gesellschaftliche Machtzentren wie das Privateigentum an den Produktionsmitteln gegen demokratische Entscheidungen abschottet.

argumentieren, dass Letztere eine Ausdehnung von demokratischen Entscheidungsverfahren auf jene gesellschaftlichen Bereiche bedeuten würde, die in der liberalen Demokratie als Privatangelegenheiten gelten und deshalb systematisch gegen demokratische Formen der Entscheidungsfindung abgeschottet werden. Es ginge um eine Form gesellschaftlicher Aushandlung von Inhalten und der Richtung der sozial-ökologischen Transformation, die in einem umfassenden Sinne inklusiv ist, auf wechselseitig anerkannten Berechtigungen basiert, alle Lebensbereiche umfasst, auch den der Ökonomie, und patriarchale, rassistische und klassenbezogene Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse überwindet. Derzeit stehen die Zeichen vielerorts auf Rückfall. Dennoch lassen sich »Gärungsprozesse« in Richtung einer Demokratisierung der Demokratie beobachten. Eine sozial-ökologische Transformation kann nur gelingen, wenn sie in einem radikalen Sinne demokratisch ist, das heißt, die Demokratisierung der Demokratie als eine ihrer Kernaufgaben begreift.

Der Beitrag legt den Schwerpunkt auf die Krisenanalyse, wobei vor allem europäische Gegenwartsgesellschaften in den Blick genommen werden. Er ist wie folgt aufgebaut: Zunächst analysieren wir die Gründe für den Aufstieg der autoritären Rechten unter Berücksichtigung der ökologischen Krise und ihrer Bearbeitung. Danach entwickeln wir einige Überlegungen zur Krise der liberalen Demokratie, für die der Aufstieg der autoritären Rechten ein wichtiger Gradmesser ist. Abschließend widmen wir uns den Potenzialen und Hindernissen einer Demokratisierung der Demokratie, wie sie in Kämpfen um eine sozial-ökologische Transformation aufscheinen.

Die autoritäre Rechte in der ökologischen Krise

Wir leben in einer »Zeit der Monster« – so die recht freie Übersetzung einer Passage aus Antonio Gramscis Gefängnisheften durch Slavoj Žižek (2010). Gramsci selbst sprach von »unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen«, die eine Periode des Übergangs, des »Interregnums«, kennzeichnen (Gramsci 1991 [1930]: 354). Die »Monster« werden von tiefgreifenden Krisen hervorgebracht, sie reagieren auf diese mit ebenso einfachen wie falschen Antworten. Dort, wo sie über Entscheidungsgewalt verfügen, drohen sie eine Gesellschaft noch tiefer in die Krise hineinzuführen.

Die sich zuspitzende ökologische Krise ist ein Grund für das Auftauchen der Monster. Sie erschüttert Gewissheiten und ersetzt sie durch die Ahnung, dass sich alles ändern wird. Nicht selten verstärkt sie die Verunsicherungen, die den Alltag vieler Menschen seit langem prägen. Im Folgenden beschreiben wir zwei aus unserer Sicht zentrale Verunsicherungen der Gegenwart: die klassen- und die identitätsbezogene Verunsicherung. Wir zeigen, wie diese durch die ökologische Krise, insbesondere durch die Art ihrer Bearbeitung, überlagert und dynamisiert werden

und wie sich die autoritäre Rechte diese Überlagerungen zunutze macht (vgl. Brand/Wissen 2024: 170ff.).²

Bei der ersten Verunsicherung handelt es sich um die Verschärfung des Klassen Gegensatzes. Sie ist das Resultat einer Jahrzehnte währenden neoliberalen Politik. Ihre Erscheinungsformen sind Verlust- und Abstiegsängste bzw. -erfahrungen einer Vielzahl von Menschen, die nach der neoliberalen Wende der Sozialdemokratie und dem Bedeutungsverlust, den linke Parteien vielerorts erlebt haben, kaum mehr einen progressiven politischen Ausdruck finden. Die Rechte weiß das zu nutzen – nicht, indem sie Klassenfragen als solche, also als ein Problem zwischen Oben und Unten thematisiert, sondern, indem sie sie in horizontale Gegensätze übersetzt und der Krise mit exklusiver Solidarität begegnet. Diese richtet sich gegen Asylsuchende und Migrant*innen, aber auch gegen weitere Gruppen so genannter Anderer, die von einer »woken« Politik angeblich bevorzugt werden. Insbesondere stehen Menschen im Fokus der Rechten, die aufgrund ihrer Geschlechtsidentität und sexuellen Orientierung die vorherrschende Heteronormativität in Frage stellen oder die sich (in Gestalt feministischer Bewegungen) der männlichen Dominanz in der Arbeitswelt, in der Politik und im Alltag widersetzen.

Dies verweist auf die zweite Verunsicherung, die von der autoritären Rechten regressiv politisiert wird. Im Unterschied zur Verschärfung des Klassengegensatzes handelt es sich bei ihr um eine aus emanzipatorischer Perspektive zu begrüßende Entwicklung. Denn verunsichert werden Identitäten, die lange Zeit als unhinterfragte Norm oder gar als natürlich galten und die die Herrschaftsverhältnisse, die sich in ihnen manifestierten, wirksam zum Verschwinden brachten: traditionelle Vorstellungen von Männlichkeit, von Geschlechtsidentitäten und von sexuellen Orientierungen sowie neokolonial und rassistisch motivierte Unterscheidungen. Die autoritäre Rechte nutzt diese identitätsbezogene Verunsicherung bzw. die heraufbeschworene Krise der Männlichkeit, indem sie Affekte wie Wut, Zorn und Angst mobilisiert und in eine »maskulinistische Identitätspolitik« (Sauer/Penz 2023: 130) zu kanalisieren versucht. Forderungen nach »Mannhaftigkeit« und nach der »Erneuerung einer Männerkultur« sowie die Anrufung des »kleinen Mannes von der Straße« und eines »männlichen Stolzes« sind diskursive Kernelemente dieser Politik (ebd.: 129ff.).

Indem die autoritäre Rechte diese beiden Verunsicherungen regressiv politisiert, bedient sie die *emotionalen* Interessen (Hochschild 2018) einer weißen, vor allem männlichen Klientel. Sie überspielt damit die Tatsache, dass sie selbst

2 Unter der »autoritären Rechten« fassen wir sowohl Parteien, die derzeit in vielen Ländern bei Wahlen Zuwächse verzeichnen (teilweise handelt es sich dabei um sich radikalisierende Konservative – siehe die Entwicklung der britischen Tories und der US-amerikanischen Republikaner), als auch ihre gesellschaftlichen Vorfelddorganisationen (Verlage, Thinktanks, soziale Bewegungen etc.).

meist einen autoritären Neoliberalismus vertritt, der den *materiellen* Interessen von großen Teilen ihrer Klientel diametral entgegensteht (Friedrich 2019). Die autoritäre Rechte macht sich dabei einen von Stuart Hall (2012: 84ff.) beschriebenen Mechanismus zunutze: Demnach lassen sich vertikale Klassengegensätze zwischen Oben und Unten durch die Verschärfung von horizontalen Differenzen bearbeiten – durch ethnisierte und koloniale Unterscheidungen zwischen einem Innen und einem Außen, zwischen Weißen und BIPOC oder durch geschlechtsspezifische Differenzen zwischen heterosexueller Cisgeschlechtlichkeit und davon abweichenden sexuellen Orientierungen und Geschlechtsidentitäten. Die autoritäre Rechte kann durchaus gegen die materiellen Interessen von Teilen ihrer Klientel im Klassenkonflikt verstoßen, solange sie dies mit anderen Identitätsangeboten kompensiert. Der politische Fehler der neoliberalen Sozialdemokratie war, dass sie den Zusammenhang zwischen Klassen- und Identitätsfragen nicht beachtet hat: Sie hat die Einwanderungspolitik (auf eine sehr instrumentelle Weise) liberalisiert, die Gleichstellung gefördert und die Rechte von Homosexuellen und Menschen mit anderer Geschlechtsidentität gestärkt. Allerdings hat sie diesen Abbau von horizontalen Differenzen nicht mit einem Kampf gegen Ausbeutung und Klassismus verbunden. Im Gegenteil: Sie hat den Klassengegensatz negiert und verschärft (in Deutschland etwa durch die Agenda 2010) – und damit der autoritären Rechten in die Hände gespielt. Diese stellt den Klassengegensatz nicht in Frage, bearbeitet die aus ihm resultierenden Widersprüche aber regressiv, indem sie tatsächliche und vermeintliche identitätspolitische Liberalisierungen »affektpolitisch« instrumentalisiert und Ressentiments schürt (Mau u.a. 2023: 372ff.). Dabei kommt ihr zugute, dass die Liberalisierungen selbst immer schon die Möglichkeit des Autoritären in sich bargen. Denn viel weniger als den Emanzipationsansprüchen progressiver sozialer Bewegungen folgten sie den geschlechter- und arbeitsmarktpolitischen Flexibilitätsanforderungen eines neoliberalen Kapitalismus. Sie schränkten jene kollektiven Räume und sozialen Sicherheiten ein, die die Rechte nun unter rassistischen, nationalistischen und patriarchalen Vorzeichen zu verteidigen vorgibt. Insofern trug der bürgerlich-sozialdemokratische Neoliberalismus dazu bei, den Nährboden für den Aufstieg der neoliberal-autoritären Rechten zu bereiten (vgl. Ludwig/Woltersdorff 2018).

Die ökologische Krise bzw. die Art und Weise ihrer Bearbeitung überlagert und dynamisiert die klassen- und diversitätspolitischen Verunsicherungen. Das zeigt sich etwa an den gesellschaftlichen Konflikten um Mobilität. Hier droht eine marktförmige und primär auf Veränderung der Antriebstechnologie setzende Krisenbearbeitung die soziale Ungleichheit zu verschärfen. Zugespitzt formuliert: Die Reichen kaufen sich Elektro-SUVs von Tesla; den Armen, die sich das nicht leisten können, wird das Fahren mit dem kleinen Verbrenner verteuert, ohne dass umweltfreundliche Alternativen etwa im ÖPNV zur Verfügung gestellt würden. Dazu kommt, dass mit dem Angriff auf den Verbrennungsmotor eine hiermit eng verknüpfte, von Ca-

ra Daggett (2023) als »Petromaskulinität« bezeichnete, hegemoniale Männlichkeit in Frage gestellt wird. In deren Verteidigung verdichtet sich gleichsam die regressive Politisierung der Klimakrise: Petromaskulinität ist zugleich antiökologisch, antifeministisch und rassistisch. Mit ihr lässt sich »das faschistische Begehren katalysieren [...], einen Lebensraum zu sichern, einen Haushalt, der verbarrikadiert ist vor dem Gespenst des bedrohlichen Anderen, egal, ob es sich dabei um Schadstoffe, Immigrant*innen oder um von der geschlechtsspezifischen Norm abweichende Personen handelt« (ebd.: 53f.).

Durch die Verteidigung der Petromaskulinität gewinnt die autoritäre Rechte auch deshalb an Attraktivität, weil es sich um ein klassenübergreifendes Angebot handelt, das an eingeübte und tief im Alltagsverstand verankerte neoliberale Dispositionen anknüpft. Zwar sind die Erfahrungen und Interessen petromaskuliner Subjekte je nach Klassenzugehörigkeit sehr unterschiedlich: »Aggressive junge Männer mit übermotorisierten Autos, die sie weder beherrschen noch besitzen (sondern leasen), unterscheiden sich vom Porsche Cayenne fahrenden Manager, für den sein Gefährt ebenso Statussymbol wie Komfortzone ist [...]. Das Angebot, das sie [die autoritäre Rechte, KD/MW] dem petromaskulinen Subjekt jedoch unabhängig von seiner Klassenzugehörigkeit macht, besteht darin, eine geschlechtsspezifische, rassifizierte gesellschaftliche Arbeitsteilung zu stabilisieren, die Möglichkeit zu garantieren, sozial-ökologische Kosten weiterhin zu externalisieren, und die anti-rassistischen, feministischen und klimabewegten Kräfte kleinzuhalten, die genau dagegen aufbegehren« (Brand/Wissen 2024: 185f.; siehe auch Dörre u.a. 2023 sowie den Beitrag von Julian Niederhauser in diesem Band).

Dass die autoritäre Rechte klassenspezifische Ausbeutungs- und Missachtungserfahrungen reaktionär politisiert, dass sie durch die Verteidigung von Identitäten ein klassenübergreifendes Angebot in einer vom Verlust vertrauter Gewissheiten und von der sich zuspitzenden ökologischen Krise geprägten Zeit unterbreitet, macht sie so gefährlich. Ihr Aufstieg ist zudem ein Gradmesser für die Krise, in der sich die liberale Demokratie befindet.

Die Krise der liberalen Demokratie

Bei der Analyse liberaler Demokratien in der ökologischen Krise fällt zunächst die staatlicherseits mehr oder weniger konsequent verfolgte Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft auf. Diese beinhaltet zum einen Ansätze, mit denen die ökologische Verantwortung auf die individuelle Ebene verlagert wird (z.B. finanzielle Anreize zum Kauf eines E-Autos). Zum anderen werden technische und marktförmige Ansätze zur Reform von Wirtschaft und Gesellschaft (ökologische Modernisierung), mit dem Ziel der Dekarbonisierung verfolgt. Beispielhaft für Letzteres sind der *European Green Deal* (EGD) und der *Inflation Reduction Act* (IRA) der Biden-Admi-

nistration. Die deutsche Ampel-Koalition versuchte sich an ähnlichen, wenn auch weitaus weniger ambitionierten Maßnahmen. Die Zeichen, so ließe sich schlussfolgern, stehen auf grünem Kapitalismus. Bei genauerem Hinsehen stellt sich dies allerdings komplizierter dar: Die im EGD vorgesehenen Investitionen werden von der fiskalpolitischen Austerität erschwert, zu der sich die Mitgliedstaaten der EU verpflichtet haben. Der Rechtsruck bei den Europawahlen 2024 dürfte zudem den politischen Rückhalt für das ganze Programm beeinträchtigen. Ähnliches gilt für den IRA nach dem Wahlsieg von Donald Trump und für die Initiativen der deutschen Ampelregierung nach den Neuwahlen Anfang 2025.

Das alles bedeutet nicht das Aus der ökologischen Modernisierung. Dafür ist die volkswirtschaftliche Bedeutung grüner Branchen bereits zu hoch und die entsprechenden Kapitalfraktionen sind zu mächtig. Die Aufstiege der Rechten haben jedoch Konsequenzen für die Funktionalität und Hegemoniefähigkeit eines grünen Kapitalismus als einer möglichen, postneoliberalen kapitalistischen Formation. Diese erscheint höchst fragil und widersprüchlich. Wahrscheinlicher ist, kurz- bis mittelfristig, ein »grüner Katastrophen-Kapitalismus« (Candeias 2023), in dem ökologische und autoritäre Elemente eine fragwürdige Allianz eingehen und die soziale Ungleichheiten verstärkende Bearbeitung der ökologischen Krise zum Einfallstor der autoritären Rechten wird. In jedem Fall zeichnen sich in jüngerer Zeit die Grenzen der liberalen Demokratie deutlich ab. Die ökologischen Widersprüche des Kapitalismus scheinen sich in ihrem Rahmen kaum mehr einhegen, geschweige denn sozial gerecht bearbeiten zu lassen.

Mit den Grenzen oder der Krise der liberalen Demokratie beschäftigen sich Sozialwissenschaftler*innen im Hinblick auf Europa und Nordamerika seit einigen Jahren. In den 2000er Jahren argumentierte Colin Crouch (2008), dass sich die liberale Demokratie im Kontext der Neoliberalisierung zu einer Postdemokratie entwickle. Postdemokratie beschreibt ein politisches Gemeinwesen, bei dem die Kerninstitutionen liberaler Demokratien (Wahlen, Regierungswechsel, Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit) formal intakt sind, faktisch aber zunehmend ausgehöhlt werden. Politische Entscheidungen werden mehrheitlich hinter verschlossenen Türen getroffen, »von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten« (ebd.: 10). Eric Swynnedouw (2009) argumentiert in diesem Zusammenhang, dass die Bearbeitung der ökologischen Krise durch technologische Reformen ein Ausdruck von Post-Politik sei. In dieser würden »ideologische Auseinandersetzungen und politischer Dissens durch technischemanagementmäßige Planung, durch Experten- und Verwaltungshandeln ersetzt« (ebd.: 385). Ziel einer post-politischen Krisenbearbeitung sei nicht die Bearbeitung und Lösung von Krisen, sondern die Erhaltung von Wohlfahrt, die Sicherung des Lebensstandards der (eigenen) Staatsbürger*innen und die Aussendung der Botschaft, dass angesichts der wachsenden sozial-ökologischen Verwerfungen etwas getan werde, ohne jedoch grundlegend etwas zu verändern.

Ingolfur Blühdorn (2020) spricht hierauf bezugnehmend von einer neuen Phase der Demokratie, die er »simulative Demokratie« nennt. Diese zielt auf kollektive Selbsttäuschung und die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung, da an sozial-ökologisch zerstörerischen Normen und Werten nicht gerüttelt werde. Blühdorn argumentiert subjekttheoretisch. Für ihn besteht die Krise der liberalen Demokratie darin, dass sich im Kontext sozial-ökologischer Krisen gesellschaftliche Subjektivitäten und der normative Kern der Demokratie veränderten. Angesichts des Schwindens wohlfahrtskapitalistischer Sicherheiten, die lange Zeit Handlungsorientierung für Individuen gegeben hätten, etwa die Erwartung von Wohlstand, Wachstum und sozialem Aufstieg, bilde sich ein neuer Subjekttypus heraus: das »nicht-nachhaltige Ich« (Blühdorn 2018: 168). Dieses setze auf Normen und Werte wie Individualismus, Externalisierung ökologischer und sozialer Kosten und die Verteidigung der eigenen Privilegien gegenüber den multiplen »Anderen«. Demokratiepoltisch sei das fatal, weil das nicht-nachhaltige Ich in den westlichen Gesellschaften in der Mehrheit sei. Liberale Demokratien sind Wahl- und Mehrheitsdemokratien. Wenn sich aber die vermeintlich bedrohten Mehrheiten abwendeten von einer Politik sozial-ökologischer Transformation, dann würde die liberale Demokratie zu einem institutionellen Vehikel der Nicht-Nachhaltigkeit (Blühdorn 2020).

Dieser Analyse liegt implizit eine Vorstellung zugrunde, früher sei es besser gewesen – mit der liberalen Demokratie. Früher bezieht sich auf die (Sozial-)Demokratie in der Phase des Fordismus, die in Westeuropa gekennzeichnet war durch eine wachsende soziale Teilhabe der (männlichen) lohnabhängigen Klassen (Streck 2015: 88). Kritische Analysen zeigen demgegenüber, dass der liberalen Demokratie institutionelle und strukturelle Grenzen immanent sind, die eine demokratische, sozial-ökologische gerechte Krisenbearbeitung behindern. Die Grenzen manifestieren sich in unterschiedlichen Konflikten, in denen sich aus historisch-materialistischer Perspektive (Buckel 2017; Demirović 2013) und in den Worten von Stephan Lessenich die »inhärente *Dialektik* der Demokratie« (Lessenich 2019: 123) zeigt. Der erste strukturelle Konflikt ist der Klassengegensatz, also der Konflikt zwischen »Oben und Unten« (ebd.). Die zyklische, in Folge gesellschaftlicher Kämpfe stattfindende Ausweitung gesellschaftlicher Teilhabe in der Demokratie resultiert bei privilegierten Gruppen nicht selten in reaktionären Gegenbewegungen. Ziel dieser Gegenbewegungen ist es, den »demokratischen Sozialraum« nicht zu groß werden zu lassen (ebd.: 134) und vor allem die (Teilhabe-)Rechte jener einzuschränken, die nichts besitzen. Der liberalen Demokratie liegt eine eigentumsverhaftete Form der Politik zugrunde. Auch wenn sich diese heute nur indirekt zeigt, ist »die Regierung der Besitzenden [...] die in der Moderne dominante Form der Demokratie geblieben« (Redecker 2020: 134f.).

Der zweite strukturelle Konflikt ist der zwischen »Innen und Außen« (Lessenich 2019: 132). Er gründet sich auf Herrschaftsverhältnisse entlang von Geschlecht, *race*, ethnischer Herkunft. Eine zentrale Institution der horizontalen Teilhabeexklusion

ist die der Staatsbürgerschaft (*citizenship*). Auch hier zeigen sich historisch Doppelbewegungen, die darauf hindeuten, dass die Ausweitung demokratischer Berechtigungen auf bestimmte Gruppen immer einhergeht mit Schließungen gegenüber anderen (vgl. Wallerstein 2003).

Dies verweist auf einen dritten strukturellen Konflikt: den der räumlichen Begrenzung der liberalen Demokratie auf den Nationalstaat und der Konzeption von Teilhabe in »nationalgesellschaftlichen Kategorien« (Lessenich 2019: 126). Der demokratiepolitische Fokus auf den Nationalstaat steht jedoch im wachsenden Widerspruch zu den transnational interdependenten Krisendynamiken, zur Herausbildung zunehmend plurinationaler Gesellschaften und zu den grenzüberschreitenden sozial-ökologischen Implikationen demokratischer Politikentscheidungen im Nationalstaat.

Der vierte strukturelle Konflikt der liberalen Demokratie liegt in deren materieller Basis begründet. Timothy Mitchell (2011) hat eindrücklich herausgearbeitet, dass Demokratie nicht nur eine universelle Idee ist, sondern auch eine stofflich-materielle Seite besitzt, die sich in Machtverhältnissen, Teilhabeinstitutionen und der (Un-)Möglichkeit, demokratische Rechte einzufordern, manifestiert. Die liberale Demokratie ist eine Kohlenstoffdemokratie (*carbon democracy*). Erst mit der Entdeckung der Kohle im 19. Jahrhundert als wichtigstem Energierohstoff bildeten sich in Europa Massendemokratien heraus. Kohle verlieh den Arbeiter*innen im Bergbau weitreichende Machtressourcen, mit denen sie Teilhabe- und demokratische Rechte einforderten. Mit dem Zeitalter des Öls veränderten sich die Kräftekonstellationen zuungunsten der Arbeiter*innen. Teilhabe erfolgte jetzt vor allem über öl- und ressourcenabhängigen Konsum, unter breiter impliziter Zustimmung zur Externalisierung der damit verbundenen Kosten (Wissen 2016).

Der fünfte strukturelle Konflikt wurzelt in der inhaltlichen Begrenzung der liberalen Demokratie. C.B. Macpherson (1977: 10) betont, dass freie und individuelle Entfaltung und gleiche Beteiligung nur möglich seien, wenn ein für alle gleicher Zugang zu den hierfür nötigen Arbeits- und Produktionsmitteln bestehe. Diese sind in kapitalistischen Gesellschaften jedoch ungleich verteilt, so dass sich Verhältnisse der Ausbeutung (von Arbeitskraft, Natur etc.) und die ungleiche Verteilung von Macht ergeben. Politische Gleichheit und Emanzipation lassen sich unter diesen Bedingungen nur in einem sehr eingeschränkten Maß erreichen. In liberalen Demokratien und unter Bedingungen formaler Gleichheit stellen die Kapitalverwertung und die Garantie der Nutzenmaximierung (wirtschaftlicher Erfolge einzelner) die bestimmenden Momente des »demokratischen Kompromisses« (ebd.: 201) dar. Eine weitergehende Demokratisierung der Wirtschaft ist nicht vorgesehen. Und hier liegt das Problem. In der liberalen Demokratie mit ihren Prinzipien der formalen Trennung von öffentlich und privat, von Politik und Ökonomie ist eine demokratische Entscheidung etwa darüber, was profitorientierte private Unternehmen wie und wozu produzieren oder wie und für wen sie Wohnungen bauen, nicht vorgese-

hen. In diesem Sinne fordern soziale Bewegungen wie die Berliner »Deutsche Wohnen & Co enteignen« die Vergesellschaftung von Wohnraum (vgl. Nuss 2024).

Dass die liberale Demokratie an die Grenzen ihrer Kapazitäten der Widerspruchsbearbeitung gerät, ist der Ausprägung und Artikulation dieser strukturellen Konflikte in der heutigen Krisenkonstellation geschuldet. Mit der Zuspitzung der ökologischen Krise erodieren die materiellen Grundlagen von Klassenkompromissen und damit der Bearbeitung des Oben-Unten-Gegensatzes. Das raum-zeitliche »Außen«, auf das die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften des globalen Nordens aufgrund der in ihnen vorherrschenden »imperialen Lebensweise« (Brand/Wissen 2017) in der Vergangenheit ihre sozial-ökologischen Kosten verlagern und in dem sie Natur und Arbeitskraft in Wert setzen konnten, verschwindet zunehmend. Dies wird noch dadurch verschärft, dass mit dem Aufstieg Chinas und anderer Länder zu kapitalistischen Großmächten immer mehr Gesellschaften davon abhängig werden, ihrerseits auf ein Außen zuzugreifen, statt als ein solches für den globalen Norden zur Verfügung zu stehen. Das Außen wird dadurch zunehmend umkämpft, der imperialen Lebensweise geht die Geschäftsgrundlage verloren. Das verschafft autoritären Kräften Aufwind, die diese Lebensweise autoritär und exklusiv zu stabilisieren versprechen, indem sie horizontale Konflikte (im Hinblick auf Geschlecht, Herkunft, Natur) schüren und die aufbrechenden Widersprüche mit identitätspolitischen Angeboten zu bearbeiten versuchen.

Damit – und das ist in unserem Zusammenhang entscheidend – treibt die autoritäre Rechte auch die bürgerliche Mitte vor sich her. Diese erleidet vielerorts bei dem Versuch Schiffbruch, mittels einer mehr oder weniger zaghaften ökologischen Modernisierung die kapitalistische Produktions- und die dieser entsprechende imperiale Lebensweise krisenfest zu machen. Das liegt nicht nur an handwerklichen Fehlern, wie sie zweifellos gemacht werden, sondern an einem grundsätzlichen Problem: Um der Tiefe der ökologischen Krise gerecht zu werden, kann eine ökologische Modernisierung nur der erste Schritt in Richtung einer grundlegenden sozial-ökologischen Transformation sein, die den grünen Kapitalismus schließlich auch über seine eigenen Begrenzungen hinaustreiben müsste. Andernfalls würden die ökologischen Effekte vom Wirtschaftswachstum überkompensiert und der Naturverbrauch würde sich eher verlagern, etwa von fossilen auf metallische Rohstoffe, als absolut zurückzugehen.

Demokratisierung der Demokratie?

Eine grundlegende Transformation, die über eine grün-kapitalistische Modernisierung hinausgeht, setzt voraus, dass Demokratie radikaler gedacht wird. Unter liberal-demokratischen Bedingungen ist eine solche Transformation nicht vorstellbar. Denn sie verlangt tiefgreifende Einschränkungen von Freiheits- und Eigentums-

rechten, die die Besitzenden selbstverständlich in Anspruch nehmen, obwohl sie auf Kosten anderer gehen. Die Gewährleistung dieser Rechte bildet aber den Kern der liberalen Demokratie. Dies zeigt sich aktuell in Deutschland. Statt über die liberale Demokratie hinauszugehen, fällt die bürgerlich-sozialdemokratisch-grüne Mitte hinter sie zurück. Getrieben von der autoritären Rechten biegt sie selbst auf den Weg der autoritären Stabilisierung eines selektiv ökologisch modernisierten Katastrophen-Kapitalismus ein. Nach außen errichtet sie ein immer repressiveres Migrationsregime und setzt auf eine Militarisierung der internationalen Beziehungen statt auf Diplomatie und eine multilaterale Weltordnung. Im Inneren kriminalisiert sie Klima-Aktivist*innen und attackiert die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit. Hieran kann die autoritäre Rechte problemlos anknüpfen. »In einer Situation, in der die Zuspitzung und Häufung von sozial-ökologischen Krisenphänomenen sowie deren Politisierung die liberale Demokratie an die Grenzen ihrer Legitimität und Funktionalität treiben, mobilisieren deren konservative, liberale, grüne und sozialdemokratische Repräsentant*innen alle Mittel zu ihrer Verteidigung und setzen genau damit liberaldemokratische Essentials aufs Spiel oder gar außer Kraft« (Brand/Wissen 2024: 193).

Was würde es demgegenüber bedeuten, die Demokratie zu demokratisieren? Grundsätzlich ginge es darum, die Dialektik und die Ambivalenz der liberalen Demokratie gegen deren eigene Begrenzungen in Anschlag zu bringen. Um mit Johannes Agnoli (1990: 39) zu sprechen: »Die westliche Demokratie, zweifellos die der ›Marktwirtschaft‹ adäquate Weise öffentlich-rechtlicher Herrschaft und selbst ein Produkt des Kapitalismus, ist nicht dessen sicherster Garant. [...] In ihr wirkt sich [...] immer noch eine Ambivalenz aus, die in ihrer Idee selbst liegt und immer wieder hervorbricht, wenn die Idee von politischen Bewegungen ernst genommen und als Werkzeug des Fortschritts gebraucht wird.« In diesem Sinn würde eine Demokratisierung der Demokratie erstens bedeuten, die oben im ersten und zweiten Konflikt angesprochenen strukturellen Teilhabebeschränkungen zu überwinden und den demokratischen Raum auszuweiten. Das bedeutet, die in der liberalen Demokratie verankerten politischen Grundrechte wie Versammlungs- und Meinungsfreiheit oder passives und aktives Wahlrecht radikal zu vertiefen und auf alle Mitglieder der Gesellschaft im Sinne eines weiten Verständnisses von *citizenship* auszudehnen. Dieses geht über nationale Staatsbürgerschaft hinaus, es beinhaltet das Recht, unabhängig von Klasse, *race*, sozialer Herkunft etc. Rechte zu haben (Somers 2008).

Zweitens wäre die Demokratie ausgehend vom fünften strukturellen Konflikt auszuweiten: Zentrale gesellschaftliche Bereiche wären der Profitlogik zu entziehen und einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen (Brand/Wissen 2024: 217). Das betrifft vor allem jene sozialen und sozio-technischen Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, die die soziale Reproduktion gewährleisten: Wohnen, Bildung und Kinderbetreuung, medizinische Versorgung und Pflege, Ernährung und Land-

wirtschaft, Mobilität, Kommunikation sowie Wasser- und Energieversorgung (vgl. Dietz 2017). Viele dieser Bereiche wurden im Neoliberalismus privatisiert oder als öffentliche Bereiche einem Wettbewerbs- und Profitabilitätswang unterworfen. Sie der Marktlogik wieder zu entziehen, beschreibt Sabine Nuss (2024) als »die kleine Wiederaneignung«, verstanden als die Wiederherstellung und Ausweitung von öffentlichem gegenüber privatem Eigentum. Aktuelle Kampagnen und Forderungen zur Vergesellschaftung setzen hier an (vgl. Stupka 2022: 13). Die Verschiebung der Verfügungsmacht von privat zu öffentlich, d.h. von Privat- zu Gemeineigentum, ist eine Grundvoraussetzung für eine veränderte, demokratische Verfügungsweise und eine Umkehrung des Verfügungszwecks, von der Profit- zur Bedürfnisorientierung. Solche Verschiebungen, um die in Kampagnen wie »Deutsche Wohnen und Co enteignen« gekämpft wird, würden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle, die von den Folgen bestimmter Produktionsentscheidungen betroffen sind, gleichberechtigt an deren Zustandekommen mitwirken könnten.

Sicherlich würde das den einzelnen ein höheres Maß an politischer Beteiligung abfordern. Das bedeutet allerdings nicht, dass alle ständig damit beschäftigt wären, irgendetwas auszuhandeln. Denn bestimmte Dinge wie der gleichberechtigte Zugang aller zu den reproduktionsnotwendigen technischen und sozialen Infrastrukturen stünden einfach nicht mehr zur Disposition. Als grundlegende soziale Rechte wären sie vielmehr in einer radikaldemokratischen Gesetzgebung oder gar Verfassung verankert und dadurch vor Angriffen geschützt. Sie müssten auch nicht ständig wieder von Neuem erkämpft und abgesichert werden. Gegenstand von Aushandlungsprozessen wäre vielmehr ihre konkrete Umsetzung und Ausgestaltung. Die heute von weiten Teilen der besitzenden Klassen geschmähten »Verbote« würden als gesellschaftliche Regeln begriffen, die für ein friedliches und respektvolles Miteinander im nationalen und internationalen Maßstab ebenso wie im Verhältnis zwischen den Generationen sowie zwischen Menschen und nicht-menschlicher Natur unabdingbar sind. Auch dies wäre handlungsentlastend. So müsste z.B. nicht mehr über den Bau von Atomkraftwerken oder die Massenproduktion von Autos debattiert werden. Beides (und vieles andere mehr) wäre illegitim, weil die negativen Folgen so weit in Zeit und Raum ausgreifen, dass die Betroffenen kaum beteiligt werden könnten – sei es aus praktischen Gründen (Menschen im globalen Süden) oder sei es, weil sie noch nicht geboren sind (künftige Generationen). Sofern illegitime Entscheidungen in der Vergangenheit getroffen wurden, wären die aus ihnen resultierenden Aktivitäten zu stoppen und entstandene Schäden zu kompensieren. Grundsätzlich entscheidungsfähig wären nur mehr solche Fragen, bei denen es um verallgemeinerbare Bedürfnisse geht und irreversible Folgen nicht zu erwarten sind, deren raum-zeitliche Auswirkungen sich also auf diejenigen beschränken, die die Möglichkeit der gleichberechtigten Mitwirkung haben.

Dies käme einer Demokratisierung der liberalen Demokratie gleich, ihrer Aufhebung in einer radikalen Demokratie, die, so Sophie von Redecker und Christi-

an Herzig (2020), selbst noch durch die Inklusion nicht-menschlicher Natur zu radikalisieren wäre. Letzteres betrifft den vierten der oben genannten Konflikte. Es wirft Verfahrensfragen auf, folgt aber einer Logik demokratischer Politik: der Unterbrechung der herrschenden Normalität durch diejenigen, denen bisher Stimme und Mitwirkung verweigert wurde. Sofern es sich dabei um Gruppen handelt, deren Identität wesentlich durch ihre Bezüge zu Land, Klima und Biodiversität geformt wird, erhielte auch die nicht-menschliche Natur eine Stimme im demokratischen Prozess (ebd.: 666). Die Vorstellung von den demokratischen Subjekten würde also erweitert. Und es würden jene Bereiche für demokratische Prozesse geöffnet, die die liberale Demokratie systematisch gegen eben solche Prozesse abschottet. Auch das wäre noch keine Garantie dafür, dass keine Entscheidungen mehr zu Lasten anderer und der Natur getroffen werden, aber es wäre eine wichtige Voraussetzung: »Irrationale Entscheidungen und ihre Kosten sind nicht auszuschließen, aber diese Kosten tragen alle. Da dies alle wissen, würden sie auch eher versuchen, Entscheidungen zu Lasten der Natur in der Nähe und in der Ferne zu verhindern. Das könnten sie, weil sie nicht um ihre Existenz, ihr Leben, nicht um ihre Freiheiten und ihre Beteiligungsrechte fürchten müssten« (Demirović 2012: 70).

Demokratisierung als politische Praxis

Konkret und politisch praktisch werden die Forderungen nach der Demokratisierung von Demokratie dort, wo Menschen gemeinwohlorientiert, unter breiter Beteiligung und unabhängig von Klassenzugehörigkeit, Herkunft und *race*, Geschlecht etc. Aspekte der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion gemeinsam demokratisch gestalten. Beispiele für solche gelebten oder realen Utopien (Wright 2010) finden sich in unterschiedlichen Bereichen und auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen. Im Bereich Landwirtschaft und Ernährung sind es etwa Initiativen der Solidarischen Landwirtschaft (Solawi), das Ackersyndikat, Food-Coops oder solidar-ökonomische Formen der Nahrungsmittelproduktion und des Vertriebs. Beispiele aus dem Bereich Wohnen sind das Mietshäuser Syndikat, Mieter*innengenossenschaften, die Initiative »Deutsche Wohnen und Co enteignen« sowie die gemeinwohlorientierte, öffentlich-rechtliche Wohnraumversorgung auf kommunaler Ebene. Im Bereich Energie sind es Energiegenossenschaften »von unten« wie die Elektrizitätswerke Schönau, und in der Industrieproduktion sind es Initiativen wie das »Collettivo di Fabbrica«, das das Werk des Automobilzulieferers GKN in Campi Bisenzio bei Florenz auf die Produktion von Solarmodulen und Lastenrädern umzustellen versucht (Kaiser 2023). Diese Beispiele lassen sich im Sinne einer präfigurativen Praxis als die »Vorwegnahme einer anderen Ordnung« (Redecker 2020: 15) bzw. eine »Antizipation der Zukunft in der Gegenwart« (Boggs

1977: 363, Übers. d. Autor*innen) verstehen.³ Die Liste ließe sich fortsetzen. Die Demokratisierung der liberalen Demokratie ist nicht nur Voraussetzung und Medium einer grundlegenden sozial-ökologischen Transformation. Als politische Praxis schaffen die vielen – wenn auch oft kleinteiligen – Initiativen einer demokratischen Gestaltung von Ernährung, Landnutzung, industrieller Produktion, Wohnen oder Energie neue Institutionen gesellschaftlicher Organisation, auf die eine postkapitalistische sozial-ökologisch gerechte Gesellschaftsordnung angewiesen ist.

Literatur

- Agnoli, Johannes (1990): Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik. Freiburg.
- Blühndorn, Ingolfur (2018): Nicht-Nachhaltigkeit auf der Suche nach einer politischen Form. Konturen der demokratischen Postwachstumsgesellschaft. *Berliner Journal für Soziologie* 28(1), 151–180. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11609-018-0372-8>.
- Blühndorn, Ingolfur (Hg.) (2020): Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet. Bielefeld.
- Boggs, Carl (1977): Revolutionary process, political strategy, and the dilemma of power. In: *Theory and Society* 4(3), 359–393. DOI: <https://doi.org/10.1007/BF00206985>.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2024): Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven. München.
- Buckel, Sonja (2017): Dialektik von Kapitalismus und Demokratie. In: Eberl, Oliver/Salomon, David (Hg.): Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie. Wiesbaden: 19–41.
- Candeias, Mario (2023): Wir leben in keiner offenen Situation mehr Thesen zum Ende des Interregnums und warum es gerade jetzt einen Neustart der LINKEN braucht. In: *LuXemburg*. URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-leben-in-keiner-offenen-situation-mehr/>, Zugriff: 29.11.2024.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt a.M.
- Daggett, Cara (2023): Petromaskulinität. Fossile Energieträger und autoritäres Begehren. Berlin.
- Demirović, Alex (2012): Marx Grün. Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse demokratisieren. In: *LuXemburg* (3): 60–70.

3 Den Verweis auf den Begriff der Präfiguration verdanken wir Carla Noever Castelos. Siehe ihren Beitrag zusammen mit Friedemann Wiese in diesem Band.

- Demirović, Alex (2013): Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung. In: PROKLA 43(2): 193–215. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v43i171.266>.
- Dietz, Kristina (2017): Kämpfe um Bergbau und die Möglichkeiten demokratischer Transformation. Der Fall La Colosa in Kolumbien. In: PROKLA 47(4): 535–551. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v47i189.55>.
- Dörre, Klaus u.a. (2023): Klasse gegen Klima? Transformationskonflikte in der Autoindustrie. In: Berliner Journal für Soziologie 34: 9–46. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11609-023-00514-z>.
- Friedrich, Sebastian (2019): Die AfD. Analysen – Hintergründe – Kontroversen. Berlin.
- Gramsci, Antonio (1991 [1930]): Gefängnishefte. Band 2, Heft 3. Hamburg/Berlin.
- Hall, Stuart (2012): Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften 1. Hamburg.
- Hausknost, Daniel (2020): Die gläserne Decke der Transformation. Strukturelle Blockaden im demokratischen Staat. In: Blühdorn, Ingolfur (Hg.): Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet. Bielefeld: 161–189.
- Hochschild, Arlie Russell (2018): Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten. Bonn.
- Kaiser, Julia (2023): Rückkehr der Konversionsbewegung? Potenziale und Begrenzungen der Konversionsbestrebungen sozial-ökologischer Bündnisse rund um Autozuliefererwerke. In: PROKLA 53(1): 35–53, DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v53i210.2031>.
- Lessenich, Stephan (2019). Die Dialektik der Demokratie. Grenzziehungen und Grenzüberschreitungen im Wohlfahrtskapitalismus. In: Ketterer, Hanna/Becker, Karina (Hg.): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Berlin: 121–138.
- Ludwig, Gundula/Woltersdorff, Volker (2018): Sexuelle Politiken im autoritären Neoliberalismus zwischen den Versprechen von Freiheit und Sicherheit In: Pühl, Katharina/Sauer, Birgit (Hg.): Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse: queerfeministische Positionen. Münster: 47–72.
- Macpherson, Crawford B. (1977): Demokratietheorie. Beiträge zu ihrer Erneuerung. Mit einer Einleitung von Walter Euchner. München.
- Mau, Steffen u.a. (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin.
- Mitchell, Timothy (2011): Carbon Democracy. Political Power in the Age of Oil. London/New York.
- Nuss, Sabine (2024): Wessen Freiheit, welche Gleichheit? Die Ideologie des Privateigentums und die Notwendigkeit einer anderen Vergesellschaftung. Berlin.
- Redecker, Eva v. (2020): Revolution für das Leben: Philosophie der neuen Protestformen. Frankfurt a.M..

- Redecker, Sophie v./Herzig, Christian (2020): The Peasant Way of a More than Radical Democracy: The Case of La Via Campesina. In: *Journal of Business Ethics* 164: 657–670. DOI: <https://doi.org/10.1007/s10551-019-04402-6>.
- Sauer, Birgit/Penz, Otto (2023): *Konjunktur der Männlichkeit. Affektive Strategien der autoritären Rechten*. Frankfurt a.M./New York.
- Somers, Margaret R. (2008): *Genealogies of Citizenship: Markets, Statelessness and the Right to Have Rights*. Cambridge.
- Stupka, Jenny (2022): Die politisch-strategischen und theoretischen Potenziale von Vergesellschaftung. In: Organisationsteam Vergesellschaftungskonferenz (Hg.): *Neue Energie für Vergesellschaftung für neue Energie. Vergesellschaftungsperspektiven im Energiesektor. Broschüre zur Vergesellschaftungskonferenz 2022*. Berlin: 12–17.
- Swyngedouw, Erik (2009): Immer Ärger mit der Natur. »Ökologie als neues Opium für's Volk«. In: *PROKLA* 39(3): 371–389. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v39i156.420>.
- Wallerstein, Immanuel (2003): Citizens All? Citizens Some! The Making of the Citizen. *Comparative Studies in Society and History* 45(4), 650–679. DOI: <https://doi.org/10.1017/S0010417503000318>.
- Wissen, Markus (2016): *Jenseits der carbon democracy. Zur Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse*. In: Demirović, Alex (Hg.): *Transformation der Demokratie – demokratische Transformation*. Münster: 48–66.
- Žižek, Slavoj (2010): A permanent economic emergency. In: *New Left Review* (64): 85–95.

Das Phantom des Antiökologismus

Spurensuche nach den Subjekten aktiver Transformationsverweigerung¹

Julian Niederhauser

Deutschland scheint in Sachen Klimapolitik einen Kipppunkt überschritten zu haben. Der Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts über die unzulässige Umwidmung von Corona-Mitteln in Klimafonds, die Blockadehaltung der Liberalen in der Ampelregierung, der fossil-konservative Kulturkampf von Unionsparteien, *Bild* und Co, eine de facto klimawandelleugnende rechtsextreme Partei, die auf Landesebene Wahlen gewinnt – all dies zeigt einen klaren Trend: Klimaschutz, Generationengerechtigkeit und ökologischer Umbau sind Leitplanken einer Zukunftsvision, die immer mehr wie Schnee von gestern anmutet. Die über lange Jahre dominierende politisch-kulturelle Konstellation des Merkelismus ist passé (Ege/Gallas 2019). Zusammen mit der Migrations- und Gleichstellungspolitik werden Restbestände dieses einst so stabilen Gefüges auch hinsichtlich einer post-fossilen Transformation nach und nach gelockert und abgetragen. An die Stelle eines zuversichtlichen »Wir schaffen das!« ist ein Verlangen nach der Wahrung gewohnter Lebensweisen und Besitzstände getreten. Bemerkbar macht sich dieses regressive Verlangen mitunter darin, dass vormals moralisch Verpönte allmählich als akzeptabel oder im Lichte multipler Krisenerscheinungen gar unausweichlich erscheint.

Während also vieles auf eine klimapolitische Kehrtwende hindeutet, gilt Klimaschutz zumindest laut Meinungsumfragen nach wie vor als eines der wichtigsten Themen. Bei der jüngsten Umweltbewusstseinsstudie sprachen sich etwa 90 Prozent der Befragten für einen »umwelt- und klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft« aus, wohingegen nur zwei Prozent einen solchen entschieden ablehnten (Grothmann u.a. 2024: 126). Drei Viertel befürworten die Energie- und immerhin 63 Prozent die Verkehrswende in Deutschland, während bloß vier bzw. sechs Prozent »gar nicht« zustimmen (Teune u.a. 2021). Und auch eine breit angelegte Studie zu zeitgenössischen sozialen Konflikten in der Bundesrepublik, stellt fest,

1 Dank gebührt Ania Spatzier, Sophie von Redecker, Markus Wissen, Carla Ostermayer sowie Carla Noever Castelos für wertvolle Anmerkungen.

dass die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen außer Frage stehe und es in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung vielmehr darum gehe, »wie, wo und bei wem die Transformation ansetzen soll« (Mau u.a. 2023: 214; Herv.i.O.). Politisch-kulturelle Stimmungslage und Umfrageergebnisse liefern also ein höchst widersprüchliches Bild. Die Aversion gegen die Transformation, die sich in den öffentlichen Auseinandersetzungen im Zuge des gegenwärtigen Rechtsrucks immer unverhohlener Bahnbricht, findet auf der Ebene subjektiver Einstellungen scheinbar keine Entsprechung. Eine plausible Erklärung für diese Diskrepanz legt das Augenmerk auf die normative Aufladung nachhaltigkeitsbezogener Befragungen: Menschen neigen zu sozial erwünschten, also proökologischen Antworten – selbst wenn diese nicht ihrer eigentlichen Haltung entsprechen (Eversberg u.a. 2024: 25; Krause/Jetzkowitz 2023).

Verschiedene kritisch-sozialwissenschaftliche Arbeiten haben die Strukturen und Mechanismen beleuchtet, die trotz vordergründiger Nachhaltigkeitsbekenntnisse ein Festhalten an der fossilen Wirtschafts- und Lebensweise bewirken (Blühdorn u.a. 2020; Brand/Wissen 2017; Lessenich 2022; Schmelzer/Büttner 2024). Hier soll es hingegen um das verhältnismäßig kleine Bevölkerungssegment gehen, das eine sozial-ökologische Transformation nicht nur faktisch ablehnt, sondern geradezu verweigert, bis hin zu mutwilliger ökologischer Destruktion (Daggett 2023). Eine solche idealtypische subjektive Umgangsweise mit der Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse und etwaigen Transformationsmaßnahmen nenne ich *antiökologisch*². Sie unterscheidet sich von der kognitiven Leugnung der Krisensituation, der Ablehnung bestimmter Politik(-Formen) oder etwa Protesten gegen konkrete Projekte, wobei individuelle Überschneidungen keineswegs auszuschließen, sondern sogar wahrscheinlich sind. Antiökologismus zeichnet sich hingegen dadurch aus, dass die ökologische Problemlage zwar anerkannt, eine Bekämpfung ihrer Ursachen aber gerade nicht angestrebt wird. Stattdessen werden jene bekämpft, die die fossil-kapitalistische Lebensweise und damit verbundene Privilegien infrage stellen. Um jeden Preis soll Gewohntes und Ersehntes erhalten bleiben –

2 Antiökologismus begreife ich hier als eine sozialspezifische sowohl praktische wie imaginäre subjektive Grundhaltung in Bezug auf Gesellschaft und Natur, die sich aus einer typischen Verknüpfung von Einstellungsmerkmalen konstituiert, oder kurz: als eine »sozial-ökologische Mentalität« (Eversberg u.a. 2024: 68ff.). Meine Verwendungsweise der Bezeichnung hat somit ein anderes Augenmerk als jene, die Matthias Quent, Christoph Richter und Axel Salheiser (2022: 100ff., 118ff., 181ff.) vorschlagen. Unter Antiökologismus verstehen diese die gezielte Produktion und Verbreitung von Diskursen, die die gesellschaftlichen Ursachen der Klimakrise in Zweifel ziehen und/oder klimapolitische Maßnahmen grundsätzlich ablehnen, indem sie diese als elitäres Machwerk darstellen. Antiökolog*innen sind demnach politische, kommunikative und wirtschaftliche Akteur*innen, die derartige Diskurse befeuern. Mir geht es demgegenüber um jene subjektiven Dispositionen, die die Empfänglichkeit für transformationsfeindliche Diskurse begünstigen.

wenn nötig auch mittels Gewalt. Als subjektive Haltung ist der Antiökologismus somit selbstbezogen, exkludierend sowie antidemokratisch und lässt sich in seiner kompromisslosen Verteidigung einer klimaungerechten Gesellschafts- und Weltordnung als mentale Möglichkeitsbedingung eines fossilen Autoritarismus betrachten (Daggett 2023; Malm/Zetkin Collective 2021).

Zumeist ohne explizit ausgesprochen zu werden, schwingt er in rechtsextremen oder rechtslibertären Klimaprogrammatiken mit (Quent u.a. 2022: 28). Doch auch wenn antiökologische Ansichten in Meinungsumfragen als Ausreißer auftauchen, scheinen Menschen, die Transformation offen und aktiv verweigern, im öffentlichen Leben so gut wie nicht auffindbar zu sein. Irgendwie ist der Antiökologismus also da, seine Träger*innen aber nicht. Damit erinnert er an ein Phantom.

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, dieser trügerischen Gestalt auf die Schliche zu kommen. Wo findet man die Subjekte der Transformationsverweigerung oder zumindest Spuren, die auf deren Existenz schließen lassen? Diese sozial-ökologische Extremhaltung genau unter die Lupe zu nehmen, so der methodologische Hintergedanke dieser Fragestellung, ist insgesamt aufschlussreich in Hinblick auf Motive der Transformationsabwehr sowie die autoritäre Dynamik in der Gesellschaft.³ Im Zuge der Spurensuche wird das latent anwesende, manifest aber kaum greifbare Phänomen des Antiökologismus im Kontext aktueller Auseinandersetzungen um Transformation ergründet. Aufgezeigt wird hierbei eine Hintertreppe, die vorbei an der sozialen Erwünschtheit und hinter die Fassade bewusst gehaltener Weltanschauungen führt. Dadurch wird deutlich, dass der Antiökologismus maßgeblich von den Widersprüchen der dominierenden ökomodernen Transformationspolitik befeuert wird und im Kontext des gegenwärtigen Rechtsrucks an Selbstvertrauen gewinnt. Um die Fährte aufnehmen zu können, gilt es aber zunächst zusammenzutragen, was bereits an Hinweisen hinsichtlich seiner Beschaffenheit und sozialen Verortung vorliegt.

Phantombild: männlich, fossilistisch, dominanzorientiert

Transformationsbezogene Haltungen und damit auch Ausprägungen aktiver Verweigerung sind nicht zufällig über die Sozialstruktur verteilt, sondern korrelieren

3 Der vorliegende Beitrag basiert auf einer mehrjährigen Forschung zu subjektiven Motiven und Artikulationen von Antiökologismus in krisen- und umbruchsgeprägten Zeiten. Was hier als Spurensuche dargestellt wird, veranschaulicht Herausforderungen bei der Konturierung und Zugänglichmachung des Forschungsgegenstandes. Datengrundlage des Dargestellten bilden vor allem zwischen Oktober 2021 und September 2023 erfolgte teilnehmende Beobachtungen in transformationsaversen Online- und Offline-Räumen. Empirisches Kernstück der Forschung sind teilnarrative Interviews mit Personen, die in solchen Räumen verkehren und antiökologische Einstellungszüge aufweisen (Niederhauser 2023).

mit der sozialen Position und sind von Klassenverhältnissen geprägt (Eversberg u.a. 2024: 17). Folgt man der Theorietradition des Ökofeminismus, sind sie überdies aufs engste mit Geschlechterverhältnissen verwoben. Für den Fall des Antiökologismus ist gar davon auszugehen, dass dieser ein hochgradig vergeschlechtlichtes Phänomen ist. Val Plumwood (1993) etwa weist auf die westliche kulturelle Identität des *master* hin, die als herrschaftliche Position an der Spitze eines Netzwerks aus dualistischen Über- bzw. Unterordnungsbeziehungen steht. Als Inbegriff von Vernunft und Vorhut der Zivilisation steht der *master* über allen, die vermeintlich der natürlichen Ursprünglichkeit näherstehen: Frauen, Ungebildete, sogenannte Primitive, die nichtmenschliche Natur. Typischerweise handelt es sich beim Master-Subjekt um *weiße* bürgerliche cis Männer. Herrschaft über Natur ist demnach systematisch mit sozialen, hier mit rassistischen, patriarchalen sowie klassenspezifischen Herrschaftsstrukturen verknüpft und drückt sich darin aus, dass der *master* die eigene Abhängigkeit von jenen, die er zu Anderen erklärt und deren Arbeit er sich aneignet, ausblendet. Insofern der *master* seine Verstrickung nicht nur in soziale, sondern eben auch in ökologische Wechselbeziehungen verkennt, agiert der *master* antigesellschaftlich und antiökologisch; naturbezogenes und soziales Dominanzgebaren gehen untrennbar miteinander einher. Anhand der Klimakrise lässt sich diese zugleich soziale wie ökologische Herrschaftsposition des *master* veranschaulichen. Die Verantwortung für die Klimakrise ist nämlich aufs Engste mit sozioökonomischer Ungleichheit verbunden. Seit 1990 war das vermögendste eine Prozent der Weltbevölkerung für beinahe ein Viertel aller Treibhausgasemissionen verantwortlich, die ärmere Hälfte dagegen bloß für 16 Prozent (Chancel 2022). Die *masters* dieses Planeten, also jene superreiche Mini-Minderheit, die die Entscheidungsmacht über Investitionen hat, im großen Stil von der Ausbeutung von Menschen und Rohstoffen profitiert und obendrein in ihrem alltäglichen Verhalten ein Selbstverständnis an den Tag legt, als wären Natur und Mitmenschen nur zu ihren Diensten da, sind angesichts der ökologischen Verheerung, die ihnen zuzuschreiben ist, die eigentlichen Antiökolog*innen (Dörre u.a. 2024: 17f.).

Doch auch wenn diese zahlenmäßig überschaubare Elite – typischerweise cis-männlich und *weiß* – als hauptverantwortlich für die sozial-ökologische Krise anzusehen ist, lassen sich Züge der umrissenen Verweigerungshaltung bis dato nur bei einer kleinen, ultralibertären Teilfraktion jener Superreichen ausfindig machen (siehe Beitrag von Carla Ostermayer in diesem Band). Zwar gewinnen diese gegenwärtig an Einfluss – und zwar nicht nur unmittelbar politisch, sondern auch dadurch, dass überlaute Tech-Milliardäre mit der öffentlichen Inszenierung ihres egoistischen Erfolgs- und Machtstrebens rücksichtsloses Verhalten moralisch legitimieren und immer mehr Menschen sich dies zum Vorbild nehmen. Dominiert waren die vergangenen drei Jahrzehnte aber vielmehr von einem Trend zur selektiven Ökologisierung der *master identity*; in zunehmendem Maße wird die Erdzerstörung reflektiert und Stoffwechselprozesse entsprechend optimiert;

der Dominanzanspruch selbst bleibt allerdings unhinterfragt (Barca 2020). Dieser Trend findet seinen Ausdruck im Krisendiskurs des Anthropozäns, im Projekt einer Ökomodernisierung des Kapitalismus wie auch in Verschiebungen innerhalb der Geschlechterordnung, die dazu geführt haben, dass mittlerweile ökomoderne Männlichkeitsentwürfe hegemonial sind (Hultman/Pulé 2018: 37ff.). Letztere sind mit dem flexiblen Kapitalismus an die Stelle industrieller Männlichkeiten getreten, die idealtypisch vom Großindustriellen aus der Ära des organisierten Kapitalismus verkörpert wird. Mit dem Statusverlust des Industrie-Tycoon ist aber auch die soziale Stellung seines lohnabhängigen Pendants, des *breadwinners*, der die industrielle Produktion mittels körperlicher Arbeit besorgt(e), herausgefordert. Diese für die patriarchale Geschlechterordnung der *Trente Glorieuses* (Jean Fourastié) idealtypische, aber auch heute noch präsente Konstellation aus hegemonialen und Komplizenhaften Männlichkeiten ist eng mit rohstoff- wie auch (fossil-)energieintensiven Produktions- und Akkumulationsprozessen verbunden und somit auch mit deren ökologisch destruktiven Auswirkungen (Hultman/Pulé 2018: 42). Während es für Angehörige des Großbürgertums ein Leichtes ist, ihr Vermögen in sogenannte grüne Zukunftsbranchen zu investieren und sich dadurch ein pro-ökologisches Image zu verschaffen, stellen sich hingegen Dekarbonisierung und Tertiärisierung der Wirtschaft für Menschen, die in fossil-industriellen Branchen beschäftigt sind bzw. aus sozialen Milieus stammen, die mit fossil-industrieller Produktion verbunden sind, als erhebliche existenzielle wie auch identitäre Herausforderung dar (Dörre u.a. 2024: 23f.; Sauer/Penz 2023: 66f.).

Cara Daggett (2023) zufolge droht klimapolitische Ablehnung dort die Form einer reaktionären Verweigerung anzunehmen, wo sozialer Status und Selbstbild von Männern nicht nur in engem Zusammenhang mit fossil-industrieller Produktion, sondern insbesondere auch mit komplementären besitzindividualistischen, heteronormativen, patriarchal-kleinfamiliären, externalisierenden Lebensweisen stehe. Antiökologische Subjekte sind demnach in jenen sozialen Kontexten zu vermuten, die durch einen post-fossilen Umbau auch kulturell durcheinandergewirbelt würden – weil der eigene Beruf an Ansehen verliert, das ersehnte Einfamilienhaus nun als »Bodenfraß«, das Traumauto als »Dreckschleuder« gilt, fleischlastige Ernährung so gar nicht im Einklang mit nachhaltigem Leben steht oder man einfach keinen Bock hat, mit dem Fahrrad zur Arbeit zu strampeln. Zu exkludierender Transformationsverweigerung neigen Daggett zufolge Männer, die sich durch Transformationsanforderungen und andere progressive Veränderungen in ihren Privilegien – seien dies die patriarchale Dividende als *breadwinner* oder als Anrecht empfundene ökologisch destruktive Alltags- und Freizeitpraktiken – bedroht fühlen.

Für Deutschland identifizieren Dennis Eversberg und Kolleg*innen (2024: 103ff.) auf der Basis einer Repräsentativbefragung den sozial-ökologischen Mentalitätstypus eines »Instrumentellen Wachstumsindividualismus«. Alltagspraktisch

kennzeichnen diesen eine prinzipielle Ablehnung von Biolebensmitteln und Ökostrom, hoher Fleischkonsum sowie eine ausgeprägte Autoaffinität und häufige Flugreisen. Wachstum und Markt werden entschlossen befürwortet, obwohl – oder womöglich auch weil – die eigene Existenz als ständiger Kampf empfunden wird. Soziales Mitgefühl und Nachhaltigkeit gelten dabei als Zeichen von Schwäche und Beschränkung persönlicher Freiheit. Dieses Einstellungsmuster, das vor allem unter jüngeren Männern mit unterdurchschnittlichen Einkommen verbreitet ist, zeichnet sich durch ein Streben nach »Erhalt und Ausbau von Dominanz über Natur und andere Menschen« bzw. ein »individuelles wie national-kollektives Sich-Durchsetzen im Wettbewerb um knappe Ressourcen« aus (Eversberg u.a. 2024: 104). Aktive Transformationsverweigerung lässt sich also am ehesten in diesem Cluster, das etwa sieben Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung ausmacht, finden.

Ausgehend von diesen Befunden gewinnt die Gestalt des antiökologischen Subjekts an Konturen und einzelne charakteristische Züge treten deutlich hervor: Transformationspolitische Fundamentalablehnung ist in der Regel männlich und kommt in einer nennenswerten Größenordnung insbesondere in fossil-affinen subalternen Milieus als Verteidigung bzw. Einforderung residualer materieller sowie kultureller Selbstverständlichkeiten und vermeintlicher Freiheitsansprüche zum Vorschein. Typischerweise artikuliert er sich anti-feministisch. Zwar lässt sich die Spurensuche mithilfe dieses Phantombilds präzisieren, eine exakte Lokalisierung ermöglicht es aber nicht. Denn der Antiökologismus scheut die Öffentlichkeit. Aber wieso tritt er so reserviert auf?

Hemmende Moral

Sich gegen Klimaschutzmaßnahmen auszusprechen, war lange und ist trotz der eingangs beschriebenen Trendwende noch immer heikel. Erst recht überschreitet es die gegenwärtigen Grenzen des Sagbaren, unverhohlen gegen jedwede Krisenbekämpfung zu sein oder den Klimakollaps sogar mutwillig zu befeuern. Aktive Transformationsverweigerung ist Tabu und stellt einen zumindest zweifachen Regelverstoß dar.

Zum einen läuft Antiökologismus einem weitgehenden moralischen Konsens zuwider, der schon in den Merkeljahren bestimmend war, spätestens aber seit dem Hoch von Fridays for Future die politisch-ethische Stimmung in der Bundesrepublik dominiert. Klimaschutz gilt als vernünftig und damit – das belegen die eingangs zitierten Umfragedaten – nach wie vor als prinzipiell erwünscht. »Wir müssen was für's Klima tun, keine Frage«, verlautbaren Vertreter*innen der politischen Mitte, Leitmedien sowie die »Hüter*innen der öffentlichen Moral« (Hall u.a. 1978: 161f.). Etliche Unternehmen sind um ein nachhaltiges Image bemüht,

die Europäische Kommission verfolgt einen Green Deal und die selbsterklärte Fortschrittskoalition der Ampelregierung wollte die Pariser Klimaziele mittels eines Umbaus hin zu einer »sozial-ökologischen Marktwirtschaft« erreichen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP 2021). Dieser vom bürgerlichen Machtblock sorgfältig eingehegte Ökologismus, der zuvorderst auf technologische Lösungen und individuelle Verhaltensänderungen setzt, ist alles andere als widerspruchsfrei (für den exemplarischen Bereich einer ökomodernen Mobilitätswende siehe Beiträge von Melissa Büttner und Anke Kläver sowie Mathias Krams in diesem Band). Vor allem von abhängigen, machtlosen und benachteiligten Bevölkerungsteilen wird er als abstraktes top-down Elitenprojekt wahrgenommen (Eversberg u.a. 2024: 130ff.). Auf der konkreten Ebene der alltäglichen Lebensführung erscheint Transformation vielen entsprechend als erhobener Zeigefinger, der zur Reduktion des eigenen »ökologischen Fußabdrucks« mahnt, und nicht etwa als Angelegenheit kollektiver Aushandlung (Neckel 2020). Dass der Antiökologismus in Anbetracht dessen öffentliche Auftritte scheut, verwundert nicht. Wer möchte sich schon als »Umweltsau« durchs Dorf treiben lassen? Dass die grün-kapitalistische Transformation »ökologische Gegendistinktion« (Eversberg u.a. 2024: 105) oder gar Reaktanz im Sinne einer »trotzige[n] Verteidigung des legitimen Luxus als Symbol eines guten und selbstbestimmten Lebens« (Mau u.a. 2023: 239) hervorruft, ist analytisch nachvollziehbar.

Zum anderen verstößt Antiökologismus auch deshalb gegen die herrschende Moral, weil er aufgrund seines Dominanzgebarens mit anerkannten universalistischen Grundwerten unvereinbar ist. Antiökologismus ist inhärent antidemokratisch. Denn eine grundsätzliche Transformationsverweigerung hierzulande kommt, angesichts dessen, dass schon heute vielerorts die Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben durch externalisierte ökologische Kriseneffekte aus dem Globalen Norden bedroht sind, einer Absage an die Allgemeingültigkeit von Menschenrechten und nicht zuletzt den Anspruch an kollektive Deliberation gleich. Indem der Antiökologismus in chauvinistischer Manier eigenes Wohl über fremdes Leid, Besitztümer über Existenzgrundlagen, Gewohnheiten über Anpassungserfordernisse, kurz: Privilegien über Teilhabe stellt, läuft er weitestgehend positiv besetzten demokratischen Normen entgegen (Darian-Smith 2022).

Akteure der autoritären Rechten wissen die moralische Schlagseite des Grünen Kapitalismus geschickt zu politisieren. Mittels nicht minder moralisierender Kampagnen, die die angebliche Doppelmoral von Klimaaktivist*innen (»Langstrecken-Luisa«, »Klimakleber auf Bali«) entlarven oder klimapolitische Maßnahmen als reine Schikanierung der sogenannten kleinen Leute darstellen – etwa im Fall des sogenannten Heizungsgesetzes (Gösta Beutin 2023) –, arbeiten sie darauf hin, den moralischen Boden für eine fossil-autoritäre Krisenpolitik zu bereiten. Während der Antiökologismus in den USA mit Donald Trump und der MAGA-Bewegung ein Sprachrohr hat, das die Transformationsverweigerung ohne Umschweife zum Aus-

druck bringt (Daggett 2023), fehlt in der Bundesrepublik bis dato eine vergleichbar enthemmte politische Repräsentanz. Auch wenn sich dies gegenwärtig zu ändern scheint⁴ – vorerst meidet der Antiökologismus hierzulande das Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit. Wer outet sich schon gerne als Bösewicht oder Extremist? Lieber nickt man brav, pflichtet erwartungsgemäß, »Ja klar, wir müssen was für's Klima tun«, bei und denkt sich einfach seinen Teil, anstatt unangenehm aufzufallen. Zwar mehrten sich in Politik und Medien die Stimmen, die dem ökomodernen *master* seine Krisenlösungskompetenzen absprechen, aber noch dominiert er die öffentliche Moral und verbannt so den Antiökologismus ins Abseits des Schweigens, der Selbstkontrolle und der Scham.

Scheu ist der Antiökologismus aber nicht nur in der Öffentlichkeit. Entgegen einem rationalistischen Subjektverständnis ist davon auszugehen, dass Wertekonflikte und Konformitätsansprüche auch die innerpsychische Dynamik prägen. Bewusste Ansichten und latente Persönlichkeitsstruktur eines Individuums können teils eklatant voneinander abweichen, erstere sind volatil und infolge dessen analytisch mit Vorsicht zu betrachten, so lautet eine Grundannahme sozialpsychologischer Autoritarismusforschung (Fromm 1983: 54). Für die Suche nach den Subjekten aktiver Transformationsverweigerung bedeutet dies zweierlei: einerseits, dass Antiökologismus nicht als eine bewusst gehaltene Weltanschauung aufgefasst werden sollte, sondern als ein Komplex aus habituellen Neigungen, die – nicht zuletzt aufgrund der konjunkturspezifischen ethisch-politischen Kräfteverhältnisse – teilweise aufgeschoben, verdrängt oder sublimiert werden (Vester 2002: 81). Anzunehmen ist demnach, dass der Antiökologismus als subjektive Haltung bisher eine Schattenexistenz führt. Daraus ergibt sich andererseits, dass die Suche nach diesen versteckten mentalen Zügen vor allem dort erfolgreich sein wird, wo Förmlichkeits- und Rationalitätsgebote nicht gelten.

4 Die klimaprogrammatischen Äußerungen der AfD-Co-Vorsitzenden Alice Weidel beim Parteitag im Januar 2025 (»Windmühlen der Schande«) könnten ein Indiz sein, dass sich die Partei künftig dezidiert antiökologisch positioniert. Bis dahin zeichnete sich die AfD zwar de facto durch eine klimapolitische Fundamentalablehnung aus, griff in der Regel aber auf (pseudo-)rationalistische Rechtfertigungsstrategien zurück. Dies geschieht, indem sie Klimawandel leugnende Diskurse verbreitet und Teil einschlägiger Netzwerke ist (Götze/Joeres 2022: 49ff.), sich als Anlaufstelle für sogenannte besorgte Bürger*innen inszeniert, indem sie auf Protestinitiativen zugeht, die sich gegen konkrete Klimaschutzpolitiken wie die Energiewende (Reusswig u.a. 2020) oder Dieselfahrverbote (Arning/Ziefle 2020) stark machen, und schließlich, indem sie ihre eigene völkische Version von Naturverbundenheit propagiert, die Quent, Richter und Salheiser (2022: 110ff.) als »Ökofaschismus« bezeichnen.

Die Hintertreppe des Unernstes

Humor bietet ein Setting, in dem moralische Schranken, wenn schon nicht völlig abgebaut, so doch zumindest auf ein überschreitbares Niveau heruntergeschraubt werden. So ermöglichen Späßchen, Witze, Satire oder etwa der Streich ansonsten moralisch Inakzeptables in sozial akzeptierter Form zu äußern. Für den Begründer der Tiefenpsychologie, Sigmund Freud, war der Witz ein empirischer Einstiegs- punkt in das konflikthafte psychische Innenleben. Mit dem Witz bzw. dem Geläch- ter, das auf ihn folgt, brechen sich Freud zufolge verdrängte, aber deshalb nicht min- der reale Impulse Bahn, vorbei an ansonsten wirksamen Mechanismen der Affekt- kontrolle. Der Witz ermögliche es, »Lust freizumachen durch Beseitigung von Hem- mung« (Freud 1940: 151). Moralisch anrühige oder unbehagliche Ansichten bzw. Charaktereigenschaften, die man vor anderen oder sich selbst am liebsten verbirgt, zeigen sich demnach eher in Form des Humors. In der Tat wird Antiökologismus häufig im Meme, im satirischen TikTok-Clip oder als Online-Trolling sichtbar. An- ders als in der ernstesten öffentlichen Debatte muss er sich hier nicht den Anschein der Aufgeklärtheit geben. Er muss weder seine aggressive Transformationsverwei- gerung noch das damit verbundene Dominanzgebaren unterdrücken oder relativie- ren, da ihm stets das Hintertürchen bleibt, es sei ja nicht so gemeint, sondern nur Spaß.

Ein Beispiel: Ein im Internet weitverbreitetes Meme zeigt eine weinende Frau mit ihrer Hand auf der Stirn. Ihre Mimik deutet auf Verzweiflung hin. »Ich hab ihm doch bloß erklärt, dass ich keine Elektroautos mag«, ist über dem Bild zu le- sen, während darunter steht: »Daraufhin hat er seine Männerhandtasche gegriffen, seine Haare zu einem Dutt geknotet und meinte: Wenn das Auto in einer Stunde fertig geladen ist, ist er sowas von weg hier.« E-Autos, so lässt sich das Meme deu- ten, sind aufgrund ihrer Ladedauer Verbrennern gegenüber also nicht nur funktio- nal unterlegen, vor allem sind sie unmännlich, worauf die Beschreibung des Fahrers – lange Haare, Handtasche, Emotionalität – hindeutet. Die Ablehnung einer An- triebswende artikuliert sich hier auf der wertkonservativen Grundlage heteronor- mativer Zweigeschlechtlichkeit. Gelacht wird über Menschen, die dem traditiona- listischen Männlichkeitsideal nicht entsprechen und deshalb als minderwertig be- trachtet werden. Dieses Verächtlichmachen von E-Auto-Fahrern enthält aber auch eine Klassendimension, da Autos mit Elektromotor nämlich aktuell deutlich teurer sind als vergleichbare Verbrenner-Modelle. E-Autos symbolisieren also nicht nur ei- ne proökologische Gesinnung, sondern außerdem einen gehobeneren sozioökono- mischen Status und gelten deshalb als Objekte »ökologischer Distinktion« (Neckel 2018). Interpretieren lässt sich die vordergründig lustige Abwertung von E-Auto- Fahrern somit auch als reaktive kulturelle Grenzziehung: Proökologische und ten- denziell progressiv eingestellte Teile der Mittelklasse werden auf einen untergeord- neten Platz in der symbolischen Klassenordnung verwiesen, wodurch die eigene

Stellung behauptet werden soll. Das lustige Bildchen verweist somit auf einen erbitterten Statuskampf. Letztlich basiert die transformationsverweigernde Verteidigung fossilbasierter Symbole und Alltagsgewohnheiten, die dieses Meme zum Ausdruck bringt, auf der hypermaskulinistischen Behauptung einer vermeintlich unabänderlichen sozialen Rangordnung.

Verfolgt man die Spur des Humors, so führt sie in ein virtuelles Halbdunkel; hier trifft man auf Influencer wie *anytv89* oder *ey-longi*, entdeckt Seiten wie *Fridays for Hubraum* oder *Vegetarier-Veganer-Witze* und kann sich halb scherzhaften, halb ernsten Verbrenner-fanatischen und libertär geneigten Communitys wie *Redneck Nation Germany* oder *German Rednecks* anschließen. Diese treffen sich nicht nur in etlichen regionalspezifischen Telegram- und WhatsApp-Gruppen, ihre Angehörigen kommen auch regelmäßig auf festivalähnlichen Veranstaltungen zusammen. Dort tummeln sich nicht nur fast ausschließlich cis Männer, die sich als Familienernährer und »Machertypen« verstehen und gegen »verweichlichte« Männer, »Klimakleber«, »grüne Öko-Terroristen«, Schutzsuchende oder Bürgergeld-Empfänger*innen hetzen. Sie geben sich als *petrolheads* mit »Benzin im Blut«, fassen ihren Fleischkonsum als evolutionäre Überlegenheit auf und wollen sich ihre unter ökologischen Gesichtspunkten nicht verallgemeinerbaren Hobbys, Alltagspraktiken und Lebensentwürfe um keinen Preis abspenstig machen lassen (vgl. Niederhauser 2023).

Die Untersuchung dieses vorgeblich humorvollen, insgeheim aber feindseligen Internet Content erweist sich schon für eine erste Bestandsaufnahme als ergiebig. Darüber hinaus lassen sich auf diesem Weg auch Menschen finden, die derartiges produzieren, verbreiten oder sich zumindest heimlich daran erfreuen. Dass die Menschen, die diese halböffentlichen Räume bevölkern, jegliche Transformationsinitiativen prinzipiell und erbittert ablehnten, wäre jedoch eine überzogene Annahme. Wahrscheinlich ist dagegen, dass ein erheblicher Teil dieser Menschen dies am liebsten täte, würden sie sich damit nicht ins moralische Abseits bugsieren oder eine eigene moralische Steuerungsinstanz auf den Plan rufen. Antiökologismus stellt sich demnach gegenwärtig vor allem als schlummerndes mental-strukturelles Potenzial dar, das insbesondere in Form von impulsiven Praktiken anstelle überlegter Meinungsäußerungen auftritt. Vor dem Hintergrund des Erstarkens der autoritären Rechten, die nicht nur mit der Verheißung einer »Resouveränisierung von Männlichkeit« (Sauer/Penz 2023: 129ff.) aufwartet, sondern überdies eine Rückkehr zur guten alten fossil-kapitalistischen Lebensweise und Gesellschaftsordnung verspricht (Daggett 2023: 20ff.), droht der Antiökologismus aber zusehends an Bedeutung zu gewinnen. Um dies zu verhindern, ist es unerlässlich, ihn trotz der vermeintlichen Komik seiner momentanen Manifestationen nicht voreilig als harmlos oder unbedeutend abzutun.

Licht auf die Schattenexistenz

Der gegenwärtige Rechtsruck hat auch die Umgangsweise mit der sozial-ökologischen Krise erfasst. Begünstigt durch soziale sowie demokratiepolitische Unzulänglichkeiten der aktuellen ökomodernen Transformation macht sich in der öffentlichen Auseinandersetzung statt einer inklusiven Bearbeitung der Krise, die ein gutes Leben für alle innerhalb planetarer Grenzen ermöglichen würde, zunehmend ein Verlangen nach der Wahrung des klimaungerechten Status quo breit. Antiökologismus kann als extreme Entsprechung hierzu auf der Ebene subjektiver Haltungen angesehen werden. Er zeichnet sich durch eine aktive Verweigerung von Maßnahmen zur Ursachenbekämpfung aus und befördert die leidvolle Verwüstung des Planeten. Idealtypisch ist der Antiökologismus ein cis-männliches Phänomen, das sich als Verteidigung von patriarchalen sowie fossil-kapitalistischen Privilegien artikuliert und sich dabei in chauvinistischer Manier auf die eigene Überlegenheit beruft. Weil diese Haltung weder mit weitgehend anerkannten demokratischen Normen noch mit einem (bis dato) vorherrschenden verbalen Bekenntnis zu Nachhaltigkeit vereinbar ist, gilt sie bislang als verpönt und wird aus Furcht vor moralischer Ächtung entweder verheimlicht oder verdrängt. Deshalb führt der Antiökologismus (noch) eine Schattenexistenz. Er scheint zwar anwesend zu sein, verhält sich aber gleichzeitig scheu und flüchtig. Antiökologismus umgeht gesellschaftliche ebenso wie innerpsychische moralische Schranken und hinterlässt seine Spuren – bisher insbesondere in vorgeblich humoristischer Form. Halböffentliche Räume, in denen derartiger rückwärtsgewandter Humor kultiviert wird, bieten daher auch einen Einstiegspunkt für eine tiefergehende Analyse transformationsverweigernder Einstellungen.

Literatur

- Arning, Katrin/Ziefle, Martina (2020): Defenders of Diesel: Anti-decarbonisation efforts and the pro-diesel protest movement in Germany. In: *Energy Research & Social Science* 63: 101410. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.erss.2019.101410>.
- Barca, Stefania (2020): *Forces of Reproduction. Notes for a Counter-Hegemonic Anthropocene*. Cambridge. DOI: <https://doi.org/10.1017/9781108878371>.
- Blühdorn, Ingolfur u.a. (2020): *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet*. Bielefeld.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München.
- Chancel, Lucas (2022): Global carbon inequality over 1990–2019. In: *Nature Sustainability* 5(11): 931–938. DOI: <https://doi.org/10.1038/s41893-022-00955-z>.

- Daggett, Cara New (2023): *Petromaskulinität. Fossile Energieträger und autoritäres Begehren*. Berlin.
- Darian-Smith, Eve (2022): *Global Burning. Rising Antidemocracy and the Climate Crisis*. Stanford, CA. DOI: <https://doi.org/10.1515/9781503631465>.
- Dörre, Klaus u.a. (2024): Klasse gegen Klima? Transformationskonflikte in der Autoindustrie. In: *Berliner Journal für Soziologie* 34(1): 9–46. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11609-023-00514-z>.
- Ege, Moritz/Gallas, Alexander (2019): The Exhaustion of Merkelism: A Conjunctural Analysis. In: *New Formations* 96/97: 89–131. DOI: https://doi.org/10.3898/NEW_F:96/97.04.2019.
- Eversberg, Dennis u.a. (2024): *Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt. Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um Transformation*. Frankfurt a.M./New York.
- Freud, Sigmund (1940 [1905]): *Gesammelte Werke Band 6. Der Witz und seine Beziehung zum Unbewußten*. London.
- Fromm, Erich (1983 [1929/31]): *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung*. München.
- Gösta Beutin, Lorenz (2023): *Rechter Kulturkampf ums Heizungsgesetz* (August 2023). URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/kulturkampf-um-heizungsgesetz/>, Zugriff: 28.1.2025.
- Götze, Susanne/Joeres, Annika (2022): *Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen*. München.
- Grothmann, Torsten u.a. (2024): *Umweltbewusstsein in Deutschland 2022. Vertiefende Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*. Dessau-Roßlau.
- Hall, Stuart u.a. (1978): *Policing the Crisis. Mugging, the State, and Law and Order*. London.
- Hultman, Martin/Pulé, Paul M. (2018): *Ecological Masculinities. Theoretical Foundations and Practical Guidance*. London/New York.
- Krause, Thomas/Jetzkowitz, Jens (2023): Sozial erwünschtes Bewusstsein für biologische Vielfalt? Ein neuer Zugang zu einem bekannten Problem mit normativ aufgeladenen Befragungsthemen. In: *Soziale Welt* 74(2): 245–272. DOI: <https://doi.org/10.5771/0038-6073-2023-2-245>.
- Lessenich, Stephan (2022): *Nicht mehr normal. Gesellschaft am Rande des Nervenzusammenbruchs*. Berlin.
- Malm, Andreas/Zetkin Collective (2021): *White Skin, Black Fuel. On the Danger of Fossil Fascism*. London/New York.
- Mau, Steffen u.a. (2023): *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin.
- Neckel, Sighard (2018): *Ökologische Distinktion. Soziale Grenzziehung im Zeichen von Nachhaltigkeit*. In: Neckel, Sighard u.a. (Hg.): *Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Umriss eines Forschungsprogramms*. Bielefeld: 59–76.

- Neckel, Sighard (2020): Der Streit um die Lebensführung. Nachhaltigkeit als sozialer Konflikt. In: *Mittelweg* 36 29(6): 82–100.
- Niederhauser, Julian (2023): Petromaskulinie Gefühlswelten. Was der Kulturkampf ums Auto mit Geschlecht zu tun hat. In: *LuXenburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* 2023(2): 94–99.
- Plumwood, Val (1993): *Feminism and the Mastery of Nature*. London/New York.
- Quent, Matthias u.a. (2022): Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende. München.
- Reusswig, Fritz u.a. (2020): Abschied vom NIMBY. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33(1): 140–160. DOI: <https://doi.org/10.1515/fjsb-2020-0012>.
- Sauer, Birgit/Penz, Otto (2023): *Konjunktur der Männlichkeit. Affektive Strategien der autoritären Rechten*. Frankfurt/New York.
- Schmelzer, Matthias/Büttner, Melissa (2024): Fossil mentalities: How fossil fuels have shaped social imaginaries. In: *Geoforum* 150: 103981. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2024.103981>.
- SPD, Bündnis90/Die Grünen, FDP (2021): *Mehr Fortschritt wagen. Koalitionsvertrag 2021–2025* (2021).
- Teune, Simone u.a. (2021): Energiewende? – ja! Aber...: Kritik und Konflikte um die Energiewende im Spiegel einer Bevölkerungsbefragung. DOI: <https://doi.org/10.48485/PIK.2021.005>.
- Vester, Michael (2002): Das relationale Paradigma und die politische Soziologie sozialer Klassen. In: Bittlingmayer, Uwe H. u.a. (Hg.): *Theorie als Kampf?* Wiesbaden: 61–121.

Glaube an Technik, die Besiedlung des Mars und Longtermism als regressive Krisenbearbeitung

Eine gesellschaftstheoretische Perspektive auf rechts-libertäre Tech-Milliardäre in der Klimakrise

Carla Ostermayer

»Grenzenlos Natur zu beherrschen,
den Kosmos in ein unendliches Jagdgebiet zu verwandeln
war der Wunschtraum der Jahrtausende.«
(Horkheimer/Adorno 2020: 264)

Als Max Horkheimer und Theodor W. Adorno vom Kosmos als unendlichem Jagdgebiet schrieben, hatten sie noch nicht die Kolonisierung des Mars im Kopf, wie sie gegenwärtig Elon Musk oder Jeff Bezos vorschwebt. Ausgehend vom fort-dauernden Wunschtraum, grenzenlos die Natur zu beherrschen, möchte ich in diesem Artikel ein Nachdenken über den Umgang rechts-libertärer Tech-Milliardäre mit der Klimakrise anregen und argumentieren, dass dieser Umgang als regressive Krisenbearbeitung interpretiert werden kann. Da es sich bei rechts-libertären Tech-Milliardären um keine klar abgrenzbare politische Bewegung mit einer einheitlichen Ideologie handelt, fasse ich sie im Folgenden in der Sozialfigur des postheroischen Helden (Bröckling 2020) und betone, dass diese Figur in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung verstanden werden muss. Um aufzuzeigen, wie die Sozialfigur des rechts-libertären Tech-Milliardärs auch durch die gesellschaftlichen Naturverhältnisse bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften im Globalen Norden hervorgebracht wird, ziehe ich die Analysen von Horkheimer und Adorno in der *Dialektik der Aufklärung* zur Naturbeherrschung als Ausgangspunkt für meine konzeptionell-analytische Linse heran. Die beiden Theoretiker der frühen Kritischen Theorie entfalten eine materialistische Gesellschaftstheorie, in der sozialpsychologische Perspektiven mit dialektischem Denken sowie Analysen von materiellen Phänomenen und Herrschaftsstrukturen verbunden sind (Gentzel 2024: 479). Dies ermöglicht ein Zusammendenken von Subjekt- und Gesellschaftstheorie. Da Horkheimer und Adorno zudem das Herrschaftsverhältnis der Naturbeherrschung als zentral in der kapitalistischen Moderne verorten, kann Kritische Theorie zur Erklä-

rung beitragen, welche grundsätzlichen Dispositionen die Klimakrise begründen. Anhand einer zeitdiagnostischen Aktualisierung ihrer Erkenntnisse, lässt sich im Folgenden sowohl gesellschaftstheoretisch beleuchten, weshalb die sozial-ökologische Transformation so schleppend vorangeht oder gar behindert wird als auch subjekttheoretisch, in welcher Beziehung dies zur Konstitution des hegemonialen, bürgerlichen, männlichen Subjekts steht, welches in der Figur des rechts-libertären Tech-Milliardärs wie durch ein Brennglas sichtbar wird.

Für ein besseres Verständnis der Hintergründe aktueller Kämpfe um sozial-ökologische Transformationen lohnt sich die Auseinandersetzung mit rechts-libertären Positionen zu Natur und Klimakrise aus zwei Gründen: *Zum einen* aufgrund des immensen Einflusses rechts-libertärer Akteure wie Elon Musk und Peter Thiel auf die aktuelle Weltpolitik. Ihr Einfluss kann dazu führen, dass sich Subjekte aktiv gegen eine sozial-ökologische Transformation wenden (siehe Beitrag von Julian Niederhauser in diesem Band) oder daran glauben, dass keine sozial-ökologische Transformation notwendig sei, da technologische Lösungen die Auswirkungen der Klimakrise auch ohne politische Intervention oder wirtschaftlich-gesellschaftliche Transformation abfedern werden. *Zum anderen* argumentiere ich, dass über die Analyse rechts-libertärer Ansichten zu Natur und Klimakrise auch Grundsätzliches in Bezug auf Naturbeherrschung und den Umgang mit Natur in kapitalistischen Gesellschaften aufgezeigt werden kann: Meine These ist, dass rechts-libertäre Ansichten wie ein Brennglas gesamtgesellschaftlich vorhandene Strukturen im Verhältnis zur Natur in der bürgerlichen Moderne im Globalen Norden offenlegen, die mitursächlich für die heutige Klimakrise sind.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung in Deutschland mit dem rechts-libertären Umgang mit der Klimakrise steht noch am Anfang. Mit diesem Artikel eröffne ich vor allem den Raum für eine Diskussion über das Thema und schlage herrschaftskritische Interpretationen des Verhältnisses der Tech-Milliardäre zur Natur und der Bearbeitung der Klimakrise zur Diskussion vor. Dabei biete ich drei Dimensionen an, die ich als regressive Krisenbearbeitung durch die Sozialfigur betrachte: Erstens lässt sich der Glaube an Technik als *Machbarkeitsversprechen* zur Bewältigung der Klimakrise interpretieren, welches die Angst vor der Natur im Klimawandel nimmt. Zweitens wird auf die Klimakrise mit *Fluchttendenzen* reagiert, die Sicherheit für einige wenige versprechen. Und drittens wird eine *Zukunftsfokussierung* sichtbar, die die Probleme im Jetzt als geringfügig ansieht und alles auf eine optimierte Zukunft für eine kleine intelligente Elite ausrichtet.

Das autoritäre Programm im Postfordismus: Tech-Milliardäre als Sozialfigur des postheroischen Helden

Rechts-libertäre Ansichten haben in den letzten Jahren zunehmend Einfluss unter den Tech-Milliardären im Silicon Valley gefunden. Personen mit besonderer Prominenz sind dabei Peter Thiel, Elon Musk oder Marc Andreessen (Löpfe 2023). Die spezifische Sozialfigur des postheroischen Helden, die ich hier untersuche, zeichnet sich dadurch aus, dass die Akteure mit dem Silicon Valley verbunden sind, Milliardenvermögen im Tech-Bereich erwirtschaftet haben und cis-männlich¹ sind. Sie verkörpern Erfolg, Erfindergeist, Einfluss, Freiheit, Individualismus, Stärke, Macht und Männlichkeit. Sie werden teilweise auch als Anarcho-Kapitalisten (Hughes 2024), reaktionäre Futuristen (Klein 2023), autoritäre Technokraten (LaFrance 2024), Anhänger des Dark Enlightenment (Duran 2024), Techno-Colonists (Hughes 2024) u.ä. bezeichnet. Ihre unterschiedlichen Ansichten bauen aufeinander auf, bilden aber kein kohärentes Ideenkonstrukt. Gleichzeitig überschneiden sich ihre grundsätzlichen rechts-libertären Ansichten, die auf absolute Freiheit des Einzelnen, die Abwesenheit eines Staates und uneingeschränkten Kapitalismus setzen (Humborg/Nguyen 2018: 6).

Rechtslibertäre Tech-Milliardäre, allen voran Musk und Thiel, sind eng verbunden mit dem Wahlerfolg von Donald Trump zum 47. Präsidenten der USA und üben finanziellen und ideologisch-politischen Einfluss auf diesen und den Vize-Präsidenten J.D. Vance aus (Shuster 2024; Zelling 2024). Der Einfluss dieser Tech-Unternehmer auf die US-Politik wird, wie aktuelle Entwicklungen vermuten lassen, in den nächsten Jahren nicht abnehmen und auch langfristig Konsequenzen für eine sozial-ökologische Transformation in den USA sowie global haben.² Schon heute sind die politischen Ansichten der als »PayPal-Mafia« bezeichneten Gruppe um Thiel und Musk (Estes 2024) und anderer Silicon Valley-Größen eine intellektuelle Inspirationsquelle für viele »Tech-Bros« und Bitcoin-Fans weltweit; Musk avancierte beispielsweise zum Poster Boy für junge Männer. Sichtbar wird das z.B. darin, dass 45 Prozent der jungen Männer in den USA Musk gegenüber sehr positiv eingestellt sind und seinen Ansichten vertrauen (Young Men Research Initiative 2024). Über ihre Reichweite u.a. durch den Besitz von Plattformen, im Fall von Musk der Plattform X (LaFrance 2024), haben ihre Ansichten großen Einfluss auf breite Bevölkerungsschichten im Plattformkapitalismus.³

1 Daher verwende ich im Folgenden nur die männliche Form.

2 Dieser Text entstand ursprünglich im Zeitraum um die Wahlen zum* zur 47. Präsident*in der USA. Im Februar 2025 ist bereits sichtbar, wie sich Musk als Schattenpräsident installiert. Da sich die Lage diesbezüglich beständig verändert, werde ich die aktuellen politischen Entwicklungen nicht direkt einbeziehen.

3 Der Plattformkapitalismus ist von großer Bedeutung für den Reichtum und Einfluss der Tech-Milliardäre. Plattformen prägen zentrale Aspekte unseres Alltags – sie sind zur unverzicht-

Bei der Betrachtung dieser Sozialfigur stellt sich die Frage nach ihrer zeitdiagnostischen Einordnung: Weshalb nimmt gerade in den letzten Jahren ihr öffentlicher Einfluss sichtbar zu, wie können sie eine solche Anziehungskraft entfalten? Ich schlage vor, die zunehmende Anziehungskraft der Tech-Milliardäre unter anderem als Reaktion auf die aktuelle gesellschaftspolitische Situation zu interpretieren: Die rechts-libertären Tech-Milliardäre bieten angesichts der multiplen Krise des Postfordismus (Bader u.a. 2011), in der sich das Bedürfnis nach Sicherheit und Eindeutigkeit potenziert, eine attraktive, wenn auch unrealistische, Abwehrstrategie an. Sie dienen als Imaginationsfläche und sprechen dabei autoritäre Sehnsüchte, Ohnmachtsgefühle und den Wunsch nach Größe im postfordistischen Subjekt an.

In der Klimakrise als Teil der multiplen Krise tritt die Natur den Menschen wieder als beherrschende Naturgewalt entgegen. Unabhängig davon, ob man an die Klimakrise »glaubt« oder nicht, ruft dieser Kontrollverlust gegenüber der Natur Affekte und Resonanzen im Subjekt hervor (Behrens 2020: 14f.). Die Klimakrise löst bei den Subjekten das Gefühl von Ohnmacht aus und gleichzeitig den Wunsch, die eigene Ohnmacht nicht fühlen zu müssen. Die Angst vor der Natur, die durch Naturbeherrschung verdrängt wurde, kommt mit der Klimakrise zurück und Sicherheit, die über die Naturbeherrschung gewonnen wurde, wird instabil (Hogh 2021: 1023). Die Subjekte wollen die Klimakrise als bevorstehende Katastrophe sowie den eigenen Anteil daran abwehren. So wird der Umgang mit der Klimakrise z.B. zu einer individuellen Konsumententscheidung oder einem regressiven Wunsch danach, dass verstärkt autoritär gehandelt wird (Lilge-Hartmann u.a. 2024: 47, 56).

Die Klimakrise trifft postfordistisch vergesellschaftete Subjekte, die entsolidarisiert für sich selbst zu sorgen haben. Der Postfordismus basierte auf »Privatisierung, Deregulierung und Entstaatlichung« (Décieux/Sennewald 2018: 177). Die soziale Absicherung durch den Wohlfahrtsstaat wurde zunehmend fragiler. In immer größeren Teilen des Globalen Nordens wurde welfare durch workfare ersetzt (ebd.). Durch diese Entwicklung wird das Gefühl von Gleichheit und Solidarität zwischen den Menschen abgebaut und die Legitimität der Demokratie schwindet in der Wahrnehmung von Teilen der Bevölkerung (Sauer 2018: 185). Neue Freiheiten, welche die Subjekte im Postfordismus erhielten, sind individuelle Freiheiten ohne institutionelle Sicherheit in einer entsolidarisierten Umgebung. Das liberale Versprechen von Freiheit, das für zahlreiche Subjekte keine Realität wurde, stellt die Basis für den Wunsch nach Autoritarisierung dar (Ludwig/Woltersdorff 2018: 49f., 58). Auch Caroline Amlinger und Oliver Nachtwey (2022: 18f.) sehen in der ambivalenten Grundkonstitution des postfordistischen Subjekts eine zentrale

baren Infrastruktur geworden. Die Risiken, die mit den Plattformen einhergehen, tragen die Plattformbetreiber meist nicht selbst, sondern übertragen sie auf die Angestellten, den Staat oder die Gesellschaft, während sie den Profit davon abschöpfen können (Altenried 2021: 50f., 57).

Ursache für den libertären Autoritarismus heute. Die Subjekte können ihr Leben so autonom wie keine Generation vor ihnen gestalten, gleichzeitig sind sie aber weiterhin gesellschaftlichen Zwängen unterworfen. Die Subjekte sind meist leistungsorientiert und passen sich den kompetitiven Gesetzen des Kapitalismus an, haben aber gleichzeitig den Wunsch danach, ein authentisches Selbst zu sein, das seine Bedürfnisse verwirklicht, erfolgreich ist und Anerkennung bekommt. Das Subjekt verleugnet die Abhängigkeit von anderen. Laut Amlinger und Nachtwey (2022: 18ff.) produziert dieses Verhältnis systematisch Enttäuschungen und eine verdinglichte Freiheit, die nicht als gesellschaftliches Verhältnis, sondern als individuelle Eigenschaft aufgefasst wird. Auch gesellschaftliche Konflikte werden nicht mehr als solche gesehen. Vielmehr werden sie durch die Individualisierung ins Selbst verlagert.

Ich denke, dass es für die spätere Analyse hilfreich ist, wenn an diesem Punkt Ulrich Bröcklings (2020) Konzeptualisierung des *Postheroischen Helden* als Sozialfigur ergänzend herangezogen wird. Bröckling (ebd.: 14) beschreibt diese Figur als den »Anführer einer Brüderhorde«, der eine »gewaltsame Welt [beschwört], in der nur Stärke zählt und ausschließlich jene eine Chance haben, die kein Mitleid kennen«. Er verspricht seinen Anhänger*innen nicht »Sicherheit und Wohlstand«, sondern eine »affektive Entladung«. Zur Selbstinszenierung gehört die Zurschaustellung des eigenen Reichtums und einer aggressiven Männlichkeit. Diese Sozialfigur spricht Subjekte an, die der kapitalistische Wettbewerb zu Selbstüberbietung und Konkurrenz zwingt, die in ihrem Alltag Ohnmacht erfahren und dadurch dem Phantasma von Größe anhängen (ebd.: 17).

Meine These ist hier, dass gerade in einer Zeit, in der gesellschaftlich und ökonomisch auf Vereinzelung und Selbstverantwortung gesetzt wird, die individualistische und technologische Antwort von Tech-Milliardären auf die Klimakrise dazu führt, dass sich die Subjekte mit ihnen identifizieren, wodurch sie sich selbst ebenfalls als stark, erfolgreich, männlich, autonom, erfinderisch etc. imaginieren können.

Ihr Leben in einer entsolidarisierten Umgebung und ihr Leugnen von Abhängigkeit ruft bei den Subjekten die Vorstellung hervor, dass sie in der Klimakrise für sich selbst, für ihr Überleben und ihre Zukunft individuell sorgen müssen – wofür der Tech-Milliardär als postheroischer Held ein gelungenes Vorbild darstellt. Die Krisen der Gegenwart machen die Menschen empfänglich für die Anziehungskraft postheroischer Helden, die ihrem Wunsch nach Autoritarisierung nachkommen und die ihnen eine affektive Entladung versprechen. Gleichzeitig führt diese Art der regressiven Krisenbearbeitung nicht aus der Krise heraus, sondern verstärkt diese.

Das Machbarkeitsversprechen: Glaube an Technologie und Fortschritt als Bewältigung der Angst vor der Natur

Die aktuellen Zukunftspläne der Tech-Milliardäre verdeutlichen, dass sie vom Ziel der unendlichen Naturbeherrschung getrieben sind, die inzwischen nicht mehr nur die Erde mit all ihren Ressourcen umfasst, sondern auch den Kosmos (Grind 2024). Ich schlage hier als erste Dimension der regressiven Krisenbearbeitung eine Interpretation der Beziehung der rechts-libertären Tech-Milliardäre zur äußeren Natur vor, die durch Angst vor der Natur getrieben ist, die durch den *Glauben an technologischen Fortschritt*, der alle Krisen und Katastrophen überwinden kann, bewältigt wird. Natur soll durch einen rationalen und technologischen Zugriff als beherrschbar erfahren werden. Abgespalten wird dabei, dass Naturbeherrschung selbst mitursächlich für die heutige Klimakrise ist.

Der extreme Glaube an Technik und Fortschritt durch Technik unter den Tech-Milliardären wird durch ein Zitat aus *The Techno-Optimist Manifesto*⁴ von Marc Andreessen, Erdenker des ersten Webbrowsers (Slobodian 2023: 308) und heute rechts-libertärer Tech-Milliardär und selbsternannter »Chefideologe[...] des Silicon Valley« (Löpfle 2023), sichtbar: »In fact, technology [...] has always been the main source of growth, and perhaps the only cause of growth, as technology made both population growth and natural resource utilization possible« (Andreessen 2023: o.S). Technologie ist das Mittel, wenn nicht sogar die einzige Grundlage für kapitalistisches Wachstum, da dadurch natürliche Ressourcen nutzbar gemacht werden: »We believe in nature, but we also believe in overcoming nature. We are not primitives, cowering in fear of the lightning bolt. We are the apex predator; the lightning works for us« (ebd.). Die Gruppe der Technik-Gläubigen, die die Angst vor der Natur überwunden hat, macht sich die Natur zunutze und lässt sie für sich arbeiten. Sie sind keine »Primitiven« mehr, sondern weiterentwickelt.

Horkheimer und Adorno analysieren in der *Dialektik der Aufklärung* eben diese Angst vor der Natur⁵, von der sich die Tech-Milliardäre lossagen, als ursprünglich für das heutige Verhältnis zur Natur: Sie brachte den Prozess der Naturbeherr-

4 Im 2023 veröffentlichten Manifest werden Führungskräfte aus dem Tech-Bereich, nicht mehr nur als Unternehmensführer, sondern als Bewahrer der gesellschaftlichen Ordnung imaginiert. Alles Gute in der Welt soll durch die »techno-capital-machine« produziert werden (Estes 2024; Spiers 2023). Andreessen bezieht sich in seinem Manifest direkt auf den anarko-kapitalistischen Theoretiker David D. Friedman und auf Filippo Tommaso Emilio Marinetti, einen Vertreter des italienischen Futurismus und Protofaschisten (Stöcker 2024).

5 Der Naturbegriff bei Horkheimer und Adorno ist vieldeutig. Er umfasst (1) die innere, (2) die äußere, (3) erste und (4) zweite Natur. Sowohl im Mythos als auch in der Aufklärung wird versucht, die (erste) Natur durch den Modus der Beherrschung zu kontrollieren. Im Prozess der Aufklärung sollen durch positivistische Wissenschaft Erkenntnisse auf das reduziert werden, was sie wirklich seien. Alles, was darunter nicht erfasst werden kann, soll ausgeschlossen

schung in Gang (Horkheimer/Adorno 2020: 22). Angst wurde in den Modus der Naturbeherrschung transformiert. Das Verhältnis zur Natur und der Blick auf diese veränderte sich. Horkheimer und Adorno (ebd.: 10) beschreiben dieses Verhältnis wie folgt: »Was die Menschen von der Natur lernen wollen, ist, sie anzuwenden, um sie und die Menschen vollends zu beherrschen.« Der Blick auf die Natur im Herrschaftsverhältnis der Naturbeherrschung ist demnach ein funktionaler und rationaler. Die Menschen⁶ richten einen wissenschaftlichen, vermeintlich objektiven Blick auf die Natur, um dadurch Herrschaft über sie und – darüber vermittelt – die Herrschaft über sich und andere Menschen ausüben zu können.

Vor dem Hintergrund dieser Theoretisierung lässt sich das Zitat aus dem Manifest von Andreessen als zutiefst durchtränkt von der menschlichen Angst vor der Natur und dem subjektstiftenden Modus der herrschaftsförmigen Bewältigung dieser Angst lesen. Andreessen konstituiert die eigene Überlegenheit, indem er eine Differenz zwischen den Technik-Gläubigen und der Natur schafft, die zu beherrschen und deren ökonomischen Nutzbarmachung ihn über ein ›primitives‹ Stadium erhebt. Indem die Natur gedanklich (und materiell) angeeignet wird, ist sie dem Menschen nicht mehr fremd, sondern erscheint kontrollierbar (Wallmeyer 2021: 311). Alles muss erklärbar sein, um keine Ursache von Furcht zu sein. In der Klimakrise ändert sich dieses Verhältnis zur Natur jedoch. Hatte man zuvor noch das Gefühl, dass man durch das wissenschaftliche Erfassen der Gesetzmäßigkeiten der Natur diese, und ihre Katastrophen, vorhersagen kann, so nimmt die Klimakrise dieses scheinbar planbare Verhältnis zur Natur.

Wie Philip Hogh (2021: 1023) argumentiert, ist der moderne Bewältigungsmodus der ursprünglichen Angst in Form der Naturbeherrschung die Ursache für eine neue Angst vor der Natur. Schließlich trägt die Naturbeherrschung selbst zur Ausbeutung der Natur und zur Klimakrise bei. Die Klimakrise destabilisiert die beherrschte äußere Natur, wobei diese destabilisierte Natur an den Schrecken des Naturzwangs, der ursprünglich durch die Beherrschung der äußeren Natur verdrängt werden sollte, erinnert (ebd.: 1031). Die Klimakrise kann als Kontrollverlust erfahren werden, indem Natur nicht mehr als form- und beherrschbar erscheint, sondern uns wieder in Form von Naturgewalt begegnet (Behrensens 2020: 14). Das kann eine Kränkung für das Subjekt sein, das ständig beweisen muss, dass es Natur beherrscht. Gleichzeitig wissen die Subjekte – bewusst oder unterbewusst – dass ihr Verhältnis zur Natur selbst die Ursache für die Klimakrise und damit für den Kontrollverlust gegenüber der Natur ist. Die menschengemachte Destabilisierung der Natur wirkt somit destabilisierend auf die Gesellschaft zurück und die im

sen werden. Dadurch verfällt die Aufklärung zurück in die zweite Natur und in den Mythos (Breitenstein 2013: 145).

6 Zwar im Kanon europäischer Philosophie als allgemein gesetzt, aber meist das Ideal eines *weisen*, männlichen, besitzenden Subjekts beschreibend.

Mythos vorherrschende Angst vor der Natur kehrt wieder (Hogh 2021: 1031). Nur ist diesmal, wie ich vermute, die Angst vor der Natur verbunden mit Emotionen der Schuld, vor dem eigenen Anteil an der Klimakrise (Lilge-Hartmann u.a. 2024: 47ff.), der aber verdrängt werden muss, um weiterhin ein möglichst stabiles Verhältnis zur Natur und zum Selbst zu haben. Gefühle wie Angst erscheinen als etwas, das dem Ich fremd ist, das eine irrationale Alterität darstellt, die unterdrückt werden muss, da sie sonst als Bedrohung für die rationale Identität empfunden wird (Wallmeyer 2021: 312).

Im rechts-libertären Manifest von Andreessen lässt sich erahnen, was eine Antwort auf diese neue Angst vor der Natur sein kann. Sie operiert im Modus der scheinbaren Rationalität, um weiterhin eine stabiles Verhältnis zum Selbst zu haben und die Ohnmacht in der Klimakrise, die man nicht fühlen will, zu verdrängen: »Give us a real world problem, and we can invent technology that will solve it« (Andreessen 2023). Auf die Klimakrise als Problem wird reagiert, indem man neue Technologie erfindet. Die Klimakrise wird nicht als gesellschaftspolitisches, sondern als ein technologisches Problem interpretiert: Treibhausgase sollen z.B. mit Hilfe von Technologie wieder aus der Atmosphäre entfernt oder neue Energietechnologien erfunden werden (Marx 2024). Ausgeblendet wird dabei, dass ihre technischen Erfindungen, die von ihnen hervorgebrachten Kryptowährungen etc. auf einer extremen Ressourcenausbeutung basieren und mitursächlich für die Klimakrise sind (Slobodian 2023: 308f.). So zerstört der Abbau seltener Metalle die Lebensräume von Menschen. Wenn die alten technischen Geräte dann zum Recycling in den Globalen Süden gebracht werden, werden Lebensräume oft zu Giftmülldeponien, die sie wiederum für das Recycling von noch verwendbaren Ressourcen und damit auch dem Versprechen eines grünen Kapitalismus, durchsuchen müssen. Dieser Aspekt der Produktion wird externalisiert (Rushkoff 2022: 8f.). Alles muss in Richtung technologischer Entwicklung und weiter-so gehen, es muss tiefer gegraben werden, noch nicht genutzte Teile der Natur müssen nutzbar gemacht werden, um den auf Wachstum basierenden Kapitalismus am Laufen zu halten. Man vertraut auf Wissenschaft, Technologie und die Kräfte des Marktes (ebd.: 134). Die Sozialfigur steht hier für den aufgeklärten Erfinder, der für alle Probleme eine technische Lösung entwickeln kann. Durch die Identifikation mit ihm kann die Angst vor der Natur und das Gefühl von Ohnmacht in der Klimakrise weiter verdrängt werden und man sich selbst als ein Macher in der Krise fühlen.

Die Fluchttendenzen: auf zu neuen Territorien ohne Krisen

Paradoxerweise bereiten sich die rechts-libertären Tech-Milliardäre entgegen ihrer eigenen Machbarkeitsrhetorik individuell *auf die Flucht* vor den Auswirkungen des Klimawandels vor. Diese Fluchttendenz schlage ich als zweite Dimension der re-

gressiven Krisenbearbeitung der Tech-Milliardäre vor. Während der Meeresspiegel steigt, die Ressourcen schwinden und immer mehr Menschen aufgrund der Klimakrise fliehen müssen, wollen sie ihren extremen Reichtum dafür nutzen, um mithilfe neuer Technologie vor dem Rest der Menschheit zu fliehen (Rushkoff 2022: 5). Es gibt Pläne für schwimmende Städte auf internationalen Gewässern, Enklavenprojekte werden als Schutzzräume in der Klimakrise angepriesen (Slobodian 2023: 333ff.) oder es wird vor dem Hintergrund drohender Katastrophen von einem multiplanetaren Leben geträumt (Hughes 2024: 2). Die Natur, die nicht mehr beherrschbar erscheint, wird zurückgelassen und andere Territorien als neues Eigentum eingenommen. Dieses Verhalten zeigt ein tradiertes Muster des kolonial-bürgerlichen Subjekts: Immer neue Territorien, die das konstruierte Außen darstellen, werden sich als Eigentum aneignet und für den eigenen Selbsterhalt ausgebeutet. Zudem wird in der Logik neoliberaler Selbstverantwortung auf eine entsolidarisierte, individualistische Lösung gesetzt und Involviertheit in das Leben und die Zukunft von anderen Menschen wird abgespalten. Dass diese Distanz zu anderen Subjekten so aufgebaut werden kann, liegt, folgt man Horkheimer und Adorno, grundsätzlich an der sozialen Herrschaft, die mit Naturbeherrschung vermittelt ist. So schreiben sie: »Die Distanz des Subjekts zum Objekt, Voraussetzung der Abstraktion, gründet in der Distanz zur Sache, die der Herr durch den Beherrschten gewinnt« (Horkheimer/Adorno 2020: 19). Das Subjekt, das Natur beherrscht, verdrängt im Prozess der Naturbeherrschung sein eigenes Vorhandensein in der Natur und die Natur in sich selbst, wodurch es gleichgültig gegenüber sich selbst sowie anderen menschlichen und nicht-menschlichen Objekten wird. Die Macht, die Natur zu analysieren, zu manipulieren und zu kontrollieren, die es durch die instrumentelle Vernunft erhielt, wird mit fatalem Erfolg auf die Gesellschaft übertragen (Gunster 2011: 208). Die Herrschaft der Menschen über die Natur ermöglicht, erfordert und intensiviert die Herrschaft einiger weniger Menschen über viele andere, da die Herrschenden sich von den Naturzwängen befreien, indem sie die Beherrschten zwischen sich und die Naturzwänge bringen (ebd.; Colligs 2021: 167). Gesellschaftliche Arbeitsteilung ermöglicht den Herrschenden die Distanz zur Natur. Diese differenziert zwischen ihnen, die das Kommando geben, und den Arbeiter*innen. Arbeitsteilung ist die gesellschaftliche Form, in der sich die soziale Herrschaft manifestiert und die den einzelnen Subjekten als vernünftig erscheint (Horkheimer/Adorno 2020: 28). Nur indem sie andere Menschen für sich auf der Erde arbeiten lassen und durch ihre Ausbeutung Kapital und Wissen anhäufen, können sich die Tech-Milliardäre die schwimmenden Inseln und die Raketen leisten und produzieren lassen, die sie vom Rest der Menschheit wegbringen sollen. Mit ihren Raketen möchten sie sich, wie »Pioniere« im Kolonialismus, dazu aufmachen, neues Land im All zu entdecken und dort Kolonien zu errichten (Hughes 2024). An diesem Aspekt wird sichtbar, dass die Beschreibung von sozialer Herrschaft, die sich bisher auf die Trennung zwischen Arbeiter*innen und Kapitalist*innen bezog, noch um eine Dimension ergänzt wer-

den muss. Die Analysen von Horkheimer und Adorno haben einen weißen Fleck: das männliche, bürgerliche Subjekt, das sie analysieren, ist ein koloniales (Kohpeiß 2023: 11). Das moderne bürgerliche Subjekt bildete sich im Verhältnis zum naturalisierten, ›irrationalen‹, kolonialen Anderen heraus. Es ist Mensch, während die ›Anderen‹ ›Unmenschen‹ sind, ist Subjekt, während es andere zum Objekt macht, hat Eigentum, während es andere als Besitz ansieht. Das bürgerliche Selbst ist folglich grundlegend mit der Geschichte kolonialer Gewalt verknüpft (ebd.: 10). Das ›Außen‹ von Europa wurde zum Objekt, das ausgebeutet werden konnte, Natur, die beherrscht werden musste; war Grundlage für fossile Freiheiten und kapitalistisches Wachstum im Globalen Norden (Greiner 2023: 13).

Diese Logik des kolonialen Subjekts zeigt sich im Vorhaben der Tech-Milliardäre, sich ›unberührtes‹ Land auf dem Meer oder im All anzueignen. Tristan Hughes (2024: 5) spricht in diesem Zusammenhang von »techno-colonists«, deren Weltanschauung darin besteht, der Realität entfliehen zu wollen und die sich in die Pionierzeit zurücksehnen. Musk denkt z.B., dass die Menschheit auf dem Mars autarke und politisch unabhängige Kolonien errichten sollte, für den Fall, dass die Erde zerstört wird (Utrata 2024: 1099). Er bringt dies auf die Formel: »There's high urgency to making life multi-planetary« – Das Leben auf mehreren Planeten muss erreicht werden, solange die Zivilisation noch ›stark‹ ist (Grind 2024), damit die Menschheit vor dem Hintergrund drohender Katastrophen im Zweifelsfall dort fort-existieren kann (Hughes 2024: 2). Diese Ideen basieren auf der Vorstellung des Weltraums als leeren Raums. Genauso wird davon ausgegangen, dass es auf dem Meer oder im Internet noch leeren Raum gibt, den man sich aneignen kann. Indem diese Räume als leer imaginiert werden, können die Rechtslibertären die von ihnen romantisch verklärte koloniale Vergangenheit nachahmen. Thiel bedauert z.B., dass es heute im Gegensatz zum 18. Jahrhundert keine leeren Flächen mehr auf der Landkarte gäbe. Während Männer zu Beginn des Kolonialismus noch dem ›Multikulturalismus‹ Europas entfliehen konnten, hätten Männer diese Möglichkeit heute nicht mehr. Deshalb – so die Idee – muss mit technischen Lösungen auf den Mangel an freien Raum reagiert werden, indem neues Land geschaffen wird: im Cyberspace, im Weltraum oder auf dem Meer (Utrata 2024: 1106). Auf der verlebten Erde häufen sich Katastrophen wie Kriege, Pandemien und die Klimakrise, deshalb will man, wie die kolonialen Vorbilder, das alte Land und die alte Ordnung, mit der man nicht zufrieden ist, zurücklassen und zu neuem Land aufbrechen.

Patri Friedman, der Enkel von Milton Friedman, und Thiel gründeten gemeinsam 2008 das Seasteading Institut (SI), um ihren Traum von der Kolonisierung der Meere in die Praxis umzusetzen. Sie planen, schwimmende Privatstädte auf dem Meer zu bauen.⁷ Diese sollten als unabhängige und souveräne Staaten anerkannt

7 Ursprünglich brachten sie die Gründung von SI nicht mit dem Anstieg der Meeresspiegel in Verbindung. Erst als sie feststellten, dass diese Rechtfertigung das Branding von SI deutlich

werden (Hughes 2024: 9f.). Die Klimakrise wird als Chance für die Etablierung neuer Gesellschaften verkauft: Man siedelt um und etabliert dort eine neue (nicht-demokratische) politische Ordnung (ebd.: 2ff.). Es geht ausschließlich um das eigene Überleben, was sich darin zeigt, dass es Überlegungen der Rechtslibertären gibt, Teile des Globalen Südens zu ›Opferzonen‹ zu machen, die man angesichts der Klimakrise aufgeben müsse. Es gibt aber Ideen von Unternehmen, auch für die Menschen in den ›Opferzonen‹ schwimmende Strukturen zu schaffen – Teile der Erde werden in neokolonialer Logik verplant, um die Krise sicher und ohne Lebensstiländerung zu überstehen (Slobodian 2023: 333ff.).

Verletzlichkeit und Involviertheit gegenüber anderen werden zugunsten von Freiheit und Autonomie abgespalten. In postfordistischer Logik ist Solidarität Mangelware. Die regressive Krisenabwehr ist hier eine privatisierte Lösung, die Flucht vor der unkontrollierten Natur. Die anderen werden zurückgelassen. Die Rechtslibertären nutzen ihre individuellen Freiheiten, die sie aufgrund ihres Reichtums besitzen, um darüber weiterhin die Illusion von Autonomie aufrechtzuerhalten, in dem sie neue Territorien einnehmen. Im Kolonialismus wurde noch das vermeintlich ›Wilde‹ kolonisiert. In der Klimakrise ist das ›Wilde‹ der Natur nicht beherrschbar. Daher flieht man in Enklaven oder ins All und kann damit gleichzeitig seiner romantischen Vorstellung von Kolonialismus nachkommen.

Die Identifikation mit der Sozialfigur bietet den Subjekten die Möglichkeit, Gefühle der Involviertheit, der Schuld oder auch Scham gegenüber anderen in der Klimakrise abzulegen. Gerade im Globalen Norden kann man damit auch eine Verantwortung für die Klimakrise, die andere Menschen und Regionen aktuell schon stärker betrifft, abspalten – die Tech-Milliardäre schauen schließlich auch nicht zurück und kümmern sich nur um sich selbst.

Die Zukunftsfokussierung: Glaube an eine verheißungsvolle Zukunft für die ›Intelligenten‹ ohne die ›Schwachen‹

Eine dritte Dimension der regressiven Krisenbearbeitung bezieht sich darauf, dass alles auf eine *Zukunft für eine weiterentwickelte Menschheit*⁸ ausgerichtet ist. Probleme im Jetzt spielen im Schatten des ›größeren Ganzen‹ eine untergeordnete Rolle. Es

verbesserte, bewarben sie SI auch damit, dass sich die ›alten‹ Städte auf dem Land nun mal nicht an die Klimakrise anpassen könnten, Seasteads dagegen anpassungsfähige und mobile Städte seien, die dem Anstieg der Meeresspiegel stand halten könnten (Hughes 2024: 9f.).

- 8 Ein Urtext des Tech-Libertarismus ist das Buch *The Sovereign Individual: How to Survive and Thrive During the Collapse of the Welfare State* von James Dale Davidson und William Rees-Mogg, das u.a. das Denken von Thiel und Andreessen beeinflusst. In ihm wird das Argument vertreten, dass wir bald in eine Phase der beschleunigten Evolution der Menschen treten würden, die eine mobile Superklasse aus extrem intelligenten Menschen hervorbringen würde. Die-

geht vielmehr darum, dass eine kleine Elite überlebt, die in eugenetischer Logik die richtigen Eigenschaften für die zukünftige Menschheit hat. So kann die Klimakrise in sozialdarwinistischer Ideologie sogar als nützlicher Anlass zur Selektion betrachtet werden. *Longtermism* bedeutet, aktuelle Krisen, wie z.B. die Klimakrise, für eine optimierte Zukunft der Menschheit in Kauf zu nehmen, die durch Fortschritts glauben zu erreichen sei. Longtermisten unterdrücken (scheinbar) ihre eigenen Bedürfnisse für das große Ganze: das Weiterleben der Spezies Mensch (philomag 2021; Read 2022). Sie tun dies als Dienst an der ›Zivilisation‹, sodass diese in der Zukunft nur noch durch ihre Nachfahren und damit eine – so das Selbstbild – hochqualifizierte, technologisierte Gesellschaft fortbesteht (Marx 2023).

Dabei wird eine Person, die heute lebt, als gleichwertig mit einer Person, die zu irgendeinem Zeitpunkt in der Zukunft existiert, betrachtet. Dadurch wird der spekulativen Verringerung des zukünftigen Aussterbens der Menschheit eine größere Bedeutung zugeschrieben als der Lösung von gegenwärtigen Herausforderungen (ebd.). Hier überschneiden sich Marktradikalismus und rechte Ideologien. Innerhalb beider Ideologien gibt es die sozialdarwinistische »Notwendigkeit« der Auslese, in der sich die Starken gegen die Schwachen durchsetzen (Butterwegge 2008: 206). Diese Ideen werden in den Kontext des Zerfalls der (westlichen) Zivilisation gestellt. Elon Musk verbindet diese Argumentation beispielsweise mit dem Konzept des *Pronatalismus*. Dabei geht es darum, dass eine kleine Elite, die ihre Intelligenz vererbt, weiterhin viele Kinder bekommen soll, sodass sich eine vermeintlich intelligentere Menschheit herausbildet (Marx 2023).

Die Vorstellung, besonders gut die eigenen Bedürfnisse und Triebe für das Wohl aller und im Sinne einer rationalen Zukunft unterdrücken zu können, sind mit der Konstitution des sich über Andere erhebenden bürgerlichen Subjekts verbunden. Die triebhaften Teile werden vom Selbst abgespalten, müssen kontrolliert und zum Objekt der eigenen Beherrschung werden (Maihofer 1995: 113). Subjektwerdung geht also nicht nur mit der Beherrschung der äußeren Natur und der Beherrschung von Anderen, sondern auch mit »Entsagung, Introjektion und [...] [dem] umfassendem Triebverzicht« einher (Stögner 2014: 23). Der Kapitalismus versachlicht alles, inklusive der Emotionen der Subjekte, der inneren Natur wird kein Eigensinn mehr zugesprochen. Das Subjekt beutet sich selbst als lebendiges Wesen aus, was sich in pathologischer Selbstdisziplin ausdrückt. Dadurch verdinglicht es sich selbst (Wallmeyer 2021: 312f.). Die Rechtslibertären, die sich selbst an der Spitze der rationalen Subjekte sehen, leben diese Ideologie scheinbar mit Blick auf den gesellschaftlichen Nutzen vor: Debatten um *Longtermism* werden häufig unter dem Label des *Effektiven Altruismus* geführt (Utrata 2024: 1100). Hinter den vordergründig altruistischen

se könnten von weit entfernten Orten die ›wenig intelligente‹ Arbeitskräfte in ihrer Arbeit führen (Slobodian 2023: 293–296).

Motiven stehen jedoch ideologische Motive der Tech-Milliardäre, die damit ihre eigenen kapitalistischen ›Bedürfnisse‹ durchsetzen wollen. In einer eugenischen Logik sollen all jene, die ihren Bedürfnissen und Zielen im Weg stehen, nicht mit in die Zukunft genommen werden. Nur der Teil der Menschheit, der auf Big Tech oder auf die Erforschung des Weltraums setzt, soll am Leben gehalten und mit in die Zukunft genommen werden (Read 2022). Nur ihnen wird die Planung der Zukunft der Menschheit zugetraut, da ihr Reichtum ihnen eine langfristigere Sichtweise ermöglichte, die andere Menschen mit ihren alltäglichen Sorgen nicht in Betracht ziehen könnten (Marx 2023). Reichtum ermöglicht in diesem Weltbild instrumentelle Vernunft. Diese Perspektive dient jedoch nur dem eigenen Interesse der Tech-Milliardäre und spielt ganz bewusst die Risiken der Klimakrise herunter (ebd.).

Die Zukunft der jetzt lebenden Menschen sowie ein gutes Leben für alle wird zugunsten einer Zukunft für eine kleine Elite geopfert, die vor allem aus Menschen wie Thiel oder Musk besteht, die durch ihre Vernunftfähigkeit den technischen Fortschritt vorantreiben können, sich selbst disziplinieren und ihre volle Arbeitskraft auf die technologische Zukunft richten. Das ideale Subjekt im Postfordismus ist autonom, mobil, flexibel und gesund. Allen, die diesem individualistischen und an Leistung orientierten Ideal nicht entsprechen können, wird weniger Wert zugesprochen (Walgenbach 2015: 33). Es entspricht demnach einer neoliberalen und sozialdarwinistischen Logik, dass keine Zukunft für alle Menschen gewünscht ist, sondern nur für die Gesunden und Leistungsfähigen, die die Menschheit für ihre optimierte Zukunft voranbringen.

Die Identifikation mit der Sozialfigur bietet hier das Versprechen, zu den Star-ken und Leistungsfähigen zu gehören, die die Krise – auch durch ihren Erfindergeist – überleben werden und die richtigen Dispositionen dafür haben, mit in die Zukunft genommen zu werden. Der postheroische Held beschwört hier, wie von Bröckling beschrieben, eine Welt, in der nur Stärke zählt und nur diejenigen eine Chance haben, die kein Mitleid gegenüber ihren Mitmenschen haben.

Fazit – Das Angebot der regressiven Krisenbearbeitung durch die postheroischen Tech-Milliardäre

Der Wunschtraum, grenzenlos die Natur zu beherrschen, kann nur in einer Katastrophe für Mensch und Natur enden. Die regressive Krisenbearbeitung in Form des Machbarkeitsversprechens, der Fluchttendenzen und der Zukunftsfokussierung der Tech-Milliardäre zielt aber genau darauf ab. Die Natur soll in der Krise noch weiter und exzessiver über die verlebten und krisengeplagten Kontinente hinaus bis in die Ozeane und das noch frische und unverbrauchte Weltall beherrscht werden. Dabei knüpfen sie mit der regressiven Krisenbearbeitung an ein Versprechen der Moderne an: die beherrschbare Natur. Gerade durch das scheinbare Vorleben von

Naturbeherrschung sind die Tech-Milliardäre für Subjekte, die in der Klimakrise das Gefühl von Ohnmacht, Angst und Kontrollverlust gegenüber der Natur spüren, eine Identifikationsfigur. Sie verkörpern, dass sich in der Klimakrise nichts am Herrschaftsverhältnis der Naturbeherrschung ändern muss. Vielmehr sei der darin angelegte Glaube an Technik und Fortschritt sogar ein Weg aus der Klimakrise heraus. Wie mithilfe der Analysen von Horkheimer und Adorno aufgezeigt wurde, ist Naturbeherrschung ein grundlegendes Herrschaftsverhältnis der Moderne, das jedoch von rechts-libertären Tech-Milliardäre zu einem sozialdarwinistischen und kolonialen Projekt zugespitzt wird. Nur eine besonders intelligente Elite sei dazu fähig, grenzenlos Natur zu beherrschen. Trotz aller Inkohärenz und Widersprüchlichkeiten in der Krisenbearbeitung (Kann die Klimakrise durch Technik aufgehalten werden oder muss man vor ihr auf den Mars fliehen?) zeichnen sich alle drei besprochenen Dimensionen durch ein tiefes Vertrauen in Technik, extremen Individualismus und die Leugnung von Abhängigkeit und Involviertheit von anderen und der Natur aus. Wie die zeitdiagnostische Erweiterung der theoretischen Perspektive sichtbar macht, verkörpert die Sozialfigur des Tech-Milliardärs ein Verhalten, das die postfordistischen Subjekte anspricht, die gelernt haben, dass es in einer entsolidarisierten Gesellschaft mit einem schlanken Staat am besten ist, für sich selbst zu sorgen. Während die Subjekte vom nicht eingelösten Freiheitsversprechen enttäuscht sind und deswegen den Wunsch nach Autoritarisierung verspüren, lebt die Sozialfigur grenzlose Freiheit vor. Die eigenen Wünsche und Bedürfnisse werden ausgelebt, ohne sich durch Gefühle von Involviertheit und Verantwortungsbewusstsein gegenüber anderen ausbremsen zu lassen. Sie bieten damit auch eine Entlastung von Gefühlen wie Scham und Verantwortung an.

In der Realität der meisten Menschen wird die Identifikation mit der Sozialfigur sowie ein absoluter Glaube an technologische Innovation nicht die versprochene Krisenlösung bereithalten: Im Gegensatz zu den Tech-Milliardären bleibt vielen aufgrund von mangelnden materiellen Möglichkeiten keine Möglichkeit eine private Insel, einen Bunker oder einen Flug zum Mars zu kaufen. Es bleibt konsequent die Forderung nach einer restriktiven Migrationspolitik, die die bestehenden Privilegien verteidigen soll. Die Tech-Milliardäre als Sozialfigur der postheroischen Helden sind Teil eines autoritären Programms, das den Subjekten ein Angebot zur regressiven Krisenbearbeitung macht, in der die eigene unsichere Subjektivität und Angst verdrängt werden können. Wenig überraschend ist dieses Angebot nur ein scheinbarer Ausweg aus der Krise und verunmöglicht vielmehr das gute Leben für alle in einer intakten Umwelt.

Literatur

- Altenried, Moritz (2021): Was ist eine Plattform? Politische Ökonomie und Arbeit im Plattformkapitalismus. In: Altenried, Moritz/Dück, Julia/Wallis, Mira (Hg.): Plattformkapitalismus und die Krise der sozialen Reproduktion. Münster: 50–69.
- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin.
- Andreessen, Marc (2023): The Techno-Optimist Manifesto. Andreessen Horowitz. URL: <https://a16z.com/the-techno-optimist-manifesto/>, Zugriff: 16.10.2024.
- Bader, Pauline/Demirović, Alex/Becker, Florian/Dück, Julia (2011): Die multiple Krise. Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: Demirović, Alex/Attac (Hg.): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: 11–28.
- Behrensen, Maren (2020): Bedrohte Männlichkeit auf einem sterbenden Planeten. Klimawandelleugnung und Misogynie. In: Ethik und Gesellschaft (2), 1–19. DOI: <https://doi.org/10.18156/eug-2-2020-art-6>.
- Breitenstein, Peggy H. (2013): Die Befreiung der Geschichte. Geschichtsphilosophie als Gesellschaftskritik nach Adorno und Foucault. Frankfurt a. M./New York.
- Bröckling, Ulrich (2020): Postheroische Helden. Ein Zeitbild. Berlin.
- Butterwegge, Christoph (2008): Marktradikalismus und Rechtsextremismus. In: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden: 203–223.
- Colligs, Alexandra (2021): Identität und Befreiung. Subjektkritik nach Butler und Adorno. Frankfurt a. M./New York.
- Décieux, Fabienne/Sennewald, Luzie (2018): Regulationstheorie. Ein Blick über den Tellerrand? In: Scheele, Andrea/Wöhl, Stefanie (Hg.): Feminismus und Marxismus. Weinheim: 174–186.
- Duran, Gil (2024): Where J.D. Vance Gets His Weird, Terrifying Techno-Authoritarian Ideas. In: The New Republic (22.07.2024). URL: <https://newrepublic.com/article/183971/jd-vance-weird-terrifying-techno-authoritarian-ideas>, Zugriff: 27.11.2024.
- Estes, Adam Clark (2024): Trump's Techno-Libertarian Dream Team Goes to Washington. Vox (11.11.2024). URL: <https://www.vox.com/technology/383859/musk-trump-vance-silicon-valley>, Zugriff: 11.11.2024.
- Gentzel, Peter (2024): Horkheimer und Adorno (2004): Dialektik der Aufklärung. In: Hoffmann, Olaf/Sandhu, Swaran (Hg.): Schlüsselwerke für die strategische Kommunikationsforschung. Wiesbaden: 479–488.
- Greiner, Helen (2023): Die Inszenierung von Rassismus in der Kulturindustrie. Eine ideologiekritische Filmanalyse. Wiesbaden.

- Grind, Kirsten (2024): Elon Musk's Plan to Put a Million Earthlings on Mars in 20 Years. In: *The New York Times* (11.07.2024). URL: <https://www.nytimes.com/2024/07/11/technology/elon-musk-spacex-mars.html>, Zugriff: 19.9.2024.
- Gunster, Shane (2011): Fear and the Unknown. Nature, Culture, and the Limits of Reason. In: Biro, Andrew (Hg.): *Critical Ecologies. The Frankfurt School and Contemporary Environmental Crises*. Toronto/Buffalo/London: 206–228.
- Hogh, Philip (2021): Die gesellschaftliche Destabilisierung der Natur und die Rückkehr des Naturschreckens. Kritische Überlegungen zum Anthropozän. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 69 (6): 1020–1035. DOI: <https://doi.org/10.1515/dzph-2021-0081>.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (2020): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. 25. Aufl. Frankfurt a.M.
- Hughes, Tristan (2024): The Political Theory of Techno-Colonialism. In: *European Journal of Political Theory* 0 (0), 1–24. DOI: <https://doi.org/10.1177/147488512412498>.
- Humborg, Christian/Nguyen, Thuy Anh (2018): *Die publizistische Gesellschaft*. Wiesbaden.
- Klein, Ezra (2023): Opinion. The Chief Ideologist of the Silicon Valley Elite Has Some Strange Ideas. In: *The New York Times* (26.10.2023). URL: <https://www.nytimes.com/2023/10/26/opinion/marc-andreessen-reactionary-futurism.html>, Zugriff: 12.11.2024.
- Kohpeiß, Henrike (2023): *Bürgerliche Kälte. Affekt und koloniale Subjektivität*. Frankfurt a.M./New York.
- LaFrance, Adrienne (2024): The Rise of Techno-Authoritarianism. In: *The Atlantic* (30.01.2024). URL: <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2024/03/facebook-meta-silicon-valley-politics/677168/>, Zugriff: 11.11.2024.
- Lilge-Hartmann, Andrea/Bechtoldt, Myriam N./Kaufhold, Charlie/Kirchhoff, Christine (2024): »Kein gutes Thema für die Zukunft«: Über die folgenreiche Abwehr einer bedrohlichen Realität. In: *psychosozial*, 47 (3): 46–58. DOI: <https://doi.org/10.30820/0171-3434-2024-3-46>.
- Löpfe, Philipp (2023): So gefährlich sind die Tech-Milliardäre. *watson.ch* (29.10.2023). URL: <https://www.watson.ch/!402552570>, Zugriff: 18.11.2024.
- Ludwig, Gundula/Woltersdorff, Volker (2018): Sexuelle Politiken im autoritären Neoliberalismus zwischen den Versprechen von Freiheit und Sicherheit. In: Pühl, Katharina/Sauer, Birgit (Hg.): *Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse. Queerfeministische Positionen*. Münster: 47–72.
- Maihofer, Andrea (1995): *Geschlecht als Existenzweise. Macht, Moral, Recht und Geschlechterdifferenz*. Frankfurt a.M.
- Marx, Paris (2023): Why Silicon Valley Is Bringing Eugenics Back. (21.04.2023). URL: <https://disconnect.blog/why-silicon-valley-is-bringing-eugenics/>, Zugriff: 11.11.2024.

- Marx, Paris (2024): Data Vampires: Sacrificing for AI (Episode 3). Tech Won't Save Us (21.10.2024). URL: https://techwontsave.us/episode/245_data_vampires_sacrificing_for_ai_episode_3.html, Zugriff: 18.11.2024.
- philomag (2021): Longtermism. Eine neue Theorie für die Zukunft? In: Philosophie Magazin. URL: <https://www.philomag.de/artikel/longtermism-eine-neue-theorie-fuer-die-zukunft>, Zugriff: 19.9.2024.
- Read, Rupert (2022): Climate Crisis and the Dangers of Tech-Obsessed ›Long-Termism‹. In: The Conversation (17.02.2022). URL: <http://theconversation.com/climate-crisis-and-the-dangers-of-tech-obsessed-long-termism-176951>, Zugriff: 19.9.2024.
- Rushkoff, Douglas (2022): Survival of the Richest. Escape Fantasies of the Tech Billionaires. New York.
- Sauer, Birgit (2018): Demokratie, Volk und Geschlecht. Radikaler Rechtspopulismus in Europa. In: Pühl, Katharina/Sauer, Birgit (Hg.): Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse. Queerfeministische Positionen. Münster: 178–195.
- Shuster, Simon (2024): How Elon Musk Became a Kingmaker. In: Time (21.11.2024). URL: <https://time.com/7177802/elon-musk-donald-trump-2024-election>, Zugriff: 30.11.2024.
- Slobodian, Quinn (2023): Kapitalismus ohne Demokratie. Wie Marktradikale die Welt in Mikronationen, Privatstädte und Steueroasen zerlegen wollen. Berlin.
- Spiers, Elizabeth (2023): Opinion. A Tech Overlord's Horrifying, Silly Vision for Who Should Rule the World. In: The New York Times (28.10.2023). URL: <https://www.nytimes.com/2023/10/28/opinion/marc-andreessen-manifesto-techno-optimism.html>, Zugriff: 30.11.2024.
- Stöcker, Christian (2024): Effective Accelerationism. Die neue Silicon-Valley-Ideologie ist dunkel und kalt – Kolumne. In: Der Spiegel (07.01.2024). URL: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/effective-accelerationism-die-neue-silicon-valley-ideologie-ist-dunkel-und-kalt-kolumne-a-4b1422c3-0235-4b78-84fc-de2e289fc2f4>, Zugriff: 16.10.2024.
- Stögner, Karin (2014): Antisemitismus und Sexismus. Historisch-gesellschaftliche Konstellationen. Baden-Baden.
- Utrata, Alina (2024): Engineering Territory: Space and Colonies in Silicon Valley. In: American Political Science Review 118 (3): 1097–1109. DOI: <https://doi.org/10.1017/S0003055423001156>.
- Walgenbach, Katharina (2015): Geschlecht in gesellschaftlichen Transformationsprozessen. In: Walgenbach, Katharina/Stach, Anna (Hg.): Geschlecht in gesellschaftlichen Transformationsprozessen. Opladen: 21–50.
- Wallmeyer, Tobias (2021): Bürgerliche Natursehnsucht und faschistisches Potenzial: Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Leo Löwenthal über das Desiderat Natur als Lebensnerv des Rechtsradikalismus. In: ZRex – Zeitschrift für Rechts-

extremismusforschung 1 (2), 308–321. DOI: <https://doi.org/10.3224/zrex.vii2.o8>.

Young Men Research Initiative (2024): New Survey: Young Men's Trust in Musk, Tate, and Other Right Wing Online Influencers Has Exploded (12.08.2024). URL: <https://youngmenresearchinitiative.substack.com/p/new-survey-young-mens-trust-in-musk>, Zugriff: 21.12.2024.

Zellinger, Peter (2024): Tech-Investor Peter Thiel: Schattenpräsident der USA und Feind der Demokratie. In: Der Standard (09.11.2024). URL: <https://www.derstandard.at/story/3000000243890/tech-investor-peter-thiel-schattenpraesident-der-usa-und-feind-der-demokratie>, Zugriff: 27.11.2024.



Teil IV: Transformation entfalten

Die Welt von morgen wird eine andere sein. Ungeklärt ist, ob das ein Anlass zur Freude oder zur Trauer sein wird, ob es auf eine gute Welt für alle oder eine schlechte für viele hinauslaufen wird. Fatal wäre es jedenfalls, beim Neuordnen der (Un-)Ordnung bloß unbeteiligt zuzusehen. Denn es ist nicht ausgeschlossen, dass das Aufbrechen der Ordnung der Dinge, das Knacken des Gehäuses der Gewohnheiten einen Aufbruch in ein noch nie dagewesenes Miteinander und Füreinander einläutet. Knackpunkte zu treffen, an den richtigen Stellschrauben zu drehen und gleichzeitig an entscheidenden Punkten Pflöcke einzuschlagen, bedarf nicht zuletzt Kenntnis und Kreativität, gegenseitiger Abstimmung sowie gemeinsamen Experimentierens. In Zeiten, in denen sich rundum Finsternis ausbreitet, können sich Leuchttürme als entscheidende Orientierungshilfen erweisen. Ihre Strahlkraft vermag zwar bisweilen auch zu blenden, sie hilft aber dabei, den eigenen Standort zu bestimmen und dunkle Stellen sowie wagnisreiche Passagen auszuleuchten.

Teil IV des Bandes will einen Anspruch aus der Selbstbeschreibung des Graduiertenkollegs »Krise und sozial-ökologische Transformation« aufnehmen: »die Potenziale und Voraussetzungen für erfolgreiche Kämpfe um eine sozial-ökologische Transformation zu identifizieren und Wissen zur Verfügung zu stellen, das diese Kämpfe zu orientieren hilft«. Er wendet den Blick also auf Akteur*innen und auf zentrale Handlungsfelder einer progressiven Transformation und fragt nach dem Beitrag kritischer Wissenschaft zu praktischen Weiterentwicklungen. Transformativ ist diese Wissenschaft freilich nur, wenn sie auch die spezifischen Restriktionen des akademischen Feldes und die Reibungen zwischen einem wissenschaftlichen und einem politischen Modus des Sprechens zum Gegenstand der Reflexion macht. Transformative Wissenschaft bedarf der Positionierung und der solidarischen Bezugnahme auf Bewegungen für Gerechtigkeit und Emanzipation. Die einzelnen Beiträge loten entsprechende Herausforderungen und Widersprüchlichkeiten nicht nur mit Blick auf die Praxis des Graduiertenkollegs aus; sie betrachten auch die Verwicklungen in Care- und Erwerbsarbeit sowie in politischen Auseinandersetzungen um Klimaanpassung.

Care gegen Anthropozän

Zur Umkämpftheit des Füreinanderorgens

Sophie von Redecker und Ania Spatzier¹ mit Christa Wichterich

Im Frühjahr 2024 gaben wir einen Workshop bei der POLLEN-Konferenz in Lund. POLLEN steht für Political Ecology Network und wir haben dort ein Konzept für einen interaktiven Workshop mit dem Titel *Care (against) the Anthropocene* eingereicht. Aus Perspektiven der Soziologie und der Ökologischen Agrarwissenschaften bearbeiten wir das Thema Care auf der Suche nach einem gemeinsamen Verständnis. Von zentraler Bedeutung war für den Workshop die Vielfalt der Bedeutungen von Care in unterschiedlichen Sprachen. Im Deutschen verwenden wir die Begriffe Care/Sorge/Fürsorge synonym, haben uns aber auch entschieden, zusätzlich den Begriff des Füreinanderorgens einzubringen, der die drei Dimensionen miteinander verbindet. Die Thematik hatte für uns eine auch ganz praktische Dimension: Mangels anderer Betreuungsoptionen nahmen wir unsere Kinder zur Tagung in Schweden mit und organisierten die Betreuung während unseres Workshopsslots privat.² Während der mehrstündigen Autofahrt war es eine Herausforderung, den Bedürfnissen zweier Kleinkinder auf der Rückbank gerecht zu werden. Dabei ist eine Audio-Aufnahme der Geräuschkulisse im Auto entstanden, deren Grundgesang »Mama bitte, Mama bitte, Mama bitte« durch unregelmäßige, aber eindringliche Rufe nach »Mehr Milch!« unterbrochen wurde. Die Aufnahme nutzten wir später als Einstieg in unseren Workshop.

Kern des Workshops bildete eine schriftliche »stille Diskussion« in den verschiedenen im Raum vertretenen Sprachen. Dabei wurden vielschichtige Bedeutungsebenen des Wortes Care herausgearbeitet, die sich mangels adäquaten Vokabulars in der Zielsprache nicht immer direkt übersetzen ließen. Eine Teilnehmer*in kommentierte beispielsweise, die wörtliche Übersetzung von Care auf Chinesisch und einigen anderen ostasiatischen Sprachen sei »shining and protecting«, also »leuchtend« und »schützend«. Eine andere Teilnehmerin unterstrich die Unsichtbarkeit von Care im öffentlichen Raum: »[Care is] very difficult to nurture in professional

1 Die beiden Autor*innen erscheinen in alphabetischer Reihenfolge und haben den Artikel in gleichen Teilen bzw. gemeinsam verfasst.

2 Danke Katrin Pahl für Deine Geduld und Fürsorge.

environments, where focus is on production rather than reproduction – considered as given – not cared for – while I find this to be in fact the essence of resilience and sustainability.«

Darüber hinaus wurde eine hierarchische Abstufung bezüglich dessen, was als Fürsorge gilt, festgestellt: »We tend to care more about the powerful while there is no time left to care about the ›less important‹«, »Caring for/with others means also visibilizing intersectionalities«. Diese Perspektive verweist auf den zentralen Faktor Zeit. In fast allen Sprachen wurde eine Wortverwandtschaft zu den Worten Sorge bzw. Besorgtsein festgestellt, beispielsweise auf Niederländisch: »›Zorg‹, ›Zoorgen voor‹ means taking care of, ›bezorg zijn‹ means being worried – sums up my feelings pretty well!«³

Deutlich wurden in diesem Workshop die vielen Dimensionen des Care-Begriffs und seine Umkämpftheit auf theoretischer wie auf subjektiver und materieller Ebene. Das zeitliche Ausmaß und die Art der Sorgearbeit variierten stark innerhalb der scheinbar homogenen Gruppe (alles Wissenschaftler*innen auf einer Konferenz). Einigkeit bestand darin, dass die Care-Perspektive auf Konferenzen sonst unsichtbar bleibt. Markant war zudem, dass sich die Sorge/Fürsorge für das Mehr-als-Menschliche und für andere Menschen oftmals bis zur Erschöpfung verschränken.

Aufbauend auf diesen Workshop werden wir entlang des Titels »Care gegen Anthropozän. Zur Umkämpftheit des Füreinandersorgens« sowohl unser Verständnis aktueller Krisenhaftigkeiten als auch unseren Bezug auf Transformationsbestrebungen deutlich machen. Wir verstehen Care als dem krisenhaften Anthropozän entgegenstehend. In unseren Forschungen konzentrieren wir uns auf Kontexte u.a. in der Klimagerechtigkeitsbewegung und der kleinbäuerlichen landwirtschaftlichen Praxis, in denen Care bereits als emanzipatorischer Widerstand genutzt wird, um die Ruinen des Anthropozäns zu kitten und eine sozialökologische Transformation zu gestalten. Hierin verdeutlicht sich unser Transformationsverständnis, welches präfigurative Praktiken und transformative Zellen (Brand/Wissen 2024: 240ff.) zentral setzt, in denen Veränderungen erprobt und von dort ausgehend ausgeweitet werden (Redecker 2020).

Ausgangspunkt unserer Analyse ist der Umstand, dass wir Care in der Transformationsforschung häufig vermissen; insbesondere deshalb, weil wir Care zugleich als hochrelevant, aufschlussreich und lösungsorientiert in Anbetracht der aktuellen globalen sozialökologischen Krisenkonstellationen einstufen. Care kommt zu kurz sowohl im krisenhaften Jetzt als auch in der auf seine Überwindung zielenden Transformationsforschung. Maria Puig de la Bellacasa resümiert: »Care is omnipresent, even through the effects of its absence« (2017: 1). Es ist unser Anliegen, Care ins Zentrum zu rücken. Nicht nur als Analyserahmen dieses Artikels, sondern – wie es das *Care Collective* in *The Care Manifesto* (2020: 19) sagt – als »organizing

3 Wir verwenden die Begriffe Care/Sorge/Fürsorge in diesem Beitrag bedeutungsgleich.

principle«. Care soll also eine Tatsache sein, um die im zwischenmenschlichen und mehr-als-menschlichen Kontext nicht mehr gerungen werden muss, sondern die als grundlegendes Prinzip des Miteinanderseins verstanden wird.

Affirmativ gefasst, begreifen wir Care damit auch als eine Möglichkeit, dem Anthropozän entgegenzuwirken. Damit meinen wir, dass es einerseits im Gegensatz zu den extraktivistischen, zerstörerischen materiellen Einschreibungen in Ökosysteme auch die Möglichkeit gibt, für das, was wir Natur nennen, zu sorgen, diese zu pflegen und aufzubauen. Care als solidarisches Leitmotiv ermöglicht darüber hinaus die zwei essenziellen, den Anthropozänbegriff charakterisierenden, hierarchischen Setzungen zu kritisieren. Erstens, die euro- und anthropozentrische Idee, den Menschen als Zentrum zu definieren und die Natur als ausbeutbare davon abgespaltene Umwelt zu verstehen. Zweitens, die Verschleierung der unterschiedlichen Verantwortlichkeiten für die Krisenhaftigkeit und die mit dem Terminus *anthropos* einhergehende Suggestion, dass die gesamte Menschheit gleichermaßen die zerstörerischen extraktivistischen Praktiken hervorgerufen hätte.

Care kann so als gegenhegemoniale Strategie, als Mittel des Widerstehens gegen die Ausbeutung menschlicher und nichtmenschlicher »Ressourcen« wirken. Wir wollen in Analogie zu der kleinkindlichen Forderung »Mehr Milch« schlicht »Mehr Care«. Nicht für uns persönlich, sondern für die Welt, für menschliche und mehr-als-menschliche Kontexte, wobei wir beides als verwoben verstehen. Angelehnt an unterschiedliche Einflüsse wie Donna Haraway, Jane Bennett, Stefania Barca, queere Theorien, feministische Perspektiven, indigene Kosmologien und Neue Materialismen verstehen wir ebenso die ökologische Krise und die Krise sozialer Reproduktion als verwoben. Vor dem Hintergrund der globalen Erschöpfung »menschlicher und nicht-menschlicher Ressourcen« (Winker 2020) plädieren wir für das Eingehen neuer radikaler planetarischer Fürsorgeverhältnisse.

Um uns dieser großen Forderung anzunähern, haben wir zunächst Christa Wichterich, Expertin für feministische politische Ökologie, drei Fragen gestellt, die zusammenfassen, was uns beide im Laufe der gesamten Zeit unseres Promotionskollegs beschäftigt hat. Es sind Fragen, auf die wir trotz und zum Teil wegen aller Forschungen, die wir diskutiert und gehört haben, keine Antworten fanden. Sie skizzieren unsere Suche nach »mehr Care« und beleuchten Leerstellen und Unsichtbares. Wir möchten hiermit den Dialog zwischen wissenschaftlichen Generationen sowie feministischen und queeren Theoriezugängen ins Zentrum rücken. Daran anschließend führen wir aus, welche Rolle Care in unserer Forschung spielt und inwiefern sie umkämpft ist. Zum Abschluss erläutern wir, inwiefern all das mit kritischer Wissenschaft und unserem Kolleg im Zusammenhang steht.

Christa, warum steht Care nicht im Zentrum der Transformationsforschung, obwohl Care Grundlage für alles ist?

CW: Gute Frage, schnelle Antwort: Weil sozial-ökologische Transformation sich meist zuallererst auf die Materialität von Produkten und Ressourcen bezieht. Der immer noch anrührend richtige Friedensslogan »Schwerter zu Pflugscharen« steht als Paradigma für die Zentralität von materiellen Produkten. Obwohl ein Sorgeethos anstelle einer Vernichtungslogik die Grundlage jeden Friedens und der Gegenpol zu Gewalt ist, wird mit diesem Slogan landwirtschaftliche Technologie als Gegenmodell angerufen. Die Verkehrswende von umweltbelastender, klimaunfreundlicher Mobilität mit privaten Pkws oder gar ressourcenverschwendenden SUVs zu ressourcenschonender, CO₂-ärmeren Transportmitteln oder die Energiewende von fossilen Energieträgern zu Erneuerbaren wollen jeweils ein industriell erzeugtes oder industriell extrahiertes Produkt durch ein anderes ersetzen. Industrielle Herstellung gehorcht im Maschinen- oder Robotertakt den Prinzipien der Effizienz und Geschwindigkeit und trägt letztlich das Brandzeichen von kapitalistischem Produktivismus und Wachstum. Windräder und Solarpanelen geben schließlich auch Wachstumsimpulse.

In einer grünen Ökonomie oder dem Green New Deal, der einen ökologischen Paradigmenwechsel durch Dekarbonisierung und ökologische Modernisierung reklamiert und damit die multidimensionale Krise als Wachstums- und Entwicklungshemmnis überwinden will, sind Konversionsdebatten nach wie vor marktbasierend. Sie bewegen sich auf extraktions- und industriepolitischen Terrain im Rahmen globaler Stoffströme und transnationaler Handels- und Finanzpolitik, aber auch innerhalb westlicher Wissensregime. Der praktisch-politische Fokus auf Konversion beinhaltet ein Risiko, den Blick auf den Austausch von Rohstoffen, Produkten und Technologien zu reduzieren und tendenziell von Machtverhältnissen, der Handlungslogik und von Interessen zu abstrahieren. Transformation wird als technologisch modernisierte Naturbeherrschung konzipiert. Das zeigt sich in der Bioökonomie und Landwirtschaft 4.0, wo Technologien und KI mit einem Mythos von Innovation die Steuerung und Kontrolle übernehmen. Dabei werden Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie eher am Rande mitgedacht, statt sie zum Dreh- und Angelpunkt zu machen.

Eine Triebkraft für die grüne Ökonomie ist die Hoffnung der Abkopplung der Wirtschaft und des Wirtschaftswachstums vom Naturverbrauch. Das aber bleibt einerseits eine Illusion, solange nicht eine andere ökonomische und ökologische Logik Gesellschafts-, Produktions- und Naturverhältnisse bestimmt, zum anderen heiligt der Zweck die Mittel, auch die gewaltförmige, neokoloniale Enteignung und Aneignung der zur Transformation notwendigen Stofflichkeit, derzeit z.B. grüner Wasserstoff. Folge ist eine weitere In-Wert-Setzung und Kommerzialisierung von Rohstoffen bei gleichzeitiger Zerstörung von Biodiversität im Zuge der Aneignung

und Herstellung von Monokulturen. Das alles verschärft die Konkurrenz um Ressourcen und Marktführung auf nationaler und internationaler Ebene, aber auch soziale Konflikte. Kurz: Markt- und materialitätsorientierte Transformation ist in der Regel *careless*, sorg- und rücksichtslos gegenüber Reproduktion, Bedürfnissen und Bedarfen an der Basis. Das ist Transformationskolonialismus.

Inwiefern hat sich der Umgang mit/die Verhandlung der Care-Perspektive aus deiner Sicht innerhalb der Transformationsforschung in den letzten Jahren verändert? Gibt es einschlägige Veränderungen/signifikante Umbrüche?

CW: In akademischen Diskursen haben die Debatten um Degrowth (Schmelzer/Vetter 2024), um Commons und Commoning (Helfrich/Bollier 2020) und um ein »gutes Leben für alle« (I.L.A. Kollektiv 2019) das Nachdenken über eine tiefgreifende Transformation (*deep transformation*) durch einen Paradigmenwechsel vorangetrieben, der den Herrschaftscharakter gesellschaftlicher Natur- und Klassenverhältnisse in Frage stellt und sich unauflöslich mit globaler sozialer Gerechtigkeit verbindet.

Je stärker in den vergangenen Jahren die Grenzen des Wachstums und die systemische Vielfachkrise politisiert und dabei die zunehmende Erschöpfung und Zerstörung menschlicher und natürlicher Ressourcen skandalisiert wurden, desto lauter wurde in Transformationsdiskursen das Plädoyer, nicht nur Druck aus dem Wachstumskessel zu lassen, sondern einen Kurswechsel des Wirtschaftens und des Stoffwechsels mit der Natur anzugehen. Erfahrungen, dass der Markt und Technologien angesichts ungleicher Ausgangsbedingungen weder Ressourcengerechtigkeit noch Nachhaltigkeit dauerhaft sichern, stärken den Ruf nach einer Politisierung – nicht Kommerzialisierung oder Finanzialisierung – von Problemlösungen einerseits und andererseits nach einer Ethik des Sorgens, Sich-Kümmerns und Ausgleichens mit demokratischen Prinzipien. Gegenüber dem Produktivismus des kapitalistischen Wachstums rückte Reproduktivität als Ausgangspunkt und Ziel ökonomischen und ökologischen Handels ins Zentrum (Biesecker/Hofmeister 2015).

Anlässe dafür waren auch konkrete Erfahrungen der Verwundbarkeit und der gesellschaftlichen Reproduktionskrise durch die Covid-19-Pandemie, durch Ressourcenverknappung und Artensterben, durch den Klimawandel und Kippunkte wie die Überschwemmungen im Ahrtal und in Valencia. Dabei wurden die Systemrelevanz von Care-Arbeit und die Notwendigkeit von solidarischem Handeln schmerzlich spürbar. Je mehr sich die multiplen Krisen verschärfen, desto deutlicher wird, dass es ums Ganze geht, ums Leben (Redecker 2020; Barca 2020). Nicht Konkurrenz um schrumpfende Lebensgrundlagen und egoistische Besitzstandswahrung eröffnen Wege aus den Krisen, sondern kollektive Strategien des

Sich-Kümmerns, eine Prioritätenverschiebung vom Wachsen auf Erhalten und Zukunftssicherung.

In diesem Kontext bietet der aus feministischer Perspektive eingebrachte Care-Diskurs hohe Transformationspotenziale, weil Care mit der ihr eigenen Zugewandtheit und ihrem eigenen Tempo Extraktivismus, Enteignung und Zerstörung diametral entgegengesetzt ist und sie ein Gegennarrativ zum Marktimperativ von Effizienz- und Produktivitätssteigerung transportiert. Nicht nur Care als konkrete reproduktive Arbeit des Versorgens, der Fürsorge und der Vorsorge, sondern gerade die Ethik des Sich-Kümmerns um menschliches und nicht-menschliches Leben ist eine Schlüsselkategorie für das Umsteuern auf Reproduktivität. Auch jenseits feministischer Zugänge hat Care eine breite Resonanz gefunden, weil sie Bedürfnissen und Rechten, Kooperation und Interdependenz, Gebrauchswerten und dem Gemeinwohl Vorrang vor individueller Autonomie und Akkumulation einräumt.

Die Praxis des Alltags und des Widerstands in ihrer Vielfältigkeit preschen der Theoriebildung bei der Suche nach Formen solidarischer Ökonomie und der Konvivialität mit Natur voraus. Es sind immer wieder Alltagspraktiken, zivilgesellschaftliche Bewegungen und Protestinitiativen, die Alternativen austesten und Reziprozität, Interdependenz und Kooperation im Unterschied zum Homo oeconomicus*, seiner* individuellen Nutzenmaximierung und seiner* imperialen Lebensweise sondieren und Theoriebildung inspirieren.

Allerdings ist eine Care-Perspektive nicht automatisch ein transformatorischer Königinnenweg, und sie ist weder gegen Missbrauch noch gegen Rückschläge gefeit. Care-Arbeit braucht Umverteilung und Umbewertung, sprich: Sie muss aus feminisierter und rassifizierter Zuschreibung und der imperialen Lebensweise (Brand/Wissen 2017; Wichterich 2023) befreit werden, um nicht Gefahr zu laufen, durch Marktkräfte, neoliberale kostensparende Politik oder konservativ rechtspopulistische Kräfte vereinnahmt zu werden.

Intersektionale und queer-feministische Ansätze dekonstruieren mit einem herrschaftskritischen und emanzipatorischen Drive die Monokulturen im Kopf und in der Politik wie auch die binäre hierarchische Geschlechterordnung. Sie kümmern sich respektvoll um Gemeinsames und Differenzen in der kulturellen, ökonomischen, sozialen, sexuellen und Biodiversität, statt die Vielfalt zu reduzieren.

Welche Entwicklungen geben »Hoffnung« auf eine mehr Care-fokussierte Transformationsforschung? Wo lassen sich diese Ansätze bereits finden? Was ist deine Vision für eine Care-fokussierte Transformationsforschung?

CW: Es ist in diesen sich verdüsternden Zeiten nicht einfach, über Hoffnung zu reden, aber notwendig, um der Spaltungs- und Verunsicherungspolitik nicht das Terrain zu überlassen, sondern ihr eine Politik des Commoning, von Allianzen und

rebellischer Zukunftsfähigkeit entgegenzusetzen. Hoffnung besteht, weil die drei Zielkorridore – Degrowth, Commons und gutes Leben für alle – mit westlichem post-aufklärerischem Fortschrittsdenken brechen und sich für nicht-westliche kosmologische und interdependente Konzepte wie auch für alternative Handlungsterains jenseits des verwertungszentrierten Aneignungs- und Produktivitätsparadigmas öffnen. Und natürlich gibt die ganze Bandbreite von oppositionellen und subversiven Praktiken und transformativen Zellen (Brand/Wissen 2024) Hoffnung, weil sie die neokoloniale kapitalistische Logik von Monokulturen unterbrechen und in Richtung auf ein konviviales Mensch-Natur-Verhältnis stören. Die transnationale Ausbreitung von Konzepten der Ernährungssouveränität und von Praktiken der Agroökologie steht paradigmatisch für die Attraktivität solcher Alternativen. Besetzungen von Häusern und Waldstücken versuchen, Ressourcen der Verwertung und Profitmacherei zu entziehen und stellen die Eigentumsfrage neu. Kommunale Bürgerräte zur Daseinsvorsorge und zu Care-Arbeit stellen ein Commoning dar und üben neue demokratische Entscheidungsstrategien ein. Neue Allianzen kämpfen für eine Verkehrswende. Ausgehend vom lateinamerikanischen Raum und den dortigen *Ya-Basta*-Bewegungen⁴ gegen neo-imperiale Aneignung hat das *Cuerpo-Territorio*-Konzept Widerstandsräume geöffnet, die feministische Anti-Gewaltpolitik gegen Körper mit anti-kolonialer und anti-kapitalistischer Gewalt gegen Territorien, Ressourcen und Natur verbinden (Zaragocin/Caretta 2021).

Care ist ein Binde- und Hoffnungsmittel zwischen unterschiedlichen Kämpfen und Bewegungen, denn es geht im Kern um das Recht auf Überleben und sichere Lebensgrundlagen. Deshalb kann die Sorgelogik als Kompass im Zentrum demokratischer Entscheidungen, von Gerechtigkeit sowie für Achtsamkeit gegenüber menschlichem und nicht-menschlichem Leben in seiner Vielfalt und innerhalb der planetarischen Grenzen fungieren. Konzepte der Care Revolution (Winker 2015), einer Caring Economy (Commission 2020) und einer Caring Democracy (Tronto 1993) haben diesen Kompass in transformatorische Strategien und Leitplanken des Umbaus übersetzt. Doch es gibt keinerlei Automatismus eines Umschlags von den vielen verstreuten Alternativen in ein neues sorgezorientiertes Handlungsparadigma.

Deshalb brauchen wir in diesen dystopischen Szenarien konkrete Utopien (Dinnerstein 2016). Care als »neue Radikale«, die den grundlegenden Konflikt zwischen Kapital und Leben (Portocarrero Lacayo 2024) und die zerstörerische Gewalt des hegemonialen Entwicklungsmodells bloßstellt, kann dann als transformatorische und emanzipatorische Kraft wirken, wenn sie zum Ausgangs- und Zielpunkt von Ökonomie und Ökologie gemacht wird. Paradigmenkämpfe gegen Extraktivismus wie die südafrikanische Bewegung zum »Recht, NEIN zu sagen«, und Bewegungen gegen

4 »Ya basta« – »Es reicht« – Parole der aufständischen Zapatistas in der Chiapas Region Mexikos gegen kapitalistische Ausbeutung und koloniale Landnahme.

Bio- und Geoengineering wie »Leave them in the Ground« oder »Hands off Mother Earth« haben visionären Charakter.

Auf diese konkreten Utopien fokussierend, zeigen wir nun anhand der agrarökologischen Praxis in landwirtschaftlichen Kontexten und einem Blick auf/aus den Agrarwissenschaften (Sophie) sowie aus soziologischer Perspektive auf die Klimagerechtigkeitsbewegung der letzten Jahre (Ania), inwiefern Care dort verhandelt wird und umkämpft ist.

Sophie, Welche Rolle spielt Care in deiner Forschung?

SvR: Care ist in meiner Forschung zu und mit landwirtschaftlichen Praktiken zentral. Das scheint zunächst ungewöhnlich und wird, wenn überhaupt, meist so verstanden, dass ich mich dabei um die auf Höfen anfallende häusliche Care-Arbeit beziehe. Ich verstehe als Care-Arbeit jedoch vielmehr agrarökologische Praktiken, die Böden verbessern, Ökosysteme pflegen und im komplexen Sinne Zusammenhänge anerkennen und diese ausbauen – ein Verständnis von Fürsorge als »politics of interdependence«, wie es der Untertitel des Care-Manifests (Chatzidakis 2020) verdeutlicht. Dies sind Praktiken, die eher aufbauen als zerstören und so eine nicht extraktivistische Form von Landwirtschaft ermöglichen. Landwirt*innen, die diese Praktiken anwenden, machen dies meist, so der Ansatz meiner Forschung, aus einem bestimmten Naturverständnis heraus. Sie gehen andere, nicht hegemoniale Mensch-Natur-Verhältnisse ein und unterwandern somit große Paradigmen »wie wachsen oder weichen«, die in der Agrarindustrie derzeit vorherrschen. Dieses Paradigma hat das kapitalistische Dogma internalisiert und drückt aus, dass kleinbäuerliche Höfe und Tätigkeiten nicht überlebensfähig seien, sich also im Sinne der *economies of scale* zu vergrößern hätten oder »weichen« müssten. Das Höfesterben betrifft tatsächlich vor allem kleinere Betriebe und die verbleibenden Betriebe vergrößern sich signifikant, weil die landwirtschaftlichen Subventionen eher eine großstrukturierte agrarindustrielle Landwirtschaft fördern.

Politisch besteht eine Verbindung zu Care-Debatten: Die Care-Arbeit für Böden, der Erhalt von Ökosystemen, das nährend und aufbauende Handeln dieser Landwirt*innen, die nicht nur kurzfristig maximalen Profit erzielen wollen, sondern den Acker langfristig erhalten möchten, ist sozusagen unbezahlte Care-Arbeit, die am Markt nicht entlohnt wird. Dass aber ohne diese Care-Arbeit Böden langfristig unfruchtbar werden oder die für die Befruchtung notwendigen Bestäuber aussterben werden, wird vom Markt ignoriert. Diese zerstörerischen Praktiken lassen sich gut als »slow-violence« (Nixon 2011) verstehen, da ihre Zerstörung in großen Teilen unsichtbar geschieht und schleichend Ökosysteme und Menschen belastet. Neben diesen zeitlichen Externalisierungen der Folgeschäden in die Zukunft, also einer gewollten Blindheit in Bezug auf die Zerstörungen, die derzeitige Praktiken langfris-

tig auslösen, ist diese Form der industriellen Landwirtschaft auch auf räumliche Externalisierungen angewiesen. Eines der größten europäischen Gemüse-Anbaugebiete, Almeria in Spanien, liegt beispielsweise nicht nur aus klimatischen Gründen am südlichsten Ende Europas, sondern auch, da migrantische Arbeiter*innen dort, wo ihre Fluchtroute Europa erreicht, als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden (können). Jene (illegalisierten) Menschen, die in der Regel aus dem Sozialsystem exkludiert sind, erhalten nur prekäre Billiglöhne und sind darüber hinaus den Gefahren ausgesetzt, die eine pestizid-lastige Landwirtschaft sowie das stundenlange Arbeiten in Gewächshäusern mit sich bringt. Ausbeuterische landwirtschaftliche Praktiken sind in diesem Sinne sozialökologischer Extraktivismus. Dieser nimmt von menschlichen und nicht-menschlichen Körpern, ohne Sorge für ihren Erhalt zu tragen.

Somit ist landwirtschaftliche Care-Arbeit auch eine widerständige Praxis, die nicht nur auf eine sozial-ökologische Transformation abzielt, sondern bestehende kapitalistische ausbeuterische Praktiken aktiv umgeht und fürsorgende Praktiken bereits im Jetzt als lebendige Alternative umsetzt. Diese fürsorgenden Praktiken bewegen sich, wie zum Beispiel Maria Puig de Bellacasa (2015) in »Making Time for Soil: Technoscientific Futurity and the Pace of Care« unterstreicht, in anderen Zeitlichkeiten, sowohl, was die langfristige Perspektive von Zerstörung und Aufbau angeht, als auch in Bezug auf die Zeit, die ein fürsorglicher Umgang mit in diesem Fall Böden im Gegensatz dazu kostet, diese als bloßen Container zur schnell-verfügbaren Warenproduktion zu benutzen.

Was es heißt, sich mit einem spezifischen Stück Land, einem Ackerboden auseinanderzusetzen und mit ihm zu denken, ist zentraler Bestandteil meiner Forschung. In agrarökologischen bäuerlichen Praktiken widmen sich Bäuer*innen intensiv ihren Böden und verfahren entsprechend standort-angepasst und nicht nach einem bestimmten Schema X, das nur auf Profit ausgerichtet ist. Care-Arbeit bedeutet eben auch ein exaktes Wahrnehmen des Gegenübers und ein Sich-Einlassen. Diese Form des Wahrnehmens, das jedem Kümmern vorausgeht, wird mit zunehmender ökologischer Zerstörung umso wichtiger, da Ökosysteme, die irreversible Schäden erleiden, in Zukunft umso mehr Pflege benötigen: Pflege, um menschliche und nicht-menschliche Körper zu reparieren, wo es noch geht.

Des Weiteren ist in meiner Forschung wichtig, dass wechselseitige Fürsorgebeziehungen mit dem Mehr-als-Menschlichen keine abstrakte Idee sind, sondern aus Lebensrealitäten hervorgehen, deren Marginalisierung auf (post-)kolonialer Unterdrückung fußt und deren Unsichtbarkeit im wissenschaftlichen Kontext durch epistemische Gewalt begründet ist. Kosmologien, in denen die Natur als Verwandtschaft verstanden wird, wie prominent von Robin Wall Kimmerer (2013) diskutiert, machen allzu deutlich, dass Natur nicht nur als zu verwertende und in Wert zu setzende Ressource verstanden wird, sondern als etwas, was auch in unverwerteter Form wertvoll ist. In diesem Sinne ist das Plädoyer für Care-Bezie-

hungen zur mehr-als-menschlichen Welt oder dem, was wir Natur nennen, auch eine Dekolonialisierung des Wissenskanons, wie Leah Penniman (2022) eindrücklich in Bezug auf schwarze Genealogien ökologischer Landwirtschaft, die Care ins Zentrum stellt, deutlich macht. Die Ursprünge dieser Care-Landwirtschaft und das dazugehörige Wissen sind lange Zeit vor den institutionalisierten ökologischen Agrarwissenschaften, wie sie in *weißen* westlichen Kontexten verstanden werden, erarbeitet und benannt worden. Nicht-sorgevolle Mensch-Natur-Verhältnisse sollten deswegen auch vor dem Hintergrund der Verwebungen von Kolonialismus und Kapitalismus verstanden werden. Dies unterstreicht Leah Penniman: »It stands to reason that any hope of solving the environmental crisis will require an examination and uprooting of the white supremacist ideologies that underpin the crisis« (2023: xx).

Inwiefern ist Care in deinem Forschungsfeld umkämpft?

SvR: Zunächst einmal ist die Forschung, die Care-Fragen auch auf ökologische, agrarwissenschaftliche Themen ausweitet, insbesondere in den institutionalisierten Agrarwissenschaften so marginalisiert, dass sie nicht einmal umkämpft ist. Das liegt auch an der Ausrichtung der institutionalisierten Agrarwissenschaften an sich. Diese sind als ökonomische Lehre mit Ausrichtung auf Wachstumsmaximierung angetreten (vgl. Lehmbruck 2020). Die Intensivierung des Ackerbaus und die Anwendung von agrochemischen Düngemitteln gelten entsprechend als große Errungenschaften der frühen landwirtschaftlichen Forschung. Der Fokus lag auf Effizienz und Produktivitätssteigerung, nicht auf einer langfristigen Pflege des Ökosystems. Diese Ausrichtung auf kapitalistische Werte zeigt sich bis heute an den deutschen Agraruniversitäten. Die oft als interdisziplinär geltenden Agrarwissenschaften fokussieren im Bereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vordergründig auf Agrarökonomie. Wissenschaftsgeschichte, politische Ökologie oder Fragestellungen der Humanities scheinen aus dem Wissenskanon ausgeklammert. Daraus resultierend ist die Beantwortung von Fragestellungen, die Zusammenhänge von Machtverhältnissen und Naturkonzeptionen, sozialen und ökologischen Ausbeutungen oder auch die Genealogie der Agrarwissenschaften behandeln wollen, quasi verunmöglicht. Auch deswegen schlage ich die Agrarian Humanities vor (Redecker 2022).

Darüber hinaus gibt es zwei weitere Ebenen, auf denen Care in meinem Forschungsfeld umkämpft ist. Zum einen der Fragenkomplex, wer die Care-Arbeit auf landwirtschaftlichen Betrieben innerhalb familiärer Kontexte leistet und inwiefern diese (nicht) als Arbeit verstanden wird, gerade in landwirtschaftlichen Betriebskontexten quasi nebenher ablaufen soll und oftmals stark vergeschlechtlicht ist. Da es nicht mein Forschungsschwerpunkt ist, führe ich es nicht weiter aus, aber es sollte nicht unerwähnt bleiben.

Eine weitere Ebene, auf der ich k/eine Umkämpftheit von Care-Arbeit in Bezug auf »mein Forschungsfeld« ausmache, ist die Wissenschaft an sich. Es fängt damit an, dass bislang die wenigsten Konferenzen Kinderbetreuung anbieten, dass Reisen, die für wissenschaftliche Konferenzen notwendig sind, mit Kindern ein erheblicher Mehraufwand oder zum Teil nicht machbar sind,⁵ dass Ferienzeiten der Kinder bedeuten, dass es keine Betreuungszeiten gibt, was bei kleinen Kindern auch 24 Stunden Ansprechbarkeit und Präsenz bedeutet. Es überrascht, wie wenig darüber gesprochen wird, was für einen eklatanten Unterschied es macht, ob eine Person, die Wissenschaft betreibt, Care-Verpflichtungen hat oder nicht. Menschen mit Care-Verantwortung kämpfen mit ihrer Müdigkeit, aber ein Kampf oder ein Ringen um solidarische Vergesellschaftung von Care-Verantwortung im Wissenschaftskontext? Wenn es diese Diskussion auf wissenschaftlichen Tagungen, in Fachbereichssitzungen oder in der sozial-ökologischen Transformationsforschung gibt, dann im Verborgenen.

Immer noch gibt es eine Scham, über diesen völlig ungelösten und ignorierten Umstand, dass Wissenschaft (wie viele andere Arbeitsbereiche auch) keine Lösung für Menschen mit Care-Verantwortung hat, zu schreiben.

Ania, welche Rolle spielt Care in deiner Forschung?

AS: Meiner Auffassung nach sind ökologische Bewegungen seit ihren Anfängen in zweifacher Weise als Care-Bewegungen zu verstehen: Die Klimabewegung ist einerseits kollektiver Ausdruck des Besorgtseins *um* den Planeten und eine Strategie des Sich-Sorgens *um* die Welt. Gleichzeitig steht sie für zwischenmenschliche und intergenerationelle Sorge füreinander, ein Füreinandersorgen *in* der Welt.

Ökologische Bewegungen unterscheiden sich zunächst von anderen sozialen Bewegungen in ihrem Verständnis darüber, dass wir Menschen in einem Wechselwirkungsverhältnis stehen zu einer sogenannten biophysikalischen Umwelt, welches sorgsam gestaltet werden muss. Dieses Selbstverständnis der Bewegungspraxis wird von Carolyn Merchant (1995) und Stefania Barca (2020) als *earthcare* bezeichnet. Es ist als konstitutives Moment einer kollektiven Identität (Rucht 1995) der globalen Klimabewegung zu verstehen. Dabei ist diese Wechselwirkung kein extraktivistisches wirtschaftliches Nutzungsverhältnis, sondern ein Fürsorge- und Verantwortungsverhältnis. Wie genau diese beiden, ineinander verwobenen Care-Ebenen in der Klimabewegung heute diskutiert und praktiziert werden, ist zentraler Bestandteil meiner Forschung. Care verstehe ich als Sorgeverhältnis, das auch auf struktureller Ebene ein Instrument des Ausgleichs sein kann. Care

5 Es ist uns wichtig an dieser Stelle zu betonen, dass Care nicht gleichbedeutend mit Kinderbetreuung ist. Dieser Teilbereich von Care war lediglich einer unserer gemeinsamen Ausgangspunkte, Kinder-Care und der Versuch der Vereinbarkeit mit Wissenschaft.

muss dabei dekolonialen und intergenerationalen Ansprüchen folgen. Care kann somit als Gegenentwurf zu einer extraktivistischen und unterdrückenden Praxis verstanden werden und als Möglichkeit, sozialökologische Beziehungen, die durch reproduktive Abhängigkeitsverhältnisse ohnehin bestehen, in fürsorgender Weise zu gestalten.

Vereint in ihrer Sorge um den Verlust von Lebensgrundlagen für spätere Generationen als Folge von Umweltverschmutzung und Ressourcenabbau schlossen sich Menschen weltweit zusammen, um für die Umwelt, das Klima und eine ökologischere Politik einzutreten. Ein Anstoß für die Bewegung war »Silent Spring« (1962) der Biologin und alleinerziehenden Mutter Rachel Carson. Davon ausgehend, etablierte sich ein breites Protestrepertoire bestehend aus Massendemonstrationen, zivilem Ungehorsam, Blockaden, Lobbyarbeit, Kunstaktionen und Performances, dem Aufbau globaler Netzwerke und direkten Aktionen gegen fossile Infrastruktur. Teile der Bewegungsstrukturen verstetigten sich in institutionalisierter Form durch die Gründung von Umweltverbänden wie z.B. Greenpeace und BUND oder der Grünen Partei. Prägend für die deutsche ökologische Bewegung war seit den 1970er Jahren auch die Anti-Atomkraft-Bewegung. Sie wurde im Nachgang des GAUs von Tschernobyl von Frauen in Sorge um die Zukunft ihrer Kinder in München initiiert und als »Mütter-Bewegung« bekannt. Das Konzept der Klimagerechtigkeit und damit einhergehende Neugründungen von Gruppen sowie Umbenennungen von Teilen der ökologischen Bewegungen schrieb den Fokus auf die räumliche und zeitliche Dimension von Ökologie und Nachhaltigkeit programmatisch fest. Die soziale Ungleichverteilung von Ursachen und verheerenden Auswirkungen der Ausbeutung der »billigen Natur« (Moore 2016) in Verschränkung mit globalen Herrschafts- und Machtverhältnissen wurden zunehmend ins Zentrum der Auseinandersetzungen gestellt. Klimacamps – heute »System Change Camps« – entwickelten sich seit den 2000ern in Deutschland als eine zentrale Organisationsform, oft mit direkten Aktionen etwa gegen umweltschädliche Infrastrukturprojekte wie den Ausbau von Autobahnen oder Flughäfen. Neben den direkten Aktionen stand der Wissensaustausch, einerseits in Form von Workshops, andererseits im praktischen, fürsorgenden Zusammenleben im Vordergrund. Auf den Camps ist es der Anspruch, die Reproduktionsarbeit gerecht zu verteilen. Beim Klimacamp 2019 kam es etwa zum Streik der Küfa (Küche für alle), bis sich mehr Campteilnehmer*innen an der Arbeit beteiligten. Beim Camp in Grünheide 2024 kamen die Aktivist*innen von den Aktionen zurück auf das Campgelände mit »Ohne Camp und ohne Küfa sind wir nichts«-Gesängen, als kollektiver Ausdruck der Wertschätzung für die fürsorgende Hintergrundarbeit, die in den Erzählungen von sozialen Bewegungen wenig Aufmerksamkeit erfährt und so lange unsichtbar bleibt, wie alle gut versorgt sind. Die vergeschlechtlichte Aufteilung von Sorgearbeit und der Reproduktion der Grundlagen des Lebens ist daher als konstanter Bestandteil nicht nur der Kämpfe, die die Bewegung nach außen führt, sondern auch als Teil der inneren Bewegungspraxis

einzuordnen. Praxen wie solidarisches Preppen können widerständige Ansätze des Füreinandersorgens in der Welt und um den Planeten sein: Wo Konzepte der Hetero-Kleinfamilie brüchig werden und der patriarchale Staat (Sauer 2011) keine Lösungen bietet, treten subkulturelle Bewegungsstrukturen mit dem Angebot subversiver Care-Praxen an die Stelle.

Inwiefern ist Care in deinem Forschungsfeld umkämpft?

AS: Die Frage nach Care, Fürsorge, Pflege, ist traditionell eine Geschlechterfrage. Dieser Logik folgend ist auch die ökologische Sorge um die Erhaltung von Lebensgrundlagen weiblich besetzt, das spiegelt sich in der Klimabewegung wider. Nicht erst mit Greta Thunberg und Luisa Neubauer führen junge Frauen ökologische Bewegungen an. Als charakteristisches und wiederum ursprünglich weiblich geprägtes Mittel des Widerstandes der globalen ökologischen Bewegung bildeten sich in der Protestpraxis junger Frauen in den USA, Indien und Europa die Wald- und Baumbesetzungen heraus. Als Ikone der besonders in Deutschland u.a. von der Gruppe »Ende Gelände« angewandten Protestform⁶ gilt Julia Butterfly Hill (»Luna«), die 1997 als 23-Jährige für 738 Tage einen Redwoodbaum in Kalifornien besetzte, um gegen die Waldrodung zu protestieren. Die binäre Vergeschlechtlichung der ökologischen Verantwortung birgt die Gefahr, die globale Erschöpfung weiter fortzusetzen. Zur doppelten Vergesellschaftung (Becker-Schmidt 2003) kommt in der ökologischen Krise die doppelte Verantwortung des Schützens und Reparierens, die als kollektive Aufgabe verstanden werden muss.

Das sozialökologische Füreinandersorgen bleibt sowohl gesamtgesellschaftlich als auch innerhalb der Bewegung umkämpft. Perspektiven auf Sorge sind eingebettet in spezifische Bewegungsgeschichten und Sozialisationskontexte ihrer Akteur*innen. Auch in emanzipatorischen Milieus wird Sorge als kulturelle Praxis verstanden und Weiblichkeit erstens mit Gebärfähigkeit und zweitens einer konstruierten »Naturverbundenheit« gleichgesetzt (vgl. Gaard 2011). Das Spektrum an essenzenialisierenden Zuschreibungen reicht bis hin zur Vereinnahmung von Ökologie- und Geschlechterthemen durch rechte Politiken im Sinne von antiökologischen Einstellungen (siehe Beitrag von Julian Niederhauser in diesem Band), Naturschutz im Sinne von Heimatschutz und der Bewahrung »traditioneller« heteropatriarchaler Familienbilder (siehe Beitrag von Carla Ostermayer in diesem Band). Der Kampf gegen Praktiken und Vorstellungen der vergeschlechtlichten Reproduktion ist im Bewegungsalldag zentral.

6 In Deutschland in den letzten vier Jahren: Dietenbacher Wald in Baden-Württemberg, Waldbesetzung in Grünheide bei Berlin, Dannenröder Forst in Hessen, Hambacher Forst in Nordrhein-Westfalen.

Grundlage meiner Analysen ist die Annahme der fundamentalen Bedeutung stabiler und zugleich flexibler sozialer Netzwerke und Care-Beziehungen zur Überwindung individueller und gesellschaftlicher Krisen. Daraus schlussfolgere ich, dass die konkrete Utopie der care-zentrierten Gesellschaft auch eine krisenfestere Gesellschaft verspricht. Die sorgsame Pflege der bereits durch wechselseitige Angewiesenheit bestehenden Beziehungsverhältnisse wirkt sowohl in die Bewegung hinein als auch gesellschaftlich gleichermaßen transformierend und stabilisierend. Ihr transformatives Potenzial können die Bewegungspraxen dann entfalten, wenn es gelingt, die Vergeschlechtlichung der Sorge aufzulösen, sozialökologische Interdependenzen als Grundlage für Bewegungsstrategien anzuerkennen und kollektivierte Praxen des Füreinandersorgens in den öffentlichen Diskurs einzubringen und zu etablieren.

Fazit

Die Fragen um Care, Ökologie und Geschlechterverhältnisse sind letzten Endes ein Kampf um den individuellen Zugang zur Einteilung von Zeit. Wer andere Menschen umsorgt, sei es in Form unbezahlter Care-Arbeit für Kleinkinder, zu pflegende Angehörige oder oft in prekären Verhältnissen in Kindergärten, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen muss aus Zeitgründen oft herbe Einschnitte an anderer Stelle vornehmen, wie wir es auch eingangs in unserem Beispiel mit der Konferenztour nach Lund bebildert haben. Die Logik der Zeitrechnung der Sorge um die Welt etwa in Form von Klimaaktivismus oder kleinbäuerlicher Landwirtschaft ist zwar eine andere, über längere Zeiträume angelegte, ist jedoch gleichermaßen unvereinbar mit der kapitalistisch produzierten Geschwindigkeit und Zeitknappheit. Wir verstehen es als zentrale Aufgabe einer sozialökologischen Bewegung, Räume zu schaffen, in denen das Füreinandersorgen in menschlichen und mehr-als-menschlichen Kontexten als präfigurative Praxis eingeübt werden kann. Vielleicht war dieses Kolleg an manchen Stellen genau so ein Raum (siehe Beitrag von Carla Noever Castelos und Friedemann Wiese in diesem Band).

Die repetitive Forderung »Mehr Milch!« des Kleinkindes auf der Rückbank während unserer eingangs beschriebenen Konferenztour verdeutlicht die unterschiedlichen Dimensionen des Füreinandersorgens und hebt auch den Aspekt der Zeit hervor. Einerseits gab es einfach keine Milch mehr (was an dieser Stelle symbolisch für die materielle Ebene der Endlichkeit von sogenannten »natürlichen Ressourcen« stehen kann), andererseits waren die nervlichen Kapazitäten durch die repetitive Forderung irgendwann an Grenzen geraten. Die Zeit, die beansprucht wird durch diese andauernde Forderung ist ausschlaggebend für eine kritische Auseinandersetzung der Umkämpftheit des Füreinandersorgens und auch für eine exakte Betrachtung der von Winker angesprochenen Erschöpfung von »Ressour-

cen«. Was bedeutet es, fünf Stunden Autofahrt mit zwei Kleinkindern zu verbringen und anschließend einen halbwegs intelligenten Vortrag halten zu sollen? Wie unterscheidet es sich davon, konzentriert – ohne große Beanspruchungen durch Care-Verantwortung – anzureisen und die Bahnfahrt zur Vorbereitung nutzen zu können?

Milch ist in der Analyse der kritischen Ökofeministin Greta Gaard (2013) das Gut schlechthin, anhand dessen sich die Gleichförmigkeit menschlicher und mehrals-menschlicher kapitalistischer Ausbeutung ausdrückt. Statt »mehr Milch« rufen wir »mehr Care« für alle und fordern ein Wahrnehmen des Aneinander-gebunden-Seins in gesellschaftlichen Naturverhältnissen und eine Anerkennung der essenziellen Notwendigkeit des Füreinandersorgens, also des Eingehens solidarischer, queerer Sorgeverhältnisse als Strategie der Krisenbewältigung und – prävention, denn

the kind of empathy that environmentalism at large calls for so urgently right now is by definition queer [...] one must care for nameless, faceless future beings, including non-humans, to which one has no domestic, familial, or finical ties (ebd. 185).

Während des Tippens ist das Kind aufgewacht und steht neben dem Computer. Deswegen endet unser Beitrag einfach mit diesem Lieblingszitat.

Literatur

- Barca, Stefanie (2020): *Forces of Reproduction. Notes for a Counter-Hegemonic Anthropocene*. Cambridge.
- Becker-Schmidt, Regina (2010): Doppelte Vergesellschaftung von Frauen. In: Becker, R./Kortendiek, B. (Hg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-92041-2_8.
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2015): (Re)Produktivität als ein sozial-ökologisches »Brückenkonzept«. In: *Nachhaltigkeit anders denken: Veränderungspotenziale durch Geschlechterperspektiven*, 77–91.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2024): *Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven*. München. DOI: <https://doi.org/10.14512/9783987262951>.
- Chatzidakis, Andreas u.a. (2020): *The care manifesto: The politics of interdependence*. London.

- de La Bellacasa, María Puig (2015): Making time for soil: Technoscientific futurity and the pace of care. In: *Social studies of science* 45.5: 691–716.
- de La Bellacasa, Maria Puig (2017): Matters of care: Speculative ethics in more than human worlds (Vol. 41). Minneapolis.
- Dinerstein, Ana Cecilia (2016): *Social Sciences for an Other Politics. Women Theorizing Without Parachutes*. Cham.
- Gaard, Greta (2011): Ecofeminism Revisited: Rejecting Essentialism and Re-Placing Species in a Material Feminist Environmentalism. In: *Feminist Formations*: 26–53.
- Gaard, Greta (2013): Toward a Feminist Postcolonial Milk Studies. In: *American Quarterly* 65 (3): 595–618.
- Helfrich, Silke/Bollier, David (2020): *Frei, fair und lebendig. Die Macht der Commons*. Bielefeld
- I.L.A. Kollektiv (2019). *Das gute Leben für alle. Wege in die solidarische Lebensweise*. München.
- Kimmerer, Robin Wall (2013): *Braiding sweetgrass: Indigenous wisdom, scientific knowledge and the teachings of plants*. Minneapolis.
- Lehmbruck, Verena (2020): *Der denkende Landwirt: Agrarwissen und Aufklärung in Deutschland 1750– 1820*. Köln.
- Merchant, Carolyn (1995): *Earthcare: Women and the Environment*. New York.
- Moore, Jason W. (2016): *Anthropocene or Capitalocene? Nature, History, and the Crisis of Capitalism*. Oakland.
- Nixon, Rob (2011): *Slow Violence and the Environmentalism of the Poor*. Cambridge, MA.
- Penniman, Leah (2022): Black Land Matters. Climate Solutions in Black Agrarianism. In: *Transition*, (133), 20–32.
- Penniman, Leah (2023): *Black earth wisdom: Soulful conversations with Black environmentalists*. New York.
- Portocarrero Lacayo, Ana Victoria (2024): Care is the new radical: food and climate approaches from a peasant feminist perspective. In: *The Journal of Peasant Studies*, 1–18. DOI: <https://doi.org/10.1080/03066150.2024.2306987>.
- Redecker, Eva v. (2020): *Revolution für das Leben. Philosophie der neuen Protestformen*, Frankfurt a.M.
- Redecker, Sophie v. (2022): Agrarian (Post-)Humanities. In: Braidotti, R./Jones, E./Klumbyte, G. (Hg.): *More Posthuman Glossary*. London/New York.
- Rucht, Dieter (1995): Kollektive Identität: Konzeptionelle Überlegungen zu einem Desiderat der Bewegungsforschung. In: *FJ NSB*, Jg. 8/1995, Heft 1, 9–23.
- Sauer, Birgit (2011): Migration, Geschlecht, Gewalt: Überlegungen zu einem intersektionalen Gewaltbegriff. In: *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, 3(2), 44–60. URL: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-395442>, Zugriff: 20.2.25.

- Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea (2024): Degrowth/Postwachstum zur Einführung. Hamburg.
- Tronto, Joan (1993): *Moral Boundaries: A Political Argument for an Ethic of Care*. New York.
- Wichterich, Christa (2023): Von der Imperialen Lebensweise über solidarische Reproduktion zu Reproduktionswohlstand für alle. In: Kierot, Lara u. a. (Hg.): *Solidarität in Zeiten multipler Krisen*, Wiesbaden: 15–33.
- Winker, Gabriele (2015): *Care-Revolution: Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. Bielefeld.
- Winker, Gabriele (2020): *Solidarische Care-Ökonomie: Für eine gerechte Versorgung von Menschen und Planet*. München.
- Zaragocin, Sofia/Caretta, Martina Angela (2021): *Cuerpo-territorio: A decolonial feminist geographical method for the study of embodiment*. *Annals of the American Association of Geographers* 111.5, 1503–1518. DOI: <https://doi.org/10.1080/24694452.2020.1812370>.

Radikale Klimaanpassung statt ökomoderner Anpasstheit

Tom Selje und Paul Strikker

Transformation und Anpassung scheinen zunächst explizite Gegensätze zu sein. Erstere signalisiert Antworten auf die Polykrise der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse und der neoliberalen Subjektivität. Anpassung impliziert zumeist eine liberale oder konservative Antwort auf sämtliche Schockmomente im Sinne eines (technologischen) naiven Optimismus. Seit der stillen Beerdigung des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens ist Klimaanpassung jedoch keine Option mehr, sondern eine Notwendigkeit. Das Problem der Selbsterhaltung, welches eigentlich durch den liberalen Gesellschaftsvertrag gelöst hätte sein sollen, kehrt mit steigendem Anpassungsdruck zurück (Staab 2022). Dies bedroht die Legitimität der liberalen Demokratie und deutet gleichzeitig auf ein umkämpftes Transformationspotenzial hin (siehe Beitrag von Kristina Dietz und Markus Wissen in diesem Band).

Der Wunsch des vorliegenden Textes ist es, eine notwendige und hoffnungsvolle Versöhnung von Transformation und Anpassung zu erkunden – um es mit Brand u.a. (2023: 34) zu sagen: »Wenn Anpassung nicht Teil einer grundlegenden sozial-ökologischen Transformation wird, wird sie für den Großteil der Menschen scheitern und soziale Spaltungen weiter vertiefen.« Dafür beschreiben wir zunächst aus polit-ökonomischer Sicht, wie Klimaanpassung aktuell in das ökomoderne Projekt eingegliedert wird. Danach zeigen wir drei progressive Strömungen in der Theorie und Praxis von Klimaanpassung auf, wobei wir zwei mit Konzepten des radikalen sozialen Wandels ergänzen, um ihr emanzipatorisches Potenzial zu entfalten. Zusammenführend schlagen wir den Ansatz Radikale Klimaanpassung vor, welcher diese drei Strömungen aufgreift und miteinander verbindet, um das Feld nicht reaktionären und regressiven Kräften zu überlassen.¹

1 Wir danken Alexandra Klepp, Frank Strikker, Laura Motsch und Vivianne Rau für ihre Unterstützung im Schreib- und Denkprozess, den kritischen Austausch und die Bestärkung der Notwendigkeit des gewählten Themas.

Politische Ökonomie der ökomodernen Klimaanpassung

Um das transformative Potenzial von Klimaanpassung zu begreifen, benötigt es zunächst eine Zeitdiagnose: Wo liegen die Widersprüche in der aktuell dominanten Form der ökomodernen Klimaanpassung? Dafür wird die zugehörige politische Ökonomie beschrieben. Politische Ökonomie ist hier verstanden als ein Feld, das untersucht, wie Institutionen, Interessen und Ideen die Verteilung von Ressourcen, Rechten und Chancen in Bezug auf Klimaanpassungsmaßnahmen formen (Sovacool 2015; Barnett 2022).

Durch die zunehmende Dringlichkeit und Unvermeidbarkeit, auf die Auswirkungen der Klimakrise zu reagieren, wächst das Interesse von Marktakteuren an Anpassungsprojekten. Diese Entwicklung zeigt sich auch daran, dass der »Klimaanpassungsmarkt« bis 2026 auf ein Volumen von 2 Billionen US-Dollar geschätzt wird (Shum u.a. 2022). Banken, Versicherer und Unternehmen sehen Anpassungsmaßnahmen als profitable Projekte (Keucheyan 2018). Dadurch wird die Profitrate ein immer wichtigerer Entscheidungsgrund. Gleichzeitig wird Anpassungserfolg quantifiziert, um in Kosten-Nutzen-Rechnungen integrierbar zu sein. Auch die Auswirkungen der globalen Erhitzung werden kapitalisiert. Eine Grundvoraussetzung dafür ist es jedoch, Eigentumsrechte für die entsprechenden Unternehmen zu schaffen. Dies geschieht zunehmend durch Enteignungen. Zum Beispiel wurde in der Nähe von Melbourne, Australien, Land von indigenen Gemeinschaften von staatlicher Seite gewaltsam eingehegt, um Platz für eine Entsalzungsanlage zu schaffen, die die städtische Wasserknappheit adressiert (Sovacool 2015). In Bangladesch wurden Küstenflächen, die Potenzial für zukünftige Anpassungsprojekte bieten, privatisiert. Das Investitionskapital spekulierte darauf, dass die Bodenpreise steigen, wenn in Zukunft auf diesem Land Anpassungsmaßnahmen erforderlich würden. Daher ließen sie das Land ungenutzt brachliegen, um es später wieder zu verkaufen – dabei hätte es für die lokale Gemeinschaft zur Daseinsvorsorge genutzt werden können (Sovacool 2018). Übergreifend kommt es sowohl bei Einhegung als auch bei Privatisierung zu gewaltsamen Ausschlüssen durch Vertreibung, Entrechtung oder Zwangsumsiedlungen sowie zu Aneignung von Wissen und Entscheidungsmacht (Thomas 2023).

Sobald diese Enteignungsprozesse vollzogen sind, folgen Mechanismen der Ausbeutung von Natur und Mensch, um Profite und Wirtschaftswachstum aus Anpassungsprojekten zu generieren. So führt etwa die Konstruktion von Deichen und Dämmen aus Beton als Maßnahme gegen Überschwemmungen oft zu ökologischer Degradierung wie Biodiversitätsverlust, Erosion oder Störung des hydrologischen Nährstoffkreislaufes (Sovacool 2015; Thomas 2023). Des Weiteren wird Arbeit, die im Zuge eines Klimaanpassungsprojekts von Menschen vor Ort geleistet wird, oft gar nicht oder nur wenig entlohnt. Dies geschieht unter dem Vorwand, dass

diese Menschen schließlich für sich selbst arbeiteten, als Nutznießer*innen oder Begünstigte (Thomas 2020). Doch nicht nur Arbeit, sondern auch Wissen und Lebensweisen werden für diese Projekte ausgebeutet. Hier wird lokal vorhandenes, oft indigenes Wissen ohne Gegenleistung als frei verfügbar verwendet (Thomas 2023). Im Gegensatz dazu werden Beratungen durch sogenannte Anpassungsexpert*innen, Vulnerabilitätsanalysen und Klimavorhersagen oder die Entwicklung klimaresilienten Saatguts hoch bezahlt. Hier kommt es also zur Schaffung eines Markts für genau die herrschenden Gruppen, die in erster Instanz verantwortlich für die Krise sind.

Um diese Ausbeutungsprozesse zu skalieren und stabil zu halten, müssen Menschen vor Ort langfristig in diese polit-ökonomischen Markt- und Finanzstrukturen integriert werden. Hierbei wird der Imperativ, vulnerable Gruppen vor den Auswirkungen der Klimakrise zu schützen, als Chance für Profitmaximierung umfunktioniert. Die Kommodifizierung von Wasser als Stoff minimaler Daseinsvorsorge in den Coorong Seen Australiens hat zum Beispiel den Preis so weit nach oben getrieben, dass Gemeinschaften und Ökosystem wegen fehlender Kaufkraft an einem signifikanten Mangel litten (Barnett 2015). Bei Anpassungsprojekten erhalten Finanzierungsmechanismen, wie oft in der Klimafinanzierung, statt einer sozial-ökologischen Ausrichtung nur einen ökomodernen Anstrich: z.B. Klimaversicherung, Entwicklungsfonds, Katastrophen-Bonds oder öko-philanthropisches Kapital. Perry (2021) argumentiert, dass solche ›innovativen‹ Finanzierungen als neues *bond-age* eigentlich nur eine Akkumulationsstrategie des Globalen Nordens basierend auf »Klimakatastrophe, Schulden und Enteignung« darstellen, die dazu auch noch weiterhin Profite aus dem Globalen Süden herausziehen und damit ebenfalls eine (neo-)koloniale Dimension aufweisen.

Pointiert spricht Thomas (2023) daher von einer *Akkumulation durch Anpassung* als Projekt ökonomischer und politischer Eliten. Dieses elitäre Denken, die Klimakrise auf eine managebare Krise für Profit zu reduzieren, schließt an den neuen Naturbeherrschungsdiskurs der radikalen Libertären an (siehe Beitrag von Carla Ostermayer in diesem Band). Im Kern findet daher keine sozial-ökologische Klimaanpassung, sondern eine ökomoderne Anpasstheit statt, die begrenzt, welche Maßnahmen durchführbar (Warner/Kusdaz 2017) und überhaupt denkbar (Paprocki 2022) sind.

Progressive Strömungen in der aktuellen Theorie und Praxis der Klimaanpassung

Aus dem vorherigen Kapitel folgt, dass ökomoderne Klimaanpassung ungeeignet ist, um den Folgen der Klimakrise grundlegend zu begegnen. Es ist also von Bedeutung, eine Radikale Klimaanpassung zu entwickeln, die unserer Ansicht nach die vorherrschende politische Ökonomie der Klimaanpassung überwinden muss.

Dafür beschreiben wir drei progressive Strömungen im Kontext der Klimaanpassung, welche sowohl ökomodernes als auch sozial-ökologisch-transformatives Potenzial beinhalten. Wir erweitern diese Strömungen um Konzepte radikalen sozialen Wandels und brechen dadurch mit den Grundpfeilern des ökomodernen Projekts – Wirtschaftswachstumsparadigma und neoliberale Subjektivität – als *root causes of vulnerability*. So entfalten wir eine neue Ausrichtung mit verstärktem Transformationspotenzial.

Transformative Klimaanpassung als Zielrahmen

Transformative Klimaanpassung (TA) ist ein verbreiteter Begriff in der Klimaanpassung und wird vom IPCC (2018: 542) definiert als »Anpassung, die grundlegende Eigenschaften eines sozio-ökologischen Systems in Erwartung des Klimawandels und seiner Auswirkungen verändert«. Ein Problem dieser weitverbreiteten Definition ist die ungeklärte Bedeutung des Begriffs System (Gillard u.a. 2016). Außerdem ist diese Definition »wertneutral«. Daher besteht die Gefahr, Ursachen zu verschleiern, indem jegliche Systemveränderung, ob emanzipatorisch oder nicht, als TA begriffen wird. So betrachten einige Autor*innen sogar Migration als eine transformative Anpassungslösung (Fedele u.a. 2019). Aus emanzipatorischer Sicht ist dies jedoch problematisch, wenn eine ungewollte Auflösung sozial-ökologischer Beziehungen von Gemeinschaften vor Ort diskursiv als positiv dargestellt wird.

Dem steht ein Verständnis von Transformation als analytisches Konzept entgegen, welches explizit die strukturellen Ursachen der Polykrise überkommt (Brand 2016). Ein radikaler Strang in der TA versucht in diesem analytischen Sinne, die Reproduktion der politischen Ökonomie zu kritisieren (Warner/Kuzdas 2017). Demnach soll TA zu einer sozial gerechteren und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft beitragen (Deubelli/Mechler 2021), was der politischen Ökonomie der ökomodernen Klimaanpassung gegenübersteht. Radikale TA beinhaltet somit eine explizit normative Ausrichtung mit dem transformativen Fokus auf polit-ökonomischen Strukturen (Few u.a. 2017), der allerdings noch konkretisiert werden muss (Deubelli/Mechler 2021).

Für diese Konkretisierung folgen wir Patersons Anmerkung zur internationalen politischen Ökonomie: »[T]he failure to [comprehensively] question growth could itself be considered a blind spot« (2021: 400). Die Notwendigkeit, das Wirtschaftswachstumsparadigma zu überkommen, entstammt der Erkenntnis, dass ein Begrenzen der Klimakrise nur durch Degrowth im Globalen Norden, also die absolute Reduktion von Material- und Energieverbrauch innerhalb der ökologischen Reproduktionsfähigkeit bei gleichzeitiger gesellschaftlicher Daseinsvorsorge realistisch scheint (Hickel u.a. 2022; King u.a. 2023). Aufgrund unserer Positionalität als im Globalen Norden lebend und arbeitend werden wir einen Zielrahmen transformativer Klimaanpassung lediglich auf diesen sozio-geografischen Kontext beschrän-

ken. Gleichzeitig bedeutet Degrowth Offenheit gegenüber Wissen und Praktiken aus anderen sozio-geografischen Räumen (Dengler/Seebacher 2019), was es uns ermöglicht, Stimmen sowie Beispiele aus dem Globalen Süden einfließen zu lassen. Während Degrowth häufig eine Unmöglichkeit aufgrund des strukturell institutionalisierten und individuell verinnerlichten Wachstumsparadigmas unterstellt wird, zeigt sich, dass die Klimakrise bis 2039 ökonomische Schäden, also Aktivitätsreduktionen, von mehreren Milliarden Euro verursachen wird (Kotz u.a. 2024). Anpassungen an solche Schäden innerhalb des Wachstumsparadigmas können die Lebenssituationen der meisten Menschen nicht nachhaltig verbessern (Vogel u.a. 2024), weshalb wachstumsunabhängige Klimaanpassung die einzig sinnvolle Reaktion darstellt. Daher erachten wir eine Verbindung von TA mit Degrowth als nützlich.

Die Degrowth-Ausrichtung auf eine aktive und bewusste Reduktion emissionsintensiver Industrien kann dabei als Konkretisierung des polit-ökonomischen Fokus von TA dienen. Beispielhaft für eine wachstumskritische TA-Maßnahme ist der Vorschlag im nationalen Hitzeaktionsplan Italiens, die Reduktion des Automobilverkehrs bei Hitzeereignissen aufgrund positiver Gesundheitseffekte in Erwägung zu ziehen (de Martino u.a. 2022). Dies resoniert mit der notwendigen Transformation individuellen Automobilverkehrs (siehe Beitrag von Anke Kläver und Melissa Büttner in diesem Band), welcher ein zentraler Bestandteil der imperialen Lebensweise ökonomischer Zentren ist (Brand/Wissen 2021). Ein weiteres Beispiel zur Verbindung der Kämpfe von Degrowth und Klimaanpassung ist die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung. Degrowth sieht dies als Maßnahme, um wirtschaftliche Aktivitäten zu drosseln und die Lebensqualität zu steigern, da sich so Freiräume zur Selbstentfaltung ergeben (Fitzpatrick u.a. 2022). Im Kontext der Klimakrise ergibt sich zudem eine gesundheitliche Komponente, wie die Debatte um eine Siesta in Deutschland zeigt (Rau 2023). Arbeiten bei extremer Hitze birgt Gesundheitsrisiken, weshalb unter anderem die Gewerkschaft ver.di neue Arbeitsschutzmaßnahmen in einem nationalen Hitzeaktionsplan fordert (Westkämper 2022). Eine wachstumskritische Klimaanpassung sollte über oberflächliche Lösungen wie kostenlose Sonnencreme hinausgehen und könnte Arbeitszeitreduktionen bei vollem Lohnausgleich als radikale Anpassungsmaßnahme beinhalten.

Kurzum spezifiziert eine wachstumskritische TA den Zielrahmen einer radikalen Klimaanpassung. Doch trotz illustrativer Beispiele ist die Frage nach dem Wie nicht ausreichend beantwortet. Um eine sozial-ökologische Transformation zu unterstützen, muss es auch darum gehen, eine transformierte Praxis zu entwerfen.

Gemeinschaftliche Klimaanpassung als Praxis

Ein Ansatz, der mit den emanzipatorischen Ansprüchen der TA und dem Hilferuf nach Praxis (Deubelli/Mechler 2021) resoniert, ist die gemeinschaftliche Klimaanpassung – *community-based adaptation* (CBA) –, die seit etwa 20 Jahren in Kontexten

internationaler Zusammenarbeit eine Antwort auf die Auswirkungen der Klimakrise bieten soll. CBA versucht die Bedürfnisse, Werte und Praktiken von Gemeinschaften, in deren lokalem Umfeld die spezifischen Auswirkungen der Klimakrise auftreten, als Ausgangspunkt einer Anpassungsintervention zu begreifen. Daher kann sie auch als ein bedürfnisorientierter Graswurzelansatz verstanden werden (McNamara u.a. 2020). CBA bietet Potenziale, die als eine Alternative zur aktuellen politischen Ökonomie von Klimaanpassung fungieren können (Barnett 2022). CBA kann die Eigentumsverhältnisse von Land und Arbeit innerhalb der Gemeinschaft politisieren (Aslany/Brincat 2021). Der Ansatz umfasst die Koproduktion von Entscheidungen und Wissen (McNamara u.a. 2020), was auch mit der Wertschätzung indigener Lebensweisen einhergeht (Bronen u.a. 2020). Außerdem rückt die Notwendigkeit einer Anpassung als allgemeine ökologische Lebensweise immer weiter ins Zentrum von CBA, z.B. durch die Wiederherstellung von sozio-kulturell und ökonomisch bedeutsamen Ökosystemen als lokale Gemeingüter (Murtinho 2016; Reid 2014). CBA versucht (umstrittene) Alternativen zu konventionellen Finanzierungsstrukturen solidarisch auszugestalten z.B. Remissen, Mikrokredite oder direkter Zugang zu Fonds.² Ebenfalls spielt Ungleichheit, basierend auf sozialen Identitäten, eine immer größere Rolle in CBA (Clarke u.a. 2019).

Allerdings bleiben diese Potenziale oft auf prozessualer Ebene, ohne tatsächlich strukturelle emanzipatorische Auswirkungen zu entfalten. Um auf solche Auswirkungen abzielen, benötigt CBA eine Idee, wie die Praxis mit dem polit-ökonomischen Anspruch der TA kombinierbar ist. Hier mag das Konzept der solidarischen Beziehungsweisen als radikaler sozialer Wandel helfen.

Solidarische Beziehungsweisen sind für Klimaanpassung aus folgenden Gründen relevant: Derzeit verändert sich das Leitmotiv der Moderne weg von einem (ökonomischen) Fortschrittsgedanken mit (konsumorientierter) Selbstentfaltung hin zu einem Fokus auf Selbsterhaltung (Staab 2022). Um nicht in ein »Alle gegen Alle« zu verfallen, sollten sich Beziehungen stärker an Care orientieren, was zu einer gesellschaftlichen Veränderung für Menschen und mehr-als-Menschen führen würde (siehe Beitrag von Sophie von Redecker und Ania Spatzier in diesem Band). Während frühere Krisen noch produktive und finanzkapitalistische Kräfte ins Zentrum der Bewältigung rückten (z.B. Banken als systemrelevante Institution), erzeugte der Anpassungsdruck der Covid-19 Pandemie die erste Systemkrise der Selbsterhaltung des Globalen Nordens im 21. Jahrhundert und schob somit den Fokus auf Reproduktion bzw. Care. Früher galt der Banker als systemrelevant, heute die Pflegerin. Dies ist eine illustrative Überspitzung, denn eine systemisch dauerhafte und damit auch materielle Veränderung blieb aus. Dennoch spricht die spontan entstandene Wertschätzung reproduktiver Arbeiter*innen für eine qualitative Veränderung von

2 Vgl. Fenton u.a. 2014; Fünfgeld u.a. 2018; Shammin u.a. 2022.

gesellschaftlichen Beziehungsweisen. Dies symbolisiert einen Kern der sozial-ökologischen Transformation, welcher sich ebenfalls in solidarischen Praktiken wie der Übernahme von Einkäufen für besonders vulnerable Gruppen zumindest in Krisensituationen konkretisiert hat.

Aus der Perspektive einer solidarischen Klimaanpassung folgen daraus drei Konsequenzen. Diese sind angelehnt an die Arbeiten zu solidarischen Beziehungsweisen von Adamczak (2017) und von Redecker (2018). Erstens, Radikale Klimaanpassung wird nicht »am Reißbrett entworfen« (Adamczak 2017: 262). Eine Radikale Klimaanpassung versucht nicht explizit ein bestehendes System abzuschaffen und ein neues aufzubauen. Stattdessen findet eine transformative Praxis im Hier und Jetzt, zwischen den Differenzen utopischer Ansprüche und aktueller Kontexte (von Redecker 2018) sowie unter Anpassungsdruck statt. Dies bedeutet eine Abkehr von technokratischen Top-down-Ansätzen zugunsten von von unten organisierter Klimaanpassung, wie es der Grundstein von CBA ist. Zweitens überkommen solidarische Beziehungsweisen selbst-zentrierte Interaktion im Kontext kompetitiver Marktinstitutionen. Anstatt markt-orientierte Anpassungsmaßnahmen zu entwickeln, wird bei Radikaler Klimaanpassung eine »Praxis des Vergemeinschaftens« zentral (Adamczak 2017: 269). Dieses Vergemeinschaften kann sich in Zwischenräumen aktueller Gesellschaften entwickeln (Redecker 2018) und stellt ein demokratisches Potenzial der Transformation dar (siehe Beitrag von Kristina Dietz und Markus Wissen in diesem Band). Dies resoniert mit der gemeinschaftlichen Bedarfsorientierung von CBA. Daraus ergibt sich drittens eine solidarische Praxis, in der zwischenmenschliche Beziehungen und solche zu mehrals-menschlichen Wesen im Zentrum stehen. In dieser Betrachtung werden Strukturen durch gemeinsame Praxis von unten und horizontal verändert. Diese Pflege von Beziehungen spiegelt sich in Praktiken des sozialen Zusammenhalts und einer solidarischen Anpassung mit der Natur im CBA-Ansatz wider.

CBA kann also als eine solidarische Praxis Radikaler Klimaanpassung fungieren. Offen bleibt allerdings die Frage, wie agiert werden soll, wenn ökomoderne Anpassung bereits an Ort und Stelle passiert.

Widerstände gegen ökomoderne Klimaanpassung

Eine systematische Studie zu Widerständen in der Klimaanpassung zeigt eine Bandbreite an renitenten Verhaltensweisen auf (Brink u.a. 2023). Widerstände konfrontieren ökomoderne Klimaanpassung im Hier und Jetzt. Sie decken Machtverhältnisse auf, indem sie sich gegen ökomoderne Klimaanpassung richten und teilweise erfolgreich stören. Zum Beispiel haben lokale Interessensgruppen in Peru einen See besetzt, den sich zuvor ein multinationales Unternehmen mit »Klimaanpassungsagenda« angeeignet hatte. Dabei haben die Aktivist*innen letztlich in Symbiose mit der lokalen Regierung den See zumindest zeitweise dekommodi-

fiziert (Carey u.a. 2012). Im Globalen Norden ist das Beispiel der französischen Bewegung ›Soulèvements de la Terre‹ passend. Deren Fokus lag auf der Verhinderung des Baus von Wasserreservoirs, sogenannten Mega-Bassins, für große Agrarunternehmen, die zu einem Wassermangel für kleinere Höfe und lokale Gemeinde führten. Aufgrund des sich zuspitzenden Konfliktes im Angesicht von Hitzewellen und Dürren eskalierte dieser unter massivem Einsatz von Repression und militarisierter Polizei.

Die Konfrontation gegen Anpassungsprojekte tritt an unterschiedlichsten Orten auf, weshalb Brink u.a. (2023) darauf schließen, dass sich der alltägliche Widerstand nicht nur gegen das spezielle Anpassungsprojekt, sondern auch gegen Anpassung als globales Phänomen richtet. Konkretisiert bedeutet dies: Die politische Ökonomie der Klimaanpassung ist umkämpft. Dies zeigt sich besonders am Beispiel der Blockade des größten Kohlehafens der Philippinen (McNamara/Farbotko 2017). Hier haben sich philippinische und australische Aktivist*innen zusammengeschlossen, um ökomoderne Klimaanpassung und das Ignorieren von Anpassungslimits zu kritisieren. Die Blockade verdeutlicht, dass ohne eine Reduktion des Energieverbrauchs Klimaanpassung in einigen Regionen der Welt unmöglich wird. Folglich existieren biophysikalische und soziale Grenzen bei der Klimaanpassung. Der Protest soll verdeutlichen, dass ohne Reduktion des fossilen Kapitalismus Klimaanpassung unzureichend ist.

Die Widerstände gegen ökomoderne Klimaanpassung sind somit eine wichtige Strömung, die sich in erheblichem Maße gegen ungerechte polit-ökonomische Strukturen richtet und einen Beitrag zur Entfaltung Radikaler Klimaanpassung liefert.

Strategische Ausrichtungen

Die vorherigen Ausführungen eröffnen die Frage, inwiefern sich die Strömungen zu einer Radikalen Klimaanpassung synthetisieren lassen. Statt einer konkreten Definition oder Praxis, möchten wir Radikale Klimaanpassung strategisch einbetten. Strategie ist eine Möglichkeit, Kräfte unterschiedlicher Strömungen zu bündeln und damit ihr Transformationspotenzial zu erhöhen (Buch-Hansen u.a. 2024). Erik O. Wrights (2013, 2019) Ausarbeitungen zu antikapitalistischen Transformationsmodi erlauben es, Radikale Klimaanpassung anhand der drei zentralen Aspekte – Wirtschaftswachstumskritik, solidarische Praxis, Widerstandsfähigkeit – strategisch zu erkunden. Dafür ordnen wir jede der drei Strömungen Radikaler Klimaanpassung idealtypisch einem Transformationsmodus – symbiotisch, interstitiell und disruptiv – zu. Unsere Einordnung erhebt keinen Vollständigkeitsanspruch, da sich die Strömungen in ihrer Entfaltung nicht ausschließlich einem einzelnen Modus zuzuordnen lassen. Ziel ist es vielmehr, Radikale Klimaanpassung als vielfältig strate-

gisch zu begreifen und so verschiedenen Akteuren Handlungsmacht zu geben, um ein Gegenpol zur ökomodernen Anpasstheit zu eröffnen.

Transformative, aber wachstumskritische Klimaanpassung kann dabei als symbiotische Transformation innerhalb existierender Institutionen fungieren. Aus radikaler Perspektive sollten Reformen entstehen, die strukturelle Veränderungen herbeiführen – sogenannte *nicht-reformistische Reformen* (Gorz 1968). Ziel ist es, Bedingungen zu schaffen, unter denen emanzipatorischer Wandel stattfinden kann. Dafür werden Regeln auf institutioneller Ebene so verändert, dass sich Radikale Klimaanpassung entfalten und etablieren kann. Das bereits aufgeführte Beispiel gesetzlicher Arbeitszeitverringerung schafft Freiräume vom Wachstumszwang, in denen gemeinschaftlich organisierter Hitzeschutz wie Einkaufsübernahmen o.ä. stattfinden können. Erweitert man das Beispiel über den Hitzeschutz hinaus, können ›Urlaubsansprüche‹ z.B. für freiwillige Katastrophenhilfe erdacht werden. Obschon die Rolle des Staates im Kontext von Degrowth ein umstrittenes Thema ist, besteht eine Tendenz, dass eine Form von sozialem Staat erforderlich ist, um die umfassende Transformation umzusetzen, insbesondere in einer international koordinierten Weise (Brand 2022; Johnstone/Newell 2018). Zentral dabei ist, dass symbiotische Transformationsversuche sich nicht kooptieren lassen. Anstelle, dass polit-ökonomische Eliten Reformen in einer Weise übernehmen, die ihre Herrschaftsbedingungen reproduzieren, zielt Radikale Klimaanpassung darauf ab, vulnerable Gruppen zu ermächtigen (Gorz 1968).

CBA in solidarischen Beziehungsweisen beschreibt einen *interstitiellen* Ansatz. Bei der interstitiellen Transformation entsteht radikaler sozialer Wandel durch Praktiken, die in den Zwischenräumen der vorherrschenden Strukturen entstehen und etabliert werden. Extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen, Überschwemmungen oder Schneestürme sowie andere Auswirkungen der Klimakrise wie zoonotische Krankheitsausbrüche, Lebensmittel- und Wasserknappheit, psychologische Belastungen oder Migration könnten Zwischenräume aufmachen, vor allem wenn weder das Kapital noch der Nationalstaat Unterstützung für vulnerable und ökonomisch schwächer gestellte Gruppen bereitstellt. Radikale Klimaanpassung sollte Kontextbedingungen für das Entstehen solcher Zwischenräume untersuchen, antizipieren und somit auf diese vorbereitet sein. Sobald sich Lücken erschließen und durch solidarische Praktiken gefüllt werden, sollten diese vertieft, verbreitet und wiederholt bzw. durch Routinisierung und Institutionalisierung etabliert werden (Redecker 2018). Ziel ist es, die Praktiken so zu bündeln, dass sie in der Lage sind, bestehende unterdrückende soziale Strukturen abzulösen und Alternativen ins Zentrum einer neuen Ökonomie zu stellen (Redecker 2020). Diese Ökonomie muss auch ökologisch regenerativ sein. Nachbarschaftliche Daseinsvorsorge bei Klimakatastrophen, gemeinschaftliche Gemüse- und Obstgärten im urbanen öffentlichen Raum oder Streikorganisation von hitzebetroffenen Berufsgruppen könnten Räume Radikaler Klimaanpassung sein. Es geht also bei interstitieller

Radikaler Klimaanpassung darum, solidarische Anpassungsweisen im Hier und Jetzt als Gegenentwurf aufzubauen und zu verteidigen.

Widerstände weisen auf eine *disruptive* Strömung Radikaler Klimaanpassung hin. Disruptive Transformationen brechen mit den bestehenden Institutionen auf eine konfrontative Weise. Mit Blick auf militante Revolutionen verweist Wright auf die »ziemlich düsteren« (Wright 2013: 21) historischen Beispiele, die eher zu Autoritarismus als zu egalitären Gesellschaften geführt haben. Die vorherigen Beispiele von Widerständen gegen ökomoderne Klimaanpassung zeigen jedoch transformatives Potenzial. Es ist wichtig, diese Aktionen und ihre legitimen Gründe anzuerkennen und sie nicht aufgrund von historischen Extremfällen abzutun, die von anderen räumlichen und zeitlichen Gegebenheiten beeinflusst waren (Chertkovskaya 2022). Radikaler Widerstand ist somit eine ernstzunehmende Strategie gegen ökomoderne Klimaanpassung. Gerade in extremen Fällen ökomoderner Klimaanpassung können Widerstände die einzige Möglichkeit bieten, Lebensführungen und -formen zu schützen und schadhafte Projekte zu stoppen oder zu zerschlagen. Die häufig entstehenden sozialen Bewegungen stellen ebenfalls Orte für solidarische Beziehungsweisen dar (Redecker 2020) und können mit anderen Transformationsmodi interagieren, wie in dem obigen Beispiel des symbiotischen Widerstandes gegen ökomoderne Klimaanpassung von Besetzer*innen und lokaler Regierung zur Dekommodifikation eines Sees in Peru (Carey u.a. 2012) oder dem interstitiellen Zusammenschluss philippinischer und australischer Aktivist*innen zur Besetzung des Kohlehafens (McNamara/Farbotko 2017) erkennbar. Letztlich ist disruptiver Widerstand zum einen ein solidarischer Kontext und zum anderen ein radikales Mittel gegen ökomoderne Klimaanpassung.

Zusammenfassung

Die Beschäftigung mit den Auswirkungen der Klimakrise ist kein Abwinken an den Klimaschutz, sondern mittlerweile eine Realität, auf die es eine radikale Antwort braucht. Das Angebot der ökomodernen Klimaanpassung operiert weiter auf Wirtschaftswachstum, Privatisierung und Kommodifizierung und verschärft somit existierende Krisen. Dieser neoliberal kapitalistischen Angepasstheit stehen drei progressive Strömungen der Klimaanpassung – transformative sowie gemeinschaftliche Klimaanpassung und Widerstände – gegenüber, was auf ein umkämpftes Transformationspotenzial hinweist. Wir haben dieses Potenzial konkretisiert, indem wir die Strömungen mit Ideen radikalen sozialen Wandels – Degrowth und solidarische Beziehungsweisen – erweitern. Dadurch entsteht ein konzeptioneller Bruch mit der ökomodernen Klimaanpassung. Es ergibt sich ein Kern Radikaler Klimaanpassung aus einem Zielrahmen der Wachstumskritik und einem praktischen Ansatz der Solidarität. Statt einer Definition entfalten wir Radi-

kale Klimaanpassung entlang Modi antikapitalistischer Transformationen. Dabei wird klar, dass Radikale Klimaanpassung in vielfältigen und überlappenden Strategien stattfindet. Diese verschieben den Fokus auf Reproduktion statt Produktion (Dengler/Lang 2022), auf solidarische Kooperation statt atomisierten Individualismus oder totalitären Kollektivismus (Adamczak 2017) und auf eine Care- statt einer Wachstumsökonomie (Redecker 2020). Diese Verschiebung ist im Zuge einer ökologischen und folglich sozialen Systemkrise der Selbsterhaltung (Staab 2022) für eine Radikale Klimaanpassung zum einen strategisch notwendig und zum anderen hoffnungsvoller Anknüpfungspunkt, damit sich eine sozial-ökologische Transformation entfalten kann.

Literatur

- Adamczak, Bini (2017): *Beziehungsweise Revolution: 1917, 1968 und kommende*. Berlin
- Aslany, Maryam/Brincat, Shannon (2021): Class and climate-change adaptation in rural India: Beyond community-based adaptation models. In: *Sustainable Development*, 29(3): 571–582. DOI: <https://doi.org/10.1002/sd.2201>.
- Barnett, Jon (2022): Global environmental change III: Political economies of adaptation to climate change. In: *Progress in Human Geography*, 46(4): 1106–1116. DOI: <https://doi.org/10.1177/03091325221085593>.
- Brand, Ulrich (2016): »Transformation« as a new critical orthodoxy: The strategic use of the term »Transformation« does not prevent multiple crises. In: *GAIA- Ecological Perspectives for Science and Society*, 25(1): 23–27. DOI: <https://doi.org/10.14512/gaia.25.1.7>.
- Brand, Ulrich (2022): Radical emancipatory social-ecological transformations: Degrowth and the role of strategy. In: Barlow, Nathan u. a. (Hg.): *Degrowth & Strategy: How to bring about socio-ecological transformation*. London: 37–56.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München
- Brand, Ulrich u. a. (2022): Deiche bauen reicht nicht. Wie eine linke Anpassungspolitik aussehen kann. Luxemburg: *Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*. In: *Luxemburg: Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*: 32–42.
- Brink, Ebba u. a. (2023): Weapons of the vulnerable? A review of popular resistance to climate adaptation. In: *Global Environmental Change*, 80, 102656. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2023.102656>.
- Bronen, Robin u. a. (2020): Usteq: Integrating indigenous knowledge and social and physical sciences to coproduce knowledge and support community-based adaptation. In: *Polar Geography*, 43(2-3): 188–205. DOI: <https://doi.org/10.1080/1088937X.2019.1679271>.

- Buch-Hansen, Hubert u.a. (2024): Deep transformations: A theory of degrowth. Manchester.
- Carey, Mark u.a. (2012): Unintended effects of technology on climate change adaptation: An historical analysis of water conflicts below Andean Glaciers. In: *Journal of Historical Geography*, 38(2): 181–191. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.jhg.2011.12.002>.
- Chertkovskaya, Ekaterina (2022): A strategic canvas for degrowth: In dialogue with Erik Olin Wright. In: Barlow, Nathan/Regen, Livia/Cadiou, Noémie u.a. (Hg.): *Degrowth & Strategy: How to bring about social-ecological transformation*. London: 56–71.
- Clarke, Tahlia u.a. (2019): Community-based adaptation to climate change: Lessons from Tanna Island, Vanuatu. *Information Systems Journal*, 14(1): 59–80. DOI: <https://doi.org/10.24043/isj.80>
- de Martino, Annamaria u.a. (2019): Piano Nazionale di Prevenzione degli effetti del caldo sulla salute. Ministero della Salute. Roma.
- Dengler, Corinna/Lang, Miriam (2022): Commoning Care: Feminist Degrowth Visions for a Socio-Ecological Transformation. In: *Feminist Economics*, 28(1): 1–28. DOI: <https://doi.org/10.1080/13545701.2021.1942511>.
- Dengler, Corinna/Seebacher, Lisa (2019): What About the Global South? Towards a Feminist Decolonial Degrowth Approach. In: *Ecological Economics*, 157: 246–252. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2018.11.019>.
- Deubelli, Teresa/Mechler, Reinhard (2021): Perspectives on transformational change in climate risk management and adaptation. In: *Environmental Research Letters*, 16(5): 053002. DOI: <https://doi.org/10.1088/1748-9326/abd42d>.
- Fedele, Giacomo u.a. (2019): Transformative adaptation to climate change for sustainable social-ecological systems. In: *Environmental Science & Policy*, 101: 116–125. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.envsci.2019.07.001>.
- Fenton, Adrian u.a. (2014): Up-scaling finance for community-based adaptation. In: *Climate and Development*, 6(4): 388–397. DOI: <https://doi.org/10.1080/17565529.2014.953902>.
- Few, Roger u.a. (2017): Transformation, adaptation and development: Relating concepts to practice. In: *Palgrave Communications*, 3(1): 17092. DOI: <https://doi.org/10.1057/palcomms.2017.92>.
- Fitzpatrick, Nick u.a. (2022): Exploring degrowth policy proposals: A systematic mapping with thematic synthesis. In: *Journal of Cleaner Production*, 365: 132764. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2022.132764>.
- Fünfgeld, Hartmut u.a. (2018): Migration for Adaptation. A Guidebook for Integrating Migration and Translocality into Community-Based Adaptation. Bonn.
- Gillard, Ross u.a. (2016): Transformational responses to climate change: Beyond a systems perspective of social change in mitigation and adaptation. In: Wiley Inter-

- terdisciplinary Reviews: Climate Change, 7(2): 251–265. DOI: <https://doi.org/10.1002/wcc.384>.
- Gorz, André (1968): Reform and revolution. Paris.
- Hickel, Jason u.a. (2022): Degrowth can work – Here's how science can help. In: Nature, 612(7940): 400–403. DOI: <https://doi.org/10.1038/d41586-022-04412-x>.
- IPCC (2018): Annex I: Glossary [Matthews, J.B.R. (Hg.)]. In Global Warming of 1.5°C. 1. Aufl. Cambridge/New York.
- Johnstone, Phil/Newell, Peter (2018): Sustainability transitions and the state. In: Environmental Innovation and Societal Transitions, 27: 72–82. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.eist.2017.10.006>.
- Keucheyan, Razmig (2018): Insuring climate change: New risks and the financialization of nature. In: Development and Change, 49(2): 484–501. DOI: <https://doi.org/10.1111/dech.12367>.
- King, Lewis u.a. (2023): Shades of green growth scepticism among climate policy researchers. In: Nature Sustainability: 1–5. URL: <https://www.nature.com/articles/s41893-023-01198-2>, Zugriff: 19.3.2025.
- Kotz, Maximilian u.a. (2024). The economic commitment of climate change. Nature, 628(8008), 551–557. DOI: <https://doi.org/10.1038/s41586-024-07219-0>.
- McNamara, Karen/Farbotko, Carol (2017): Resisting a 'doomed' fate: An analysis of the Pacific Climate Warriors. In: Australian Geographer, 48(1): 17–26. DOI: <https://doi.org/10.1080/00049182.2016.1266631>.
- McNamara, Karen u.a. (2020): An assessment of community-based adaptation initiatives in the Pacific Islands. In: Nature Climate Change, 10(7): 628–639. DOI: <https://doi.org/10.1038/s41558-020-0813-1>.
- Murtinho, Felipe (2016): What facilitates adaptation? An analysis of community-based adaptation to environmental change in the Andes. In: The International Journal of the Commons, 10(1): 119–141. DOI: <https://doi.org/10.18352/ijc.585>.
- Paterson, Matthew (2021): Climate change and international political economy: Between collapse and transformation. Review of International Political Economy, 28(2): 394–405. DOI: <https://doi.org/10.1080/09692290.2020.1830829>.
- Paprocki, Kasia (2022): On viability: Climate change and the science of possible futures. In: Global Environmental Change, 73: 102487. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2022.102487>.
- Perry, Keston (2021): The new 'bond-age', climate crisis and the case for climate reparations: Unpicking old/new colonialities of finance for development within the SDGs. In: Geoforum, 126: 361–371. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2021.09.003>.
- Rau, Vivianne (2023): Die lange Siesta wäre ein Anfang (15.09.2023), URL: <https://www.fr.de/meinung/die-lange-siesta-waere-ein-anfang-92522754.html>, Zugriff: 25.11.2024.

- Redecker, Eva v. (2018): *Praxis und Revolution: Eine Sozialtheorie radikalen Wandels*. Frankfurt a.M..
- Redecker, Eva v. (2020): *Revolution für das Leben: Philosophie der neuen Protestformen*. Frankfurt a.M..
- Reid, Hannah (2014): A natural focus for community-based adaptation. In: Ensor, Jonathan u.a. (Hg.): *Community-based Adaptation to Climate Change: Emerging Lessons*. Rugby: 35–54.
- Shammin, Rumi u.a. (2022): A framework for climate resilient community-based adaptation. In: Haque, Enamul u.a. (Hg.): *Climate change and community resilience Insights from Southeast Asia*. Singapur: 11–30.
- Shum, Lauren u.a. (2022): Climate adaptation: The \$2 trillion market the private sector cannot ignore (1.11.2022). URL: <https://www.weforum.org/stories/2022/11/climate-change-climate-adaptation-private-sector/>, Zugriff: 21.5.2024.
- Sovacool, Benjamin u.a. (2015): The political economy of climate adaptation. In: *Nature Climate Change*, 5(7): 616–618. DOI: <https://doi.org/10.1038/nclimate2665>.
- Sovacool, Benjamin (2018): Bamboo Beating Bandits: Conflict, Inequality, and Vulnerability in the Political Ecology of Climate Change Adaptation in Bangladesh. In: *World Development*, 102: 183–194. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.worlddev.2017.10.014>.
- Staab, Philipp (2022): *Anpassung: Leitmotiv der nächsten Gesellschaft*. Berlin.
- Westkämper, Anna (2022): Verdi fordert Hitzefrei: Wie heiß darf es an meinem Arbeitsplatz werden? (18.07.2022), URL: <https://www.rnd.de/wirtschaft/hitze-welle-verdi-fordert-moeglichkeit-zu-hitzefrei-27AFLGYGSJHY3OMA6JQFEDBBAA.html>, Zugriff: 25.11.2024.
- Thomas, Kimberly (2020): The problem with solutions: Development failures in Bangladesh and the interests they obscure. In: *Annals of the American Association of Geographers*, 110(5): 1631–1651. DOI: <https://doi.org/10.1080/24694452.2019.1707641>.
- Thomas, Kimberly (2023): Accumulation by adaptation. In: *Geography Compass*, 18(1): e12731. DOI: <https://doi.org/10.1111/gec3.12731>.
- Vogel, Jefim u.a. (2024): Safeguarding livelihoods against reductions in economic output. In: *Ecological Economics*, 215: 107977. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2023.107977>.
- Warner, Benjamin/Kuzdas, Christopher (2017): The role of political economy in framing and producing transformative adaptation. In: *Current Opinion in Environmental Sustainability*, 29: 69–74. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.cosust.2017.12.012>.
- Wright, Erik O. (2013): Transforming capitalism through real utopias. In: *American Sociological Review*, 78(1): 1–25. DOI: <https://doi.org/10.1177/0003122412468882>.
- Wright, Erik O. (2019): *How to be an anticapitalist in the twenty-first century*. London.

Die Entdeckung der Langsamkeit

Für einen *Labour Turn* mit Tiefgang

Stefan Schoppengerd

In Teilen der Klimagerechtigkeitsbewegung kursiert seit einigen Jahren das Schlagwort vom *Labour Turn*. Gemeint ist die strategische Hinwendung zu abhängig Beschäftigten und ihren gewerkschaftlichen Organisationen. Wenn, so die Überlegung, der Schlüssel zur Lösung der ökologischen Krise in der Überwindung einer wachstumsorientierten industriellen Produktionsweise zu suchen ist, wenn des Weiteren das Konzept der Klimagerechtigkeit auch die Interessen und Perspektiven derjenigen umfasst, die durch ihre Arbeitsplätze von dieser Produktionsweise abhängig sind, wenn hier darüber hinaus vielleicht sogar wichtige Machtressourcen für einen Prozess der konfliktreichen Gesellschaftsveränderung zu finden sind – dann könnte eine Allianz aus neuer Ökologiebewegung und erneuerter Arbeiter*innenbewegung in Zukunft eine große Rolle spielen.

Der vorliegende Text will zu dieser Denk- und Praxisbewegung beitragen, indem er einerseits zentrale Begründungsmuster rekonstruiert und vertieft, andererseits Schwierigkeiten und Hürden herausarbeitet, die größerer Beachtung bedürfen. Die zentrale These zielt auf produktive Ent-Täuschung: Bevor gesellschaftspolitische Utopien einer suffizienzorientierten Wirtschaftsweise, die sich an demokratisch verhandelten Bedürfnissen statt an Kapitalverwertung orientiert, überhaupt in den Bereich des konkret Diskutablen rücken können, müssen entscheidende Voraussetzungen dafür erst wieder erlernt, vermittelt und erfahren werden. Die neoliberale Globalisierung hat die Fantasie- und Utopiefähigkeit in der Welt der Arbeit so nachhaltig beschädigt, dass entsprechende Parolen und Kampagnenideen zwangsläufig auf wenig Resonanz stoßen. Das kollektive Selbstvertrauen, ausgehend von den eigenen alltäglichen Reproduktionsbedingungen gemeinsam den Lauf der Dinge beeinflussen zu können, ist nicht im notwendigen Maße gegeben. Es müsste erarbeitet werden und das dauert länger, als es die Dringlichkeit der ökologischen Krise zuzulassen scheint.

Aufgebaut ist der Beitrag folgendermaßen: Der erste Abschnitt ist eine theoretische Herleitung des *Labour Turns*, die den Schwerpunkt auf die Widersprüchlichkeit des Arbeitsalltags in der industriegesellschaftlichen Naturaneignung legt – einerseits ist Erwerbsarbeit eine Form der kooperativen Vergesellschaftung der Subjekte,

andererseits ist sie dem herrschaftlichen Zweck der Kapitalverwertung unterworfen. Der zweite Abschnitt befasst sich mit den empirisch beobachtbaren Transformationsprozessen und den laufenden Bemühungen um Dekarbonisierung der Produktion, die sich aus Sicht der Beschäftigten häufig als oktroyiert und in mehrfacher Hinsicht bedrohlich darstellen. Der dritte Abschnitt kontrastiert diese Befunde mit Perspektiven sozial-ökologischer Transformation, deren utopischer Horizont durch die Eckpunkte demokratische Konversion und Arbeitszeitverkürzung im Rahmen veränderter Eigentumsverhältnisse abgesteckt wird. Im vierten Abschnitt geht es schließlich darum, dass die subjektive Dimension der erfahrungsbasierten Fähigkeit zur Gesellschaftsveränderung in diesen utopischen Skizzen nur unzureichend bedacht wird, woraus sich andere, komplexere Anforderungen an die eingreifende Praxis ergeben. Die sozial-ökologischen Utopien können dann interessant werden, wenn sie Emanzipation als Prozess verstehen, wenn also die widersprüchlichen Verwicklungen abhängig Beschäftigter im Hier und Jetzt nicht übersprungen werden. Das impliziert auch anzuerkennen, dass die Organisation von Beschäftigten als Lernprozess zu verstehen ist, der Zeit braucht, weil es um die Erweiterung von Handlungsfähigkeit durch geteilte Erfahrung geht.

Transformation der Arbeit in der Politischen Ökologie

Ein vielbeachtetes Beispiel für einen Versuch von Klimaaktivist*innen, sich mit gewerkschaftlich organisierten Erwerbstätigen zu verbünden, ist die Kampagne *Wir fahren zusammen*.¹ Dabei entstandene Berichte und Analysen machen deutlich, dass eine wesentliche Herausforderung im konkreten gegenseitigen Kennenlernen und im schrittweisen Abbau wechselseitig vorhandener Vorurteile bestand (Autor*innenkollektiv CLIMATE.LABOUR.TURN 2023). Wieso aber sollte man sich diese Mühe machen? Wieso sind die betrieblichen Auseinandersetzungen, die sich in ihrer Eigenlogik stark von der Dynamik einer spontaneistischen Bewegung unterscheiden, ein wichtiger Bezugspunkt für die Klimabewegung?

In der kritisch-sozialwissenschaftlichen Diskussion gilt es als Common Sense, dass eine ökologische Transformation der Gesellschaft nicht allein Resultat individueller Lebensstil- oder Konsumententscheidungen sein kann, sondern dass es stattdessen der politisch umkämpften Veränderung von »Produktions- und Lebensweise« (Brand/Wissen 2017) bedarf. An die Stelle vereinzelt-entpolitisierender Appelle

1 *Wir fahren zusammen* war ein Bündnis aus Teilen von Fridays for Future und der Gewerkschaft ver.di anlässlich der Tarifrunde im Öffentlichen Personennahverkehr – inhaltlicher Anker der Zusammenarbeit war die Position, dass eine ökologische Mobilitätswende nur mit guten Arbeitsbedingungen realisiert werden könne (Lucht/Liebig 2023).

tritt damit die Notwendigkeit systemischer Veränderung des industriegesellschaftlichen »Stoffwechsels mit der Natur« (Marx [1867] 1968: 192). Dabei ist das Ziel, den gesellschaftlichen Material- und Energieverbrauch in Summe zu verringern. Dies bezieht sich allerdings auf die Gesamtheit des Wirtschaftskreislaufs, nicht nur auf den Ausschnitt der Konsumententscheidungen im Einzelhandel. In den Blick kommen damit auch Bedingungen und Formen der Herstellung und des Einsatzes von Gütern und Energie. Denn fossile Brennstoffe werden nicht im Supermarkt verfeuert, sondern in soziotechnischen Systemen der Produktion von Gütern und Energie (Pirani 2018).

Die Transformation dieser Systeme zur Produktion von Lebensmitteln², Wärme und Mobilität ist einerseits ein technologisches Problem: Welches Wissen, welche Apparate, welche effizienzsteigernden Maßnahmen stehen zur Verfügung, um den Bedarf an Rohstoffen und Energie zu verringern? Darüber hinaus geht es um die gesellschaftliche Zweckbestimmung der Produktion, um das Wer, Was und Wozu. Aus der Autoindustrie beispielsweise ist bekannt, dass die Entwicklung effizienterer Motoren nicht dazu genutzt wurde, möglichst sparsame Modelle zu produzieren. Stattdessen hat sie immer größere Fahrzeuge mit größerer Gewinnmarge entwickelt. Die Kapitalverwertung als sozio-ökonomischer Zweck ist hier wichtiger als die Beachtung ökologischer Imperative.

Das System der Produktion ist aber vor allem deshalb unter sozialen Gesichtspunkten zu betrachten, weil es, aller Automatisierung zum Trotz, nur als System des koordinierten Handelns von Menschen denkbar ist. Auch unter den Bedingungen weit fortgeschrittener Verwissenschaftlichung und Technisierung bleibt die Frage zentral, wie die Verausgabung von Arbeit organisiert ist. Noch die komplexeste Maschine ist selbst vergegenständlichte, »tote« Arbeit, die der lebendigen Arbeit als Werkzeug dient (Marx 1968 [1867]: 391ff.). Lebendige Arbeitskraft wiederum fällt nicht vom Himmel, sondern entsteht in arbeitsteiligen Prozessen des Ver- und Umsorgens, der Erziehung und Bildung, die ihrerseits auf vergegenständlichte Arbeit in Form von Gütern und auf Energie angewiesen sind. Die Produktion des Lebens und die Produktion der Lebensmittel sind ineinander verschränkt (Haug 2015). Wenn Gesellschaften Natur aneignen und gestalten (oder auch: ausbeuten und zerstören), so tun sie dies als arbeitsteilig verfasster Reproduktionszusammenhang unter Einsatz mehr oder weniger fortgeschrittener Werkzeuge. Arbeit ist das zentrale Medium dieses gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur; Arbeit und Natur sind Gegenstand von herrschaftlichen Strategien der Nutzbarmachung (Schaupp 2024).

2 »Lebensmittel« ist hier in einem sehr weiten Sinne zu verstehen: Neben Nahrungsmitteln sind damit all die Dinge gemeint, die zum biologischen Überleben und zum gesellschaftlichen Zusammenleben erforderlich sind (vgl. Haug 2015). Was dies im Einzelnen ist, unterliegt historischen und kulturellen Veränderungen.

Ein zentrales Thema der Arbeits- und Industriesoziologie ist das »Transformationsproblem«. Dieser Begriff steht erst einmal nicht im Zusammenhang mit den sozial-ökologischen Gegenwartsdebatten, sondern zielt auf die Dialektik von Beherrschung und Eigensinn in Erwerbsarbeitsverhältnissen und nimmt den besonderen Charakter der Ware Arbeitskraft in den Fokus. Einerseits kauft ein*e Unternehmer*in, die*der einen bestimmten Produktionsprozess verwirklicht sehen möchte, Arbeitskraft ein wie andere Waren – Rohstoffe, Maschinen usw. – auch. Im Unterschied zu anderen Waren ist Arbeitskraft aber nicht zu trennen von der Person, die sie verkauft. Der Gebrauch der Ware Arbeitskraft bleibt daher auf die Mitwirkung, die Kooperationsbereitschaft der Person, die sie verkauft, angewiesen. Die Frage, was die*der Unternehmer*in tun kann, um die Verausgabung von Arbeitskraft als tatsächliche Arbeitsleistung zu erwirken, ist Gegenstand etlicher Regalmeter von Managementliteratur, die eine große Bandbreite an Strategien zur Bewältigung des Transformationsproblems entwickelt hat: Kommando, Kontrolle, Leistungslohn, Prämiensysteme, Appelle, Identifikation mit dem Unternehmen, Subjektivierung von Ansprüchen des Marktes und anderes mehr (Marss 2018). Die kapitalistische Herrschaft über Arbeit umfasst also weit mehr als den »Zwang der Verhältnisse«, die eigene Arbeitskraft überhaupt verkaufen zu müssen. Sie ist in allen Einzelheiten des alltäglichen Arbeitsprozesses präsent und alle diese Einzelheiten können auch zum Gegenstand mehr oder weniger offener bzw. subversiv ausgetragener Konflikte werden.

Die hochgradig ausdifferenzierte Arbeitsteilung bringt es mit sich, dass kaum ein Arbeitsprozess ohne Kommunikations- und Kooperationsbereitschaft auskommt; Kolleg*innen müssen Beziehungen miteinander eingehen. Dafür muss auf soziale Kompetenzen zurückgegriffen werden, die sie im außerbetrieblichen Leben erlernt haben. Strukturen von Befehl und Gehorsam stoßen dabei an Grenzen; ein Mindestmaß an kollektiver Selbstorganisation ist bereits für das Funktionieren des kapitalistischen Verwertungsprozesses unerlässlich.

Die Mitwirkung in der Arbeit ist somit nicht ausschließlich als Verblendungszusammenhang und/oder als Unterwerfung zu betrachten, sondern als sinnvoll und notwendig. Als partiell selbstorganisierte Kooperation wäre sie auch ein Vorgriff auf andere gesellschaftliche Verhältnisse. Dies lässt sich ebenso auf die Produkte bzw. die erbrachten Dienstleistungen beziehen. Denn es besteht ein weitgehender Konsens darüber, dass zum Beispiel die Erzeugung von Strom, die professionelle Betreuung von Kindern, die industrielle Nudelherstellung oder die Nachtschicht im Stellwerk der Bahn gesellschaftlich notwendig und sinnvoll sind. In privaten Unternehmen (und in öffentlichen Einrichtungen, die deren Effizienzkriterien und Steuerungsmechanismen imitieren), ist dieser konkrete Sinn der Arbeit jedoch überformt durch die gleichzeitige Orientierung an abstrakten (Gewinn-)Vorgaben. In der Marx'schen Formulierung zum Doppelcharakter warenproduzierender Arbeit ausgedrückt: Abhängige Arbeit muss zugleich konkrete Gebrauchswerte und

abstrakten Tauschwert schaffen. Das kann im Alltag sehr widersprüchlich sein und es zeigt sich, dass abhängig Beschäftigte das eine wichtig finden und das andere lästig, wenn zum Beispiel der Ergebnisdruck die konkrete Qualität der eigenen Arbeit beeinträchtigt (Nies 2015).

Unbehagen oder gar Kritik an der Dominanz tauschwertbezogener Effizienzkriterien ist weit verbreitet. Sie entzündet sich nicht nur an Arbeitshetze und Stress, sondern auch an der gesellschaftlichen Widersinnigkeit der Verwertungslogik. In den Worten von Stefanie Hürtgen (2022) ausgedrückt, zeigt sich hier die »subjektive gesellschaftliche Sinnorientierung« von Lohnarbeiter*innen, denen der gesellschaftliche Zweck ihres alltäglichen Tuns nicht gleichgültig ist. Der politischen Artikulation dieser subjektiven gesellschaftlichen Sinnorientierung steht aber die entmündigende Fremdbestimmung in der Arbeit entgegen. Auch wenn – je nach Branche unterschiedlich ausgeprägt – der Einsatz der ganzen Person mit ihrer vollen Leidenschaft gefordert wird, kommt in der Arbeit immer nur jener Teil des Menschen zur Geltung, der dem Verwertungsprozess dienlich ist. Soziale Kompetenz oder gar Fürsorglichkeit im Umgang mit Kolleg*innen und Kund*innen sind notwendig, müssen zugleich aber in die betrieblichen Rhythmen eingepasst werden. »Mitdenken« wird am Arbeitsplatz erwartet, aber nur insoweit es sich nicht anmaßt, in die Entscheidungsfreiheit der Geschäftsführung hineinzureden. So ist das Gesamtbild zutiefst widersprüchlich: Die Arbeitswelt birgt utopisches Potenzial für eine demokratische und kooperative Vergesellschaftungsweise. Der Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur bleibt Notwendigkeit, aber er ist auch als selbstbestimmte, nicht entfremdete Bearbeitung der natürlichen Umwelt vorstellbar (Negt 1984: 168ff.). Wesentliche Elemente einer solchen Befreiungsutopie finden sich in der gegebenen Welt der abhängigen Arbeit, wo sie aber auf fremdbestimmte Zwecke der Reichtumsvermehrung und der Privilegiensicherung gerichtet sind.

Die real existierende Industrie-Transformation und das partizipative Modernisierungsmanagement

Die sozialwissenschaftlichen und politischen Diskurse über eine sozial-ökologische Transformation des industriellen Stoffwechsels treffen auf eine Welt, in der auch ansonsten kein Stillstand herrscht, da die ständige Optimierung des Produktionsapparats ohnehin Aspekt der kapitalistischen Konkurrenz ist: »Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen anderen aus« (Marx/Engels 1972 [1848]: 465). Aber auch im spezifischeren Sinn der Bewältigung ökologischer Herausforderungen ist die industrielle Welt in Bewegung. Eine entsprechende politische Rahmensetzung (Witt 2023) hat De-

karbonisierung neben der Digitalisierung zu einem bestimmenden Trend der Industrietransformation gemacht.

Diese Entwicklung trifft in den Belegschaften oft auf ausgeprägte Skepsis. Im Lichte früherer Veränderungsdynamiken wird diese Haltung nachvollziehbar, denn »Transformationsprozesse sind immer auch Krisenprozesse und diese mischen sich mit der arbeitsweltlichen Erfahrung, dass die Leistungs- und Flexibilisierungsschrauben Jahr um Jahr angezogen werden« (Detje/Sauer 2021: 72). Resultat ist nicht selten ein »transformationspolitische[r] Konservatismus« in den Belegschaften (Tullius/Wolf 2023: 72).

»Transformation« wird von Transport- wie Produktionsarbeiter*innen wesentlich auch als ein mit Bedrohungsszenarien und Verunsicherungsnarrativen operierender Disziplinierungsprozess erfahren und gedeutet; als ein politik- und managementgetriebener Top-Down-Prozess der fortwährenden Veränderung der eigenen Arbeits- und Reproduktionsbedingungen. Jede Veränderung erscheint in diesem erfahrungsgesättigten Deutungsmuster als Teil eines »Klassenkampfes von oben«, der mit hoher Wahrscheinlichkeit entweder Belastungssteigerung, Einkommens- oder Arbeitsplatzverlust oder die Zerstörung von Gemeinschaft oder all das zusammen zur Folge haben wird. (Ebd.)

Fragen wir demgegenüber nach Ansätzen einer aktiven Beteiligung von Belegschaften an der Ausgestaltung von Transformationsprozessen, so zeigt sich: Sie findet am ehesten dort statt, wo die Institutionen sozialpartnerschaftlicher Einbindung wie Gewerkschaften und Betriebsräte intakt und einflussreich sind. Damit bewegt sie sich zwangsläufig im Rahmen der betriebsverfassungsrechtlich sanktionierten »vertrauensvollen Zusammenarbeit« und der entsprechend begrenzten Mitbestimmungsbefugnisse. Die grundsätzliche Entwicklungsrichtung der Transformation als einer technologischen Modernisierungsoffensive wird von der Geschäftsführung bestimmt; Betriebsräte können die daraus resultierenden betrieblichen Umbrüche aber in etlichen Teilaspekten, nicht zuletzt in Bezug auf Versetzungs- und Qualifizierungsbedingungen, im Interesse der Beschäftigten mitgestalten. In (Groß-)Unternehmen mit tief verankerter Mitbestimmungstradition finden sich auch Elemente der Partizipation von Beschäftigten an der Konkretisierung von Umstellungsprozessen, etwa mit Blick auf individuelle Entwicklungsvorstellungen unter den sich wandelnden Umständen. Ein solches »partizipatives Modernisierungsmanagement« ist freilich nicht geeignet, Fragen der Sinn- und Gebrauchswertorientierung zum Inhalt der betrieblichen Diskussion zu machen (Schoppengerd u.a. 2025).

In der Auto- und der Stahlindustrie als zentralen Schauplätzen grüner Modernisierung lässt sich sowohl für die Betriebsräte wie auch für die zuständige Gewerkschaft IG Metall feststellen, dass sie sich die ökologische Modernisierung von Pro-

dukten (E-Autos) bzw. Produktionsverfahren (wasserstoffbasierte Stahlherstellung) grundsätzlich als Ziel zu eigen machen. Unter den gegebenen politischen Vorgaben zur Erreichung von Klimaneutralität erscheint dies als die erfolgversprechendste Strategie zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Branchen mit hohem gewerkschaftlichem Einfluss. Die dominante Entwicklungsperspektive, das bisherige Wachstumsmodell auf eine andere stoffliche und energetische Grundlage zu stellen, geht allerdings mit neuen ökologischen und sozialen Widersprüchen einher (siehe Beitrag von Anna Preiser und Ali Heuser in diesem Band); das wiederum wirft Probleme auf, die weder in einzelnen Unternehmen noch in bestimmten Branchen allein zu lösen sind. Umgekehrt bietet aber eine abstrakte Infragestellung von Wachstumsorientierung keine Handlungsorientierung in den Konflikten, die mit den laufenden Dekarbonisierungsbestrebungen zwangsläufig einhergehen. Sie müssen durch Betriebsrat und Gewerkschaft bearbeitet werden, wenn der zitierte »transformationpolitische Konservatismus« nicht Recht behalten soll (für das Beispiel Stahl: Schoppengerd 2024). Wird in der sogenannten grünen Zukunft noch Arbeit im gleichen Umfang benötigt? Mit welchen Anforderungen? Bleiben Teams und kollegiale Beziehungen erhalten, oder steht all dies zur Disposition? Können die erreichten Standards der Arbeitsbedingungen wenigstens erhalten werden, oder drohen in der Arbeitszeit- und Arbeitsplatzgestaltung, in den Schichtmodellen, in der Personaldecke, kurz: in all den Details des betrieblichen Machtgefüges, Verschlechterungen im Windschatten der Transformation? Derartige Fragen stellen sich zuhauf, und sie lassen oft keinen Raum für weiter ausholende Perspektivdiskussionen.

Utopien der Transformation

Anders stellt sich dies in Debattenbeiträgen aus dem akademischen Kontext dar. Wichtige Beiträge zur materialistischen Transformationsdebatte adressieren den zentralen Stellenwert von Arbeit in der Transformation des industriellen Stoffwechsels mit der Natur, diskutieren Probleme der sozialen Gerechtigkeit in diesem Zusammenhang und messen den Industriebeschäftigten unter dem Schlagwort »Konversion« eine aktive, gestaltende Rolle bei. Ich gehe im Folgenden beispielhaft auf einzelne Debattenbeiträge ein.

Ein deutlicher Schwerpunkt der *Environmental Labour Studies* liegt auf den umweltpolitischen Strategien von Arbeiter*innen und Gewerkschaften. Der Begriff Labour bezieht sich damit auf Lohnarbeit und auf lohnarbeitsbasierte politische Organisierung. Konzeptionell ist in diesem Debattenstrang aber Konsens, dass Änderungen in der Erwerbsarbeit im Zusammenhang mit außerbetrieblichen Formen der Reproduktionsarbeit zu betrachten sind (Schoppengerd 2023). Gabriele Winkers (2021) materialistisch-feministischer Entwurf einer *Care-Ökonomie* kann als Versuch verstanden werden, eine solche Perspektive ins Programmati-

sche zu übersetzen. Hier ist die Verkürzung der Arbeitszeit in der industriellen Produktion ein wesentlicher Baustein des Entwurfs »revolutionärer Realpolitik«. Sie umfasst auch ein reduziertes Produktionsvolumen und eine Aufwertung von Sorgetätigkeiten. Winker macht zwar deutlich, dass die vorgesehene umfangreiche Arbeitszeitverkürzung das Resultat gewerkschaftlicher Mobilisierung sein müsste; das eigentliche Interesse gilt dabei allerdings nicht den betrieblichen Handlungsbedingungen und der Perspektive der organisierten Beschäftigten. Stattdessen vertraut dieser Ansatz darauf, dass eine Aufwertung von Care-Arbeit genügend Handlungsmotivation mobilisieren kann.

Bei Winker wie auch in anderen Modellen spielt die Erneuerung des Sozialstaats eine Schlüsselrolle. Diese Herangehensweise wird auch als *Infrastruktursozialismus* und *selektives Wachstum* bezeichnet (Candeias u. a. 2020). Sie ginge in der Praxis mit erheblichen Verteilungskonflikten einher. Der Charme der Idee besteht darin, dass sie eine Umverteilungspolitik beinhaltet, die das Problem adressiert, dass extremer Reichtum in privaten Händen ein wichtiger Treiber des Klimawandels ist (Neckel 2023; Oxfam 2024). Eine Umverteilung dieses Reichtums könnte den Problemdruck mildern, indem sie den betreffenden Privatleuten die Mittel für ihren Raubbau am Klima teilweise entzieht. Gleichzeitig würden Ressourcen für einen Ausbau sozialer Infrastrukturen mobilisiert, durch die zum Beispiel die Mobilitätswende oder die Ausweitung sozialer Dienstleistungen unterstützt werden könnten. Ein solcher Ausbau des Sozialeigentums wäre auch im Interesse der abhängig Beschäftigten, erst recht, wenn eine Strategie der industriellen Schrumpfung ganze Lebensentwürfe verunsichert. Als Zukunftsversprechen ist diese Idee aber ein ungedeckter Scheck: Jetzt eine Begrenzung industriellen Wachstums zu befürworten, weil möglicherweise, unter günstigeren politischen Vorzeichen, ein Ausbau anderer Wirtschaftszweige neue Perspektiven eröffnet, wird für aktuell von den Folgen des Umbaus Betroffene kaum überzeugend sein. Sinn ergibt diese Perspektive nur im ambitionierten Ganzen, was sie zugleich weniger realisierbar erscheinen lässt.

Ähnliches gilt für die Perspektive der *Konversion*. Diese Herangehensweise geht davon aus, dass Beschäftigte über umfangreiches Expert*innenwissen bezüglich der Produktionsabläufe und der Produkte verfügen und spricht ihnen zugleich ein Eigeninteresse an der Schaffung auch ökologisch tragfähiger Gebrauchswerte zu. Als Inspiration häufig angeführt wird das historische Beispiel des britischen Luftwaffenunternehmens Lucas Aerospace und der Belegschaft, die ihre Entlassung durch umfangreiche Produkt- und Produktionsumstellungen abzuwenden trachtete. Es handelt sich um ein faszinierendes Beispiel dafür, wie in kollektiver Anstrengung soziale und ökologische Anliegen in einer betrieblichen Entwicklungsperspektive verdichtet werden können. Dennoch war der Lucas-Plan am Ende keine Erfolgsgeschichte, sondern scheiterte an politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen. Auch das aktuelle Beispiel der GKN-Automobilzulieferer-Belegschaft in einem italienischen Werk nahe Florenz stellt einen wichtigen Be-

zugspunkt der Orientierung auf Konversion dar. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Beitrags ist unklar, inwiefern die Absicht der Beschäftigten, die Produktion von Lastenrädern und Solarpaneelen in Eigenregie aufzunehmen, erfolgreich sein wird. Ich komme unten auf die Besonderheiten dieses Falls zurück.

Wichtig ist hier: Die schiere Fähigkeit von Belegschaften, die eigenen Kompetenzen selbstorganisiert zum Einsatz zu bringen, führt noch nicht zu einer realistischen basisdemokratischen Konversionsperspektive. Sie setzt zudem die Verfügungsgewalt über Kapital in Form von Betrieb, Maschinen und Rohstoffen bzw. Vorprodukten voraus. Dieses Problem wird in entsprechenden programmatischen Entwürfen durchaus adressiert, wenn sie die Notwendigkeit betonen, Eigentumsverhältnisse in Frage zu stellen bzw. Vergesellschaftung voranzubringen (z.B. Brand/Wissen 2024: 221; siehe Beitrag von Nina Schlosser und Markus Wissen in diesem Band). Lesen wir die programmatischen Skizzen aber unter der Frage, welche Schritte der Transformation konkret denkbar sind, droht die Argumentation zirkulär zu werden: Basisdemokratische Konversion kann ein Puzzleteil auf dem Weg zur Transformation des ganzen Stoffwechselsystems sein; sie setzt aber die demokratische statt private Verfügung über die Produktion voraus, also die Überwindung des Kapitalismus.

Ähnlich verhält es sich mit den Diskussionen zu den Möglichkeiten einer demokratischen Planung von Wachstumsgrenzen (*Degrowth*): So wichtig und anregend die Frage ist, wie ein gerechter und demokratischer Planungsprozess in der Verwendung knapper Ressourcen von der lokalen bis zur globalen Ebene ausgestaltet werden könnte (z.B. Durand u.a. 2024), so wenig geben diese Debatten Hinweise darauf, was in der uns umgebenden Wirklichkeit ein tatsächlich gangbarer Schritt in diese Richtung wäre. Es gibt gute Gründe dafür, auf einer deutlichen Trennung von Wissenschaft und Politik zu beharren und der Wissenschaft die Aufgabe zuzuschreiben, allgemeinere Maßstäbe und übergreifende Orientierungen zu erarbeiten, während die politische Operationalisierung anderen Akteur*innen zufällt (siehe Beitrag von Carla Noever Castelos und Friedemann Wiese in diesem Band). Dennoch stellt sich die Frage nach Berührungspunkten und wechselseitigen Resonanzen.

Erfahrungen und Lernprozesse

Ich schreibe diesen Beitrag zum Ende des Jahres 2024. Zu diesem Zeitpunkt zeigen sich in den beiden angeführten Leitbranchen sozialpartnerschaftlicher Transformation, der Auto- und der Stahlindustrie, krisenhafte Zuspitzungen, in denen die konsensuelle Einbindung der Beschäftigten ins Modernisierungsmanagement durch die Unternehmen aufs Spiel gesetzt wird. Prominente Beispiele dafür sind die Aufkündigung der Beschäftigungssicherung bei Volkswagen und die Ankündi-

gung von Entlassungen in der Stahlsparte von ThyssenKrupp. Es verbietet sich an dieser Stelle, den involvierten Gewerkschafter*innen Ratschläge von der Seitenlinie zu geben (die sowieso zu spät kämen). Es lohnt sich aber die Rückschau auf Diskussionen im Umfeld der Gewerkschaften zum Umgang mit den Erosionstendenzen des sozialpartnerschaftlichen Gefüges. Ein wesentlicher Strang darin berührt die subjektiven Voraussetzungen, auf die eine Erneuerung von Handlungsfähigkeit gegründet sein könnte.

In seinem Text *Wozu noch Gewerkschaften?* argumentierte der Sozialphilosoph Oskar Negt schon 2003 – also lange vor den Diskussionen um Transformation und Dekarbonisierung –, dass Gewerkschaften in Zeiten der neoliberalen Offensive nur dann Einfluss entfalten könnten, wenn sie sich ein erweitertes politisches und kulturelles Mandat anmaßen, indem sie den Horizont der pragmatisch-situativen Problemlösung überschritten. Er wendet sich damit gegen die Fortsetzung der jahrzehntelang eingeübten Haltung, auf die Politisierung von Systemfragen zu verzichten, um im Gegenzug als Ordnungsfaktor und als seriöser Gesprächspartner anerkannt zu werden – und somit gegen eine Strategie der gewerkschaftlichen Sozialpartnerschaft und des betrieblichen Co-Managements. Zwar bedeutete diese im fordistischen Aufschwung und darüber hinaus die Teilhabe an Wohlstandsgewinnen, war jedoch seit der neoliberalen Globalisierungsoffensive nur noch für sukzessive schrumpfende Kernbelegschaften durchzuhalten (Negt 2003).

Negt gab sich nicht der Illusion hin, dass dies eine leichte Aufgabe sein würde. Das Vertrauen in die kollektive Möglichkeit der Befreiung und der gemeinsamen Gestaltung einer kooperativen Demokratie hat in den Jahrzehnten des Neoliberalismus erheblichen Schaden genommen und müsste von Grund auf neu erlernt werden (vgl. Negt 2016: 228ff.). Die Wiedergewinnung eines politischen und eines kulturellen Mandats für Gewerkschaften verknüpfte er mit einer Erweiterung des Interessenbegriffs, auch im Sinne einer vertieften Auseinandersetzung mit Interessen und Bedürfnissen: »Es ist die Erweiterung der Interessen auf Schichten der Persönlichkeitsbildung hin; es ist die Vertiefung der üblichen Interessendimensionen in Richtung auf emotionale und soziale Bedürfnisse, die unter Umständen von der gleichen, ja einer größeren Härte sein können als die der engen Lohninteressen, der Berufsqualifikationen oder des Gesellschaftsbildes der Arbeiter« (Negt 2003: 93). Politik wäre vor diesem Hintergrund wesentlich eine Auseinandersetzung mit den Widersprüchlichkeiten, die bei der Wahrnehmung eines erweiterten Mandats zutage treten. »Politik, die an den wirklichen Interessen der Menschen ansetzt und sich dessen bewusst wird, was deren gesellschaftliche Bedingungen ausmacht, muß sich auf die schwierige Strategie der Umgestaltung entfremdeter, alltäglicher, verdrehter und verkehrter Interessen einlassen. Die lediglich zu sammeln, die bereits ein alternativ-widerständiges Bewußtsein haben oder konkret Befreiungsentwürfe in ihren Handlungshorizont einzubeziehen bereit sind, ist eine Politik der Ausgrenzung« (ebd.: 95).

Damit verbindet sich die Diskussion über gesellschaftspolitische Weitsicht mit einer Debatte um Bildungs- und Lernprozesse. Ein solcher Lernprozess hat, siehe den ersten Abschnitt dieses Textes, Ankerpunkte im Alltag der Arbeit. Das, was dort an Kooperation und Kollektivität ohnehin gelebte Praxis ist, als gemeinsame politische Ressource zu begreifen und sich auf dieser Grundlage gemeinsame politische Ziele zu setzen, ist aber mitnichten selbstverständlich. In vielen Fällen ist es sogar eher unwahrscheinlich, schließlich ist der Arbeitsalltag auch geprägt von Hierarchie, Konkurrenz und Autorität. Richard Detje und Dieter Sauer (2024) haben jüngst Beispiele betrieblicher Praktiken der Solidarisierung untersucht, die sich gegen Spaltungen und Fragmentierungen behaupten und in gemeinsames Widerstandshandeln münden. Ähnlich wie Oskar Negt von der Arbeit an Interessen als »politischem Produktionsprozess« spricht, stellen sie fest: »Solidarität fliegt den einzelnen Akteuren und Kollektiven nicht einfach zu. Nichts Passives haftet ihr an. Solidarität ist ein Aneignungsprozess und letztlich ein interessenpolitischer Verarbeitungs- und Handlungsprozess« (Detje/Sauer 2024: 134). Solidarität, die in diesem Sinne erarbeitet wird, ist belastbarer als ein oberflächlicheres Verständnis von Solidarität als Hilfsbereitschaft der Starken gegenüber den Schwachen. Sie wächst im Konflikt und sie transformiert das Selbstbewusstsein der Beteiligten.

Wäre nicht denkbar, dass die Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation und der krisenhaften Verwerfungen mit einer solchen selbstbewussten betrieblichen Solidarität beantwortet würden? Der oben erwähnte Fall der Belegschaft des ehemaligen GKN-Betriebs bei Florenz ist in diesem Zusammenhang einen zweiten Blick wert. Das Beispiel der Arbeiter, die die Geschicke ihres Betriebs selbst in die Hand nehmen möchten, weil das Autozulieferer-Unternehmen die Produktion an diesem Standort einstellt, verdient es, bekannt gemacht und daraufhin befragt zu werden, wo es möglicherweise als Vorbild dienen kann. Dabei sollte man aber auch anerkennen, dass die Belegschaft alles andere als voraussetzungslos in die Auseinandersetzung gestartet ist: Zum Zeitpunkt der Kündigung durch GKN existierte bereits ein autonomes Fabrikkollektiv, das in Abstimmung mit der Metallarbeiter*innengewerkschaft FIOM handelte, aber es gewohnt war, die Belange der Belegschaft in kollektiver Selbstorganisation zu vertreten. Für dieses Kollektiv lag es nahe, den Kontakt zur Klimabewegung zu suchen (Kaiser 2023a), weil es die Auseinandersetzung um den Betrieb von Beginn an in eine politische Strategie eingebettet hatte – die Produktkonversion im Betrieb sollte durch staatliche Unterstützung getragen werden (Kaiser 2023b).

Eine derart entwickelte Konflikt-Kompetenz ist in Italien nicht die Regel und auch in Deutschland kann sie nicht vorausgesetzt werden. Sie ist aber erlernbar. Darauf setzen die Ansätze des *Organizing* (McAlevey 2021), die sich Teile der deutschen Gewerkschaften in den letzten Jahren zu eigen gemacht haben. Insbesondere die von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di initiierte »Entlastungsbewegung« in ausgewählten Krankenhäusern stellt ein herausragendes Beispiel dafür dar, wie

eine gewerkschaftliche Auseinandersetzung mit einem klar umrissenen tariflichen Ziel so angelegt werden kann, dass sie zugleich individuelle Wachstums- und kollektive Ermächtigungserfahrungen anregt. Wichtige Elemente der Vorgehensweise sind u.a. der systematische Aufbau von Aktivenstrukturen sowie die Basisbeteiligung von der Strategieentwicklung bis hin zur Verhandlungsführung. Die Bewegung war somit im doppelten Sinne erfolgreich: Sie hat die Frage der Personalbemessung in Krankenhäusern zum Gegenstand von Tarifauseinandersetzungen gemacht, und sie hat den Erfahrungshorizont und das kollektive Selbstwirksamkeitserleben vieler Beteiligter nachhaltig erweitert.

Auf den ersten Blick ist dieses Beispiel thematisch weit entfernt von der Frage nach Strategien zur Bewältigung der ökologischen Krise. Der Ausflug in die Gesundheitspolitik von unten kann aber verdeutlichen, dass neben dem Inhalt des Konflikts die Form der Konfliktführung ein wesentlicher Faktor ist. Werden die Möglichkeiten, die die repräsentative Mitbestimmung bietet, kombiniert mit der Entwicklung von Konfliktkompetenz in der Breite?

Notwendig langwierig

Das Fazit dieses Beitrags ist damit ebenso widersprüchlich wie die Dinge, die er behandelt. Einerseits werden all die klimapolitischen Utopien einer anderen, nachhaltigen und zugleich demokratischen Ökonomie nicht verwirklicht sein, wenn sie nicht auf Kooperation und Gemeinsinn in der Arbeit gegründet sind. Ein so verstandener *Labour Turn* klimapolitischer Initiativen ist richtig und notwendig. Andererseits ist dieser bei näherem Hinsehen auf langwierige Kleinarbeit mit ungewissem Ausgang angewiesen. Er verspricht alles Mögliche, nur nicht das, was ökologisch geboten scheint: schnelle, durchschlagende Erfolge. Die subjektiven Wachstums- und Emanzipationsprozesse, auf die dieser Text abstellt, sind aber nicht beliebig zu beschleunigen und sie kennen keine Abkürzung.

Der Allianzbildung kann unter Umständen besser gedient sein, wenn aus akuten Bedrängnissen heraus Konflikte geführt werden, die gar nicht unmittelbar mit den ökologischen Herausforderungen zu tun haben. Mittelbar haben sie es – wenn sie neben der Lösung akuter Probleme auf das Wachstum kollektiver Widerstandsfähigkeit gerichtet sind, die sich in Zukunft auf andere, vielleicht größere Ziele richten kann. Das dauert viel länger als die Dringlichkeit der ökologischen Krise zuzulassen scheint, und ist doch der erfolgversprechendere Weg.

Die klima-aktivistische Hinwendung zur Arbeitswelt ist eine interessante Entwicklung. Es ist aber auch ein wacher Blick auf die Situationen und Möglichkeiten der betrieblichen Akteure notwendig – dies betrifft gleichermaßen die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen und Orientierungsversuche. Die kritisch-materialistischen Auseinandersetzungen mit Arbeit und Transformation gewinnen an

Tiefenschärfe und damit an Überzeugungskraft, je deutlicher sie die Widersprüche im Arbeitsalltag zum Ausgangspunkt ihrer Veränderungsperspektive nehmen.

Literatur

- Autor*innenkollektiv CLIMATE.LABOUR.TURN (2023): »Mein Pronomen ist BusfahrerIn«. Die Kampagne zum Tarifvertrag Nahverkehr 2020 als Exempel ökologischer Klassenpolitik. Berlin.
- Becker, Matthias/Klas, Gerhard (2024): Verkehrswende in der Autostadt. Von VW-Arbeitern, die keine Autos mehr bauen wollen. Df-Feature. URL: <https://www.hoerspielundfeature.de/verkehrswende-in-der-autostadt-100.html>, Zugriff: 28.01.2025.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2024): Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven. München.
- Candeias, Mario u.a. (2020): Reichtum des Öffentlichen. Infrastruktursozialismus oder: Warum kollektiver Konsum glücklich macht. URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/reichtum-des-oeffentlichen/>, Zugriff: 28.1.2025.
- Detje, Richard/Sauer, Dieter (2024): Solidarität in den Krisen der Arbeitswelt. Aktualität kollektiver Widerstandserfahrungen. Hamburg.
- Durand, Cédric u.a. (2024): Planning beyond growth: The case for economic democracy within ecological limits. *Journal of Cleaner Production* 437: 140351. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2023.140351>.
- Haug, Frigga (2015): Der im Gehen erkundete Weg. Marxismus-Feminismus. Hamburg.
- Hürtgen, Stefanie (2022): Gesellschaftliche Arbeit und soziale Demokratie. Der alltagspolitische Diskurs zu »Systemrelevanz« als Auseinandersetzung um eine sozialökologische Politik der Arbeit. In: *PROKLA* 52(1): 97–115. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v52i206.1981>.
- Kaiser, Julia (2023a): Rückkehr der Konversionsbewegung? Potenziale und Grenzen der Konversionsbestrebungensozial-ökologischer Bündnisse rund um Autozuliefererwerke. In: *Prokla* 53(1): 35–53. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v53i210.203>.
- Kaiser, Julia (2023b): Industrielle Konversion in Campi Bisenzio? – Herausforderungen des ökologischen Umbaus der Ex-GKN Fabrik in der Toskana. In: *express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit* 6/2023: 14–15.
- Lucht, Kim/Liebig, Steffen (2023): Sozial-ökologische Bündnisse als Antwort auf Transformationskonflikte? Die Kampagne von ver.di und Fridays for Future im ÖPNV. In: *Prokla* 53(1): 15–33. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v53i210.203>.

- Marss, Kira (2018): Herrschaft und Kontrolle in der Arbeit. In: Böhle, F., Voß, G.G., Wachtler, G. (Hg.) Handbuch Arbeitssoziologie. Wiesbaden: 473–502. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-14458-6_13.
- Marx, Karl (1968): Das Kapital. Zur Kritik der politischen Ökonomie. Bd. 1. MEW 23. Berlin.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1972): Manifest der Kommunistischen Partei. MEW 4. 6. Aufl. Berlin: 459–493.
- Mayer-Ahuja, Nicole (2021): Streit um Zeit. Marx' Beitrag zur Analyse von aktuellen Veränderungen der Arbeitswelt. In: Sablowski, Thomas u.a. (Hg.): Auf den Schultern von Karl Marx. Münster: 395–410.
- McAlevy, Jane (2021): Macht. Gemeinsame Sache. Hamburg.
- Neckel, Sighard (2023): Zerstörerischer Reichtum. Wie eine globale Verschmutzerelite das Klima ruiniert. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2023: 47–56.
- Negt, Oskar (1984): Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit. Frankfurt/New York.
- Negt, Oskar (2003): Wozu noch Gewerkschaften? Eine Streitschrift. Göttingen.
- Negt, Oskar (2016): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen.
- Nies, Sarah (2015): Nützlichkeit und Nutzung von Arbeit. Beschäftigte im Konflikt zwischen Unternehmenszielen und eigenen Ansprüchen. Baden-Baden.
- Oxfam (2024): Carbon Inequality Kills. Why curbing the excessive emissions of an elite few can create a sustainable planet for all.
- Pirani, Simon (2018): Burning Up. A Global History of Fossil Fuel Consumption. London.
- Schaupp, Simon (2024): Stoffwechselfolitik. Arbeit, Natur und die Zukunft des Planeten. Berlin.
- Schoppengerd, Stefan (2023): Arbeit und sozial-ökologische Transformation. Eine kritische Rekonstruktion der Environmental Labour Studies. In: Prokla 53(2): 343–360 DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v53i211.2058>.
- Schoppengerd, Stefan (2024): Sozialpartnerschaftliche Stoffwechselfolitik. Konsens und Konflikt in der Dekarbonisierung der Stahlindustrie. In: Prokla 54(3): 451–471. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v54i216.213>.
- Schoppengerd, Stefan u.a. (2025): Zwischen Vereinnahmung und Demokratisierung. Beschäftigtenbeteiligung in der Dekarbonisierung der Industrie. In: WSI-Mitteilungen (im Erscheinen).
- Tullius, Knut/Wolf, Harald (2023): »Soll mir das Angst machen?« Transformationserfahrungen von Beschäftigten in der Automobil- und der Luftverkehrswirtschaft. In: Arbeits- und Industriesoziologische Studien 16(1): 56–73
- Winker, Gabriele (2021): Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima. Bielefeld.

Witt, Uwe (2022): Klimapolitischer Rahmen für den Industrieumbau. Eine Studie im Rahmen des Projekts »Sozial-ökologische Transformation der deutschen Industrie«. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung. URL: <https://www.rosalux.de/publikation/id/46554/klimapolitischer-rahmen-fuer-den-industrieumbau>, Zugriff: 15.8.2023.

Wissenschaft im Wandel?

Kritische Reflexionen und Leitfragen transformativen Forschens

Carla Noever Castelos und Friedemann Wiese¹

Als Mitglieder des Transformationskollegs der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) haben wir uns die Frage gestellt, was kritische Transformationswissenschaft ist und was *transformative* Wissenschaft bedeutet. Auch die Transformationswissenschaften sind nicht davor gewappnet, problematische Aspekte des herrschenden Wissenschaftssystems fortzuführen. In ihnen reproduzieren sich ebenso Aspekte der imperialen Lebens- und Produktionsweise, beispielsweise durch Normalvorstellungen bezüglich Konkurrenz und Leistungsdruck, durch Zugangshürden zu Wissen und Universitäten, durch die Dominanz westlicher Wissens- und Vermittlungsformen, dominantes Rede- oder akademisches Flugverhalten (Inkermann u.a. 2019). Daher stellt sich die Frage: Inwiefern findet in unserer eigenen Wissenschaftspraxis im Kolleg und unseren Forschungsarbeiten eine »Reflexion dieser eigenen Verwobenheit von hegemonialer Wissenschaft mit der Hervorbringung bestehender Krisen und Fragen zur Transformation« (ebd.) statt?

Was transformative Wissenschaft ausmacht, wollen wir anhand von vier Leitfragen erkunden. Sie entstanden durch unsere Erfahrungen im Kolleg und in unserer Forschungspraxis und wir betrachten sie auf deren Basis. Wir setzen diese Erfahrungen zudem in Dialog mit der Literatur anderer *engaged scholars*. Beschäftigt hat uns:

1. Wofür generieren wir akademisches Wissen?
2. Wie generieren wir akademisches Wissen?
3. Wie setzen wir uns zum bestehenden akademischen Wissen in Beziehung?
Welches Wissen wird wertgeschätzt?
4. Wie gestalten wir Beziehungen in unserem akademischen Alltag?

1 Der Beitrag ist ein Ergebnis gemeinschaftlichen Denkens und Schreibens, zu dem beide Autor*innen gleichermaßen beigetragen haben. Die Reihenfolge der Namensnennung ist alphabetisch.

Doch zunächst: Wer sind eigentlich »wir«?

*Friedemann Wiese ist Sozial- und Kulturanthropologe und forscht zu den Arbeits- und Lebensrealitäten von Produktionsbeschäftigten bei Tesla in Grünheide. Ihn interessiert die Schnittstelle zwischen den Aushandlungen von Arbeit in der Fabrik und den Protesten von Umwelt- und Klimagerechtigkeitsaktivist*innen außerhalb der Fabrik. Ausgehend von Überlegungen der Environmental Labour Studies, Arbeitsrealitäten im Kontext von Reproduktionsarbeit und anderen Lebensrealitäten ganzheitlich zu verstehen, arbeitet Friedemann Wiese ethnografisch zu Teslas Autofabrik in Grünheide in Brandenburg.*

Carla Noever Castelos interessiert, wie Transformation in sozial-ökologischen Konflikten verhandelt wird. Dafür untersucht sie Konflikte um Lithiumbergbau im ländlichen Spanien. Sie fragt, inwiefern in Protesten gegen Bergbau gegenhegemoniale Transformationsentwürfe und -praxen entstehen, die Vorstellungen grükapitalistischer Transformation herausfordern. Ausgebildet als Politikwissenschaftlerin, gibt ihr für die Forschung mit den Protestierenden in Spanien und die Arbeit am Schreibtisch die Politische Ökologie theoretische und methodische Orientierung.

Der folgende Beitrag besteht aus mehreren Elementen: Kursiv gesetzt teilen wir individuelle Reflexionen und Erfahrungen aus unseren Forschungsprozessen. Im übrigen Text reflektieren wir gemeinsam. Unser Beitrag ist in einem kollaborativen Prozess entstanden, in mündlichen und schriftlichen Dialogen, in denen wir unser Wissen ineinander verflochten. Dabei beschränken wir uns auf einzelne Schlaglichter und nehmen keine vollumfängliche Methoden- und Literaturreflexion vor. Wenn wir über das Kolleg sprechen, sprechen wir aus unserer beider Perspektive und nicht aus Sicht des ganzen Kollegs. Unsere individuellen Forschungsprojekte betrachten wir nicht als isoliert, sondern als relational verbunden und verortet an unseren jeweiligen Universitäten, in der RLS und im Transformationskolleg sowie in unseren aktivistischen und persönlichen sozialen Umfeldern. Unsere Forschungen und das Kolleg gehören deshalb aus unserer Perspektive zusammen und werden hier gemeinsam betrachtet.

Aus unseren Beobachtungen und Reflexionen leiten wir die These ab, dass transformative Wissenschaft nicht nur eine Transformation *durch* Wissenschaft, sondern auch eine Transformation *der* Wissenschaft bedeutet. Dabei wollen wir beide Ebenen zusammendenken. Der Anspruch, durch wissenschaftliche Arbeit an den sozialen Verhältnissen anzuknüpfen und zu einer emanzipatorischen gesellschaftlichen Transformation beizutragen, reicht nicht aus. Stattdessen plädieren wir dafür, auch die eigenen Forschungspraxen sowie die dahinter liegenden hegemonialen Wissenschaftsstrukturen kritisch zu reflektieren und zu verändern. Wir verorten uns dabei in der Politischen Ökologie, die, wie Antje Bruns formuliert, nicht nur »eine Reflexion des Wissens über gesellschaftliche Naturverhältnisse und ihre Krisen [fordert],

sondern auch in die Wissensproduktion [interveniert]« (2022: 574). Wir wollen reflektieren, inwieweit wir dem gerecht werden.

Wofür erzeugen wir akademisches Wissen?

Wir hatten das Privileg, finanziert durch Stipendien der RLS in unseren Dissertationsprozess zu starten. Unser Glück bestand nicht nur in der materiellen Absicherung, sondern auch darin, dass es einen Konsens gab zu der Frage, *wieso* wir uns in diesen Prozess begaben: Wir sollten und wollten das Ziel verfolgen, »das empirische Wissen über [Transformations-]Zusammenhänge zu mehren, sie theoretisch zu reflektieren, die Potenziale und Voraussetzungen für erfolgreiche Kämpfe um eine sozial-ökologische Transformation zu identifizieren und Wissen zur Verfügung zu stellen, das diese Kämpfe zu orientieren hilft.«² Unser Transformationsverständnis geht über grüne Modernisierung hinaus. Wir verstehen darunter vielfältige Prozesse, um gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse radikal zu überwinden. Eine sozial-ökologische Transformation zielt auf eine sozial gerechte und ökologisch stabile Gesellschaft ab. Außerdem glauben wir, dass Wissenschaft zu gesellschaftlichen Transformationsprozessen beitragen kann. Dies teilen wir mit Leah Temper u.a. (2019: 2), die transformative Forschung als einen Ansatz begreifen, der Wissenschaft nicht nur einsetzt, um gesellschaftliche Veränderungen zu beobachten, sondern als aktive Triebkraft für sozialen Wandel. Gerade daran müsse sich akademisches Arbeiten messen lassen.³

Im Kolleg haben wir uns die Frage gestellt, wie genau wir als Forschende zu emanzipatorischer Transformation beitragen können. Reicht es, diskursiv zu intervenieren? Inwiefern braucht es Ergebnisse und Praxen, die sich zwecks Abbau des fossilen Kapitalismus materiell auswirken (könnten) (Bluwstein 2021)? Wir denken, es müsste ein symbiotisches Verhältnis zwischen Wissenschaft und Aktivismus geben. Aber wir stellen wie Alex Loftus (2015: 179) fest, dass in der Politischen Ökologie noch zu wenig behandelt wird, wie das in der Praxis aussehen könnte. Beim Blick auf unsere individuellen Forschungspraxen stoßen wir auf eine zentrale Frage: die nach der Art von Reziprozität.

FW: Die Frage der Reziprozität von Feldbeziehungen war für mich seit Beginn meiner Forschung zentral. In der Sozial- und Kulturanthropologie spielen Feldforschungen von zum

2 Selbstbeschreibung des Graduiertenkollegs »Krise und sozial-ökologische Transformation« auf der Website: <https://transformationskolleg.de>, Zugriff: 14.3.2025.

3 Temper u.a. (2019) formulieren politische Gütekriterien als Ergänzung klassischer akademischer Maßstäbe, die eine Orientierung bieten, was transformative Wissenschaft ausmacht. Uns haben diese Kriterien, die wir ergänzt und abgewandelt haben, stark inspiriert.

*Teil langer Dauer eine besondere Rolle. Geforscht wird häufig an Orten, die nicht das vertraute Zuhause der Forschenden und nicht selten innerhalb kolonialer Machtverhältnisse situiert sind. Aufgrund der Geschichte der Disziplin und ihrer kolonialen Verstrickungen haben Reflexionen über Forschungspraxen und die Beziehungen im Feld einen besonderen Stellenwert. Auch für meine Feldforschung nahe an meinem Wohnort suchte ich frühzeitig nach Möglichkeiten des Giving-back. Die Frage war dabei zunächst, wem ich eigentlich etwas zurückgeben will. Den Umwelt- und Klimagerechtigkeitsaktivist*innen? Den Arbeiter*innen der Fabrik? Der Gewerkschaft IG Metall? Alle waren für meine Forschung wichtige Akteur*innen. Mein besonderes Interesse galt den Arbeitenden in der Fabrik. Der Zugang zu ihnen stellte sich aber als schwierig heraus, sodass ich schon früh auch den Kontakt zu anderen Akteur*innen suchte und intensivierte. Die daraus entstandenen Beziehungen und meine Rollen waren teilweise sehr unterschiedlich. Wie und welche Arten von Reziprozität ließen sich jeweils herstellen?*

Die Umweltgeografin Jenny Pickerill und der Bewegungssoziologe Kevin Gillan (2012: 137) beschreiben als *ethic of general reciprocity* das Schaffen eines gesellschaftlichen Nutzens durch Forschungsergebnisse, der als indirekte Kompensation für die Zeit und Informationen dient, mit denen die Teilnehmenden zur Forschung beigetragen haben. Die Medizinanthropologin Susann Huschke (2015: 55) beschreibt einen ähnlichen Zusammenhang als *discursively engaged research*, das heißt, Forschung, die sich für soziale und politische Ziele einsetzt, indem sie Wissen schafft, das Machtungleichheiten herausfordert. Dabei besteht jedoch die Gefahr, dass Forschende sich mit einem abstrakten gesellschaftlichen Nutzen ihrer Forschung begnügen und damit die versteckte Aneignung von Ideen und Wissen rechtfertigen (Lipsitz 2008: 92). In Forschungskontexten, wo große Machtungleichgewichte zwischen Forschenden und Forschungsteilnehmenden bestehen, kann diesbezüglich auch von akademischem oder epistemischem Extraktivismus gesprochen werden (Grosfoguel 2020).

Seth Low und Sally Merry (2010) weisen in ihrer Analyse der angloamerikanischen *Engaged Anthropology* auf ein zentrales Dilemma hin: Sich auf universelle Prinzipien, wie soziale Gerechtigkeit, zu berufen, könne historisch problematische – zum Beispiel imperialistische oder missionierende – Argumentationsmuster reproduzieren. Mit Verweis auf indigene Erfahrungen Aotearoas (von den Maori genutzter Name des Inselstaates Neuseeland) problematisiert Linda Tuhiwai Smith (1999) den Verweis auf vermeintlich höhere Ziele westlicher Forschender. Diese überhöhten sich dadurch selbst und reproduzierten eine koloniale Unterwerfung und Fremdbestimmung der Beforschten.

Die Annahme, dass wir mit unserer Forschung per se einen relevanten Beitrag leisten, Gesellschaft im emanzipatorischen Sinne zu verändern, birgt auch die Gefahr einer mangelnden Reflexion darüber, wer das beurteilt.

CNC: Monate vor Beginn meiner Promotion verfasste ich unter Zeitdruck mein Exposé. Darin schrieb ich, mit meiner Arbeit nicht nur Transformationswissen, sondern auch Handlungswissen generieren zu wollen, das soziale Bewegungen bei einer transformativen Strategieentwicklung unterstützen sollte. Allerdings hatte ich die Bewegungen, zu und mit denen ich forschen wollte, nicht gefragt, ob und welches Wissen sie benötigten. Zwar entsprang mein Interesse eigener praktischer Erfahrung in Bewegungskontexten im deutschsprachigen, urban geprägten Kontext. Doch in Bezug auf meinen Forschungsgegenstand in der ländlichen Extremadura habe ich die relevanten Fragestellungen nicht gemeinsam mit den Menschen vor Ort erarbeitet. Klar kann ich zu meiner Verteidigung sagen, dass Bewerbungs- und Dissertationsprozess es strukturell erschweren, partizipativ zu forschen und Forschungsbedarfe gemeinsam abzuwägen. Dennoch bereitet mir dieser Aspekt bis heute Bauchschmerzen.

Die politisch-ökologische Aktionsforschung beschäftigt sich damit, wie Forschungsbedarfe kooperativ definiert werden können. Dabei kann Partizipation, wie Severin Halder (2022) beschreibt, unterschiedlich abgestuft sein: von Informationsweitergabe bis zu kollektiver Entscheidungsmacht über den Forschungsprozess. Wir halten es vor allem für wichtig, diesbezüglich eine reflexive Haltung einzunehmen. Dazu zählt auch zu explizieren, mit wem wir im Feld kollaborieren und mit wem nicht, wie wir das begründen und auf welche Werte wir uns dabei berufen (Zenker 2021).

2023 organisierten wir als Kolleg eine Tagung zum Thema »Umkämpfte Transformation – Bestandsaufnahmen aus Wissenschaft und Bewegung«. Sie sollte »einen Dialog zwischen Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen ermöglichen, um die Bedeutung wissenschaftlicher Kritik für die Praxis des politischen Handgemenges zu erproben«⁴. Auf dem Abschlusspanel kamen verschiedene Bewegungsperspektiven zu Wort. Dabei formulierten Aktivistinnen* zum Teil explizit Forschungsaufträge. Leider verpufften diese Anregungen und wir versäumten im Kolleg, weiter daran zu arbeiten. Dies liegt auch daran, dass viele von uns in ihren oftmals prekären Dissertationsprozessen stark ausgelastet sind.

Es wäre im Sinne einer generellen Reziprozität sinnvoll, wenn (kritische) Institutionen künftig vor der Ausschreibung von Promotionsstipendien oder der Formulierung von Forschungsprojekten den Beratungsprozess zwischen Wissenschaft und Transformationspraxis einpflanzen. Das würde einen Schritt bedeuten in die Richtung, Transformation nicht nur als Metapher zu verstehen, wie Jevgeniy Bluwstein (2021) es formuliert. Bluwstein fordert, dass die Transformationswissenschaft direkt in materielle Verhältnisse eingreift, anstatt sich auf kritische diskursive Beiträge zu beschränken. Eine echte Transformation müsse über theoretische Fragen hinausgehen und sich konkret mit politischen Strategien und

4 https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/RJB92/umkaempfte-transformation, Zugriff: 10.11.2024.

praktischer Umsetzung befassen. Das bedeutet nicht, dass transformative Wissenschaft bedingungslos und unkritisch soziale Bewegungen unterstützen sollte. Vielmehr geht es um ein solidarisches Verhältnis, das zwar kritische Reflexion einerseits ermöglicht, aber vermeidet, aus einer wissenschaftlichen Perspektive zu bevormunden (Borras & Franco 2023: 91ff.).

Jenseits der Frage, ob und wie wir allgemein etwas durch unsere Forschung zurückgeben können, legen wir in unseren individuellen Forschungen Wert darauf, einen direkten Ausgleich mit Forschungsteilnehmenden zu schaffen. Kevin Gillan und Jenny Pickerill (2012) nennen dies *immediate reciprocity*, Susan Huschke (2015) beschreibt es als *practical reciprocity*. Im Gegensatz zu diskursiver Reziprozität ist praktische Reziprozität unmittelbar.

*FW: Den Menschen, die sich an meiner Forschung beteiligten, vor allem denjenigen, mit denen ich Interviews führte, versuchte ich nicht nur eine bessere Welt zu versprechen, sondern ihnen auch direkt etwas zurückzugeben. Menschen aus der Fabrik vermittelte ich migrationsrechtliche Hilfs- und Beratungsangebote, die aber kaum genutzt wurden. Aus gewerkschaftlichen Kontexten gab es vereinzelt kleine Rechercheanfragen, meist an den Stellen, wo andere Quellen ausgeschöpft waren und ich letztlich auch nicht weiterkam. Am meisten konnte ich mich innerhalb der Klimagerechtigkeitskämpfe einbringen. Zwischenzeitlich räumte ich dabei dem unmittelbaren Nutzen einen großen Stellenwert ein und stellte meine Forschungsinteressen hinten an, zum Beispiel wenn ich an Arbeiter*innen Flyer des Protestbündnisses verteilt und für das Bündnis geworben habe, statt neutralere Fragen nach den Hintergründen der Arbeitenden zu stellen, womit ich langfristig vielleicht einen größeren Nutzen hätte erreichen können. Das große Engagement für die Klimagerechtigkeitskämpfe entstand letztlich auch, weil sich meine Forschung zu diesem Zeitpunkt etwas losgelöst anfühlte. Mit meinen Fragen zu ökologischen Themen konnten Gewerkschafter*innen vor Ort nicht (immer) viel anfangen, meine Fragen zur Arbeiter*innenschaft führten im Protestbündnis anfangs häufig ins Leere. Wichtig war es mir dann, Anknüpfungspunkte on the ground zu finden. Nach dem großen Engagement merkte ich wiederum, dass ich sehr in eine Aktivist*innenrolle gekommen war und versuchte, meine Forschung wieder mehr in den Fokus zu rücken. Meine Forschung entpuppte sich also als ein komplizierter Aushandlungsprozess mit unterschiedlichen Akteur*innen, der häufig eher schlecht als recht gelang.*

*CNC: Als sich die Beziehungen zu meinen Forschungspartner*innen vertieften, fragte ich, ob sie einen Wunsch hätten, wie ich sie mit meiner Forschung unterstützen könnte. Ich wusste, dass ich vieles, was die Proteste an fachlicher Unterstützung brauchten, wie Wasserbilanzanalysen oder juristische Beratung, nicht leisten konnte. Ich hatte Angst, falsche Erwartungen zu wecken. Meine Forschungspartner*innen schienen mit der Frage überfordert. Mich überkamen Zweifel, inwiefern ich als Sozialwissenschaftlerin etwas Nützliches zurückgeben könnte. Dann überlegte ich, was ich, losgelöst von meiner Rolle als Wissenschaftlerin, beitragen konnte. Ich bot praktische Hilfe an, um Aktionen logistisch zu unterstützen oder Bannersprüche zu brainstormen, verschenkte*

Protestpostkarten mit Zeichnungen verschiedener lokaler Motive, teilte Erfahrungswissen aus der Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland und versuchte, die Anliegen der Proteste in der Extremadura im deutschen Bewegungskontext bekannter zu machen. Dadurch entstand praktische Reziprozität auf menschlicher und aktivistischer Ebene. Mit zunehmender Vertrautheit stellte sich auch eine Form der Reziprozität in den Forschungssituationen ein: Vermehrt hörte ich in Gesprächen und Interviewsituationen, dass diese als wertvoller Raum für kritische Reflexion wahrgenommen wurden, für die in der Alltagseile der Proteste oft kein Platz oder allein aus der Innensicht keine Möglichkeit bestand. In Interviews sprachen wir u.a. über strategische (Fehl-)Entscheidungen, Widersprüche und die Reproduktion von Ungleichheitsverhältnissen innerhalb der Proteste.

Wie generieren wir akademisches Wissen?

Trotz Reziprozität bleibt die Beziehung zwischen Wissenschaftler*innen und Forschungsteilnehmenden von grundlegenden Machtasymmetrien durchzogen: Wissen soll aus Gesprächen und Beobachtungen gewonnen werden, Forschende schreiben darüber. Im Normalfall bestimmen sie, welche Fragen gestellt werden und welche Informationen wichtig sind. Dabei sind wir als Forschende, ebenso wie Teilnehmende oder Partner*innen unserer Forschungen nicht bloße Statist*innen, sondern Subjekte. Mit dieser Sicht wenden wir uns gegen das – auch in den Sozialwissenschaften noch verbreitete – positivistische Wissenschaftsverständnis, das annimmt, es gäbe *eine* Wahrheit, die sich objektiv erforschen lasse. Entsprechend müssten sich die Forschenden neutral zu ihren ›Forschungsobjekten‹ verhalten, also Distanz wahren und nicht mehr als nötig interagieren (vgl. kritisch dazu u.a. England 1994). Das halten wir für falsch und fordern stattdessen eine Reflexion der Positionalitäten, die wir als Forschende einnehmen.

In den verschiedenen Disziplinen, in denen wir uns verorten, bekommt Positionalität von Forschenden unterschiedlich viel Aufmerksamkeit. In Soziologie und Politologie bleiben Auseinandersetzungen damit bis heute Randerscheinungen. In der Sozial- und Kulturanthropologie nehmen sie dagegen (zumindest unter kritischen Wissenschaftler*innen) viel Raum ein. Die Sozial- und Kulturanthropologie versteht sich heute in Abkehr von ihren kolonialen Verstrickungen häufig als eine Disziplin, die vor allem marginalisierte Stimmen hörbarer machen will. Anknüpfungspunkte dafür bietet Gayatri Spivak (1988), die koloniale Kontinuitäten herausgearbeitet und die Sprachlosigkeit subalternen Gruppen innerhalb bestehender Machtverhältnisse thematisiert hat. Daran schließt die Frage an, welche Stimmen in Forschungen Gehör bekommen, beginnend bei der Auswahl von Forschungsteilnehmenden. Statt mit marginalisierten Menschen zu forschen, fordert Laura Nader (1972) wiederum ein *Studying Up*, das heißt, die Herrschenden

in den Blick zu nehmen. Über diese wisse man nichts, was aus politischer Sicht aber nötig sei, um überhaupt politisch aktiv werden zu können. Mit wem also sprechen wir in unserer Forschung sinnvollerweise und welche Positionen nehmen wir in unseren Forschungsfeldern ein?

*FW: Die Tesla-Fabrik in Grünheide ist ein derart populäres Forschungsfeld, dass sich eine Vielzahl von Journalist*innen und Wissenschaftler*innen, darunter Masterstudierende, Doktorand*innen, Post-Docs und Professor*innen damit beschäftigen. Mit einem knappen Dutzend kam ich bisher in Kontakt. Viele Forschende der Sozial- und Politikwissenschaften führten Interviews im Umfeld der Fabrik. Die Gesprächspartner*innen waren dabei häufig die gleichen: leitende Angestellte von Behörden und Verbänden sowie öffentlich auftretende Personen unterschiedlicher Initiativen. Eine breite Befragung von Anwohnenden oder den Arbeitenden der Fabrik gab es kaum. Sicher hängt das auch mit den Zugängen zusammen. Gerade der Zugang zur Arbeiter*innenschaft war in den ersten Jahren nach Bau und Produktionsbeginn in der Fabrik extrem schwierig. Es bedarf sicher einiger Privilegien, wie eines Promotionsstipendiums, sich Zeit zu nehmen und hartnäckig zu sein, hier Kontakte zu bekommen. An anderen Stellen erschien mir das leichter, obwohl das Abschirmen gegenüber der Öffentlichkeit als Unternehmenspolitik Teslas auch auf öffentliche Institutionen durchschlägt, die mit Tesla zusammenarbeiten. Gleichwohl wirkte für mich, als weißer Akademiker und Doktorand, der Zugang zu lokalen und regionalen Eliten, bestehend aus anderen weißen, promovierten und nicht-promovierten Akademiker*innen, noch immer ein Stück leichter.*

Abby Neely und Thoko Nguse (2015) argumentieren, dass *landscapes of power*, also die Selbstverortungen von Forschenden auf Basis verschiedener Identitätsmerkmale und Ungleichheitsdimensionen, wichtig sind. Doch die eigenen Identitätsmerkmale erhalten erst durch die Beziehungen mit Forschungsteilnehmenden im Feld Bedeutung. Um die komplexen Machtverhältnisse vollständig abzubilden, müssten die Verstrickungen innerhalb sich ständig verändernder (Feld-)Beziehungen betrachtet werden (ebd.: 147f.). Positionalität muss also relational verstanden werden. Die Frage der Positionalität lässt sich daher nicht in einem halben Kapitel zu Beginn der Dissertation abhaken, sondern muss stets mitgedacht werden.

*CNC: »Du sprichst aber gut Spanisch!« Wenn ich während meiner Forschungsaufenthalte in Extremadura Interviews führte, war meine Herkunft oft das erste Gesprächsthema. Dabei artikulierten meine Forschungspartner*innen eine Verwirrung, die auch mich – und viele andere Menschen, die kulturell zwischen den Stühlen aufgewachsen sind – begleitet. Meine Mutter kam aus dem spanischen Galizien in den 1980er Jahren nach Westdeutschland, um dort mit meinem deutschen Vater zu leben. Wie viele andere bekam auch sie im Alltag die ausländerfeindliche Stimmung in Deutschland zu spüren. Als Kind ermahnte ich sie, im Supermarkt nicht so laut Spanisch zu sprechen – ich hatte gelernt, welcher Teil meiner Dazwischen-Identität für die deutsche Mehrheitsgesellschaft mehr wert war. Diese Hierarchien schienen sich für mich im innereuropäischen Kontext durchzusetzen:*

Dass ich als Forschende von einer Universität in Deutschland kam, öffnete mir in Spanien institutionelle Türen, beispielsweise für ein Interview mit dem Bergbauunternehmen. Im Austausch mit den Protestteilnehmenden war meine familiäre Verbindung in die Emigrationsregion Galizien aber letztlich der wichtigere Faktor. Sie verschaffte mir in Extremadura oft einen Vertrauensvorschluss – weil die Menschen in beiden spanischen Regionen eine Geschichte der Peripherisierung durch die wirtschaftlichen und politischen Zentren in Spanien und Europa teilen.

Unsere Forschungen durchliefen unterschiedliche Phasen, in denen wir uns mal mehr und mal weniger den akademischen oder aktivistischen Kontexten zugehörig fühlten. Indem wir uns auf unseren Forschungsgegenstand einlassen und etwa an Protesten teilnehmen, nähern wir uns der Rolle von *Insidern* an, bleiben jedoch als Forschende stets auch *Outsider*, die nicht so richtig dazugehören. Insbesondere kritische Transformationswissenschaftler*innen sehen sich hier mit einer Doppelrolle konfrontiert, die zu zusätzlicher Belastung und dem Gefühl führen kann, beiden Seiten – Wissenschaft und Aktivismus – unzureichend gerecht zu werden. Als Forschende mit transformativem Anspruch hadern wir mit der Binarität des Nicht-/Dazugehörens. Diese Spannung prägt unsere Arbeit und bringt besondere Herausforderungen mit sich. In diesem Spannungsfeld bewegen wir uns in einem metaphorischen »dritten Raum« (Routledge 1996), in dem klare Grenzen zwischen Wissenschaft und Aktivismus zerfließen.

Die Reflexion über dieses »Dazwischen« ist zentral für unsere Arbeit und wird auch von Sonya Dwyer und Jennifer Buckle (2009: 61) thematisiert. Sie betonen die wechselseitige Einflussnahme in der Feldforschung: Forschende beeinflussen die Analyse von Felddaten, während diese Analyse zugleich die Forschenden selbst prägt. So entsteht ein intermediärer Raum, in dem Forschende weder eindeutig *Insider* noch *Outsider* sind. Diese dynamische Positionierung erinnert an die Perspektive von Kirin Narayan (1993: 671f.), die fixe Dichotomien zwischen *Insider* und *Outsider* ebenfalls ablehnt. Narayan betont, dass es entscheidend sei, wie Forschende ihre Beziehung zu den Menschen gestalten, über die sie schreiben. Zentral sei:

[A]re they [those whom we study] viewed as mere fodder for professionally self-serving statements about a generalized Other, or are they accepted as subjects with voices, views, and dilemmas – people to whom we are bonded through ties of reciprocity and who may even be critical of our professional enterprise? (Ebd.)

Wie setzen wir uns zum bestehenden akademischen Wissen in Beziehung? Welches Wissen wird wertgeschätzt?

CNC: Es ist Frühjahr 2022. Wir treffen uns zum Online-Kolloquium. Diesmal diskutieren wir Stefania Barcas Buch *Forces of Reproduction* (2020). Sie reflektiert darin, wie es möglich wäre, die »other-than-master-story« (ebd.: 2) unseres Planeten zu erzählen; eine Geschichte, in der Reproduktion, menschliches und nicht-menschliches Leben, Beziehungen, das in der kapitalistischen Moderne Unsichtbargemachte im Zentrum stehen anstatt Produktion, Kapital, hierarchisierende Dualismen und das in der kapitalistischen Moderne herrschende weiße Männliche. Der Text hat mich emotional bestärkt – auch wenn mir nicht alles analytisch klar erschien. Doch die Haltung, der Stil, die aufgeworfenen Fragen stießen ein Fenster neuer Möglichkeiten auf. Als ich dann das Zoom-Fenster des Kolloquiums schliesse, spüre ich ein nicht genau fassbares Unwohlsein und Verletztheit durch die Diskussion. Im Kolloquium wurde der Text stark kritisiert, er sei unspezifisch, unscharf, damit ließe sich nicht analytisch arbeiten. Ich denke darüber nach, wieso der Reflex in unseren Kolloquien – auch von mir selbst – oft ist, Beiträge zu kritisieren und Unzulänglichkeiten aufzeigen, anstatt zu überlegen, was an ihnen bereichernd ist. Ist diese Praxis nicht genau die der »master-story«?

In der Anekdote zeigt sich ein verinnerlichter Kritikmodus, den wir in Zusammenhang mit einem neoliberalen, hoch individualisierten Wissenschaftsbetrieb begreifen und als Ausdruck einer Konkurrenzlogik verstehen. Wir halten eine konstruktiv-kritische Auseinandersetzung für wichtig, wünschen uns diese aber im Zusammenspiel mit selbstreflexiver Empathie. Danny Dorling stellt fest: »It is hard to be kind; much harder to be kind than to always (in your own mind) be right. [...] To be kind you have to try to be less sure of your superiority, your great knowledge and your power to discern whether others' work is very good or very bad« (2019: 3). Samantha Saville (2021) schlägt als Gegenentwurf akademische »Bescheidenheit« vor, die die eigenen Ergebnisse nicht als absolute Wahrheit betrachtet, sondern offen bleibt für Selbstkritik und andere Perspektiven.

Jenseits ethischer Leitlinien stellt unsere Anekdote die Frage nach der Epistemologie transformativer Wissenschaft, also danach, wie wir Wissen begreifen, was wir als Wissen anerkennen und wie wir Wissen erlangen. Hilfreich für die Transformationswissenschaft können hier Gedanken der feministischen Epistemologie sein. Helen Longino (1990) betont die Bedeutung der ontologischen Heterogenität, also die Vielfalt von Perspektiven und Erfahrungen, die in den Wissensbildungsprozess einfließen. Diese Idee steht in engem Zusammenhang mit dem Konzept der *situated knowledges* von Donna Haraway (1988). Auch Haraway unterstreicht, dass Wissen immer in spezifische soziale und kulturelle Kontexte eingebettet ist. Beide Ansätze fordern, die Vielfalt und unterschiedlichen Standpunkte, die unsere Erkenntnisse prägen und erweitern, anzuerkennen. In diesem Sinne wird Wissen als dynamisch, kontextabhängig und radikal interdependent verstanden. Diesen Gedanken finden

wir auch wieder, wenn wir in die Literatur der transformativen Bewegungspraxis schauen, die vom Schwarzen Feminismus inspiriert ist: Die Social-Justice-Aktivistin adrienne maree brown beschreibt in ihrem Buch *Emergent Strategies* (2017) Leitlinien, die uns helfen können, in kollektiven Räumen eine Haltung einzunehmen, um gemeinsam an praktischen strategischen Transformationen zu arbeiten. Eine dieser Leitlinien lautet »building, not selling« (ebd.: 230). Dies bedeutet, in Diskussionen eigene Perspektiven mit anderen kombinieren zu wollen, anstatt nur das eigene Wissen anzupreisen. Diese Haltung schließt kritische Auseinandersetzungen und Konflikte als konstruktiv ein, fordert jedoch vor allem, zu lernen, offen zu sein und Mehrdeutigkeiten zu akzeptieren, anstatt nach eindeutigen Wahrheiten zu suchen, und bereit zu sein, eigene Wahrheiten nicht als die einzigen anzusehen (ebd.: 143).

Bei der öffentlichen Tagung unseres Kollegs 2023 haben wir versucht, verbindende Formate zu finden. Dennoch ist es kaum gelungen, einzelne Beiträge miteinander in Beziehung zu bringen. Bei den Panel-Sessions präsentierten Beitragende ihre eigenen Standpunkte und die Moderation musste sich, zum Scheitern verurteilt, bemühen, Verbindungslinien herzustellen. Als Lehre aus dieser Erfahrung haben wir für diesen Sammelband ein anderes Vorgehen gewählt: Leitfragen sollten einen Dialog zwischen den einzelnen Beiträgen ermöglichen. Die meisten Beiträge entstanden in neuen Kollaborationen. In den Clustern der Unterthemen wurden frühzeitig Diskussionen geführt, um sich auszutauschen und Verbindungslinien zu suchen. Diverse Feedbackprozesse zwischen den Beitragenden und weiteren Kollegmitgliedern ermöglichten einen Dialogprozess.

Dass dennoch einige Puzzleteile des ganzen Bildes umkämpfter Transformation fehlen, liegt auch daran, dass viele Perspektiven in unserem Kolleg nicht zu Wort kommen. Wie bei unseren Tagungen hat sich das Herausgabeteam auch beim Sammelband dagegen entschieden, offen um Einreichungsvorschläge zu bitten. Wir begründeten dies mit knappen Ressourcen und hielten das Prozedere für zu aufwendig. Unser Raum, der einigen leichter zugänglich ist als anderen, blieb dadurch weiterhin verschlossen. Unsere Gruppe ist in Bezug auf diverse Repräsentanzmerkmale recht homogen, beispielsweise hinsichtlich Erfahrungen mit Rassismus, Antisemitismus oder Ableismus. Auch wenn wir keinen direkten Einfluss auf den Ausschreibungstext für das Kolleg oder die Verbreitungskanäle der Ausschreibung hatten, stellen wir fest, dass wir bislang wenig dafür getan haben, diversere Perspektiven zur Teilnahme einzuladen. Obwohl wir uns im Kolleg mit verschiedenen Wissenssystemen und Theorieschulen rund um Transformation auseinandersetzen, fehlen beispielsweise Perspektiven von erlebtem jüdischem, Schwarzen oder behindertem Wissen. Eine transformative Wissenschaft möchte nicht nur Perspektiven und Wissen zusammenfügen. Sie will auch strukturelle Voraussetzungen schaffen, damit marginalisiertes Wissen gehört wird und Ressourcen im akademischen System umverteilt werden.

Die Frage der Repräsentanz ist eng mit den Wissenssystemen und den Machtverhältnissen verbunden, die diese durchziehen. Wissenschaft findet in einem »historisch situierten Komplex[...] aus Institutionen, Praktiken, Produktionsapparaten und gesellschaftlichen Alltagsverständnissen, die mit Macht verwoben sind« (I.LA. Kollektiv 2017: 52; vgl. auch Danielzik 2013: 26), statt. Diese Machtverhältnisse sind historisch und geographisch ungleich verteilt, da das in Europa gelehrt Wissen vorwiegend weiß geprägt ist. Die Aufklärung untermauerte ihren Anspruch auf Objektivität und Universalität, deren Export im Zuge des Kolonialismus eng mit der imperialen Lebensweise verknüpft ist. Ideen von Entwicklung, Fortschritt und Modernisierung wurden durch sie gefestigt (I.LA. Kollektiv 2017: 53) – aus dieser Position starten auch die Transformationswissenschaften.

Kritik an diesen Strukturen muss sich daher auch auf erkenntnistheoretische Fragen beziehen. Miranda Fricker (2007) prägte den Begriff der epistemischen Ungerechtigkeit, wobei sie zwei Formen unterscheidet: Zeugnisungerechtigkeit, bei der einer Person aufgrund von Machtverhältnissen weniger Glaubwürdigkeit zugeschrieben wird, und hermeneutische Ungerechtigkeit, bei der eine Person aufgrund fehlender kollektiver Interpretationsressourcen ihre sozialen Erfahrungen nicht sinnvoll deuten kann (ebd.: 23f.). In den Transformationswissenschaften kann partizipative Forschung eine Antwort auf epistemische Ungerechtigkeit darstellen. Durch die gemeinsame Wissensproduktion von Wissenschaft und Zivilgesellschaft werden epistemische Lücken und Widersprüche sichtbar und bearbeitbar (Temper/Del Bene 2016). Vor diesem Hintergrund halten wir es für entscheidend, Wissenschaft immer in realen Verhältnissen zu verorten. Paul Routledge (1996) kritisiert, dass im akademischen Bereich häufig zwischen gelebtem Erfahrungswissen und theoretischem Wissen unterschieden wird, wobei die direkte Erfahrung zugunsten abstrakter Theorie vernachlässigt wird. In Anlehnung an bell hooks (1994) fordert Routledge, sich stärker der »unmittelbar gelebten Theorie« zuzuwenden. Im Kolleg fällt auf, dass nahezu alle Forscher*innen empirisch arbeiten und viele auch Feldforschung betreiben.

Neben dem Verhältnis von Wissenschaft und sozialer Wirklichkeit in der Forschungspraxis schätzten wir auch die Versuche, kreative Ansätze im wissenschaftlichen Austausch untereinander auszuprobieren. Temper u.a. (2019: 1) sprechen davon, dominante Formen der Wissensproduktion und etablierte Abläufe und Diskurse, die dazu beigetragen haben, andere Wissensformen zu marginalisieren, herauszufordern, um eine gesellschaftliche Transformation zu erreichen. Kreative Schreibübungen, vielstimmige Keynotes, Lunch-Talks auf Konferenzen, spielerische Elemente oder Collage-Workshops waren Versuche, die eingeübten Formen unseres wissenschaftlichen Austauschs im Kolleg zu verändern. Sie riefen auch Irritationen hervor. Hürden mussten überwunden werden, um das unmittelbare Arbeiten und seine Praxen zu hinterfragen. Grundsätzlich aber empfanden wir es als bereichernd, dass wir im Kolleg immer wieder Raum für solche Zugänge finden

konnten, der an anderer Stelle, zum Beispiel der Universität, schwerer zu schaffen ist. Durch die interdisziplinäre Ausrichtung, die Fehlerfreundlichkeit im Peer-to-Peer-Lernen und flachere Hierarchien konnte dieser Raum entstehen. Bedingende Strukturen schränkten uns auf der anderen Seite trotzdem ein, allen voran die strenge zeitliche Begrenzung des Stipendiums.

Wie gestalten wir Beziehungen in unserem akademischen Alltag?

Die Ansprüche, die wir an transformative Wissenschaft formulieren, sind nicht einfach zu erfüllen. Denn auch als Transformationsforscher*innen sind wir Teil eines neoliberalen Wissenschaftsumfelds, das Individualismus, Wettbewerb und Hierarchien fördert – und wenig Zeit lässt für Reflexion, Innehalten und langsames Forschen (Mountz u.a. 2015; Temper u.a. 2019; siehe Beitrag von Stefan Schoppengender in diesem Band). Die neoliberalisierte Wissenschaft zwingt uns, unseren Wert ständig durch Messzahlen zu Output und Produktivität zu beweisen. Dies erschwert solidarisches, freudvolles und kollektives wissenschaftliches Arbeiten strukturell. Dass zudem gesellschaftliche Formen der Unterdrückung – wie Rassismus, Sexismus, Ableismus, Klassismus – die Startlinie im akademischen Wettbewerb unterschiedlich setzen, wird im neoliberalen Mythos des autonomen Wissenschaftlers unsichtbar (Naylor 2023).

Im Sinne politischer Präfiguration (Sörensen 2023), denken wir, dass es Aufgabe der Transformationswissenschaft ist, dem im Hier und Jetzt etwas entgegenzustellen. Einerseits ist es wichtig, dass wir uns organisieren und für strukturelle Veränderungen des neoliberalen Wissenschaftsbetriebs einsetzen – inspirierende Beispiele sind Initiativen, die sich gegen prekäre Arbeitsverhältnisse an Universitäten wehren (darunter Uni Kassel Unbefristet, TVStud oder die Mittelbauinitiativen des Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft) oder für diskriminierungssensible Fördermittelvergabe für Studien- und Forschungsprojekte einsetzen (beispielsweise die Lux like Stipendien der RLS). Andererseits, und darauf möchten wir an dieser Stelle fokussieren, braucht es auch in den Transformationswissenschaften präfigurative Praxen, die über neue Formen von Beziehung solidarische Zukünfte im Hier und Jetzt erfahr- und erlebbar machen (Sörensen 2023). Debatten und Bewegungen, welche die Bedeutung von Beziehungen für gesellschaftlichen Wandel betonen, verschieben den Fokus auf kollektive Praxen (Adamczak 2017; siehe Beitrag von Tom Selje und Paul Strikker in diesem Band). So schlagen unter anderem Vertreter*innen der feministischen Geografie vor, Beziehungen in unserer alltäglichen Wissenschaftspraxis mehr Bedeutung zuzuschreiben. Sie plädieren für eine *ethics of care* (Lawson 2009; Askins/Blazek 2019), die Prinzipien wie Individualität, Konkurrenz und Hierarchie ablösen soll (siehe Beitrag von Sophie von Redecker und Ania Spatzier in diesem Band).

Die Sorge-Ethik bezieht sich auf (mindestens) drei Ebenen: *caring* als Praxis und Orientierungspunkt in unserer eigenen Forschung, *caring* für uns selbst und *caring* für jene Menschen, mit denen wir uns im akademischen Alltag, auch außerhalb unserer konkreten empirischen Forschungspraxis, in Verbindung setzen (Sellberg u.a. 2021).

*CNC: Blauäugig und nervös startete ich in meine erste Feldphase in Extremadura. Im Gepäck hatte ich Befürchtungen und Zweifel – bezogen auf die akademische Qualität und Relevanz meines Forschungsprojekts, auf meine Tauglichkeit als Wissenschaftlerin und die Frage, ob ich ein solches Projekt aufgrund einer persönlichen Krise würde stemmen können. Auf einer Parkbank sitzend tauschte ich mich an einem sonnigen Morgen mit einer meiner ersten Interviewpartner*innen über die Lithiumproteste vor Ort aus. Irgendwann verließ das Gespräch meinen Leitfaden. Im Austausch über die persönlichen Gründe für die Teilnahme am Protest schwenkte die Aufmerksamkeit meiner Interviewperson, mit brechender Stimme, auf den kürzlichen Verlust einer prägenden Bezugsperson. Eine Erfahrung, die ich teilte und die eine plötzliche Nähe herstellte. Neben wertvollen Einblicken in die Proteste gab mir dieses Gespräch durch das wechselseitige fürsorgliche Inbeziehungtreten Sicherheit für mein Forschungsprojekt; ebenso wie die Empathie anderer Kollegmitglieder, das Verständnis meiner Betreuerin für mein langsames Vorankommen und die Unterstützung von Familie und Freund*innen. Mir ist klar, dass ich dieses akademische Projekt ohne diese sorgenden Beziehungen längst abgebrochen hätte. Es fällt mir jedoch schwer, meine ursprüngliche akademische Ausbildung zu verlernen und anzuerkennen, dass diese wichtigen (Sorge-)Beziehungen in meiner Dissertation mehr Platz und Reflexion verdienen als nur im Dankeswort.*

Sorgende Beziehungen in der empirischen Forschungsarbeit aufzubauen, ist nicht nur ein forschungsethischer Leitsatz, der über den des *Do-no-Harm* hinausgeht. Es ist auch eine methodische Notwendigkeit, um im Feld vertrauensvolle Verbindungen zu schaffen. Wir wollen hier herausstellen, dass es sich dabei nicht um eine einseitige Beziehung handelt, sondern um wechselseitige Fürsorge. Wenn wir in unserem Forschungsalltag Beziehungen knüpfen, so werden auch wir als Personen und Wissenschaftler*innen umsorgt (Lawson 2009; Askins/Blazek 2019). Eine solche relationale Perspektive entlarvt den Mythos einer isolierten, autonom forschenden Person, ohne dabei ungleiche Positionen in diesen Beziehungen zu übergehen.

Prekarität, Hochstapler-Gefühle, Mikroaggressionen, Überlastungen begleiten den akademischen Alltag vieler junger Wissenschaftler*innen (Wood u.a. 2020; Naylor 2023). Hinzu kommt für uns als kritische Transformationsforschende die ständige Befürchtung, an den eigenen hohen Erwartungen, akademisch beachtete und gleichzeitig gesellschaftsverändernde Wissenschaft zu betreiben, zu scheitern (Sellberg u.a. 2021). Dem stellt eine Sorge-Perspektive, inspiriert durch den Schwarzen Feminismus, Selbstfürsorge als Widerstandsakt gegen den neoliberalen

ralen Wissenschaftsbetrieb entgegen (Ahmed 2014; Jones/Whittle 2020). Doch Selbstfürsorge setzt Mut voraus.

*FW: Als ich ins Kolleg kam, spürte ich eine dynamische Energie, eine kleine Aufbruchstimmung. Die ersten Stipendiat*innen, die bereits im Vorjahr begonnen hatten, äußerten ihre Freude darüber, dass wir nun eine größere Gruppe sind. Mir wurde mit Interesse, Neugier und Wertschätzung begegnet. Das tat mir gut. In meinem vorigen beruflichen Kontext nahm ich das nur begrenzt wahr. Das Interesse beschränkte sich nicht nur auf mein Forschungsprojekt, sondern auch auf mich als Person. Nach turbulenten beruflichen Erfahrungen während der Corona-Pandemie und Jahren ohne wissenschaftliche Arbeitspraxis fühlte ich mich unsicher bezüglich meiner wissenschaftlichen Fähigkeiten. Unter den Stipendiat*innen des Kollegs hatte ich das Gefühl, als Mensch willkommen zu sein, unabhängig von der Qualität meiner wissenschaftlichen Arbeit. Zugleich beobachtete ich, dass in den Wie-Geht's-Mir-Runden unserer wöchentlichen Treffen Herausforderungen (viel) Raum bekamen, sei es der Struggle mit Sorgeverpflichtungen oder persönliche Krisen unterschiedlicher Art. Ich fühlte mich ermutigt, ebenfalls über Persönliches zu sprechen und fand Mut, auch eigene Krisenerfahrungen zu teilen, wenn sie aufkamen. In den Momenten hatte ich immer das Gefühl, Raum dafür zu haben. Auch wenn viele Punkte auf der Orga-Liste standen, wurde nachgefragt, wenn ich oder eine andere Person eine größere Herausforderung offenbarte. Immer fanden sich auch Menschen, die im Anschluss weitere Unterstützung anboten, falls es noch Gesprächsbedarf gab.*

Wir durften erfahren, dass solidarische Peer-to-Peer-Austauschräume, wie das Graduiertenkolleg, eine wertvolle Chance darstellen, um sich gegenseitig darin zu bestärken, Pausen zu machen, Zeit für Regeneration einzuplanen und sich Unterstützungsnetzwerke zu organisieren (Naylor 2023). Gerade der Zusammenschluss von vielen Nachwuchswissenschaftler*innen mit unterschiedlichen institutionellen Einbindungen, individuellen Forschungsprojekten, aber auch geteilten Erfahrungen schuf die Grundlage dafür, dass kritische akademische Freund*innenschaften auf Augenhöhe entstanden (Sotiropoulou/Cranston 2022), die uns durch die oftmals einsame Zeit der Promotion tragen. Selbstfürsorge funktioniert nur relational.

Das Kolleg ist für uns ein Experimentierraum, in dem wir eine wissenschaftliche Alltagspraxis erproben können, die mit Empathie, inklusiver Solidarität und »Freundlichkeit« (Dorling 2019) erlebbar macht, wie eine transformierte Welt aussehen kann. Uns an Care zu orientieren, drängt uns, nicht nur in Forschungsprojekten über Möglichkeiten und Hemmnisse emanzipatorischer Transformation nachzudenken, sondern auch, unsere eigene Verstrickung in die herrschenden Verhältnisse zu reflektieren. So können wir uns nicht einfach auf Transformation im Abstrakten beschränken, sondern müssen Transformation in unseren konkreten Praxen und sozialen Beziehungen, an spezifischen Orten und Zeitpunkten, umsetzen (Lawson 2009: 211; Wood u. a. 2020: 428f.).

Natürlich scheitern wir im Kolleg regelmäßig. Wir wollen dies als kollektives Scheitern begreifen. Radikal sorgende Beziehungen aufzubauen und zu pflegen, stellt zwar einen individuellen Anspruch dar, ist jedoch zugleich eine kollektive Verantwortung. Wenn wir dies ignorieren, laufen wir Gefahr, die strukturellen Bedingungen zu übersehen, die es manchen Menschen erleichtern, fürsorglich zu sein, während andere diese Sorgearbeit im Wissenschaftsalltag kaum leisten können, davon ausgeschlossen werden, sie zu empfangen, und wieder andere glauben, sie nicht leisten zu müssen (Greenhough u.a. 2023). Verantwortungsübernahme für das kollektive akademische Wohlergehen, beispielsweise nach dem Befinden eines Kollegen zu fragen, nachdem er im Kolloquium scharf kritisiert wurde, den Tee für die Arbeitsbesprechung zu kochen oder einen Neujahrsgruß an die Forschungspartner*innen zu schicken, wird im neoliberalen Wissenschaftsbetrieb als Zeitverschwendung oder Opfer angesehen. Diese Opfer bringen meistens Menschen, die in akademischen Hierarchien niedriger gestellt oder gesellschaftlich benachteiligt sind. Außerdem schließen akademische Räume, wie unser Kolleg, weiterhin viele Menschen aus. Um dies zu verändern, braucht es institutionelle Verschiebungen, für die wir kollektiv einstehen müssen.

Wollen wir transformativ wirken, dürfen präfigurative Praxen kein Privileg weniger engagierter Wissenschaftler*innen bleiben, die sich in solidarischen Zusammenhängen, wie es das Graduiertenkolleg sein kann, einkokonnieren. Ein Verständnis dieser Formen von Fürsorglichkeit als »weltzugewandte« (Sörensen 2023: 123) Präfiguration setzt eine Politisierung dieser Praxen voraus. Dies könnte etwa durch laut gedachte Reflexionen – wir versuchen es in diesem Text – oder gezielte Interventionen in den Universitäten und Institutionen, in denen wir uns sonst bewegen, geschehen. Damit können wir im besten Fall transformative, strukturelle Impulse geben, und zumindest gestalten wir unseren Wissenschaftsalltag lebenswerter und schöner (Wood u.a. 2020: 438). In einer Formulierung von Henry Jones und Rebecca Whittle (2021: 386f.) zusammengefasst:

The most transformative impact we may have in our capacity as academics rests within the seemingly mundane, in our modes of engaging with ourselves and one another, how we act within and on our communities, and in our everyday, moment-by-moment relations to the people and spaces we encounter.

Literatur

- Adamczak, Bini (2017): *Beziehungsweise Revolution: 1917, 1968 und kommende*. Frankfurt a.M.
- Ahmed, Sara (2004): *The Cultural Politics of Emotion*. New York.

- Askins, Kye/Blazek, Matej (2016): Feeling Our Way: Academia, Emotions and a Politics of Care. In: *Social & Cultural Geography*, 18(8): 1086–1105. DOI: <http://dx.doi.org/10.1080/14649365.2016.1240224>.
- Barca, Stefania (2020): Forces of Reproduction. Notes for a counter-hegemonic Anthropocene. Cambridge. DOI: <https://doi.org/10.1017/9781108878371>.
- Bluwstein, Jevgeniy (2021): Transformation is not a metaphor. In: *Political Geography*, 90(3): 102450. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2021.102450>.
- Borras, Saturnino M. J./Franco, Jennifer C. (2023): Scholar-Activism and Land Struggles. Rugby. DOI: <https://doi.org/10.3362/9781788532594>.
- brown, adrienne maree (2017): Emergent Strategy – Shaping Change, Changing Worlds. Chico.
- Bruns, Antje (2022): Verlernen lernen – eine intervenierende Forschungs- und Arbeitsweise in der Politischen Ökologie. In: Gottschlich, Daniela u.a. (Hg.): *Handbuch Politische Ökologie*. Bielefeld: 571–579. DOI: <https://doi.org/10.14361/9783839456279-059>.
- Danielzik, Chandra-Milena (2013): Überlegenheitsdenken fällt nicht vom Himmel. Postkoloniale Perspektiven auf Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung. In: *ZEP*, 1(13), 26–33.
- Dorling, Danny (2019): Kindness: A new kind of rigour for British Geographers. In: *Emotion, Space and Society*, 33: 100630. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.emospa.2019.100630>.
- Dwyer, Sonya C./Buckle, Jennifer L. (2009): The Space Between – On Being an Insider-Outsider in Qualitative Research. In: *International Journal of Qualitative Methods*, 8(1), 54–63. DOI: <https://doi.org/10.1177/160940690900800105>.
- England, Kim (1994): Getting Personal: Reflexivity, Positionality, and Feminist Research. In: *The Professional Geographer*, 46(1): 80–89. DOI: <https://doi.org/10.1111/j.0033-0124.1994.00080.x>.
- Fricker, Miranda (2007): *Epistemic Injustice. Power and the ethics of knowing*. Oxford, New York.
- Gillan, Kevin/Pickerill, Jenny (2012): The difficult and hopeful ethics of research on, and with, social movements. In: *Social Movement Studies*, 11(2): 133–143. DOI: <https://doi.org/10.1080/14742837.2012.664890>.
- Greenhough, Beth u.a. (2023): Why ›cultures of care‹? In: *Social & Cultural Geography*, 24(1): 1–10. DOI: <https://doi.org/10.1080/14649365.2022.2105938>.
- Grosfoguel, Ramón (2020): Epistemic Extractivism – A Dialogue with Alberto Acosta, Leanne Betasamosake Simpson, and Silvia Rivera Cusicanqui. In: De Sousa Santos, Boaventura/Meneses, Maria P. (Hg.): *Knowledges born in the struggle. Constructing the epistemologies of the Global South*. New York, London: 203–218.

- Halder, Severin (2022): Aktionsforschung(en). In: Gottschlich, Daniela u.a. (Hg.): Handbuch Politische Ökologie. Bielefeld: 493–502. DOI: <https://doi.org/10.14361/9783839456279-051>.
- Haraway, Donna (1988): Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective. In: *Feminist Studies*, 14(3): 575–599. DOI: <https://doi.org/10.2307/3178066>.
- hooks, bell (1994): *Teaching to Transgress*. New York.
- Huschke, Susan (2015): Giving Back: Activist Research with Undocumented Migrants in Berlin. In: *Medical Anthropology*, 34(1): 54–69. DOI: <https://doi.org/10.1080/01459740.2014.949375>.
- I.L.A.-Kollektiv (2017): *Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert*. München.
- Inkermann, Nilda u.a. (2019): Transformieren wir die Wissenschaft der Transformation?! (11.10.2019). URL: <https://www.postwachstum.de/transformieren-wir-die-wissenschaft-der-transformation-20191011>, Zugriff: 21.11.2024.
- Jones, Craig Henry/Whittle, Rebecca (2020): Researcher self-care and caring in the research community In: *Area*, 53(2): 381–388. DOI: <https://doi.org/10.1111/area.12703>.
- Lawson, Victoria (2009): Instead of radical geography, how about caring geography? In: *Antipode*, 41: 210–213. DOI: <https://doi.org/10.1111/j.1467-8330.2008.00665.x>.
- Lipsitz, George (2008): Breaking the Chains and Steering the Ship: How Activism Can Help Change Teaching and Scholarship. In: Hale, Charles R. (Hg.): *Engaging Contradictions – Theory, Politics, and Methods of Activist Scholarship*. Berkeley, Los Angeles, London: 88–114.
- Loftus, Alex (2015): Political Ecology as Praxis. In: Perreault, Thomas A. u.a. (Hg.): *The Routledge Handbook of Political Ecology*. London: 179–187.
- Longino, Helen E. (1990): *Science as Social Knowledge. Values and Objectivity in Scientific Inquiry*. Princeton. DOI: <https://doi.org/10.2307/j.ctvx5wbfbz>.
- Low, Seth M./Merry, Sally Engle (2010): Engaged Anthropology – Diversity and Dilemmas. In: *Current Anthropology*, 51(2): 203–226. DOI: <https://doi.org/10.1086/653837>.
- Mountz, Alison u.a. (2015): For slow scholarship: A feminist politics of resistance through collective action in the neoliberal university. In: *ACME: An International Journal for Critical Geographies*, 14(4), 1235–1259. DOI: <https://doi.org/10.14288/acme.v14i4.1058>.
- Nader, Laura (1972): Up the Anthropologist: Perspectives Gained From Studying Up. In: Hymes, Dell (Hg.): *Reinventing Anthropology*. New York: 284–311.
- Narayan, Kirin (1993): How Native Is a »Native« Anthropologist? In: *American Anthropologist*, 95(3): 671–686. DOI: <https://doi.org/10.1525/aa.1993.95.3.02a00070>.

- Naylor, Lindsay (2023): A Feminist Ethic of Care in the Neoliberal University. URL: <https://www.societyandspace.org/articles/a-feminist-ethic-of-care-in-the-neoliberal-university>, Zugriff: 21.11.2024.
- Neely, Abby/Nguse, Thoko (2015): Relationships and research methods: Entanglements, intra-actions, and diffraction. In: Perreault, Thomas A. u.a. (Hg.): The Routledge Handbook of Political Ecology. London: 140–149.
- Routledge, Paul (1996): The third space as critical engagement. In: *Antipode*, 28(4): 399–419. DOI: <https://doi.org/10.1111/j.1467-8330.1996.tb00533.x>.
- Saville, Samantha M. (2021): Towards humble geographies. In: *Area*, 53(1): 97–105. DOI: <https://doi.org/10.1111/area.12664>.
- Sellberg, My M. u.a. (2021): Towards a caring transdisciplinary research practice: navigating science, society and self. In: *Ecosystems and People*, (17)1: 292–305. DOI: <https://doi.org/10.1080/26395916.2021.1931452>.
- Smith, Linda Tuhiwai (1999): *Decolonizing Methodologies – Research and Indigenous Peoples*. London, New York.
- Sörensen, Paul (2023): *Präfiguration. Zur Politizität einer transformativen Praxis*. Frankfurt/New York.
- Sotiropoulou, Panagiota/Cranston, Sophie (2023): Critical friendship: an alternative, ›care-full‹ way to play the academic game. In: *Gender, Place & Culture*, 30(8): 1104–1125. DOI: <https://doi.org/10.1080/0966369X.2022.2069684>.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1988): Can the Subaltern Speak? In: Nelson, Cary/Grossberg, Lawrence (Hg.): *Marxism and the Interpretation of Culture*. Urbana/Chicago: 271–313.
- Temper, Leah/Del Bene, Daniela (2016): Transforming knowledge creation for environmental and epistemic justice. In: *Current Opinion in Environmental Sustainability*, 20, 41–49. DOI: <https://doi.org/10.1080/03066150.2016.1141198>.
- Temper, Leah u.a. (2019): From academic to political rigour: Insights from the ›Tarot‹ of transgressive research. In: *Ecological Economics*, 164: 106379. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2019.106379>.
- Wood, Lydia u.a. (2020): Tenets for a radical care ethics in geography. In: *ACME: An International Journal for Critical Geographies*, 19(2): 424–447. DOI: <https://doi.org/10.14288/acme.v19i2.1767>.
- Zenker, Olaf (2021): Anthropology and the postliberal challenge. In: *Social Anthropology/Anthropologie Sociale* 29(2): 370–372. DOI: <https://doi.org/10.1111/1469-8676.13050>.



Autor*inneninfos

Sarah Beyer hat Biologie an der Philipps-Universität Marburg und *Integrated Natural Resource Management* an der Humboldt-Universität zu Berlin studiert. Aktuell promoviert sie am Institut für Geographie der Universität Münster. Sie beschäftigt sich mit kritischer Stadtforschung, politischer Ökologie, Umweltsoziologie, sowie ökologischer Ökonomie und klassischer Institutionenökonomie. ORCID: <https://orcid.org/0009-0002-9281-2454>

Melissa Büttner ist Doktorandin an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Stipendiatin im Graduiertenkolleg »Krise und sozial-ökologische Transformation der Rosa-Luxemburg-Stiftung«. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Transformationen von Konsummustern, Lebensweisen und Gefühlswelten – insbesondere bezüglich der Mobilität –, gesellschaftliche Transformationskonflikte und Energietransitionen. ORCID: <https://orcid.org/0009-0006-8817-1593>

Kristina Dietz ist Prof:in für Internationale Beziehungen mit Schwerpunkt Lateinamerika an der Universität Kassel. Sie lehrt und forscht zu sozial-ökologischer Transformation, globaler Energie- und Rohstoffwende, sozialen Bewegungen und Demokratie. ORCID: <https://orcid.org/0000-0002-1773-4575>

Marianne Hachtmann hat Ökologie und Umweltplanung an der TU Berlin studiert. Aktuell ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet Landschaftsplanung und Landschaftsentwicklung an der TU Berlin. In ihrem Promotionsvorhaben beschäftigt sie sich mit den Potenzialen von Suffizienz für den Erhalt der Biodiversität. ORCID: <https://orcid.org/0009-0006-4052-2948>

Marcus Hawel studierte Soziologie, Sozialpsychologie und Literaturwissenschaft an der Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Universität Hannover und promovierte über »Die normalisierte Nation. Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland«. Er ist stellvertretender Direktor des Studienwerks der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Letzte Veröffentlichung: Marcus Hawel und Stefan Kalmring

(Hg.): (Ohn)Macht überwinden! Politische Bildung in einer zerrissenen Gesellschaft, Berlin 2024. E-Mail: marcus.hawel@rosalux.org

Ali Heuser ist Doktorand*in an der *Vienna Doctoral School of Social Sciences* und der Universität Kassel und als Universitätsassistent*in am Institut für Internationale Entwicklung im Fachbereich Politikwissenschaften tätig. Alis Forschung konzentriert sich auf sozial-ökologische Konflikte, Extraktivismus und Gender mit einem regionalen Schwerpunkt auf Lateinamerika. ORCID: <https://orcid.org/0000-0002-0498-7370>

Anke Klaever ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Technischen Universität Berlin und arbeitet zu Gerechtigkeitsdimensionen in der Verkehrswende. Weitere Forschungsinteressen: Just Transitions, Barrieren und Konflikte bei Planungs- und Transformationsprozessen. ORCID: <https://orcid.org/0009-0006-1914-6343>

Johannes Korak ist Sozialwissenschaftler und promoviert derzeit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena zur politischen Ökologie der FPÖ. Seine Forschung wird durch ein Promotionsstipendium der Heinrich-Böll-Stiftung gefördert. Seine Forschung wird durch ein Promotionsstipendium der Heinrich-Böll-Stiftung gefördert. ORCID: <https://orcid.org/0009-0002-9049-2776>

Mathias Krams arbeitet als Postdoc am *Frankfurt Lab for Social-Ecological Transformation of Urban Mobility* der Goethe-Universität. Er koordiniert ein Forschungsprojekt zur Mobilitätswende in der Region Frankfurt und beschäftigt sich in Lehre und Forschung mit Dimensionen sozialer Ungleichheit im Kontext der Mobilitätswende sowie mit der Rolle von Macht im sozial-ökologischen Umbau des Verkehrssektors.

Julian Niederhauser ist Doktorand am Fachbereich Soziologie der Goethe-Universität Frankfurt a.M.. Er forscht zu rechts-autoritären Tendenzen in der Klimakrise und lehrt an verschiedenen Wiener Hochschulen. Bis März 2025 als Stipendiat und anschließend als Koordinator ist er Teil des Graduiertenkolleg »Krise und sozial-ökologische Transformation« der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Carla Noever Castelos arbeitet als Politikwissenschaftlerin an der Universität Kassel und war zuvor Stipendiatin im Graduiertenkolleg »Krise und sozial-ökologische Transformation« der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie promoviert zum transformativen Potenzial von Bergbauprotesten in der europäischen Peripherie. Als Teil des I.L.A. Kollektivs ist sie auf der Suche nach Strategien radikaler Transformation. ORCID: <https://orcid.org/0009-0004-3335-4152>

Carla Ostermayer ist Politikwissenschaftlerin und forscht aktuell im Rahmen ihrer Doktorarbeit an der Universität Innsbruck aus gesellschaftstheoretischer Perspektive zum Naturbezug in rechten Ideologien. Weiter Forschungsinteressen sind Antifeminismus, Klimakrise, feministische Theorie und Theorien gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Gefördert wird ihre Dissertation durch ein Promotionsstipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung. ORCID: <https://orcid.org/0009-0009-3507-3852>

Anna Preiser ist Universitätsassistentin (prae-doc) am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen der internationalen Ressourcen- und Umweltpolitik und der Politischen Ökologie mit regionalem Schwerpunkt auf Lateinamerika. In ihrer Dissertation forscht sie zu sozio-ökologischen Konflikten sowie Entwicklungen und Grenzen der Umweltpolitik im peruanischen Bergbausektor.

Sophie von Redecker hat in ihrer agrarwissenschaftlichen Promotion das Feld der *Agrarian Humanities* vorgeschlagen. Derzeit ist sie Fellow am *Panel on Planetary Thinking*. Sie forscht aus bäuerlicher Perspektive sowie mit Ansätzen des Neuen Materialismus, postkolonialen und queeren Theorien zum Mensch-Natur-Verhältnis. Ihre erste Ausbildung erhielt sie von Schafen, Mähdreschern und sandigem Boden auf dem elterlichen Biohof.

Nina Schlosser ist politische Ökonomin, Doktorandin und Aktivistin. Sie forscht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und der Universität Wien zum umkämpften Lithium-Extraktivismus in Chile. Nina ist Mitglied und stipendiatische Sprecherin des Graduiertenkollegs »Krise und sozial-ökologische Transformation« der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ist organsiert in der Partei Die Linke. E-Mail: nina.schlosser@posteo.de

Stefan Schoppengerd, Dr. phil., war von November 2021 bis Februar 2025 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und Koordinator des Graduiertenkollegs »Krise und sozial-ökologische Transformation«. Zuvor war er mehrere Jahre Redakteur von *express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit*. ORCID: <https://orcid.org/0009-0000-9919-9598>

Tom Selje (Technische Universität Berlin, Fakultät III Prozesswissenschaften – *Department for Community Energy and Adaptation to Climate Change*) promoviert mit einem Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Graswurzelklimaanpassung. E-Mail: t.selje@tu-berlin.de. ORCID: <https://orcid.org/0009-0009-2550-9341>

Ania Spatzier ist Doktorand*in an der *Vienna Doctoral School of Social Sciences* und promoviert an der Hauptuniversität Wien zur Transformation von Geschlechterverhältnissen in der ökologischen Krise. Sie ist Stipendiatin im Graduiertenkolleg »Krise und sozial-ökologische Transformation« der Rosa-Luxemburg-Stiftung. ORCID: <https://orcid.org/0009-0005-7955-8502>

Paul Strikker (Brandenburgische Technische Universität Cottbus- Senftenberg, Fakultät Wirtschaftswissenschaften – Fachgebiet Management regionaler Energieversorgungsstrukturen) ist heterodoxer Ökonom. Er arbeitete einige Jahre zu internationaler, nationaler und regionaler Klimaanpassung in verschiedenen Politikberatungen und forschte zum Verhältnis von ökomoderner sowie transformativer Klimaanpassung. E-Mail: strikker@b-tu.de ORCID: <https://orcid.org/0009-0000-9083-6933>

Friedemann Wiese ist Sozial- und Kulturanthropologe und promoviert an der HWR Berlin sowie der BTU Cottbus-Senftenberg mit einer Forschung zu den Arbeits- und Lebensrealitäten von Produktionsbeschäftigten bei Tesla. Weitere Forschungsschwerpunkte sind soziale Bewegungen und Proteste, soziale Ungleichheit, (Post-)Kolonialismus und Politische Ökologie. Er ist Stipendiat des Graduiertenkollegs »Krise und sozial-ökologische Transformation« der Rosa-Luxemburg-Stiftung. ORCID: <https://orcid.org/0009-0008-4723-744X>

Markus Wissen ist Professor für Gesellschaftswissenschaften an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Sprecher des Graduiertenkollegs »Krise und sozial-ökologische Transformation« und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er lehrt und forscht zu Arbeit und Ökologie, imperialer Lebensweise und sozial-ökologischer Transformation. ORCID: <https://orcid.org/0000-0002-2859-7369>